REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 394 · 19.9.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 38 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. In eigener Sache: 25 Jahre ak - ak-Redaktion
2. Regierung sichert Wachstum - von Armut und Profiten - gg.
3. Eine große Persönlichkeit. Mao Zedong (26.12.1883-9.9.1976) - nyg
4. Lübeck: Ermittlungen unzureichend. Kommission legt Zwischenbericht vor (- ga.
5. Dokumentation der Stellungnahmen des Lübecker Bündnisses
6. Demonstration festgesetzt - ga.
7. Auf dem Weg ins neoliberale Paradies? Streit um das wirtschaftspolitische Profil der Bündnisgrünen - mb., Berlin
8. Mehr Markt. Mehr Repression. Thesen z. (ideologischen) Umbau des Sozialstaats am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik - Blauer Montag
9. Rüstungsgut - Normalgut. Rüstungsindustrie freut sich, Rüstungsexporte gesichert - Andrea Kollig
10. Die Orte der Wehrmachtsmassaker in Italien - Friedrich Andrae
11. Der Fall Priebke und der "Resistenza-Mythos" - Js.
12. Die Wunden der Wende. Konráds "Steinuhr" - Ungarns postkommunistische Gesellschaft - Balduin Winter
13. Daß der Mensch dem Menschen ein Freund ist. Erinnerung an Rio Reiser - kuk
14. Karma, Ufos und Antisemitismus Antisemitische Verschwörungslegenden in der esoterischen Szene - Jens-Uwe Ries
15. Kaderschmiede und "brauner Schmelzkäse". "Rudolf-Heß-Gedenkaktionen" und die Jungen Nationaldemokraten - Martin Bayer
16. Auf den Spuren der Wehrmacht. Deutscher Besatzungsterror in Serbien 1941/42 - Js.
17. Präsidiales Fallobst in Seoul. Vergangenheitsbewältigung auf koreanisch - Rainer Werning
18. Prekärer Friedensprozeß in den Südphilippinen. Schulterschluß von Präsident Ramos und Nur Misuari (MNLF) - Rainer Werning
19. Das Ende der Autonomie? Irakische Truppen intervenieren in Südkurdistan - Thomas Uwer, WADI e.V.
20. Helms-Burton-Gesetz belastet US-Außenpolitik. Verbündete ergreifen Gegenmaßnahmen - Investoren reagieren unterschiedlich - kuk
21. Verlorene Erwartungen und Hoffnungen. Interview mit Mitgliedern des Forums für die Demokratie, Chile
22. 25 Jahre nach dem Sieg der Unidad Popular. Chile heute: Kontrollierte Demokratie im Schatten Pinochets - Bernhard Schmid
23. Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko? EPR ruft zum Sturz der Regierung auf - Boris Kanzleiter
24. Guerillas in Guerrero. Kurze Geschichte des bewaffneten Widerstands in Guerrero - Boris Kanzleiter
25. Libanon nach dem Bürgerkrieg. Teil 2: Vom Taef-Abkommen zu den Parlamentswahlen 1992
26. "Arafat ist unsere Identität". Vorabdruck aus "Yassir Arafat - Vom Guerillkämpfer zum Staatsmann" von Danny Rubinstein
27. Von der Bedeutung abseitiger Fragen. Ein neues Buch über den 20. Juli 1944 - Kt.
28. Der Faschismus in Italien. Zwei Buchvorstellungen - Gerd Bedszent, Js.
29. Wo bleibt die (öko-)sozialistische Perspektive? Ein Diskussionsbeitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte - Hans-Hermann Hirschelmann
30. Self Fulfilling-Prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und radikale Linke - Teil 1 - Günther Jacob
31. Berechnung und Beschwörung. Zur Debatte um Ökologie und "Überbevölkerung" - Susanne Heim, Ulrike Schaz
32. Totaler Theorieverzicht? Bilanz der entwicklungspolitischen Diskussion der 90er Jahre - Christian Stock, aus: iz3w
33. Rechter Presseoffizier zum Fronteinsatz - Ulla Jelpke
34. Quelldatei 20bu.htm
35. Quelldatei 20bus.htm

36. Quelldatei 25.htm
37. Quelldatei 32.htm
38. Quelldatei 37.htm

1. In eigener Sache: 25 Jahre ak

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/sache.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:sache

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. ak - analyse & kritik, bis 1992 unter dem Namen "Arbeiterkampf" erschienen, feiert 25jährigen Geburtstag. Im Dezember 1971 erschien die erste Ausgabe des "Arbeiterkampf" mit der Nummer 13. Sie folgte auf die Zeitschrift KAZ (Kommunistische Arbeiter-Zeitung des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum) und die KAB-AZ, die Arbeiterzeitung des Kommunistischen Arbeiterbundes.

In der Redaktion sind wir uns einig: Dazu müssen wir etwas machen. Manche träumen sogar von einer Jubiläumsausgabe ... Geplant ist, daß in der Dezemberausgabe von ak ein Rückblick auf die Geschichte unserer Zeitung, aber auch auf Irrungen und historische Leistungen des KB (Kommunistischer Bund) geworfen wird. Wir möchten an Diskussionen erinnern, die grundlegende Bedeutung für die Organisationsgeschichte des KB und die Publizistik des AK/ak gehabt haben, und eine Bewertung aus heutiger Sicht vornehmen. Außerdem hoffen wir, daß zahlreiche ehemalige FreundInnen und FeindInnen des KB in Interviews und mit Beiträgen zum Jubiläum gratulieren.

Für Ende Januar planen wir eine Geburtstagsfeier mit ganz vielen Gästen. Wir freuen uns auf alle, die mit ak oder dem KB zu tun hatten oder immer noch haben, und auf möglichst viele unserer LeserInnen. Wenn Ihr jemanden kennt, der/die Lust haben könnte, mit uns zu feiern, dann sprecht sie bitte an. Auf jeden Fall gilt: Wer Ideen hat und Beiträge zur "Jubiläumsausgabe" oder zum Fest leisten möchte, ist wärmstens aufgefordert, sich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen.

ak-Redaktion

2. Regierung sichert Wachstum - von Armut und Profiten

Autor: gg. · Rubrik: Sozialpolitik; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:36

Nun hat es alle parlamentarischen Hürden überwunden, das unter dem schönen Namen "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" versteckte Sparpaket der Bundesregierung. Mit der Kanzlermehrheit (341 von 672 Stimmen) wurde es am 13. September im Bundestag verabschiedet. An der ursprünglichen Vorlage gab es leichte Korrekturen, die zur Beruhigung der Vertreter der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer (CDA) dienen sollten. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wird lediglich bei Arbeitsunfällen nicht gekürzt. Bei Schwangeren und bei Berufskrankheiten tritt trotz einiger Proteste aus CDU-Reihen die 20prozentige Kürzung in Kraft. Das Kündigungsschutzgesetz gilt nunmehr nicht ab fünf, sondern erst ab elf Beschäftigten. Zur Besitzstandswahrung wurde eine Übergangsfrist von drei Jahren vereinbart, die jedoch nicht bei Neu- bzw. Ausgründungen greift. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters bei Frauen tritt nicht 1997 sondern im Jahr 2000 in Kraft.

Die Taktik des DGB, den "Katalog der Grausamkeiten" mit einer Mixtur aus Appell (an die Mitglieder der christlichen Arbeitnehmerschaft in der CDU) und kanalisiertem Protest zu verhindern, beeindruckte die CDU/FDP-Mehrheit des Bundestages nur wenig. Zumal der Protest berechenbar blieb und klar signalisiert wurde, daß Streiks gegen eine demokratisch gewählte Regierung für unsere staatstragenden Gewerkschaften nicht in Frage kommen. Der DGB und die Einzelgewerkschaften zeigten am 15. Juni in Bonn ihre Mobilisierungsfähigkeit, versuchten aber alles, um den auch von der DGB-Spitze angekündigten "heißen Sommer" zu vermeiden. Die nach der Großdemo in Bonn für die Tage der Bundestagsdebatte geplanten Aktionen und Demonstrationen, die Arbeitsniederlegungen vorausgesetzt hätten, wurden gestrichen. Statt dessen fanden am 7. September sechs regionale Kundgebungen statt, die mehr den Charakter von Alibiveranstaltungen hatten. Daß mit rund 250.000 KundgebungsteilnehmerInnen in Leipzig, Berlin, Hamburg, Dortmund, Stuttgart, Ludwigshafen die Mobilisierungszahlen von Bonn nicht erreicht wurden, spricht für diese Annahme.

Als Ersatz für den ausgefallenen "heißen Sommer" wurde von KundgebungsrednerInnen nun ein "heißer Herbst" angekündigt. Dies erscheint nicht ganz unrealistisch, insbesondere dann, wenn die Arbeitgeber die angekündigten Verschärfungen in tariflichen Fragen wahr machen. So gibt es konkrete Pläne und Aufforderungen von Arbeitgeberverbänden, existierende tarifliche Regelungen zu kündigen, die die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zumindest bis zum Jahre 1998 garantieren. Die IG Metall, in deren Tarifbereich noch rund 80% der Beschäftigten in der Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle eine tarifliche Absicherung haben, will hier hart bleiben. Sollte es zur Kündigung bestehender Verträge durch den Metallarbeitgeberverband kommen, will die IG Metall "diesem Vertragsbruch mit sofortigen Arbeitsniederlegungen begegnen." (Handelsblatt, 9.9.96)

Es ist gut möglich, daß von Arbeitgeberseite ebenfalls die bestehenden Tarifverträge über Löhne und Tarife, Ausbildungsvergütungen, Urlaubsdauer, Urlaubsgeld und Sonderzahlungen, gekündigt werden; "alles, was materielle Bedeutung hat, ist kündbar", drohte Gesamtmetall-Vorsitzender Stumpfe. Die bevorstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektrobranche bietet also einigen Zündstoff.

Hier kündigen sich Angriffe auf die Beschäftigten an, wie sie momentan in der ostdeutschen Bauwirtschaft vorexerziert werden. Dort wurden mit sofortiger Wirkung Ende August vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der im wesentlichen die Großbetriebe vertritt, bestehende Tarifverträge gekündigt. Die vereinbarte Tariferhöhung von 1,85% zum 1. September wird ebensowenig eingehalten wie die Anpassung der Ost-Bezüge von 92% auf 95% zum 1.10.96. Der Verband der kleinen und mittelständischen Bauunternehmen will im Windschatten der großen nachverhandeln, sprich ohne offizielle Kündigung des Vertrages eine Lohnkostensenkung erreichen. In der westdeutschen Bauindustrie wurde der Vertrag zum Weihnachtsgeld gekündigt.

Auch das Beispiel des Heinrich Bauer-Verlages zeigt, daß das Klima immer rauher wird. Die meisten Teilbereiche des Hauses gehören mittlerweile keinem Arbeitgeberverband mehr an. Die Rechtsabteilung tritt für eine "Reform" der Flächentarifverträge ein und will diese Entwicklung durch eigene Maßnahmen forcieren.

Bei Neueinstellungen von Redakteuren und kaufmännischen Angestellten wird die tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit von 35 bzw. 36 Wochenstunden schlichtweg ignoriert und um fünf bzw. zwei Stunden pro Woche erhöht - bei gleichem Gehalt, versteht sich. Im Gegenzug wird die Kündigungsfrist von drei Monaten auf einen Monat verkürzt.

Hier wird beispielhaft vorgeführt, welche Konsequenzen eine Aufsplittung der Flächentarifverträge in Kern- und Rahmenvereinbarungen mit sich bringen wird. Offenbar schätzt das Arbeitgeberlager zur Zeit die Gelegenheit, ihre Ausgangslage zu verbessern, als günstig ein. Nicht nur die IG Metall wird in nächster Zeit gefordert sein, um diese Frontalangriffe abzuwehren.

Das erste Sparpaket war noch nicht verabschiedet, da verkündete die Bundesregierung schon die nächsten Sparmaßnahmen. Einmal mehr sollen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und AB-Maßnahmen betroffen sein. Und das vor dem Hintergrund, daß die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe im Westen zwischen 1993 und 1995 von 1076 auf 1007 DM und im Osten auf 789 DM und damit real um 6,6% sank, wie Berechnungen des DGB ergaben. Mehr als 20% der Arbeitslosenhilfebezieher im Osten bekommen weniger als 600 DM, im Westen sind es 11,4%. In besonderem Maße betroffen sind davon Frauen. 27% im Osten und 23,4% im Westen erhalten weniger als 600 DM im Monat. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld sank in diesem Zeitraum preisbereinigt im Westen um 4,2%, im Osten um 1,3%. Es lag im Mai 1995 bei 1424 DM im Westen und 1124 DM im Osten.

1997 müssen, so die Vorgabe, die Maastricht-Kriterien erfüllt werden, soll 1999 die Währungsunion installiert werden. Die Bundesregierung ist, wenn man den offiziellen Verlautbarungen Glauben schenkt, entschlossen, diese Kriterien zu erfüllen. Für das nächste Jahr heißt das, daß die Regierung den Sozialabbau weiter forcieren wird. Wenn diese Pläne durchkreuzt werden sollen, muß etwas mehr getan werden als in den letzten Monaten.

gg.

3. Eine große Persönlichkeit. Mao Zedong (26.12.1883-9.9.1976)

Mao Zedong (26.12.1893 - 9.9.1976)

Autor: nyg · Rubrik: KB und AK; Geschichte der Kommunisten; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:26

Vor zwanzig Jahren starb in Beijing (Peking) der Vorsitzende der KP Chinas, Mao Zedong, im Alter von 83 Jahren. Die rasante Entwicklung, die China seitdem durchlaufen hat, läßt die Erinnerung an ihn immer mehr verblassen.

Chinas kapitalistischer Boom, der mit den ersten Wirtschaftsreformen in den frühen 80er Jahren begann, entwickelte neue Klassenwidersprüche, die mit Maos Verständnis von der "Fortführung des Klassenkampfes" unter der "Diktatur des Proletariats" nur noch sehr bedingt zu tun haben. So erscheint uns zunächst die Opposition der neuen "Mittelklasse", der Profiteure der Reformpolitik, die ihr Sprachrohr in Intellektuellen und Studenten findet ("Demokratiebewegung" 1989), selbst aber politisch eher im Hintergrund bleibt, als besonders vielversprechend.

Sie fordert schließlich die Anpassung der überkommenen Produktionsverhältnisse an die fortschrittliche Produktivkraftentwicklung, vor allem die Beseitigung der noch immer existierenden bürokratisch-administrativen Hemmnisse, die vom Apparat der KPCh ausgehen. Der politischen Form nach würde das die Einführung von Elementen bürgerlich-demokratischer Herrschaftsverhältnisse und eine Beschneidung der Alleinherrschaft der Partei bedeuten.

Selbstverständlich ist, daß diese Opposition auf besonders starke öffentliche Unterstützung in der westlichen Welt, vor allem in den "unabhängigen" Medien stößt, während sich die offizielle Politik eher zurückhält, da es natürlich nicht ihr Ziel sein kann, die guten Geschäfte, die mit China gemacht werden, zu gefährden.

Mao-Bilder

Kaum beachtet wurde hingegen eine Nebenlinie der Proteste, die schon etwa ab 1986 sichtbar war, während der Unruhen 1989 erstmals eine größere innerchinesische Öffentlichkeit bekam und seitdem im Verborgenen wächst und gedeiht: Mao-Nostalgie oder "Mao-Fieber", wie es in China offiziell genannt wird. In einigen Demonstrationszügen entdeckten wir während der Fernsehübertragungen Portraits Mao Zedongs und auch Zhou Enlais, des ebenfalls 1976 verstorbenen früheren Ministerpräsidenten der VR China.

Dies waren Demonstrationen der Industriearbeiter und zu einem kleineren Teil auch der Bauern aus Beijinger Vorstädten. Daß sich der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital im Zuge der Wirtschaftsreformen, vor allem durch die Zerstörung sozialer Sicherungssysteme und die Streichung von Subventionen für - im Rahmen der sogenannten "wirtschaftlichen Rechnungsführung" - "unrentable" Betriebe verschärfen würde, war selbstverständlich. Daß ein Teil der Arbeiter und Bauern dabei aber auf Mao Zedong als politisches Symbol zurückgreifen würde, erschien vielen westlichen Chinabeobachtern als ungewöhnlich.

Die Ursache für dieses Unverständnis liegt in der unterschiedlichen Wandlung des "Mao-Bildes" in der westlichen und der chinesischen Öffentlichkeit. Als Mao vor zwanzig Jahren starb, war das ein welthistorisches Ereignis, das von vielen Politikern des Westens, vor allem den besonders aggressiv antisowjetisch eingestellten, mit zur Schau gestellter Trauer begangen wurde. Viele Länder (auch die BRD) flaggten halbmast, und würde man heute aus den Beileidstelegrammen Helmut Schmidts, Helmut Kohls, Franz-Josef Strauß oder Walther Scheels zitieren, würde einem vermutlich böswillige Fälschung vorgeworfen.

In dem berüchtigten Fragebogen, den "Marcel Proust ... gleich zweimal ausfüllte", und der uns wöchentlich freitags im "Frankfurter Allgemeine Magazin" präsentiert wird, bearbeitet von mehr oder minder prominenten Persönlichkeiten, wird auf die Frage "Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?" immer öfter nicht "Hitler und Stalin", wie der "common sense" früher forderte, sondern "Hitler, Stalin, Mao und Pol Pot" geantwortet, zweifelsohne ein Erfolg der Globalisierung.

Die historische Bedeutung Mao Zedongs scheint dem kollektiven Vergessen anheimgefallen zu sein. Statt dessen wird seine Person immer wieder zum Ziel diverser "Enthüllungen" dubioser "Insider", zuletzt der eines

angeblichen "Leibarztes" des Vorsitzenden. Sein schlechter Charakter, seine kalten, willkürlichen, tyrannischen Entscheidungen, seine Machtbesessenheit und vor allem sein Sexualleben werden zu den Hauptthemen der Veröffentlichungen.

Daß es für derartige Publikationen überhaupt einen Markt gibt, liegt daran, daß Mao Zedong in den 60er und 70er Jahren für viele Menschen, auch in der BRD, ein wichtiger politischer Bezugspunkt war, für Teile der "neuen Linken" sogar eine Art Identifikationsfigur. Da die meisten längst mit ihrer politischen Vergangenheit gebrochen haben, findet vermeintliche "Bewältigungsliteratur" natürlich ihr Publikum. Die Rechte verhält sich wie immer nach der Devise "Was stört mich mein Geschwätz von gestern!" und läßt sich genüßlich bestätigen, was sie immer gedacht, nur eben zeitweise nicht laut gesagt hat, daß Kommunisten, vor allem wenn sie Macht haben, natürlich Verbrecher sind.

In der chinesischen Öffentlichkeit hat sich das Mao-Bild auch gewandelt, aber nur wenige intellektuelle Dissidenten folgten der westlichen Sichtweise oder leisteten sogar einen Beitrag dazu. Natürlich möchte kaum jemand eine Rückkehr zum politisch-ökonomischen System der Mao-Ära. Selbst die Demonstranten, die 1989 Mao-Bilder trugen, äußerten sich in dieser Frage eindeutig. Mit der Person Mao Zedongs werden aber, auch von der überwiegenden Mehrheit chinesischer Intellektueller, vor allem zwei Dinge verbunden: der Aufstieg Chinas zu einer politischen Großmacht und eine Politik, die frei von Korruption, persönlicher Bereicherung und Vetternwirtschaft war.

Für die ältere Generation, die noch selbst japanische Besatzung, Bürgerkrieg und Guomindang-Herrschaft erlebt hatte, trat in den Jahren nach 1949 eine so unglaubliche Änderung zum besseren ein, daß sie diesen Unterschied bis heute nicht vergessen hat. Hinzu kam die ökonomische Entwicklung und die damit verbundene Erhöhung des Lebensstandards, die zwar immer wieder von Rückschlägen und schweren politischen Fehlern unterbrochen wurde und - verglichen mit dem heutigen Tempo - recht langsam vonstatten ging, die aber alle gleichermaßen betraf und ein soziales Sicherungsnetz ermöglichte, das für ein Land der sogenannten "3. Welt" beachtlich war.

Mao steht also heute in China eindeutig für nationale Werte. Er wird als "großer Mann" verehrt, der trotz aller Fehler und Verbrechen für China eine große Leistung vollbracht hat. Der kommunistische Mao, der ein bestimmtes Entwicklungsmodell verfolgte, China vor bürokratischer Erstarrung und "Staatskapitalismus", also vor dem sowjetischen Modell bewahren wollte, und dafür mit Hunderten von Millionen Menschen z.T. abenteuerliche Experimente durchführen ließ, ist bestenfalls noch für Historiker von Interesse, einen nennenswerten Einfluß auf das politische Denken irgendeiner Bevölkerungsgruppe haben die "Mao-Zedong-Ideen" heute nicht mehr.

Mao gibt's nur einen: den Kommunist, sonst keinen!

Als Mao vor zwanzig Jahren starb, erschien in AK Nr. 89 der Nachruf "Wir trauern um Genossen Mao Tsetung". Eine Karikatur zeigte Pinochet und Strauß, Arm in Arm weinend, daneben noch den Vertreter der KPD/ML, der in Tradition der AK-Karikatur immer als Blinder mit Armbinde dargestellt wurde und hier offenbar in seine Bettelschüssel weint, und dann, der Dreiergruppe quasi gegenüberstehend, mit hocherhobenem, unvermeidlichem Schraubenschlüssel, der bärtige Hamburger KB Arbeiter, der sagt: "Mao gibt's nur einen: den Kommunist, sonst keinen!"

Der Nachruf des KB thematisiert die Schwierigkeiten, die wir damals mit China und Mao hatten, durchaus. Der politische Weitblick des KB in dieser Frage bewahrte uns davor, jemals in den Ruch einer "pekingtreuen" Organisation zu kommen. Dies blieb den skurrilen Sekten, die damals die linke politische Szene der BRD dominierten, vorbehalten: KPD/ANull, KBW, KPD/ML, KABD und nicht zu vergessen, die rechte Provokateurstruppe MLD.

Für uns war der erste und wichtigste Ansatzpunkt der Chinakritik die Außenpolitik gewesen, die schon zum Zeitpunkt der Gründung des KB nicht nur aggressiv antisowjetisch gewesen war, sondern auch die Annäherung Chinas an die USA immer deutlicher vorantrieb. Die "Drei-Welten-Theorie", unter der das außenpolitische Konzept der KPCh dann seit 1977 zusammengefaßt wurde, wurde zu einer wichtigen Scheidelinie. Sie befürwortete ein Bündnis der zweiten und dritten Welt gegen die erste, wobei hier die beiden "Supermächte" UdSSR und USA gemeint waren. Schließlich sollte sich das Bündnis auch auf die absteigende,

weniger aggressive "Supermacht" erstrecken können, und das waren nach chinesischer Lesart die USA. Selbst unter sonst treuen Anhängern wurde das nicht problemlos geschluckt (z.B. KBW).

Im AK wurde statt dessen immer darauf hingewiesen, daß Maos Urheberschaft dieser "Theorie" durch nichts belegt sei. In der Tat gibt es zwar ein Gesprächszitat aus dem Februar 1974, das eine derartige Einteilung der "drei Welten" formuliert, aber nirgendwo einen Hinweis darauf, daß diese Bemerkung in den Rang einer Theorie zu erheben sei. Das geschah dann auch erst 1977, ein Jahr nach Maos Tod.

An diesem Beispiel kann eine Tendenz aufgezeigt werden, die die damaligen China-Artikel des AK und auch den Nachruf auf Mao durchzogen: Die Schuld für kritikwürdige Politik wurde nicht bei Mao, sondern bei gegnerischen Fraktionen in der KPCh gesucht, vor allem bei Deng Xiaoping. Da der "Kampf zweier Linien" geradezu als konstitutives Element der KPCh betrachtet werden muß und da während der "Kulturrevolution" unablässig "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" bekämpft wurden, an der Spitze Liu Shaoqi und Deng, konnte man hoffen, daß eines Tages wieder "die Linke" die Oberhand gewinnen würde. Für den KB war das aber keineswegs die auch als "Shanghaier Linke" bezeichnete "Viererbande" (Jiang Qing, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan, Wang Hongwen), sondern die schon 1970/71 gestürzten Lin Biao und Chen Boda.

Im Nachruf auf Mao heißt es dazu: "Es ist also denkbar, daß sie (die "Vier", ak) gegenüber anderen Parteiführern innenpolitisch tatsächlich eine fortschrittlichere Linie vertreten. Überhaupt nicht erkennbar ist dies jedoch auf dem Gebiet der Außenpolitik, die auch bis heute noch nie Gegenstand öffentlicher Erörterungen oder gar Kritik-Kampagnen war. Tatsache ist, daß sich auf dem Gebiet der Außenpolitik unabhängig von den Gängen der Innenpolitik eine kontinuierliche, geradlinige Rechtsentwicklung zeigt, deren Beginn bezeichnenderweise mit dem ‚Sturz` von Tschen Bo-da und Lin Biao (1970/71) zusammenfällt."

Lin Biao, Verfasser der berühmten Schrift "Es lebe der Sieg im Volkskrieg", war bis zu seinem plötzlichen Verschwinden 1971 stellvertretender Parteivorsitzender und offizieller Nachfolger Maos. Chen Boda war lange Jahre Maos Privatsekretär. Er soll nicht ganz unmaßgeblich beim Verfassen der Schriften "Über die Praxis" und "Über den Widerspruch" mitgewirkt haben. Während der "Kulturrevolution" stieg er in die Führungsspitze der Partei auf, wurde 1970 aber plötzlich von allen Funktionen entbunden, da er gegen den Willen des Vorsitzenden versucht hatte, das Amt des Staatspräsidenten neu zu besetzen (Staatspräsident Liu Shaoqi war ja schon zu Beginn der "Kulturrevolution" gestürzt worden). Formal wurde das Amt zwar Mao angeboten, de facto war jedoch klar, daß Chen als Vorhut das Terrain für Lin Biao auslotete, der seine Stellung durch ein parteiunabhängiges Amt festigen wollte.

Als führender Repräsentant der militärischen Bürokratie war Lin Biao im Bündnis mit der Staatsbürokratie (Zhou Enlai) 1967/68 hauptverantwortlich für die blutige Niederschlagung der "Ultralinken", Rebellen und Rotgardisten, die nicht von einer Fraktion der Partei abhängig waren und die das eigentliche, authentisch revolutionäre Element in der "Kulturrevolution" bildeten.

Später, als eine fundiertere historische Betrachtung der "Kulturrevolution" möglich war, wurde die Rolle der "Ultralinken" in einer AK-Serie (AK 201-204, 224-226) sehr gut herausgearbeitet. Die Serie wurde 1989, nach dem Juni-Massaker, als Broschüre unter dem Titel "Rebellion ist gerechtfertigt!" herausgegeben.

Im Editorial heißt es u.a.: "Vielmehr steht die Kulturrevolution in der westlichen Betrachtung nach wie vor für ‚blutigen Bürgerkrieg`. Peinlich verschwiegen wird dabei in der Regel, daß sich die Akteure der Kulturrevolution schon mit den gleichen Machthabern auseinandersetzen mußten, die heute das Massaker in Peking befehligten. Die Kulturrevolution war Ausdruck des Kampfes um die Orientierung der weiteren Entwicklung Chinas in den sechziger Jahren: Revolutionierung des sozialistischen Weges oder Hinwendung zum kapitalistischen. Es ist der bisher einzige Versuch in der Geschichte des realen Sozialismus, mit Hilfe einer Massenbewegung den Sozialismus zu ‚retten`. Dieser Aspekt ist von den Bewegten der Jugend- und Studentenrevolten in den westlichen Ländern aufgenommen worden, dies machte vor allem auch die Attraktivität von Mao Zedong aus, der sich als Parteivorsitzender hinter die revoltierenden Jugendlichen stellte."

Aktuelle Bedeutung

Diese Einschätzung versuchte zwar die Kontinuität in der KB-Geschichte zu wahren, reduzierte aber das, was bisher als das Wesen der "Kulturrevolution" angesehen worden war, auf einen "Aspekt". Damit wird Raum

gelassen für eine dringend erforderliche Analyse anderer "Aspekte", für eine historische Neubewertung der "Kulturrevolution" und auch der Person Mao Zedongs, ohne dabei den Geschichtsschreibern der Bourgeoisie auf ihren idealistischen Leim zu gehen. Die langjährige China-Analyse und Berichterstattung im ak ist dafür eine gute Grundlage, reicht aber bei weitem nicht aus.

Schließlich muß noch die Frage nach der aktuellen Bedeutung Maos gestellt werden. Wie immer man das Experiment "Kulturrevolution" bewertet, es ist auf jeden Fall nachhaltig gescheitert, und zwar noch zu Lebzeiten Maos. Inzwischen ist auch der bürokratische Sozialismus in China restlos gescheitert. Jeder neue Versuch in China kann sich nur auf die neuen kapitalistischen Verhältnisse beziehen und mit den Traditionen der KPCh und den "Mao-Zedong-Ideen" nicht mehr viel anfangen.

Es bleibt eine historische Persönlichkeit, die unser Jahrhundert so stark geprägt hat wie sonst nur noch Lenin, ein Verfasser einiger lesenswerter philosophischer Werke und polemischer Schriften, ein bedeutender Dichter und Kalligraph.

Ein tragisch gescheiterter Politiker, der als einer der ganz wenigen Kommunisten aus der Tradition der III. Internationale wenigstens versucht hat, aus der historischen Sackgasse des "Realexistierenden" auszubrechen. Einerseits war er seiner Zeit voraus, andererseits war er zu stark gebunden: in der chinesischen Tradition und in den historischen Bedingungen, die gedanklich leicht, in der Praxis offenbar aber gar nicht überwindbar sind. Doch wie lehrte uns der Vorsitzende: "Die leuchtende Helligkeit liegt noch vor uns!"

nyg.

4. Lübeck: Ermittlungen unzureichend. Kommission legt Zwischenbericht vor (

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:29

Die Mitglieder der Internationalen Unabhängigen Kommission (IUK), Mario Angelelli, Geoffrey Bindman, Christian Bruschi, Angiolo Gracci, Beate Klarsfeld, Hans Langenberg, Felicia Langer, Gaetano Pecorella und Arturo Salerni, haben sich vorgenommen, den Prozeß gegen Safwan Eid zu beobachten. Rechtzeitig vor Prozeßbeginn legten sie einen Zwischenbericht (1) vor, in dem sie sowohl die bisherige Arbeit der ermittelnden Behörden als auch das Verhalten gegenüber den Opfern der Brandkatastrophe vernichtend kritisieren.

Zur Sicherung eines fairen Verfahrens wäre unbedingt notwendig, daß alle überlebenden BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkunft als mögliche ZeugInnen zur Verfügung stehen. Fakt ist aber, daß ein ehemaliger Bewohner bereits abgeschoben ist. Aus Angst, er könne auch abgeschoben werden ist ein weiterer Bewohner untergetaucht. In dem Bericht der IUK heißt es dazu: "Genau betrachtet ist die Aufenthaltssituation ... in drei Sachverhalte einzuteilen ..." Einige der BewohnerInnen haben eine "... bis Februar befristete Aufenthaltsbefugnis aus humanitären Gründen". Die Aufenthaltserlaubnis anderer BewohnerInnen gilt "... bis zum Abschluß ihres Asylverfahrens ...". Fällt die Entscheidung negativ aus, können sie sofort abgeschoben werden. Eine dritte Gruppe hat eine Duldung bis November 1996, d.h. ihr Aufenthaltsrecht kann jederzeit (auch vor November) widerrufen werden.

Weitere Teile des Berichtes enthalten eine kritische Betrachtung der Ermittlungen zum Brandausbruchsort, des Lauschangriffes auf Safwan Eid in der Untersuchungshaft und den "Nichtermittlungen" gegen die vier Männer aus Grevesmühlen.

Die Einstellung der Ermittlungen gegen die Männer aus Grevesmühlen im Mai, vier Monate nach dem Brand, stößt - nicht nur bei den Mitgliedern der IUK - auf Unverständnis. Da die Uhrzeit des Brandausbruches inzwischen auf "3.30 Uhr oder geraume Zeit davor" terminiert wird, ist deren ursprüngliches Alibi, sie hätten um 3.19 Uhr an einer einige Kilometer entfernten Tankstelle getankt, hinfällig. Falls das überhaupt jemals ein Alibi gewesen ist - bis heute wurde die Tankuhr nicht auf ihr korrektes Funktionieren hin überprüft.

Motivsuche

Über das Motiv der Lübecker Staatsanwaltschaft, Safwan Eid als Hauptverdächtigen vor Gericht zu zerren und, wenn irgend möglich, auch zu verurteilen, muß nicht lange spekuliert werden. Nach dem Brandanschlag, der zehn Menschen das Leben gekostet hat, war das Entsetzen über einen weiteren rassistischen Mordanschlag groß. In den ersten Stunden nach dem Anschlag spuckten selbst PolitikerInnen noch große Töne, daß gegen solchen Mob vorgegangen werden müsse. Herzog gar verkündete, jetzt die Geduld zu verlieren. Da kam er gerade recht, der Asylbewerber, der angeblich aufgrund von Streit die eigene Unterkunft anzündet. Die Republik konnte sich, sofern sie in Bewegung gekommen war, wieder beruhigen.

Das Motiv der Männer aus Grevesmühlen ließe sich dagegen nur und eindeutig in ihrem rechtsradikalen Hintergrund finden.

Schwierig wird es allerdings bei der Motivsuche im Fall von Safwan Eid. Daß jemand die Unterkunft, die nicht nur seine ganze Familie, sondern auch FreundInnen beherbergt, anzündet und sich hinterher seelenruhig wieder ins Bett legt, läßt sich nicht nachvollziehen. Die anfangs behaupteten Streitigkeiten mit anderen BewohnerInnen haben sich nicht bewiesen. Aber da ein Motiv notwendig ist, um eine Verurteilung zu begründen, hat man sich inzwischen eine neue Variante einfallen lassen: Der Familie Eid gefiel es in der Flüchtlingsunterkunft nicht, sie wollte schon lange in eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus ziehen. Na, da liegt es doch nahe, Feuer zu legen, oder?

ga.

1) Der Bericht ist erhältlich gegen eine Kostenerstattung von DM 5,- über das Anwaltsbüro Heinecke pp., Budapesterstr. 49, 20359 Hamburg, Telefon 040 - 4396002.

5. Dokumentation der Stellungnahmen des Lübecker Bündnisses

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:30

Um Mehrheiten streiten

In dem Zitat über die "80 Millionen potentiellen TäterInnen" von Café Morgenland, das dem Demonstrationsaufruf für Grevesmühlen vorangestellt ist, kommt bereits der ganze Widersinn zum Ausdruck. In dieser willkürlichen Arithmetik werden nicht nur Kleinkinder mitgerechnet, sondern pikanterweise auch die nicht-deutsche Bevölkerung. Aber es geht natürlich nicht um Zahlenspiele: Dahinter steht eine Auffassung, die aus unserer Sicht ganz einfach unpolitisch und sektenhaft ist. Wer sich allen Ernstes nur noch von unverbesserlichen Rassisten umzingelt sieht oder gar vom "pathologischen Tötungswahn der Deutschen" (aus einem Redebeitrag in Lübeck am 23.3.96) ausgeht, ist zu einer differenzierten Analyse der politischen Situation und damit zu wirksamen Auftreten gegen den Rassismus nicht mehr fähig.

Der Trennungsstrich zum Gegner wird haarscharf vor den eigenen Füßen gezogen, häufig so eng, daß z.B. auch das Lübecker Bündnis gegen Rassismus in das Lager des "rassistischen Konsens" definiert wird und sich z.B. mit der absurden Forderung von Café Morgenland konfrontiert sah, auf einer Demo in Lübeck(!) nicht sprechen zu sollen. Diese (nach den 70ern eigentlich überwunden geglaubte) Grundhaltung, innerhalb der Linken nicht das Verbindende, sondern das Trennende zu suchen und ideologische Grabenkriege über Spitzfindigkeiten zu beginnen, setzt sich im Verhältnis zur "Außenwelt" noch verschärft um. Die Bevölkerung soll in diesem Verständnis nicht mehr mobilisiert und für die eigenen Positionen gewonnen werden, sondern sie wird zum Gegner. Die Parole "Bringen wir Ihnen unsere Wut und unseren Haß" unter dem Aufruf für den 31.8. ist mit linker, emanzipativer Politik schlicht unvereinbar.

Natürlich sind rassistische Denkmuster in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet und historisch tief verankert, sie werden keinesfalls nur von "oben" in die Gesellschaft hinein getragen. Es gehört zu den Aufgaben einer antirassistischen Bewegung, nicht nur den staatlichen, sondern auch diesen gesellschaftlichen Rassismus scharf zu kritisieren.

Diese Kritik darf aber nicht an die Stelle von politischem Handeln treten, d.h. sie darf nicht nur das eigene Rechthaben nach außen tragen, sondern muß tatsächlich auf die Veränderung von Bewußtsein und Strukturen abzielen.

Wir streiten für konkrete Forderungen: Für das Bleiberecht aller Flüchtlinge, besonders der Lübecker Brandopfer, für die Einstellung des Verfahrens gegen Safwan Eid und für eine öffentliche Aufklärung des Lübecker Justizskandals, damit sich eine derartige Umdeutung der Wahrheit nicht so einfach wiederholen läßt. Wenn dies nicht nur taktisch gemeint ist, sondern tatsächlich durchgesetzt werden soll, müssen wir breite Unterstützung dafür gewinnen. Wenn wir uns aber in Selbstgerechtigkeit einigeln, dann haben wir auch diesen Kampf schon verloren, bevor wir ihn aufgenommen haben.

Voraussetzung für ein sinnvolles politisches Auftreten in Grevesmühlen wäre für uns zunächst eine Kooperation mit antirassistischen Kräften vor Ort. Der massenhafte Einfall von "Besserwessis" in die Kleinstadt wird jedenfalls keine positive Wirkung haben. Im Gegenteil: Die Identifikation der EinwohnerInnen mit den möglichen Tätern aus ihrer Mitte wird reproduziert werden. Die Demonstration wird mithelfen, genau das am Leben zu halten, was sie eigentlich kritisieren und angreifen soll. In dieser Einschätzung bestärkt uns das eigene Erleben der von auswärtiger Beteiligung geprägten Demonstrationen in Lübeck, auf denen nicht einmal im Ansatz eine Vermittlung unserer politischen Inhalte an die Umstehenden gelang, ja sogar viele Lübecker TeilnehmerInnen sich derart deplaziert fühlten, daß sie einfach wieder gingen.

Der Skandal des Verfahrens gegen Safwan Eid besteht in einer rassistisch ermittelnden Staatsanwaltschaft, der eine mehr als dürftig zusammengezimmerte Anklage reicht, um einen Flüchtling vor Gericht zu zerren, die aber gleichzeitig die dringenden Hinweise ignoriert, die auf jene vier Deutschen aus Grevesmühlen hindeuten. Es gibt aber (zumindest zur Zeit) für uns keinerlei Sicherheit, daß diese vier die Täter von Lübeck waren. Eine entsprechende Sicherheit (und wir stellen weiterhin unabhängige Recherchen in diese Richtung an) wäre für

uns aber eine der notwendigen Voraussetzungen für eine Demo in Grevesmühlen. Dann aber in Zusammenarbeit mit Leuten vor Ort und mit einem Aufruf, der zumindest die Chance bietet, daß ein nicht geringer Anteil der DemoteilnehmerInnen aus Grevesmühlen und Umgebung kommt. Wie die Demo zum 31.8. zur Zeit angelegt ist, halten wir sie für kontraproduktiv. Wir haben uns daher entschlossen, dafür weder zu mobilisieren noch selbst dorthin zu fahren.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus 13.8.96

Kritik muß erlaubt sein

Unsere Stellungnahme zur Demonstration in Grevesmühlen hat zum Teil heftige Reaktionen herausgefordert. In einem von der Créme de la créme der antinationalen Bewegung unterzeichneten Leserbrief in der "jungen welt" vom 7. September heißt es gar, daß es weder die Grundlage gäbe für "einen erbitterten und bösen Streit" mit uns noch für "stille Ignoranz" - was auch immer dann noch für Möglichkeiten des Verhaltens verbleiben, wenn es nicht um praktische Bekämpfung gehen soll.

Auch die Antinationalen werden es lernen müssen, mit öffentlich geäußerter Kritik zu leben, ohne ihre KritikerInnen deswegen sofort in das Lager des Gegners zu definieren. Wer unsere Stellungnahme aufmerksam gelesen hat, konnte feststellen, daß es sich um eine scharfe politische Kritik gehandelt hat, um den Versuch, eine Debatte über die erfolgversprechendste antirassistische Strategie zu beginnen und eben nicht um Ausgrenzung. Wir sind in der Tat der Auffassung, daß die Vorgehensweise der Antinationalen zwar konsequent und radikal erscheint, in Wirklichkeit aber Ausdruck einer längst erfolgten Kapitulation vor den herrschenden Verhältnissen ist. Eine Veränderung dieser ausbeuterischen, rassistischen und sexistischen Realität ist nur dann möglich, wenn wir perspektivisch (natürlich nicht ausgezählte, sondern qualitative) Mehrheiten für linke Vorstellungen gewinnen. Das heißt ganz ausdrücklich nicht, um dieses vorprogrammierte Mißverständnis im Vorwege auszuräumen, daß in der Bevölkerung unzweifelhaft breit vorhandenen rassistischen Vorurteilen nicht entschieden entgegengetreten werden sollte.

Wirksame antirassistische Politik ist jedoch nur dann möglich, wenn Menschen und Strukturen in ihrer Veränderbarkeit erkannt werden. Die richtigen Schritte für diese Veränderung zu erkennen und umzusetzen - das sollte Ziel unseres Streitens sein. Es muß auch gestattet sein, eine bestimmte Aktion als kontraproduktiv zu kritisieren. Über den Zusammenhang, in den die "Lübecker Nachrichten" (LN) unsere Stellungnahme gerückt haben, waren wir auch nicht glücklich. Uns war wichtig, daß auch die "LN" unsere Stellungnahme zu den geplanten Aktivitäten wahrnimmt, dennoch hätten wir besser dafür Sorge tragen können, daß unsere Äußerungen nicht zur platten Hetze gegen die Demonstration mißbraucht werden können. Immerhin wurde unsere eindeutige Stellungnahme gegen das Verbot, die diese Maßnahme der Staatsmacht einordnet in die Repressionsmaßnahmen gegen KritikerInnen der rassistischen Ermittlungen, wenige Tage später ebenfalls in den "LN" abgedruckt. Uns jedoch in die Nähe der Lübecker Staatsanwaltschaft zu rücken und uns gar zu unterstellen, wir seien gegen Demonstrationen oder würden ihrem Verbot das Wort reden, ist nichts als billige Polemik. Der Beitrag des Lübecker Bündnis gegen Rassismus zur Aufdeckung und öffentlichen Thematisierung der rassistischen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Brand vom 18. Januar dürfte auch den Antinationalen bekannt sein - ebenso wie die Tatsache, daß wir deswegen zum Ziel von Ermittlungen und Beschlagnahmen durch eben jene Staatsanwaltschaft wurden.

Wir sind weiterhin an einer konstruktiven Debatte interessiert. Gute Ansätze hierzu haben wir in der Stellungnahme der gruppe demontage gesehen, die zwar unsere politischen Absichten gleichfalls mißverstanden zu haben scheint, in ihrem Text aber nach unserer Auffassung die richtigen Fragen stellt.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

11.9.1996

6. Demonstration festgesetzt

Autor: ga. · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Demonstrationsauseinandersetzungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:31

Unter dem Motto: "Bringen wir ihnen unsere Wut und unseren Haß", "Den TäterInnen auf die Pelle rücken" und "Scheiß-Deutschland" riefen eine Anzahl von Antinationalen Gruppen unter anderem Cafe Morgenland (Frankfurt), Gruppe Demontage (Hamburg) und ak kassiber (Berlin) zu einer Demonstration nach Grevesmühlen auf. "Grevesmühlen steht - exemplarisch - für den rassistischen Normalzustand in diesem Land. (...) Das Lichterkettenschauspiel ist ausgereizt, Massenabschiebungen aus den modernsten Abschiebeknästen gehen ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne, der Mob soll sich zurückhalten. (...) Die TäterInnen von Lübeck sitzen überall, wo sich dumpfer Rassismus mit aktiven und passiven Zuschauern paart, wo deutsche Interessen, Deutschtümelei und das gefüllte eigene Portemonnaie über allem stehen." Mit der Demonstration nach Grevesmühlen wolle man diese Ordnung stören. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus kritisierte die Stoßrichtung des Aufrufes und plädierte dafür, anstatt alleine als "Besserwessis" nach Grevesmühlen zu gehen, zu versuchen, BündnispartnerInnen - auch vor Ort - zu gewinnen. Die Reaktion der Antinationalen darauf waren rüde Angriffe. Nebenstehend dokumentieren wir die Stellungnahmen des Lübecker Bündnisses.

Protest unerwünscht

Passend zu den rassistischen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft, die bis heute stärkeres Interesse daran zeigt, den vier Männern aus Grevesmühlen die Alibis zurechtzubiegen, kam das Verbot der Demonstration durch das Landratsamt Grevesmühlen. Die "ausgereizten Lichterkettenschauspiele" aus dem Aufruf, mußten für die angebliche Gewaltbereitschaft der DemonstrantInnen herhalten, daß "den TäterInnen auf die Pelle" gerückt werden sollte, erfüllte nach Meinung der damit befaßten Gerichte den Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 STGB).

Etwas 250 Menschen , die am 31.8. mit einer spontanen Kundgebung auf dem Grevesmühlener Bahnhof gegen das Verbot protestieren wollten, wurden sofort bei ihrer Ankunft von Polizeikräften eingekesselt und festgenommen. Mit der zynischen Begründung aus Rostock gelernt zu haben, waren 700 PolizistInnen vor Ort gekarrt worden. Der Versuch der AntirassistInnen, eine kurze Kundgebung auf dem Bahnhof abzuhalten und mit dem nächsten Zug wieder nach Lübeck zu fahren, wurde mit Gewalt verhindert. Die DemonstrantInnen wurden festgenommen und erst nach Stunden wieder freigelassen. Mecklenburg-Vorpommern scheint insgesamt seine eigenen Gesetze zu haben. Daß ein Demonstrationsverbot nicht per se eine spontane Protestkundgebung gegen dieses Verbot einschließt, scheint ebensowenig bekannt zu sein, wie das Recht der Festgenommenen, daß AnwältInnen ohne Behinderung zu ihnen durchgelassen werden müssen.

Ungehindert von den PolizistInnen konnten die angereisten und vor Ort wohnenden Jungnazis die Festnahmeaktion mit dem Hitlergruß begleiten, die AntirassistInnen anpöbeln und mit Dreck bewerfen. All das, ebenso wie den Schlagstockeinsatz seiner BeamtInnen, will der Einsatzleiter vor Ort nicht mitbekommen haben.

ga.

7. Auf dem Weg ins neoliberale Paradies? Streit um das wirtschaftspolitische Profil der Bündnisgrünen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne und Staat · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:24

Mit scharfen Worten wies Jürgen Trittin, der Vorstandssprecher der Grünen, seine innerparteilichen Kontrahenten in die Schranken: Sie seien "selbsternannte Sparkommissare, die meinen, sich auf die Unternehmerseite schlagen und die Parolen der CDU nachplappern zu müssen", kritisierte er. (Focus 32/96) Die Gescholtenen formulieren immer unverfrorener offen neoliberale Positionen und werfen damit die Frage nach der grundlegenden Ausrichtung der Partei auf.

Als "bedauerliches Sommertheater" bezeichnete Joschka Fischer, Sprecher der Bundestagsfraktion, die innergrünen Auseinandersetzungen um die finanz- und steuerpolitischen Positionen der Partei. (Junge Welt, 7.9.96) In den vergangenen Wochen war Unmut über einige in der Bundestagsfraktion entwickelte Vorhaben geäußert worden. Erinnerten sie doch eher an Positionen, wie sie aus dem Regierungslager zu hören sind. Da war von Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall die Rede, von der Aushebelung der Kündigungsschutzregelungen oder einer Lockerung der Ladenöffnungszeiten. "Das ist keine Reform, das ist nicht einmal ein Reförmchen, sondern ein Witz", so der Kommentar von Margareta Wolf, der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion, zur geplanten Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. (schrägstrich 7-8/96) Daß die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten das Einfallstor zur generellen Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist, interessiert Frau Wolf offensichtlich nicht.

Die finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Christine Scheel, tat sich Mitte August mit der Forderung hervor, den Spitzensteuersatz von derzeit 53 Prozent auf 40 Prozent zu senken. Dem derzeit vorherrschenden "Rückwärtsgang" (?) bei der Einkommensteuerdiskussion müsse entgegengewirkt werden (taz, 14.8.96) - weshalb es ihr wohl angeraten schien, sich auf die Seite der FDP zu schlagen. Auch ihr Kollege Oswald Metzger, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion, dem schon das Angebot zum Wechsel in die CDU/CSU-Fraktion vorliegen soll, wartet mit "pfiffigen Ideen" (Focus) auf: nämlich einem 12-Milliarden-Sparpaket, das Einschnitte in bestehende Leistungsgesetze und Subventionskürzungen vorsieht.

Sogar bei den Ökosteuern sind die Fraktionsexperten bereit, den Kotau vor den "Standortinteressen" der Industrie zu machen. So legte Michaela Hustedt, in der grünen Bundestagsfraktion für umweltpolitische Fragestellungen zuständig, ein Eckpunktepapier zur Ökosteuer vor, in dem vorgesehen ist, energie-intensive Industriezweige und Firmen von der Ökosteuer zu entlasten. "Angebotsorientierte Politik heißt das neue Schlagwort", bilanzierte selbst die taz.

"Wirtschaftsfreundlich" oder sozial-ökologisch?

Auf der Klausurtagung der Bundestagsfraktion Anfang September bemühten sich die grünen Bundestagsabgeordneten, die Wogen zu glätten. Ähnlich wie auf ihrer Bundesversammlung in Mainz im März dieses Jahres wurden die Widersprüche jedoch nicht ausgetragen, sondern durch Formelkompromisse übertüncht. Schon damals waren vereinzelt Forderungen nach vermehrter Mittelstandsförderung, kapitalfreundlicher Strukturpolitik oder Senkung des Spitzensteuersatzes zu hören. Und ähnlich wie damals rückt die Partei jetzt in der Steuerfrage Positionen in den Vordergrund, mit denen die verschiedenen Strömungen in der Partei durchaus leben können: Vereinfachung des Steuersystems, Schließen von Steuerschlupflöchern und Streichung von Steuersubventionen. Aber im Gegensatz zu Mainz wurde nun ausdrücklich betont, daß eine steuerliche Realentlastung von Spitzeneinkommen und -vermögen nicht angestrebt werde. Ziel sei vielmehr eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Somit wurde - zumindest momentan - den Vorstellungen von Christine Scheel eine Absage erteilt. (Wenngleich die Forderung nach einer "großen Steuerreform" weiterhin - quasi durch die Hintertür - die Option einer Senkung der Steuersätze für Reiche und Wohlhabende offenhält.)

Was die wirtschaftspolitische Orientierung der Bündnisgrünen anbelangt, in deren Zentrum bislang - zumindest programmatisch - die sozial-ökologische Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft stand, so verliert dieses "Projekt" mehr und mehr an Bindungskraft. Zum einen sind da die neoliberalen VorreiterInnen wie Oswald Metzger, Margareta Wolf, Christine Scheel und andere. Ihr Ziel ist es, "die nötigen Rahmenbedingungen auf dem Weg hin zu einer innovativen Dienstleistungsgesellschaft" zu schaffen. (M. Wolf

in schrägstrich 7-8/96) Was in diesem Zusammenhang wohl nichts anderes heißt, als dem internationalen Wettbewerb konkurrierender Nationalökonomien das Wort zu reden und deren Verwertungsbedingungen national wie international auf der politischen Ebene zu entsprechen: niedrige Steuersätze für Unternehmen und "Leistungsträger", "schlanker Staat", niedrige Lohnkosten, Privatisierung der sozialen Absicherung etc. "Folgerichtig" propagiert Oswald Metzger den Wohlstandsverzicht für alle; von der realen Einkommensentwicklung und der Vermögensverteilung in dieser Gesellschaft nimmt er keine Notiz.

Auch die ökologische Orientierung der grünen Wirtschaftspolitik droht angesichts der wirtschafts- und finanzpolitischen Krise ausgehebelt zu werden. Die wachstumskritische Grundorientierung gerät selbst für viele Grüne in Widerspruch mit einer bislang wachstumsabhängigen Politik, vor allem im Sozialbereich. Gleichzeitig tritt das Ökologiethema unter den Bedingungen eines globalisierten Wettbewerbs immer mehr in den Hintergrund; weder die Einführung der Ökosteuer noch die Förderung erneuerbarer Energiequellen sind nennenswerte Forderungen, deren baldige Umsetzung wahrscheinlich wäre. Selbst der Abbau von Umweltstandards durch die Deregulierungspolitik der Bundesregierung ruft in der interessierten Öffentlichkeit keinen größeren Protest hervor.

Linksgrüner Gegendruck

Mit harschen Worten kommentierte Jürgen Trittin die marktliberalen Vorschläge aus den Reihen der Bundestagsfraktion: "Manche wirtschaftspolitischen Konzepte innerhalb der Partei kennen nur einen Zielort: den Arsch von Helmut Kohl." (Die Woche, 30.8.96) In den Sommermonaten setzte der linke Bundesvorstandssprecher zur (medialen) Offensive gegen Teile des Realo-Flügels an. Mit ihrem "Schäuble-Gerede, man müsse die Vollkaskomentalität in der Gesellschaft bekämpfen", würden sie die grüne "Orientierung auf eine ökologische und soziale Reformpolitik" torpedieren; deren Einzelmeinungen stellten das "Profil der Grünen insgesamt" in Frage. (taz 3.9.96) Oder pointierter: "Einzelne Realos jedenfalls wollen den Druck auf die Grünen verstärken, ihre Vorstellungen eines ökologisch-sozialen Umbaus der Gesellschaft als standortschädlich aufzugeben, sich innen- wie außenpolitisch einzureihen in die ‚Werte`-Gemeinschaft der sieben starken Industrienationen." (Die Woche, 30.8.96)

Doch wenn die Bündnisgrünen ihren "Charakter" als "modernisierungskritische Modernisierer" behalten wollten, so der Bundessprecher, sei es notwendig, eine eigene, von den Positionen der anderen Parteien unterscheidbare Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Seine programmatischen Überlegungen decken sich dabei weitgehend mit den Positionen, wie sie der Europa-Abgeordnete Frieder O. Wolf, Mentor des linksgrünen "Babelsberger Kreises", und Ludger Volmer in dem Papier "Wege aus der Krise - Politisierung der Ökonomie" Mitte Juli vorgeschlagen haben: "Die Devise einer ‚modernen` grünen Wirtschaftspolitik muß ... lauten: die reinvestive Verwendung von Kapital begünstigen, die reine Vermögensanlage belasten." (1) Es gelte, dem "Casino-Kapitalismus das Spielgeld wegzunehmen". Sie gehen dabei von einer Überakkumulationskrise des Kapitals aus, die mit einer Verlagerung investiver Mittel von der Sachanlage zur Geld- und Vermögensanlage einhergeht, beides Folge der Liberalisierungswelle in den 80er Jahren.

Um diesen Trend umzukehren (das ist "Politisierung der Ökonomie"), fordern sie eine Substanzsteuer für Vermögensbesitzer, treten für die internationale Angleichung von Steuern und Lohnnebenkosten ein und sprechen sich gleichzeitig für eine internationale Devisenumsatzsteuer aus. (Volmer und F.O. Wolf favorisieren das sog. Tobin-Steuermodell: Auf alle Währungstransaktionen wird eine Steuer von einem Prozent erhoben. Dadurch könnten alleine in Europa 120 US-$ eingenommen werden, die zur einen Hälfte für Übergangsprogramme in Osteuropa, zur anderen für eine ökologisch orientierte Struktur- und Beschäftigungspolitik in der EU genutzt werden sollen). (2)

Den "Versuch einiger prominenter Köpfe der Partei, mit wirtschaftsliberalen Thesen" die Konkurrenz mit der FDP aufzunehmen, sehen sie nach den Landtagswahlen im Frühjahr als gescheitert. Konsequent müsse jetzt statt einer Politik des "Wohlstandsabbaus" eine "Umverteilungspolitik von oben nach unten" Orientierungspunkt sein. So setzt die Parteilinke z.B. weiterhin auf die Einführung einer subsidiären Grundsicherung, finanziert etwa durch eine Besteuerung hoher Renten und der Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gefährdete Mitte?

Wohin geht die grüne Reise? Noch vor nicht allzulanger Zeit zählte Joschka Fischer in seiner Partei zu denjenigen, die einen höheren finanziellen Beitrag der "Besserverdienenden" zum "Umbau des Sozialstaats" verlangten. Zwischenzeitlich hat er diese Position revidiert und spricht von einer "Überlastung der Mittelschichten, die genau unsere Klientel trifft." (Die Zeit, 9.6.95) Diese "Überlastung" könne einen möglichen demokratischen Stabilitätsverlust verursachen.

Fischer setzt alles daran, die grüne Partei auf einen politischen Kurs einzuschwören, der die Interessen der "Mitte" stärker berücksichtigt. "Lösungen zur schwersten Wirtschafts- und Strukturkrise" müßten erarbeitet werden, dabei dürfe nicht aus den Augen verloren werden, daß "in der Mitte die Schlacht um die Wirtschafts- und Reformkompetenz" entschieden wird. (Der Spiegel 34/96) Gleichzeitig betont er den Stellenwert der "sozialen Gerechtigkeit", sieht die "Linke" im Kampf "gegen den Zeitgeist, gegen einen marktradikalen Wirtschaftsliberalismus, gegen einen aggressiven Wirtschaftsegoismus". (ebd.) Die Ziele, die er dagegen setzt, sind nicht "systemüberwindend" (aber wer hätte das auch erwartet), sie sind vielmehr klassisch "sozialdemokratisch", dem "goldenen Zeitalter" verhaftet (aber vielleicht heute mehr denn je "fortschrittlich"): "Arbeitsplatz und Teilhabe am Wohlstand, Sicherheit im Alter, im Krankheitsfall, bei Arbeitsverlust und ein menschenwürdiges Leben auch im Fall der Armut; zudem der Anspruch auf eine gute Ausbildung ohne Ansehen der Herkunft." (ebd.) (3)

Fischer hat mit seinen strategischen Interventionen des vergangenen Jahres wesentlich dazu beigetragen, daß sich Teile der Realos heute so marktliberal gebärden. Hieß es bei dem Fraktionssprecher, die Partei müsse zur Gestaltungskraft werden, wünscht sich Oswald Metzger eine "Partei der Machbarkeit". (taz, 31.7.96) Wenn der "Spiritus Rector" Fischer dazu auffordert, "Lösungen zur schwersten Wirtschafts- und Strukturkrise der Bundesrepublik" auszuarbeiten, fühlen sich die Pragmatiker der Partei gerufen. Deren Vorstellungen lassen sich zwar nicht mit Fischers Plädoyer für soziale Gerechtigkeit vereinbaren, doch solange Fischer sich nicht eindeutig von solchen Positionen distanziert, werden sie in der Öffentlichkeit als mögliche "Parteilinie" der Bündnisgrünen verstanden.

Trittin argumentiert nicht weniger machtpolitisch als Fischer. Er sieht die Focussierung auf die "Mitte" als Fehler, nicht nur, da diese längst "vom breiten Hintern der anderen" besetzt ist, wie er salopp formuliert. (Focus 32/96) Dabei unterscheidet er sich in der Zielsetzung für 1998 nicht von dem Teil der Realos, für die Fischer steht und die eine "rot-grüne Reformregierung" anstreben. Die Kräfte der sog. "realistischen Linken" setzen auf eine polarisierende Strategie, in deren Mittelpunkt eine ökologisch-soziale Reformpolitik steht, die in klarer Abgrenzung zur Regierungspolitik formuliert sein soll. Polarisierung bedeutet dabei auch, eine mögliche bzw. notwendige Zusammenarbeit mit der PDS nicht auszuschließen.

Die ständige "Warnung" vor einer "Re-Fundamentalisierung" an den Rändern der Partei hat dabei wohl eine doppelte Funktion. In die Parteilinke hinein soll sie einer in letzter Zeit aufflammenden "fundamentaloppositionellen", eine Regierungsbeteiligung ablehnenden Haltung möglichst den Boden entziehen. Die Stigmatisierung der Parteirechten als Fundamentalisten einer schwarz-grünen Option soll wahrscheinlich dazu dienen, sie als meinungsbeeinflussende Kraft innerhalb der Bündnisgrünen zu schwächen, eventuell sogar auszugrenzen. Darüber hinaus könnte ein neues Bündnis mit den Kräften um Fischer gesucht werden. Trittin geht jedenfalls davon aus, daß sich der "breite Konsens aufgeklärter Realos und des Linken Forum", der seit 1991 die Grundlagen bündnisgrüner Politik bestimmte, aufzufächern beginnt. (taz, 2.9.96) Die innerparteilichen Karten werden seiner Ansicht nach neu gemischt.

Die "sozialdemokratische" Grundhaltung der Realos um Fischer könnte dabei als inhaltliche Basis dienen. Ob sie sich als tragfähig erweist und ob die "realistische Linke" diejenigen sind, die den Esel treiben können und nicht eventuell umgekehrt, wird nur im nachhinein feststellbar sein.

Der Streit bei den Bündnisgrünen dreht sich um die Frage, wie (Wirtschafts-)Politik unter den Bedingungen eines globalisierten Wettbewerbs auszusehen hat. Sucht die Partei nach alternativen Politikmodellen zur aktiven Gestaltung ökonomischer Strukturen für einen ökologisch-sozialen Umbau (4), oder aber akzeptiert sie den scheinbar naturwüchsig vorgegebenen Rahmen einer Globalisierung und konzentriert sich auf die Einbindung des sie tragenden kritischen Milieus in den wohlstandschauvinistischen Konsens des Standort Deutschland?

mb., Berlin

Anmerkung:

(1) Eine programmatische Zusammenfassung dieses Papiers ist in "schrägstrich. Zeitschrift für bündnis/grüne Politik", 9-10/96 zu finden. Die vollständige Fassung ist in der Zeitschrift "Andere Zeiten" 3/96 abgedruckt, die dem "Babelsberger Kreis nahesteht.

(2) Daß Christine Scheel eine Besteuerung der Währungsspekulation als "Strafsteuer" bezeichnet, verwundert wohl niemanden mehr. Für sie ist das Wolf/Volmer-Papier "linke Symbolik", der sie eine "pragmatische Suche" entgegensetzt.

(3) Irgendwie ist es schon rührend, wie und wann alte "Genossen" sich an ihre Wurzeln erinnern: Fischer z.B. will seine "blauen Bände von Karl Marx wieder entstauben, wenn das so weitergeht", wie er dem "Spiegel" anvertraute.

(4) Micha Brumlik nennt einige notwendige Punkte einer solchen programmatischen Neuorientierung: "Die Fixierung auf eine gleichsam naturgesetzlich wirkende Globalisierung wäre ebenso in Frage zu stellen, wie Regulierungsvorschläge für die Ebene des Weltmarkts zu erörtern wären. Zur Zeit - daran ist ein vernünftiger Zweifel nicht möglich - herrscht in Deutschland wieder Klassenkampf. Ist es überhaupt möglich, die Fundamente des Sozialstaats gegen die Angriffe des Kapitals aufzufangen, ohne erneut über die Grenzen einer die soziale Marktwirtschaft systematisch aushöhlenden kapitalistischen Ökonomie mindestens zu diskutieren?" (Kommune 7/96)

8. Mehr Markt. Mehr Repression. Thesen z. (ideologischen) Umbau des Sozialstaats am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik

Thesen zum (ideologischen) Umbau des Sozialstaats am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik

Autor: Blauer Montag · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:07

In unserem Text "Sozialstaat, Globalisierung und moralische Ökonomie" (ak 393) gingen wir davon aus, daß es bei der Sozialstaatsdiskussion nicht nur um einen Angriff auf die Sozialeinkommen geht, sondern daß es sich darüberhinaus um einen ideologischen Klassenkampf von oben handelt, in dem die keynesianische Sozialstaatsidee ausgehöhlt und umbewertet wird. Am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik wollen wir diesen Prozeß genauer beschreiben.

1. Es gibt keinen ideologisch hergeleiteten Umbauplan für den Sozialstaat oder die Sozialpolitik in Hamburg. Zentrales Motiv für staatliches Handeln als Verwaltungshandeln ist die Kostenreduktion. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen werden unterschiedlich begründet und ideologisch begleitet. Sicherlich gibt es in der Sozialverwaltung auch Personen, die jenseits der Sparvorgaben ideologische Ziele verfolgen. Aber alles in allem läßt sich die Politik der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) als zögerliches und aufgezwungenes Aufgeben keynesianischer Sozialstaatselemente unter dem Diktat der Sparerfordernisse beschreiben.

2. Hauptsächliches Vehikel der Sparpolitik in Hamburg ist die Implementierung von Waren- und Marktbeziehungen in der sozialpolitischen Trägerlandschaft bzw. im Verhältnis der Behörde zu den Zuwendungsempfängern. Die ideologische Folie ist dabei die Debatte um die Verwaltungsreform, "schlanken Staat", Tilburger Modell (1), Qualitätsmanagement, outputorientierte Abrechnungssysteme etc. Der gesamte Zuwendungsbereich von der Drogenhilfe über die MigrantInnenpolitik, die Kinder- und Jugendhilfepolitik bis zu den Beschäftigungsträgern soll auf Leistungsvereinbarungen und pflegesatzähnliche Abrechnungsverfahren umgestellt werden.

3. Einige der Konsequenzen dieser "Neuen Steuerungsmodelle" zeichnen sich relativ klar ab und dürften auch so beabsichtigt sein: Der Einspar- und Kostendruck wird an die sozialpolitischen Träger weitergegeben. Die Träger werden zu mehr oder weniger kleinen betriebswirtschaftlich orientierten Klitschen umgewandelt, die sich untereinander in einem Konkurrenzverhältnis befinden. Die Weitergabe des Kostendrucks in Verbindung mit abrechenbaren und quantifizierbaren Leistungskriterien erhöht die Arbeitsintensität der Beschäftigten, während gleichzeitig ihre Löhne angegriffen werden: Statt BAT werden Haustarife gezahlt. Beschäftigte werden entlassen. Es ist ein Prozeß der Taylorisierung von Sozialarbeit zu erwarten, in dem Arbeitsgänge segmentiert, gemessen und abgerechnet werden. Engagierte Sozialarbeit quasi als "Bewegungsersatz" wird angegriffen. Dabei sind die SozialarbeiterInnen nicht nur mit der inhaltlichen Entwertung ihrer Arbeit und ihres "Berufsstandes" konfrontiert, sondern müssen sich verstärkt als abhängig Beschäftigte verstehen: mit Sorgen um den Arbeitsplatz, Arbeitshetze, niedrigen Löhnen, Konflikten mit den Geschäftsführungen.

4. In der ideologischen Begleitmusik greift eine neue "Kundenorientierung" um sich, die gegen tatsächliche oder vorgebliche bürokratische Verkrustungen, Bevormundungen, Ineffizienzen und tradierte "Besitzstände" instrumentalisiert wird. PatientInnen, KlientInnen, Pflegebedürftige, SozialhilfeempfängerInnen werden zu "souveränen KonsumentInnen" erklärt, die sich nun auf dem freien Markt der sozialen Dienstleistungen das für sie günstigste und sinnvollste "Angebot" aussuchen können. Dieses "Kunden- und KlientInneninteresse" wird aber nicht nur gegen die frei-gemeinnützige Trägerlandschaft gewendet, sondern vor allem gegen die ProduzentInnen der sozialen Dienstleistungen: Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten werden im Konkurrenzkampf zur disponiblen Manövriermasse. Unter dem Hinweis auf die "Kostensituation des Unternehmens" und auf die Bedürfnisse von KlientInnen und PatientInnen wird ihnen mehr und flexiblere Arbeit für weniger Geld abverlangt.

5. Im Gegensatz zu Teilen der CDU, der FDP und Teilen der Grünen ist der marktwirtschaftliche Jargon für die BAGS und die mit ihr verbundenen Teile der Sozialdemokratie aber durchaus (noch) eine Fremdsprache:

Dominanter Antrieb für "Effizienzsicherung" und "Qualitätsmanagement" ist ein reines Sparinteresse und nicht marktwirtschaftliche Ideologie. Die "Neuen Steuerungsmodelle" sind weniger Ausdruck eines neoliberalen Plans (obwohl es einige Verwaltungsbeamte gibt, die auf die "Effizienz des Marktes" durchaus abfahren), sondern eine Not, die zur Tugend gemacht wird. In Hamburg wird die Effizienzsteigerung als Mittel verkauft, mit dem trotz Sparmaßnahmen soziale Einschnitte vermieden werden können. Dabei werden in sehr aggressiver Weise "renitente und faule" Sozialarbeiter oder bornierte Trägerinteressen als Quelle der Ineffizienzen ausgemacht. Diese Position bedient sich weit verbreiteter Bilder von "unprofessionellen Einrichtungen", in denen nur Teamsitzungen stattfinden, aber nicht gearbeitet wird etc.

6. Neben doch etwas hilflos und hektisch wirkenden Versuchen der Effizienzsteigerung durch "Neue Steuerungsmodelle" und eine Absenkung der Versorgungsstandards versucht die Armuts- und Sozialverwaltung in Hamburg, die Kosten durch eine direkte Reduktion der Fallzahlen zu senken. Dies wird auf verschiedenen Ebenen versucht und begründet:

- Verweis auf vorrangige Leistungsträger (Kranken- und Pflegekassen, Rentenversicherung)

- Arbeit statt Sozialhilfe mit den Strängen "Einsatz der eigenen Arbeit" und Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung

- Zuzugsrestriktionen: Obdachlose werden an tatsächliche oder vermutete Herkunftsgemeinden verwiesen, bevor sie in Hamburg öffentlich untergebracht werden. Auf Initiative Hamburgs werden minderjährige unbegleitete Flüchtlinge ebenfalls im Bundesgebiet umverteilt. Der rücksichtslose Gebrauch von Abschiebungen bei ungesicherten Aufenthaltstiteln wird immer öfter auch mit Kostenüberlegungen begründet. (Beispielweise sollen im Jahre 1997 3.000 bosnische Kriegsflüchtlinge abgeschoben werden, damit die Sozialbehörde ihre Einsparverpflichtungen gegenüber der Finanzbehörde erfüllen kann.)

7. Die BAGS hat nach außen die verschiedenen Maßnahmen bisher nur sehr selten mit offen repressiven Ausgrenzungsideologien verknüpft. So haben sich z.B. BehördenvertreterInnen bisher nicht öffentlich an der Debatte um den "Mißbrauch" der Sozialhilfe beteiligt. Die Behörde beschränkt sich bisher eher auf wüste Beschimpfungen der sozialpolitischen Träger und der SozialarbeiterInnen. Suggestiv weist sie darauf hin, daß Mittel "nicht zielgenau" ausgegeben werden bzw. zu breit in Anspruch genommen werden; daß Maßnahmen und Mittel den "wirklich Betroffenen" zugute kommen müssen; daß "Hilfe zur Arbeit" oberstes Beratungsziel sein müsse; daß es bei der Sozialhilfe in erster Linie darum gehe, Hilfeempfängerinnen "von Sozialhilfe unabhängig" zu machen. Die Sichtweise der Behörde unterscheidet sich dabei durchaus von Debattenbeiträgen in der Bürgerschaft oder von Äußerungen Henning Voscheraus.

8. Für Hamburg läßt sich am ehesten dort - in der Bürgerschaft, in den Verlautbarungen der Parteien und bei Bürgermeister Voscherau (SPD) - der Versuch nachweisen, einen gesellschaftlichen Konsens gegen diejenigen zu konstruieren, die "der Gemeinschaft" auf der Tasche liegen. Hier wird in der Tat die Politik der Kostenreduzierung mit einer repressiven Ausgrenzungsideologie begleitet:

- Voscherau propagiert mittlerweile offen die Arbeitspflicht (Rede in Tutzing im Oktober 1993, Interview im "Hamburger Abendblatt" vom 23.2.1996). In dem "Abendblatt"-Interview stellt er die "fleißigen Arbeitnehmer", die auch nicht streiken würden, denjenigen gegenüber, die staatliche Sozialleistungen empfangen und dabei "die Wahl hätten, arbeiten zu gehen oder Sozialhilfe zu beziehen."

- In einem Interview zunächst mit der "Bild"-Zeitung, dann im NDR kurz vor Weihnachten 1993 spricht Voscherau offen von "durch Problemgruppen belasteten" Stadtteilen, von einer "gesunden Bevölkerungsmischung" und tritt für die Einschränkung bürgerlicher Freizügigkeitsrechte für "Problemgruppen" ein. "Gefährdete Stadtteile (müssen) vor ungesteuertem Zuzug geschützt werden", im Zweifel müsse eine Grundgesetzänderung in Kauf genommen werden.

- In der Debatte um die offene Drogenszene ist in der Bürgerschaft die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Junkies mittels Platzverweisen und Gebietsverboten von VertreterInnen der STATT-Partei mit Hinweis auf das Bundesseuchengesetz gerechtfertigt worden. Drogenpolitisches Hauptziel vieler Abgeordneter ist mittlerweile ein "sauberes St. Georg" und ein "sauberer Hauptbahnhof". In der geplanten Verschärfung des SOG werden diese Einschränkungen der Freizügigkeit, der freien Wahl des Aufenthalts, der freien Arztwahl etc. jetzt rechtlich abgesichert. In dieser wie auch in anderen bürgerschaftlichen Debatten über

Sozialhilfemißbrauch, Bewerbungszwang, Flüchtlingsunterbringung etc. tobt sich im Rathaus der Stammtisch aus. Die einzige oppositionelle Stimme ist die der GAL.

9. Diese repressiven Ausgrenzungsideologien beschwören den leistungsfähigen und produktiven gesellschaftlichen Kern. Am Beispiel Voscheraus und der Hamburger SPD lassen sich durchaus Spuren in Richtung Volksgemeinschaftsvorstellungen finden: Voscherau beschwört eine Gemeinschaft der Leistungsbereitschaft und des "Arbeitsplatzpatriotismus", der sowohl Unternehmen, Handwerker wie auch ganz bewußt "die kleinen Leute" einbezieht. Er spricht in diesem Zusammenhang gern von den Grundwerten und Zielen der Arbeiterbewegung, zu denen die SPD zurückkehren müsse. Dies ist immer eine deutliche Kampfansage gegen Randgruppen, Leistungsunfähige und Marginalisierte. Die Feinde dieser "Volksgemeinschaft" sind in erster Linie alle die, die nicht fleißig arbeiten und die Kosten verursachen, aber Voscherau attackiert durchaus auch unpatriotische Millionäre, die Steuern hinterziehen. Die Analogie zur nazistischen Volksgemeinschaft hört an einem entscheidenden Punkt auf: Es gibt u.E. weder in Hamburg noch sonstwo in der BRD im politischen Raum nennenswerte Elemente einer sozialrassistischen Ideologie. Die Hierarchisierung und Wertigkeitsskala der Nazis, verbunden mit Vorstellungen der "bewußten Gestaltung des Volkskörpers" wird nicht reproduziert. Eher gibt es Ansätze eines neoliberalen Utilitarismus: Wollen wir uns die Kosten der Armut leisten? Verarmte Menschen werden zu Feinden erklärt, weil ihre Armut Kosten verursacht, nicht weil sie im Sinne rassenhygienischer Ideologien Volksschädlinge sind. Das bedeutet natürlich nicht, daß sozialhygienische und sozialrassistische Ideologien nicht wieder an Einfluß gewinnen könnten.

Gruppe Blauer Montag

Hamburg, Juni 1996

Anmerkung:

1) Ein Modell der Verwaltungsmodernisierung, benannt nach der niederländischen Stadt Tilburg. Kernelement ist die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmechanismen in den Verwaltungsablauf.

Die Thesen der Hamburger Gruppe "Blauer Montag" wurden leicht gekürzt. Aus Platzgründen gestrichen wurden drei Fallbeispiele zu staatlicher Arbeitsmarktpolitik, "Armutsbekämpfungsprogramm" und Drogenpolitik.

Zwangsarbeit und Vertreibung " Randständiger"

"Arbeitsplätze schaffen. Die Zukunft des Sozialstaats sichern. Steuergerechtigkeit herstellen" - so lautete der sozialpolitische Leitantrag des Parteivorstandes für den Landesparteitag der Hamburger SPD vom 23./24.8.1996. Dieser Antrag ist zwar von den sog. Parteirechten initiiert worden, letztlich aber von den "Parteilinken" ausformuliert und mit eingebracht worden.

Bei der Sozialhilfe kommt der Leitantrag schnell zur Sache: Bedauerlicherweise werde das "Gerechtigkeitsgefühl durch Mißbrauch von Leistungen der Sozialhilfe verletzt... Unverständlich ist es dann, wenn diejenigen, die sich selbst helfen können, genauso behandelt werden wie diejenigen, die nicht dazu in der Lage sind." Die ideologische Figur, daß die mangelnde Akzeptanz eines Rechtes es erforderlich mache, dieses Recht einzuschränken, ist bei der Asyldebatte 1992/93 in aller Konsequenz vorexerziert worden und wird hier weitergeführt. Für die SPD "ergeben sich daraus folgende Forderungen und Handlungsmaximen:

- konsequente Bekämpfung von Sozialhilfemißbrauch,

- konsequente Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen und Ansprüchen gegen vorrangige Leistungsträger.(...)

Deshalb muß der im Bundessozialhilfegesetz festgeschriebene Grundsatz, bei Verweigerung von zumutbarer Arbeit die Leistungsgewährung zu vermeiden, auch in Hamburg umgesetzt werden. Der Senat wird aufgefordert, Möglichkeiten praktikabler Umsetzung aufzuzeigen." (Hervorhebung im Original)

Mit ihrem Beschluß läutet die SPD die von der CDU seit langem geforderte Abkehr vom bisherigen in Hamburg praktizierten Prinzip "Tariflohn statt Sozialhilfe" ein. Wenn keine Beschäftigungsmöglichkeiten bei den Hamburger Beschäftigungsgesellschaften zur Verfügung stehen, dann kann die konkrete Umsetzung eigentlich nur im Zwang zur gemeinnützigen Arbeit für 2 DM in der Stunde bestehen.

Unsere Stadt

muß schöner werden!

Seit Juli dieses Jahres kursiert ein vertraulicher Senatsdrucksachenentwurf der Hamburger Innenbehörde mit dem Titel " Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt". Hintergrund des Textes ist eine Befragung der Hamburger Polizeireviere und eine "Kriminologische Regionalstudie" des LKA zur "Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger". Dabei stellt die Polizei vier "Problembereiche" fest, durch die das Sicherheitsgefühl beeinträchtigt werde und bei denen Handlungsbedarf bestehe: "Treffpunkt Randständiger (meist in Verbindung mit starkem Alkoholkonsum) und Bettelei", "Drogenproblematik", "Vandalismus/Graffiti" und "Verschmutzung/Schrott-KFZ".

Bekämpft werden sollen die sichtbaren Erscheinungsformen von zunehmender Armut und Elend, Ziel ist die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sowie das "Sauberhalten" "repräsentativer Räume" mit ordnungspolitischen Mitteln. Doch, so beklagen die Beamten, für eine solche Strategie der Vertreibung und Bekämpfung von Armen fehlen teilweise die rechtlichen Grundlagen, andere Städte wie Berlin, Frankfurt oder München seien da weiter: "Um bestimmte Innenstadtbereiche (Visitenkarten, repräsentative Räume) von Bettelei und Treffpunkte von Randständigen in Verbindung mit Alkoholkonsum freizuhalten, müssen die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden. (...) (Es) ist zu prüfen, ob nicht durch Einführung neuer Ordnungswidrigkeits- oder Straftatsbestände für Formen von Bettelei und/oder Alkoholgenuß ... Grundlagen für ordnungsrechtliche Maßnahmen geschaffen werden können." Vorgeschlagen werden z.B. "Ingewahrsamnahme" und "Verbringungsgewahrsam" (d.h. zwangsweises "Verbringen" an irgendwelche städtischen Randbereiche, wo die betreffenden Personen dann wieder auf freien Fuß gesetzt werden), "da Platzverweise nur eine begrenzte Wirkung haben".

Mit diesen Maßnahmen wird auch bei der Bekämpfung der "offenen Drogenszene" geliebäugelt. Für diesen "Problembereich" wünschen sich die Reviere noch die "zwangsweise medizinisch betreute Unterbringung noch im Vorfeld zur hilflosen Lage" und die "weitere enge Zusammenarbeit der Behörden zwecks Abschiebung minderjähriger ausländischer Dealer".

Darüber hinaus strebt die Polizei die Ausweitung und Intensivierung der "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" an. Hier müsse die teilweise doch noch fehlende Bürgerinitiative gestärkt werden und geprüft werden, "welche Notwehr- und Nothilferechte für den Bürger ... bestehen" (z.B. gegenüber Sprayern).

Unabhängig davon, wieviel von diesem Papier tatsächlich umgesetzt wird, liegt seine Bedeutung auf jeden Fall darin, auf der ideologischen Ebene den Weg für eine zonierte Stadt, für No-go-areas für "Problemgruppen", für sozialhygienisches Vokabular und Denken und für eine Sozialpolitik mittels Armenpolizei zu ebnen.

Gruppe Blauer Montag

9. Rüstungsgut - Normalgut. Rüstungsindustrie freut sich, Rüstungsexporte gesichert

Autor: Andrea Kollig · Rubrik: Rüstungsexport; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:01

Erfolg für die Rüstungsindustrie: Die FAZ vom 10.7.96 gibt mit Bezug auf den Bund Deutscher Industrie (BDI) bekannt, daß Rüstungsexporte zukünftig erleichtert werden. Bereits am 23. April hat der Bundessicherheitsrat, als oberstes Entscheidungsgremium für Rüstungsexporte, beschlossen, daß die Entscheidung über den Export künftig bei der Regierung des Landes liegt, in dem der Hauptauftragnehmer des Rüstungsgeschäftes sitzt. Bisher war eine Einigung mit den Partnerländern notwendig. Der BDI spricht von einem "Schritt in die richtige Richtung". Eine der letzten Hemmschwellen ist abgebaut. Wo bleibt die vielbeschworene Restriktivität deutscher Rüstungsexportrichtlinien? Dieser Schritt bedeutet konkret, daß Waffen mit deutschen Teilen fast überallhin geliefert werden können. Bisher durften deutsche Zulieferungen nur erfolgen, wenn das Importland auf einer Liste festgelegt hatte, wohin die Waffen nicht exportiert werden. Eine politische Entscheidung findet hier nicht mehr statt. Die Verantwortung wird abgegeben. Entscheidend neu ist, daß das Wirtschafts-, das Verteidigungsministerium und das Auswärtige Amt eine sogenannte Genehmigungsvermutung nach den neuen Rahmenbedingungen einvernehmlich untersagen müssen. Das Veto eines Ministeriums ist passé. Restriktivität steht jedoch weiterhin auf der deutschen Fahne, denn Fahnen sind groß, da paßt viel drauf.

Mitte Juni 96 gab das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI seine ersten Statistiken der Waffenexporte für das vergangene Jahr bekannt. Deutschland ist nicht mehr auf Platz zwei der Waffenexporteure, sondern nur noch auf Platz drei. Abzuwarten bleibt, wo Deutschland nach dem UN-Register stehen wird. Nach diesem Register lag die BRD 1994 ebenfalls auf Platz zwei. Spitzenreiter ist und bleibt die USA. Deutschland zählt weiterhin dauerhaft zu den führenden Nationen im internationalen Waffengeschäft.

Dabei zählt SIPRI nur die Großwaffen: Panzer, Schiffe, Flugzeuge etc. Der gesamte Bereich der Kleinwaffen, wie bestimmte Minen oder der Lizenz- und Exportschlager von Heckler und Koch, das G-3-Gewehr, werden bei SIPRI nicht gezählt. Und auch der Bereich der Rüstungselektronik taucht in den Statistiken von SIPRI und im UN-Waffenregister nicht auf.

Die Grundlage des deutschen Rüstungsexports sind die Richtlinien aus dem Jahr 1982. Für den Export außerhalb der NATO heißt es dort schwammig: Der Export von Kriegswaffen werde nicht genehmigt, es sei denn, daß "... vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen".

Eindeutig hingegen ist das Grundgesetz, wo es in Artikel 26 heißt: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Als offizielle Linie für den deutschen Rüstungsexport propagiert man eine restriktive Handhabung. Doch wenn die Rüstungsexportpraxis tatsächlich restriktiv gehandhabt würde, wäre es kaum möglich, daß Deutschland nach den SIPRI-Zahlen aktuell auf Platz drei und nach dem UN-Waffenregister auf Platz zwei der Waffenexporteure liegt.

Die NVA hinterließ 2.400 Kampfpanzer und über 7.500 andere Panzerfahrzeuge, mehr als 5.000 Artilleriegeschütze, 440 Kampfflugzeuge, 5.500 Raketen, 190 Kampfschiffe, 51.000 Kraftfahrzeuge aller Art, 1,2 Millionen Handfeuerwaffen und 300.000 Tonnen Munition. Der anfänglich geäußerte Plan, die Waffen zu verschrotten, wurde teilweise fallengelassen, denn man witterte bessere Möglichkeiten. "Schrottig" waren die Waffen des ehemaligen NATO-Feindes keineswegs, rechtfertigten sie doch die jahrelange Hochrüstung des Westens. Man entschied sich für einen beispiellosen Ausverkauf und es ist abzusehen, daß die dann folgende massenhafte Verschleuderung dieser Waffen eine nachhaltige und verheerende Wirkung auf die allgemeine Haltung in Bezug auf Rüstungsexporte hat.

Die Tatsache, daß - wie auf einem Basar - eine Unmenge von Waffen billig bis umsonst abgegeben wurde, hat die Zurückhaltung bei Waffenkäufen vollends untergraben und für die deutsche Rüstungsindustrie Zeichen gesetzt.

Nach dem 2. Golfkrieg, in den Jahren 1991-1993, hielt man sich noch etwas bedeckter. Die internationalen Inspektoren stellten bekanntlich eine Fülle von bundesdeutschen Zulieferungen für Saddam Husseins Aufrüstungsprogramm fest. Die deutschen Giftgaskomponentenlieferungen an den Irak sind hinlänglich bekannt. Damals begann eine Debatte um die Verschärfung der Exportlieferungen und Intensivierung der Kontrollen. Wie scheinheilig, daraufhin einen solchen Waffenbasar zu veranstalten!

Der größte Nutznießer war zweifellos die Türkei. Die Türkei unterhält nach der Zahl der Soldaten mit 500.000 Mann die zweitgrößte NATO-Armee nach den USA. Doch die Bundesrepublik Deutschland bediente sie aus Beständen der NVA, als müßte sie eine völlig neue Armee aufbauen. Z.B. 5.000 Maschinengewehre mit mehreren hundert Millionen Schuß Munition, dazu 5.000 Panzerfäuste RPG 7 mit 250.000 Granaten ... Oder: Ein Geschenk von mehr als 250.000 Kalaschnikows.

Zur Rechtfertigung der Exportgenehmigung hieß es, die türkischen Streitkräfte nutzen die Gewehre vom Typ Kalaschnikow selbst. Indes, die türkische Armee ist komplett mit dem deutschen G3-Gewehr ausgestattet und fertigt diese nach einer Lizenz des deutschen Herstellers Heckler und Koch selbst. Wozu dann einen zweiten Gewehrtyp? Keine Armee der Welt führt ohne Not einen zweiten Gewehrtyp ein. Das bringt nur unnötige Probleme im Hinblick auf die Logistik, Munition, Ausbildung etc. Ein Teil der Gewehre wurde für die Bewaffnung der "Dorfschützer" im kurdischen Kriegsgebiet eingesetzt, ein anderer Teil ist auf der muslimischen Seite unter Bruch des UN-Embargos in Bosnien zum Einsatz gekommen.

Griechenland beklagte sich über die Aufrüstung des lokalen Rivalen Türkei. Doch statt die Lieferungen an die Türkei zu begrenzen, lieferte die Bundesregierung auch an Griechenland: 200 Schützenpanzer, 9 Millionen Schuß Munition, eine Batterie Fla-Raketen und 1.000 Kraftfahrzeuge, getreu dem Motto: es ist genug für alle da.

Die NVA-Waffen katapultierten Deutschland in der SIPRI-Statistik nach vorne, weil SIPRI bei dem NVA-Material 40% des Neupreises rechnet. Die erklärte deutsche Restriktivität jedoch gibt es, auch ohne das NVA-Gerät, nur auf dem Papier. Denn genehmigt wird fast alles. Der Bundessicherheitsrat ist das oberste Entscheidungsgremium für Rüstungsexporte. Er entscheidet nach dem Konsensprinzip und unterliegt keiner parlamentarischen Kontrolle. Die fünf Mitglieder (Wirtschafts-, Finanz-, Verteidigungs-, Innen-, und Außenminister) dieses Ausschusses setzen sich bei brisanten, strittigen Anträgen zusammen. Vorsitzender ist der Kanzler. Bei einem Nein des Auswärtigen Amtes aufgrund außenpolitischer Bedenken kann das Geschäft nicht laufen.

Im Februar diesen Jahres propagierte Bundesaußenminister Klaus Kinkel vor Vertretern des "Arbeitskreises Wehrtechnik der Industrie in Schleswig-Holstein" annähernd ungehinderten Rüstungsexport. Ein Signal: "In der Relation ist das minimal, was nicht laufen kann." sagte er. "Es gibt ein paar Grenzen," erklärte Kinkel (Bonner Generalanzeiger vom 13.2.96) und nannte als Beispiel den geplanten Verkauf von U-Booten an Taiwan.

Die U-Boote nach Taiwan wurden vom Bundessicherheitsrat nicht genehmigt. Zum Veto gegen das Rüstungsgeschäft kam es aufgrund chinesischer Einwände. Es ist kein Geheimnis, daß gute Beziehungen zur VR China für Deutschland sehr wichtig sind. China hat im UNO-Sicherheitsrat ein Veto-Recht bezüglich der Aufnahme neuer Mitglieder, und der Bundesregierung ist sehr an einer Mitgliedschaft gelegen. Somit verweigerte der Bundessicherheitsrat bereits 1992 die U-Boot-Lieferung nach Taiwan. Sehr zum Ärger der deutschen Rüstungsindustrie, die diesen Beschluß nicht akzeptiert und seitdem penetrant Vorstöße unternimmt, den Beschluß umzustoßen, um doch noch liefern zu können. Unterstützt von hochrangigen und einflußreichen Politikern, wie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder und seinem ehemaligen Bremer Amtskollegen Klaus Wedemeier, die aus ihrer Haltung "Pro-Marinerüstungsexport" keinen Hehl machen.

Offiziell schreibt man sich jedoch weiterhin die restriktive Linie auf die Fahnen. So erklärt das Auswärtige Amt, nach den zitierten Pressemeldungen und den damit einhergehenden Irritationen, auf meine Anfrage zur aktuellen außenpolitischen Position der Bundesregierung in Fragen des Rüstungsexportes, daß "Herr Kinkel weiterhin die bewährte restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vertritt". Und "die Kontrolle der Ausfuhr sensitiver Güter stellt einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung dar. Die Politik konnte nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes in verschiedenen Punkten den veränderten Gegebenheiten angepaßt werden."

Etwas deutlicher zeigt sich die Haltung der Bundesregierung auf die Forderung von kirchlichen Vertretern nach einer weitergehenden Restriktivität in der Rüstungsexportpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Man gibt zu bedenken, "daß die zur Wahrnehmung vitaler Interessen nötigen Handlungsspielräume nicht beseitigt werden dürften" (Reaktionen der Dialogpartner aus der Darstellung des Dialogprogrammes der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) des Schwerpunktes: Rüstungsexportpolitik auf nationaler und europäischer Ebene, zur Auswertungsfachtagung vom 12.-15.3.96).

Rüstungsexporte sind also ein bedeutendes außenpolitisches Instrumentarium, das man auch als solches ausschöpfen will. Die erklärte Restriktivität existiert nur in offiziellen Verlautbarungen. In der praktischen Politik wird sie unterlaufen und ausgehöhlt.

Ende 1994 hieß es: Bonn beschränkt Sonderkontrollen für Rüstungsexport. Die Bundesregierung reduzierte die Zahl der Länder, die besonders strengen Rüstungsexportkontrollen unterliegen, drastisch. Die "Länderliste H" - das ist die Liste mit Staaten, die auch keine Dual-Use-Güter erhalten sollen - wurde von 32 Staaten auf 16 reduziert. Und danach wurde nochmal kräftig gestrichen. 1996 sind nur noch sechs Länder übrig: Kuba, Afghanistan, Iran, Irak, Libyen und Nordkorea. Dual-Use-Güter sind rüstungsrelevante Güter, die sowohl militärisch als auch zivil verwendet werden können. Sie machen den Löwenanteil deutscher Rüstungsexporte aus. Das sind z.B. Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Geschoßrohren, elektronische Geräte zur Zielerfassung und Kommunikationssysteme. Berühmtes Beispiel ist die Lieferung einer deutschen Giftgasanlage nach Libyen, die als Chemiefabrik für Schädlingsbekämpfung exportiert wurde. Länder wie China, Indien, Pakistan, oder auch Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan und Vietnam dürfen nun beliefert werden.

Ein aktuelles Beispiel deutscher Rüstungsexportpraxis unter dem Deckmantel der Restriktivität ist der kürzlich genehmigte Export des Panzers "Wiesel" nach Indonesien. Seit Sommer 1995 versucht die zur Firma Rheinmetall gehörende Kieler MaK-Systemgesellschaft eine Exportgenehmigung für ihren Klein-Panzer nach Indonesien zu bekommen. Von einem 100-Millionen-DM-Geschäft ist die Rede. Keine Bedenken gegen den Export haben das Wirtschafts- und Verteidigungsministerium. Das Auswärtige Amt blockierte interessanterweise aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor. Nun wurden die Klein-Panzer-Exporte doch genehmigt, trotz massiver Proteste einer großen Anzahl von Nicht-Regierungs-Organisationen. Anläßlich des EU-Asien-Gipfeltreffens Anfang März 1996 forderten sie in einem offenen Brief die Bundesregierung auf, die Genehmigung nicht zu erteilen und sich dem von der Westeuropäischen Union ausgesprochenen Waffenembargo anzuschließen.

Sieben Panzer der Kieler MaK-Systemgesellschaft dürfen als sogenannte Truppenversuchsmuster nach Indonesien geliefert werden. Sie gelten als Vorläufer einer größeren Lieferung. Der "Wiesel"-Panzer, flexibel im Inneren einsetzbar, eignet sich besonders für die Aufstandsbekämpfung im Dschungel und im Straßenkampf. Die Panzer "light-Version" der Bundeswehr wiegt gefechtsbereit vier Tonnen und ist absolut geländegängig, sowohl für extrem bergiges Terrain, als auch in der Wüste. Nur schwimmen kann er nicht! Der Panzer im Porsche-Design kann an einem Fallschirm vom Hubschrauber herabschweben. In Indonesien kann er mit den aus Deutschland gelieferten Transall-Transportflugzeugen oder mit den gelieferten NVA-Landungsschiffen verlegt werden.

1970 erteilte die neu gebildete sozialdemokratische Bundesregierung den Auftrag zur Entwicklung eines leicht gepanzerten, lufttransportfähigen Waffenträgers. Nach der Auslieferung der ersten Prototypen 1986 wurden mit Beginn der Serienfertigung seit 1992 343 Stück an die Bundeswehr geliefert.

Zwei "Wiesel" passen in einen Bundeswehr-Transporthubschrauber. Die Kieler Panzer eignen sich für den "Out-of-area"-Einsatz und sind ein wichtiger Bestandteil der Krisenreaktionskräfte. Und was der Bundeswehr recht ist, könnte der indonesischen Armee billig sein, denn gerade baut Jakarta eine schnelle Eingreiftruppe auf.

Die Bundesregierung verteidigt das heikle Geschäft hingegen mit der Begründung: Für "Einsätze gegen aufständische Gruppen" sei das Kettenfahrzeug "nicht geeignet". Getestet wurden die "Wiesel" bereits in Somalia, auch nach Bosnien kam der Mehrzweckpanzer mit - bestückt mit Maschinenkanonen und Panzerabwehrraketen. Das Verteidigungsministerium begründete dies mit der Notwendigkeit, die deutschen Soldaten gegen "bewaffnete Banden" schützen zu müssen.

Damit die "Wiesel"-Panzer nicht eingesetzt werden, wie jüngst englische Schützenpanzer in Ujungpandang auf Sulawesi, als StudentInnen gegen eine Fahrpreiserhöhung protestierten, werden wir mit weiteren Aktionen versuchen, die Lieferung zu verhindern!

Andrea Kollig

Die Autorin ist Mitarbeiterin der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport!" in Bremen. Der Artikel erschien im "Friedens Forum", Rundbrief der Friedensbewegung 4/1996

10. Die Orte der Wehrmachtsmassaker in Italien

Die verdrängten Verbrechen der Wehrmacht in Italien - von Friedrich Andrae

Autor: Friedrich Andrae · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:17

Der folgende Artikel ist eine stark gekürzte Fassung des Schlußkapitels von Friedrich Andraes Buch "Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945", das im vergangenen Jahr im Piper-Verlag erschienen ist. Wir danken Autor und Verlag für die Genehmigung zum Nachdruck.

Marzabotto ist in Italien ein Symbol für die Schrecknisse des Krieges und die Willkür der Mächtigen. Die große Gedächtniskirche mit dem Mausoleum für die im Zweiten Weltkrieg Ermordeten und Gefallenen aus Marzabotto in dem durch Kriegshandlungen und Bomben im Winter 1944/45 zerstörten, dann wiederaufgebauten Ort erinnert an die italienische Resistenza und ihre Toten; darüber hinaus erinnert die Gedenkstätte an den europäischen Widerstand gegen die deutsche Aggression insgesamt und an die Opfer unmenschlicher Gewalt in Oradour, Lidice, Auschwitz, Hiroshima, My Lai und überall in der Welt, wo Militärs Kriege führen und friedfertige Menschen leiden.

In Deutschland hingegen ist Marzabotto, bis hinauf in die höchsten Spitzen politischer Prominenz, nahezu unbekannt geblieben, vergessen, verdrängt, wie so vieles aus jener Zeit. Nicht vergessen sind die deutschen Kriegstoten, die in den Kämpfen um den Futa-Paß gefallenen Soldaten. In der monumentalen, von Marzabotto abgewendet nach Süden ins Land schauenden Gedenkstätte, die den Soldatenfriedhof auf der Paßhöhe krönt, spendet über vielen offiziellen Kränzen eine Seligpreisung aus der Bergpredigt Trost: "Selig sind die Leidtragenden..." Getröstet werden hier nur Angehörige gefallener deutscher Soldaten, nicht aber die der Opfer deutscher "Sühnemaßnahmen" nahebei in Marzabotto und Grizzana. Unter den hier Begrabenen sind auch gefallene Männer der 16. SS-PzGD Reichsführer SS, deren Aufklärungsabteilung wenige Kilometer nördlich hunderte unschuldiger Frauen und Kinder ermordete.

Mit Feldmarschall Kesselring, von einem Militärgericht 1947 in Venedig zum Tode verurteilt, bald begnadigt und aus der Haft entlassen, spricht Anfang der fünfziger Jahre in seinem Haus am Tegernsee der italienische Journalist Enzo Giagi; er bittet um eine nachträgliche Beurteilung des Falles Marzabotto, worauf Kesselring antwortet: "Marzabotto? Eine militärische Operation!" (1) Nichts weiter? Nur eine Kampfhandlung im Kriege wie andere auch, bei der es Tote gegeben hat vor allem auf seiten der "Banditen", "Feindtote", wie es in den militärischen Meldungen heißt, und worin auch die Opfer der "Sühnemaßnahmen", die einem "Bandenunternehmen" in der Regel auf dem Fuße folgten, eingeschlossen sind?

In Deutschland liegt bis heute eine Decke des Schweigens über den an der italienischen Zivilbevölkerung verübten Verbrechen. Täter und Tatbeteiligte, die nach Hunderten, wenn nicht nach Tausenden zählen müssen, wurden nie zur Rechenschaft gezogen oder beriefen sich auf ihre militärische Gehorsamspflicht. Von den Befehlsgebern wurden einige nach dem Krieg vor Gericht gestellt, in Nürnberg, Venedig, Bologna, Florenz, Rom. Einige wurden zum Tod verurteilt, andere erhielten langdauernde Haftstrafen, seltener wurde einer freigesprochen. Aber die Todesurteile wurden nur in wenigen Fällen vollstreckt, die Haftstrafen mußten nur zu einem Bruchteil abgesessen werden, mit wenigen Ausnahmen wie Kappler etwa oder Reder. (2)

Prozeßführung und Urteile dieser Verfahren wurden später vielfach kritisiert, nicht nur von Betroffenen und deren Anwälten, auch von anderen deutschen Juristen und von Politikern. Es wurde häufig mit Verfahrensmängeln oder falscher Bewertung der Sachverhalte argumentiert, um die rechtliche Bewertung der angeklagten Handlungen ins Gegenteil zu verkehren. Die Gerichte waren meist Militärgerichte, Militärs saßen über Militärs zu Gericht, Richter und Angeklagte gehörten nicht nur derselben Kaste an, sondern waren auch denselben Denkschemata verhaftet. Feldmarschall Kesselring hat auch nach seinem Prozeß ein reines und ruhiges Gewissen: "Ich glaube, daß das deutsche Volk und die anderen Völker der westlichen Welt erfahren sollen, daß die deutschen Soldaten trotz des blutigen Kriegshandwerks sich in einem Ausmaß von humanen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten haben leiten lassen, wie sie Kriege dieses Ausmaßes ganz selten zeigen dürften." (3)

Für Kesselring verstoßen Partisanen, in ihrem völkerrechtswidrigen Gewerbe alles riskierend, ständig gegen die Gesetze der Menschlichkeit. Sie sind "verbrecherische Elemente", "Gesindel", das raubt, mordet, plündert, eine "Landplage für jedermann", ihr Kriegsverhalten widerspricht "den Grundsätzen eines militärisch anständigen Kampfes". Statt dessen feiert eine "verabscheuungswürdige, hinterhältige Kampfführung Orgien", weil sich in ihr "die verbrecherischen Instinkte der Kriminellen" durchsetzen. (4)

Andere Generale und Offiziere sehen das ähnlich. In den militärischen Quellen ist die Rede von "Partisanenpest", von "Ungeziefer" und "Schädlingen", die es "auszurotten" oder zu "vernichten" gilt; "Banditen" und "Flintenweiber", "Sympathisanten" und "kriminelle Elemente" werden "niedergemacht", dann als "Feindtote" registriert. Feldmarschall Kesselring und General Witthöft rufen die "sadistische Phantasie" ihrer Soldaten auf. Auch in Hinsicht auf solches Vokabular hat sich die Wehrmacht dem herrschenden System angepaßt: Das NS-System bediente sich gezielt und bewußt der sprachlichen "Mittel zur Verfremdung" (Mitscherlich), mit denen die Gegner, nicht nur Juden und Bolschewisten, als menschliche Wesen diskriminiert, "fremd im abstoßenden Sinne" gemacht, in ihrem Wert annulliert wurden, so daß schließlich, nachdem ihnen das Daseinsrecht verbal und ideologisch genommen war, die "Vernichtung" dieser "Untermenschen" keinerlei Gewissenskonflikt mehr mit sich brachte, sondern als selbstverständlich erschien. (5)

Die Normalität des Bösen

Die Beteiligten, insbesondere ihr Führungspersonal, sind noch heute überwiegend der Ansicht, die Deutsche Wehrmacht habe in Italien nur fair und anständig gekämpft. Wenn von Heimtücke die Rede ist, von Mord, Brandstiftung und Folter, dann sind stets die Aktionen der anderen Seite, vor allem von Partisanen gemeint. Deutsche Soldaten, so die Devise, tun so etwas nicht, nie und nimmer und zu keiner Zeit. Ex-Feldmarschall Kesselring rückblickend: "Das Verhalten der Banden war eine Kette von Rechtsbrüchen und Völkerrechtsverletzungen", während in nur ganz wenigen Ausnahmefällen "ein überzeugender Beweis für die Schuld deutscher Soldaten" erbracht worden sei. Gegenüber italienischen sogenannten Zeugenberichten sei Vorsicht geboten, denn dem italienischen Volkscharakter seien "Übertreibungen und Phantastereien" immanent, die italienische Bevölkerung neige "infolge ihres lebhaften Temperamentes" dazu, "im Überschwang phantasievolle Berichte zu geben, die in keinem Verhältnis zur nüchternen Wahrheit stehen". Berichte über deutsche Greueltaten seien durch übermäßige Phantasie gefärbt und hielten einer Nachprüfung in der Regel nicht stand.

Das sind Klischeevorstellungen und Schutzbehauptungen post festum (im nachhinein; ak). Die übereinstimmenden Berichte von Überlebenden der Metzeleien in Pietransieri, Vallucciole, Cavriglia, Sant'Anna oder Marzabotto sind durchaus glaubhaft, nicht nur, weil sie auch mit denen derjenigen korrespondieren, die die bestialisch zugerichteten Leichen gefunden haben, es gibt auch fotografische Zeugnisse und nachprüfbare Fakten: Anzahl der Opfer, Geschlecht, Alter, Fundort und Zustand der Leichenreste in den Ruinen niedergebrannter Häuser. In den militärischen Quellen sucht man allerdings vergebens nach konkreten Angaben über Massaker an der Zivilbevölkerung. Lediglich von "Feindtoten" ist dort die Rede oder von "Bandenhelfern", "Sympathisanten". Nie aber explizit von der Tötung von Frauen und Kindern. (6)

Die in Mittelitalien von Soldaten der Wehrmacht verübten Massaker sind, spätestens seit Frühsommer 1944, die eines Heeres auf der Flucht, individuelle oder kollektive Handlungen, begangen aus unterschiedlichen Motivationen und Umständen: Aus Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, aus Mißverständnissen und als Racheakt, aus Mißtrauen und Wut, gegründet auf generelle politische Direktiven, die von deutschen Truppen in allen besetzten Ländern befolgt werden und in der Praxis der Vernichtung gipfeln. Für solche "individuellen Taten in kollektiven Ausnahmezuständen", die z. B. an ein totalitäres Herrschaftssystem oder kollektiven Terror gebunden auf politisch-ideologischer Massenindoktrination oder der Umwertung sozialethischer Wertvorstellungen basieren, ist der Begriff "Exzeßtaten" eingeführt worden. Die Massaker an der italienischen Zivilbevölkerung sind überwiegend dieser Kategorie zuzuordnen. Sie fanden, was immer auch ihr jeweiliger Auslöser gewesen sein mag, ihre Rechtfertigung in den Weisungen der militärischen Führung, die ihrerseits die systematische Umsetzung der Regierungspolitik waren. Die Täter, Soldaten, Offiziere und Generale, wurden damit zu Handlangern einer ideologisierten Herrschaftspraxis, die seit einem Dezennium zugleich mit der Verherrlichung der arisch-nordischen Rasse die Gültigkeit elementarer Werte humanen Sozialverhaltens negierte. (7)

Das Ansehen

der Wehrmacht

Die Legende vom unbefleckten Schild der Wehrmacht rechnet Grausamkeiten an der Zivilbevölkerung, falls sie denn vorgekommen sein sollten, in der Regel dem Konto deutscher und italienischer SS, SD und Gestapo zu. Auch in der italienischen Öffentlichkeit oder in vielen Berichten und Darstellungen wird deutscher Besatzungsterror überwiegend mit der SS, mit Himmlers Vertretern in Italien, Wolff, Harster, Dollmann und dem SD-Chef von Rom, Kappler, in Verbindung gebracht (8), werden gewalttätige Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung undifferenziert der SS zugeschrieben; riparti di SS ist der gängige Ausdruck dafür. Zuweilen liegt dem eine Verwechslung etwa mit den Divisionen Hermann Göring oder Brandenburg zugrunde, und oft steht "SS tedesche" einfach nur als Schlagwort für brutale deutsche Soldateska.

Zu solchem einseitig verengten Blickwinkel haben die sich zeitweilig und vielfach überschneidenden Kompetenzregelungen und unterschiedlichen Zuständigkeiten bei der Partisanenbekämpfung beigetragen: Zu erinnern ist hier, daß im Operationsgebiet Mittelitalien allein die Wehrmacht, einschließlich der ihr unterstellten Verbände der Waffen-SS, für die Partisanenbekämpfung zuständig war, während in Oberitalien der dem OB Südwest hierin nachgeordnete HöSSPF nach dessen Richtlinien, aber in eigener Verantwortung den "Bandenkampf" führte. In völliger Umkehr der schrecklichen Realität spielte sich allerdings die Waffen-SS damals als Beschützerin des Volkes auf: Ein großformatiges Farbplakat, von dessen Art es offenbar mehrere gab, zeigt vor dem Hintergrund eines brennenden Dorfes einen SS-Mann, der ein keines Kind im Arm hält; der Text dazu: "Mütter, die SS verteidigt eure Kinder". (9)

Auffällig verliefen die "Sühnemaßnahmen" gegen die italienische Bevölkerung nach einer einheitlichen, längst auf anderen Kriegsschauplätzen erprobten Methode ab, in der der italienische Historiker Giorgio Bocca geradezu ein Ritual zu erkennen vermeint. Sant'Anna di Stazzema, Cavriglia, Pietransieri seien Wegmarken einer Verrohung, die nicht erst in Italien zur Bestialität eskaliert sei. Vielmehr gehe das Zeremoniell dieses Rituals bis auf die brennenden Synagogen im November 1938 und die ersten Kriegstage 1939 zurück, es habe seine Formen in den litauischen Ghettos, den Vernichtungslagern in Polen, den Lagern für russische Kriegsgefangene entwickelt und sei nun auch, nicht ohne eine sadistische Komponente, über italienische Dörfer gekommen. Überlebende der Gemetzel hätten berichtet, deutsche Soldaten hätten beim Abschlachten von kleinen Kindern Vergnügen gezeigt. (10)

Exzeßtaten dieser Art, bei denen der Täter den "durch Verhaltensvorschriften oder den Vorsatz seines befehlenden Hintermannes abgesteckten, ihm möglicherweise sogar Straflosigkeit verheißenden Rahmen" überschreitet (11), waren zweifellos Ausflüsse einer durch die Kriegsläufe zunehmenden Verrohung, die wiederum Folge eines Hinschwindens der in der Werteskala des Militärs so hoch angesiedelten Disziplin und Manneszucht. Kesselring legte im Sommer 1944 Wert darauf, "daß durch energisches und rasches Handeln und durch den Einsatz disziplinierter Truppen", wozu die besten gerade gut genug seien, "der Bandenkrieg nicht in unkontrolliertes, eigenmächtiges Vorgehen von schlecht geführten und wenig disziplinierten Truppenabteilungen" ausartete und damit die Vorstufe zum Chaos erreichte. (12) Nachträglich nahm Kesselring für sich in Anspruch, daß nirgends und niemals so viel für die Aufrechterhaltung der Disziplin der eigenen Truppe getan worden sei. (13) Im Gegensatz dazu steht allerdings seine persönliche Rechtfertigung, die Division Hermann Göring und die 1. Fallschirmjägerdivision "führten Krieg nach Grundsätzen, die in gewisser Hinsicht von denen der Armee abwichen", dagegen sei er machtlos gewesen. (14)

Er schiebt im nachhinein die Verantwortung für die "Bandenbekämpfung" den Armeebefehlshabern und Korpsführern zu und verdrängt, daß es sich dabei nur um "Zuständigkeiten" für die praktische Durchführung dessen handelte, was er als OB Südwest angeordnet hatte. Vor den Militärrichtern in Venedig wiederholt der Feldmarschall: Die Bekämpfung völkerrechtswidriger Handlungen - wie der von den Partisanen geführte Kleine Krieg - könne nicht rechtswidrig gewesen sein. Mit allen anderen Vorfällen, die ihm zur Last gelegt würden, habe er nichts zu schaffen. (15)

Was dem OB recht, ist den ihm nachgeordneten Offizieren billig. SS-Major Reder streitet jede Verantwortung für das Blutvergießen in und um Marzabotto ab mit der Behauptung, er sei nicht dabeigewesen, sondern habe nachweislich die Operation fernab vom Geschehen geleitet, und kommt in der Berufungsinstanz damit durch. (16) General Crasemann wird von seinen Militärrichtern freigesprochen, weil er die Verantwortung für das

Massaker in den Fucécchio-Sümpfen auf den Abteilungskommandeur Major Strauch abwälzen kann. Obersturmbannführer Kappler wird nicht wegen der Ermordung von Geiseln verurteilt, sondern nur, weil er zu viele umbringen ließ.

Die Verantwortung

vor der Geschichte

Von der Verantwortung vor der Geschichte für die in Italien begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind weder der damalige OB Südwest, noch seine Armeeführer und Kommandeure als Anstifter und Befehlsgeber freizusprechen, aber auch nicht die beteiligten Soldaten als die eigentlichen Täter. Die Befehle der obersten militärischen Führung waren, was den nachgeordneten militärischen Stellen erkennbar war, unzweideutig verbrecherisch. Trotzdem wurden sie von den Heeresgruppen, den Armeen und deren Befehlshabern gedeckt, befolgt und weitergegeben. Sie wurden überwiegend, wenn überhaupt, mit militärischen Notwendigkeiten begründet; doch für die Ermordung von Frauen, Kindern und Säuglingen gibt es keinen Vorwand und schon überhaupt nicht den der militärischen Notwendigkeit.

Ethos und Moral sind keine juristischen Kategorien. Deshalb muß sich jeder, der in der Deutschen Wehrmacht - in Italien oder anderswo - gekämpft hat, die Frage nach der (nicht justitiablen) moralischen Verantwortung für die Tötung unbeteiligter Menschen selbst stellen und beantworten. Die Verantwortung vor der Geschichte aber trägt die Deutsche Wehrmacht und ihre Generalität kollektiv. Denn nicht nur die oberste Heeresführung, auch die nachgeordneten Kommandeure sind für die moralisch-politische Indoktrination und Verführung zahlloser Soldaten verantwortlich zu machen. Sie waren es, die durch ihre Befehle ein Klima erzeugten, in dem Mörder sich "unschuldig" fühlen konnten, weil sie in Übereinstimmung mit dem vorgegebenen Ziel handelten. Der amerikanische Ankläger im Nürnberger Prozeß in seinem Schlußplädoyer unmißverständlich: Die deutsche Generalität habe sich mit Hitler verbündet, "mit ihm das Dritte Reich geschaffen; (...) mit ihm haben sie die Welt in einen Krieg gestürzt und Schrecken und Zerstörung über den europäischen Kontinent verbreitet", aber "das war kein Krieg, das war Verbrechen. Das war nicht Soldatentum, das war Barbarei." Telford Taylor erkannte schon damals, 1946, daß die deutschen Generale alles tun würden, um die Wirklichkeit ihres Krieges zu verdrängen, und alsbald damit beginnen würden, an der Legende vom "unbefleckten Schild" der Deutschen Wehrmacht zu stricken. (17)

Im Schlußwort vor dem Militärgericht in Venedig erklärt der Feldmarschall des Großdeutschen Reiches Albert Kesselring hingegen wörtlich: "Als ein hoher Führer der Deutschen Wehrmacht hatte ich die Pflicht, in diesem Prozeß zu zeigen, daß auch in dem deutschen Offizier und Soldaten ein hohes sittliches Ethos wohnte, das den trauernden Müttern, Frauen und Kindern den Sinn des Opfertodes ihrer Lieben zeigen und vielleicht auch ein Völkerverstehen erleichtern wird." (18)

Italienische Mütter, Frauen und Kinder, die Opfertoten von Pietransieri, Sant'Anna, Cavriglia, der "Vorfälle" von Acerra, Caiazzo, Niccioleta und Vinca, der Gemetzel in den Fucécchio-Sümpfen, in Vallucciole und in den Bergdörfern der Gemeinde Marzabotto sind damit nicht gemeint. So gesehen bliebe die Weste des Feldmarschalls Kesselring in der Tat blütenweiß und der Schild der Deutschen Wehrmacht unbefleckt.

Die Orte der Wehrmachtsmassaker in Italien

Der Massenmord der SS in den Fosse Ardeatine am 24. März 1944 ist durch den Prozeß gegen Erich Priebke auch den Deutschen in Erinnerung gerufen worden. Weitgehend verdrängt sind die zahllosen Massaker, die von der deutschen Wehrmacht in Italien angerichtet wurden. Die Schuldigen bezeichneten ihre Taten nach 1945 meist mit Erfolg als "Kriegshandlungen" - notwendige "Vergeltungsmaßnahmen" gegen Angriffe der Partisanen. Aus der Vielzahl der in Friedrich Andraes Text genannten Tatorte können hier nur einige wenige exemplarisch vorgestellt werden. Insgesamt sind zwischen 1943 und 1945 Tausende italienischer Männer, Frauen und Kinder von deutschen Soldaten niedergemetzelt worden - auf Befehl von oben, aber vielfach auch mit bestialischem Vergnügen der ausführenden Täter, wie Augenzeugen berichten.

Marzabotto und Grizzana: Der Gemeindebezirk Marzabotto liegt etwa 25 Kilometer südlich von Bologna im nördlichen Apennin. Er umfaßt 13 meist in den Bergen gelegene Ansiedlungen. Südlich davon liegt die Gemeinde Grizzana. Allein zwischen dem 29. September und dem 5. Oktober 1944 werden dort mindestens 776 italienische Zivilisten getötet, darunter 315 Frauen, 189 Kinder unter zwölf Jahren, 30 Jugendliche

zwischen zwölf und 18 Jahren, 161 Männer zwischen 18 und 60 Jahren, 76 alte Menschen über 60 Jahre. Täter sind die Soldaten der 16. SS-Panzergrenadier-Division "Reichsführer SS", einer Division der in die Wehrmacht eingegliederten Waffen-SS. Geleitet wurde der Massenmord von Major Reder, der 1951 in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. In einem neuen Prozeß 1980 in Bari wurde die Strafe herabgesetzt; 1985 war Reder frei. Die Militärrichter erkannten auf mildernde Umstände, weil das Massaker von Marzabotto im Krieg begangen worden sei.

Cavriglia: Am 4. Juli 1944 treiben Soldaten der Fallschirmjäger-Panzerdivision "Hermann Göring" auf dem Marktplatz von Cavriglia (Toscana) die Männer des Dorfes zusammen und metzeln sie mit einem Maschinengewehr nieder. 97 Männer sterben, darunter 15 im Alter von über 80 Jahren.

Caiazzo: In der süditalienischen Kleinstadt werden im Oktober 1943 22 Menschen, darunter zehn Kinder im Alter zwischen zehn und 14 Jahren, von Soldaten der Wehrmacht ermordet. Der Haupttäter, Leutnant Lehnigk-Emden, wurde in Italien in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied dagegen im März 1995, Lehnigk-Emden könne in Deutschland nicht vor Gericht gestellt werden, da seine Tat verjährt sei: Der BGH datierte den Beginn der Verjährungsfrist auf den Tag nach der Tat, nicht auf den der deutschen Kapitulation. Die Richter argumentierten, der Mörder habe mit Strafverfolgung durch die Wehrmacht rechnen müssen, die solche Taten zur Aufrechterhaltung von "Disziplin und Manneszucht" verfolgt hätte - eine glatte Geschichtsfälschung.

Fucécchio: Im Sumpfgebiet Padule di Fucécchio am unteren Arno werden am 23. August 1944 184 Menschen von den Soldaten der 26. Panzerdivision ermordet - Zivilisten, "die nicht an militärischen Operationen teilnahmen", wie das Militärgericht in Florenz 1948 feststellte. Unter den Opfern sind 63 Frauen und 27 Kinder.

Valluciole: In dem abgelegenen Dorf in der nördlichen Toscana werden am 12. April 1944 108 Bewohner zusammengetrieben und erschossen, darunter 46 Männer, 46 Frauen und 16 Kinder und Kleinkinder. "Kinder werden vor den Augen der Mütter niedergemetzelt, Babies in die Luft geworfen und abgeknallt, als handele es sich um ein Tontaubenschießen." (Friedrich Andrae)

Js.

Einige Abkürzungen

HöSSPF Höchster SS- und Polizeiführer

OB Oberbefehlshaber

PzGD Panzergrenadier-Division

SD Sicherheitsdienst

Anmerkungen:

1) Silvio Bertoldi: I Tedeschi in Italia. Milano 1964, S. 27

2) Adalbert Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht. Heidelberg 1982, S. 95 ff.

3) Albert Kesselring: Soldat bis zum letzten Tag. Bonn 1953, S. 444

4) ebd., S. 326 f.

5) Herbert Jäger: Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Frankfurt/Main 1982, S. 307 ff.

6) Kesselring 1953, S. 335; Hans Laternser: Verteidigung deutscher Soldaten. Plädoyers vor alliierten Gerichten. Bonn 1950, S. 91; Lutz Klinkhammer: Zwischen Bündnis und Besatzung. 1993, S. 423 f.

7) Jäger 1982, S. 22; Thomas Kreuder: Die Exzeßtat als Spiegel der Verhältnisse. Frankfurt/Main 1993, S. 550; Christopher Browning: Ganz normale Männer. Reinbek 1993, S. 210; Ivo Biagianti: Antifascismo. Resistenza e stragi nell'aretino. Napoli 1990, S. 184

8) Elizabeth Wiskeman: The Rome-Berlin Axis. London 1992, S. 381; Bertoldi 1964, S. 173 f.

9) Luciano Casella: La Toscana nella guerra die liberazione. Carrara 1972, S. 89

10) Giorgio Bocca: Storia dell'Italia partigiana. Bari 1966, S. 43

11) Kreuder 1993, S. 548

12) Kesselring 1953, S. 331 f.

13) Kesselring 1953, S. 334 ff.

14) Kesselring 1946 in Nürnberg; in: Frido von Senger und Etterlin: Krieg in Europa. Köln 1960, S. 225

15) Kesselring 1953, S.337 ff.; Laternser 1950, S.51 ff.; Kenneth Macksey: The Making of the Luftwaffe. London 1978, S. 232 ff.; Kenneth Macksey: The Partisans of europe in World War II. London 1975, S. 166; Bertoldi 1964, S. 172 ff.

16) DER SPIEGEL Nr. 5/1985, S. 96

17) Laternser 1950, S. 109

18) Laternser 1950, S. 109

Friedrich Andrae: Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945; Piper Verlag München und Zürich 1995, 312 Seiten, DM 45,-

11. Der Fall Priebke und der "Resistenza-Mythos"

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:23

Erich Priebke, der "Henker der Fosse Ardeatine", bleibt auch nach seinem Quasi-Freispruch durch das römische Militärgericht (vgl. ak 393) bis auf weiteres in Haft, längstenfalls bis zum 1. August kommenden Jahres. Über eine Neueröffnung des Verfahrens oder eine Auslieferung an die bundesdeutschen Justizbehörden muß nun das Verfassungsgericht (Consulta) entscheiden. So lautet die Entscheidung, die die zweite Berufungsinstanz (Cassazione) am 5. September fällte.

Eine Neueröffnung des Verfahrens in Italien wäre dann möglich, wenn die Berufungsinstanzen nachträglich den Befangenheitsanträgen von Staatsanwaltschaft und Zivilklägern gegen Richter Quistelli und einen Beisitzer stattgeben. Quistelli hatte lange vor Abschluß des Prozesses seine Überzeugung geäußert, Priebke müsse auf freien Fuß gesetzt werden.

Die Entscheidung von Italiens Justizminister Gianni Maria Flick, Priebke trotz des Urteils vom 1. August in Haft halten zu lassen, wurde mit dem Spruch vom 5. September nachträglich gebilligt. Sie ist aber weiter Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Flick habe dem Druck der Straße (und der Juden) nachgegeben, toben Priebkes Fürsprecher. Priebke selbst, der nie ein Wort der Reue äußerte, gibt allen Ernstes zu Protokoll, nach der (vorläufigen) Entscheidung vom 5. September habe er seinen "Glauben an die Gerechtigkeit verloren"! (Corriere della sera, 7.9.1996)

Trost kommt von der National Zeitung: Priebke sei mit einer italienischen Gefängniszelle immer noch besser bedient als mit einer deutschen: "Die Verhältnisse in deutschen Haftanstalten, in denen Schwerkriminelle, rauschgiftsüchtige und Aids-Infizierte das Kommando führen, sind wirklich das Allerletzte." Eine Zumutung für den Kameraden Priebke, der nur "befehlsgemäß" und als "kleines Rädchen" an der "Aktion" teilgenommen habe, wie Dr. Freys Hetzblatt schreibt.

Die "Pannen" der bundesdeutschen Justiz

Während rechtsaußen die "neue Hetzjagd" gegen Priebke beklagt wird, leisten Teile der deutschen Justiz späte Selbstkritik. Hermann Weissing von der Generalstaatsanwaltschaft Hamm erklärte in der Fernsehsendung Panorama (22.8.), in dem deutschen Ermittlungsverfahren gegen Priebke seien "verheerende und für mich nicht erklärbare Pannen passiert". In den acht Jahren des Verfahrens (1963-1971) sind belastende Dokumente gar nicht erst ausgewertet worden. Insbesondere wurde das Urteil gegen den ehemaligen SD-Chef von Rom, Herbert Kappler, nicht ins Deutsche übersetzt. Kappler war 1948 wegen des Massakers in den Fosse Ardeatine, bei dem 335 Italiener per Genickschuß ermordet wurden, von einem italienischen Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden - allerdings nur wegen der fünf "zu viel" ermordeten Geiseln. Da Priebke daran ebenfalls beteiligt war, hätte selbst die skandalöse Begründung des Kappler-Urteils von 1948 eine Mordanklage auch gegen Priebke zwingend notwendig gemacht.

Die deutschen Ermittlungsrichter aber, die den Fall zwischen 1963 und 1971 bearbeiteten, werteten Priebkes Tatbeitrag lediglich als Totschlag, und der wäre verjährt gewesen. So stellten die Staatsanwälte der Dortmunder Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Verbrechen das Verfahren ein. Auf eine Vernehmung Priebkes, dessen Aufenthaltsort in Argentinien schon damals bekannt war, wurde verzichtet.

Wie sich bei einer parlamentarischen Anfrage der nordrheinwestfälischen Grünen herausstellte, waren für die Zurückhaltung der Staatsanwälte nicht allein ungenügendes Aktenstudium oder sonstige Schlampereien verantwortlich. Bis zu Beginn der 70er Jahre waren bei der Zentralstelle in Dortmund und der ihr vorgesetzten Generalstaatsanwaltschaft in Hamm mindestens acht der 78 Strafermittler ehemalige Nazis, Mitglieder der NSDAP, der SA oder des Nationalsozialistischen Richterbundes (NSRB). Auch die damals amtierenden Generalstaatsanwälte von Hamm und Köln hatten dem NSRB angehört.

Daß sie aus Treue zu den braunen "Idealen" alte Kameraden schützten, darf vermutet werden - auch wenn es nicht zweifelsfrei zu beweisen ist. "Fehler ja, Strafvereitelung nein" - das ist die Sprachregelung des nordrheinwestfälischen Justizministeriums, die sich auch die FAZ zu eigen macht, um dem in der Öffentlichkeit entstandenen "suggestiven Bild" entgegenzutreten: "Überzeugte, unverbesserliche Nationalsozialisten" als

Diener der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit? Wie abwegig - schließlich, so die FAZ, seien alle Altnazis unter den Dortmunder Juristen "im Entnazifizierungsverfahren als entlastet eingestuft" worden.

Die FAZ, der Spiegel und der "Resistenza-Mythos"

Für den FAZ-Korrespondenten in Rom, Heinz-Joachim Fischer, der Priebkes Quasi-Freispruch bejubelt hatte, stehen in dem Verfahren "Prinzipien des italienischen Rechtsstaates" auf dem Spiel, da sich die Exekutive über ein gültiges Urteil der Justiz hinweggesetzt habe. Fischer kennt sie, die Hintermänner und Drahtzieher des Komplotts. Es sind die Kommunisten, die auch heute noch "aus dem Blickwinkel der Resistenza" urteilen, wohl wissend, daß der "Resistenza-Mythos" das wichtigste "Legitimationsinstrument" der Kommunistischen Partei (und ihrer Nachfolger) war und ist. Ihr mächtiger "Propagandaapparat" mit Zugriff auf "60 Resistenza-Institute mit Bibliotheken, Archiven und Zeitschriften" habe es allerdings nicht vermocht, "die wirklichen historischen Fragen zu unterdrücken".

Die wichtigste dieser Fragen ist für den FAZ-Korrespondenten, "ob vielleicht das letzte Wort doch noch nicht gesprochen ist, über die Moral von Siegern für Besiegte, über Faschismus und Antifaschismus, über Kommunismus und Antikommunismus." Denn: "Der Fall Priebke ist noch längst nicht ausgestanden." (FAZ, 24.8.1996) Der drohende Unterton ist nicht zu überhören; Fischer hat die Herausforderung angenommen, er durchschaut die "Interessen und Absichten hinter den vermeintlich reinen Motiven" derjenigen, die Priebke hinter Gittern wissen wollen.

Auch die Spiegel-Redaktion hielt es für geboten, das Interesse am Fall Priebke für eine Abrechnung mit der Resistenza zu nutzen und eine "lange gehütete kommunistische Geschichtslegende" zu "entlarven": Bei der Hinrichtung Mussolinis durch italienische Partisanen sei nicht alles so zugegangen, wie in der offiziellen Version behauptet. (Spiegel Nr. 35 vom 25.8.96) Der Artikel macht deutlich, daß der Spiegel-Redaktion die "Eigenmächtigkeit" der Partisanen ebenso ein Greuel ist wie die "makabre Zurschaustellung" der Leichen Mussolinis und seiner Geliebten Claretta Petacci mitten in Mailand.

Verständnislos zitiert das Magazin die wahren Worte des Kommunisten und ehemaligen Partisanenführers Luigi Longo: "Italien mußte und wollte das Recht selbst in die Hand nehmen. Die Resistenza konnte nicht auf diesen Schlußakt verzichten und ihn den alliierten Truppen und ihren Gerichten überlassen."

Js.

12. Die Wunden der Wende. Konráds "Steinuhr" - Ungarns postkommunistische Gesellschaft

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Ungarn; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:35

Wenn der ungarische Autor György Konrád einen Roman schreibt, bekommt er eine breite und großenteils zustimmende Presse, die Chefrezensenten von der FAZ bis zur Zeit verteilen großzügig Streicheleinheiten. Viele Linke werden dann mißtrauisch, natürlich, die Bourgeoisideologen jubeln dem Ex-Chef-Dissidenten in Budapest zu. So einer erhält doch, nimmt man weiter an, den Beifall für sein antikommunistisches Auftreten. Kein Grund also, Konrád zu lesen, oder?

Für die meisten Linken wohl nicht, wie es scheint, denn sonst hätte bereits vor vielen Jahren seine Klassenanalyse der realsozialistischen Intelligenz (Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, 1978) für Aufregung und Diskussion sorgen müssen. So mancher Splitter hätte sich da vor seinem chronischen Einwachsen aus linken Augen entfernen lassen. Aber schon damals war Konrád als unverbesserlicher Individualist und Kosmopolit disqualifiziert. Und nichts paßte vielen Linken verschiedener Schattierungen besser ins Zerrbild dieses Denkers, als daß er zu jenen zählte, die diese völlig unproletarische Mitteleuropa-Debatte vom Zaun brachen. Unsozialistische Kleinbürger.

Daß es in dieser Debatte äußerst unterschiedliche Positionen gab, wurde gar nicht erst wahrgenommen; denn schon der Begriff "Mitteleuropa" weckte in der BRD lediglich Assoziationen an den Sozialdemokraten Friedrich Naumann mit seiner während des Ersten Weltkriegs entworfenen imperialistischen Strategie einer Osterweiterung bis zum Bosporus oder an blaublütige Restaurationspläne eines Otto von Habsburgs. Daß die Debatte der ostmitteleuropäischen Dissidenz ganz andere Positionen verfocht, daß ihre wichtigsten Vertreter (Konrád, Michnik, Havel, Jancar, Eörsi, Kuron ...) von einer fundierten, teilweise linken Kritik am Sowjetsystem ausgingen und die volle Souveränität der Moskauer Satelliten einforderten, ging hierzulande völlig unter. Daß die "bürgerliche Presse" auch nur bestimmte Seiten ihrer Ostlieblinge ins Licht rückte, etwa das rasante Fabuliervermögen Konráds oder seine erschütternde jüdische Kindheit, und andere Seiten, etwa Konráds kritische Distanz zur schönen neuen Warenwelt, verschwieg, entging jenen kritischen Geistern, die im Grunde der FAZ & Zeit naiv glaubten. Hier gilt es zu lernen.

Die Enttäuschung

des Feuilletons

Nun haben die Oberauguren der Paradeblätter den neuen Roman von György Konrád, Steinuhr, gar nicht so enthusiastisch aufgenommen. Obwohl das Buch durchaus jenes Niveau hält, für das die vorangegangenen hoch gelobt wurden, nämlich Geisterfest und Melinda und Dragoman, mit denen zusammen Steinuhr eine Art Trilogie bildet, die in der neuen europäischen Literatur einzigartig dasteht. Obwohl alles da ist, was diesen Autor auszeichnet: der elegante, ironisch distanzierte Erzählton; eine Story, deren Spannung aufgeheizt wird, weil der ruhige, bisweilen reflexiv-essayistische Vortrag im Widerspruch steht zu schrillen Vorgängen, die sich schließlich zu einer doppelbödigen Kriminalgeschichte verdichten; eine markante Hauptfigur in Gestalt eines kosmopolitischen Wanderers zwischen den Welten, ein Literaturprofessor, der zwischen Nomadentum und Seßhaftwerdung schwankt; das scharf gezeichnete Bild einer postkommunistischen Metropole; natürlich die Liebe mit dem exklusiven Budapester Touch; Exkurse über ideologische Strömungen unter den neuen Herrschaften; Unterweisungen in jüngerer ungarischer Geschichte - mit einem Wort: eine exakte Augenblicksaufnahme der ungarischen Gesellschaft nach der Wende.

Steinuhr schließt ein Erzählwerk ab, das fünfzig Jahre ungarischer Geschichte seit 1944 reflektiert. Der erste Roman, Geisterfest (1986), zielt tief in eine Kindheit hinein, in der ein Elfjähriger erleben muß, wie seine Eltern deportiert, wie die Juden in Budapest in die Donau geschossen werden. Von zweihundert Mitschülern der kleinen Judenschule, die Konrád besuchte, kehren nur drei aus den Todesfabriken zurück. Er selbst hat Glück, nach Budapest gebracht und dort versteckt zu werden. In seinen Geschichten versammelt er die Toten um sich, Familienangehörige und Freunde. Für sie ergreift er das Wort: "Der Sohn muß den Vater fortsetzen, die am Leben Gebliebenen die Ermordeten."

Im Mittelteil der Trilogie, Melinda und Dragoman (1991), entwirft Konrád eine gegen Kollektivismus und Staatsmenschentum gerichtete Vision einer zivilen Urbangesellschaft. Die in ironischer Menschenfreundlichkeit erzählte Dreieckgeschichte zwischen Melinda und Antal Tombor und János Dragoman liest sich als Abdruck von "Fußspuren der Utopie in unserem Leben". In Konráds melancholischen Grundton mischt sich eine gewisse Hoffnung in die nächste Zukunft, scheint sich doch mit der Wende von 1989 eine Entwicklung anzubahnen, wie er sie in seiner Antipolitik - Mitteleuropäische Meditationen entworfen hat. Das gefiel den konservativ-liberalen und großbürgerlichen Feuilletonisten wohl besonders gut, sie lasen da die Idylle einer ost-westlichen Versöhnung heraus, die zivilisationskritischen Töne wurden reduziert auf Konráds biografisch bedingte Melancholie. Sein Scharfsinn ließ sich intellektuell unterhaltsam finden, seine gesellschaftskritische Dimension dadurch relativieren, daß in Umbruchzeiten immer Unordnung herrscht. Konrád aus dem Blickwinkel von FAZ & Zeit war geeignet für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und für leitende Funktionen im PEN. Nur geriet der umgebrochene Südosten Europas, eigentlich die Mitte Europas, bald wieder aus dem Blickfeld und wurde wieder das, was er immer war, der blinde Fleck im Auge des Westens. Zumal die Euphorie der Wende rasch verflogen war, als die alten Probleme dieser Region wieder aufbrachen.

Eine Bilanz der Wende

Dann kommt auch noch dieser hochgelobte Konrád, mittlerweile aus allen Funktionen herausgeschlüpft und wieder Schriftsteller, und zweifelt die Verheißungen des Kapitalismus an. In Steinuhr wirft, Jahre nach der Wende, die postkommunistische Zeit vieles von den zivilgesellschaftlichen Hoffnungen über den Haufen. Konráds Romanstadt Kandor, sprich: Budapest, ist heute ein Platz für Glücksritter und Karrieristen, deren gerissenste es verstehen, die Ideale der Bürgerrechtsbewegung machtpolitisch auszubeuten. Es ist ein schlechter Platz für Träumer, nur aus der Ferne mag es einem als Traumstadt erscheinen. Dennoch kehrt der alternde "Wanderphilosoph" und Literaturprofessor János Dragoman, in dem sich "der Reisende und der Bürger, der Abenteurer und der Philister, der Seemann und der Einsiedler, Don Juan und Oblomow" vereinen, mit reichlich ungewissen Absichten zurück in seine Heimatstadt. Konrád versteht es hervorragend, das Publikum mit dieser Ungewißheit zu fesseln.

Wie sich dem Heimkehrenden erst allmählich die neuen Verhältnisse erschließen (nie ganz, versteht sich), so ergeht es auch dem Leser. Konrád, der Stadtsoziologe von Beruf, gibt nie den großen Überblick vor, den All- oder Vielwissenden, obwohl er vieles über die Mechanismen der Metropolen weiß. Der Leser wird in einen Erkenntnisprozeß einbezogen, dessen Methoden offenliegen. Er muß nur den Gedanken an eine lineare und kontinuierlich fortschreitende Handlung aufgeben bzw. muß sich hüten, die vordergründig lineare Handlung für die pure Wirklichkeit zu nehmen, denn in Mitteleuropa erheischt die unerträgliche Banalität des Seins immer die Erträglichkeit des schönen Scheins, der die eigentliche Handlungsebene bildet.

Der Leser muß sich weiterhin einlassen auf das Gewirr von Zufälligkeiten, auf das scheinbar absichtslose Nebeneinander von Personenporträts, Erinnerungen, Reflexionen über sich selbst und die Welt, kurz, auf einen Flickenteppich von Fragmenten, wie er in den Vorzimmern alter Budapester Bürgerwohnungen häufig anzufinden ist. Das alles fügt sich ganz beiläufig zusammen zu einem Geflecht aus Erzählung, Erinnerung und Essay, mit dem Konrád ein äußerst vielschichtiges Gesellschaftstableau präsentiert. Teils bissig, teils ironisch, immer mit scharfsinniger Distanz entwirft er ein Soziogramm der neuen (oft alten) Eliten und ihrer Funktionsweisen.

Steinuhr bietet viele Lesarten. Dominant und fast immer präsent ist die Gestalt Dragomans, der soeben - hier spielt Konrád auf seine kurze PEN-Präsidentenschaft an - eine leitende Kulturfunktion niedergelegt hat und wieder Privatmann sein will. Seinem Wunsch nach Seßhaftwerdung kommt eine überraschend auftauchende Tochter entgegen, von der er nichts gewußt hatte; der Nomade wird plötzlich in eine recht sympathische Familie einbezogen, lernt die Annehmlichkeiten eines festen Umfelds kennen, wiegt sein Enkelkind auf den Knien, beglückwünscht sich zum Philistertum. Das hat für den Leser den Vorteil, daß dieser Dragoman großväterliche Gepflogenheiten pflegt, sich im Lehnstuhl zurücklehnt und Geschichten aus seinem Leben erzählt, wie das Opas eben tun. Dadurch erfährt man vieles über Liebe und Revolution anno 1956. Aber die erwähnte unerträgliche Banalität des Seins läßt solch friedvollen Lebensabend in diesem blutigen Winkel Europas (Budapest, die Kurbäderstadt, die Blutbäderstadt - Péter Esterházy) nicht zu, also schlittert sein Held in den schönen Schein einer zwischen Intrige und Krimi oszillierenden Geschichte.

Als Kriminalstory bietet der Roman einige aufklärungsbedürftige Leichen. Dabei überdeckt der zum spektakulären Mordfall hochgespielte Tod Kuno Abas, des ehemaligen Lehrers von Dragoman, die tatsächlichen Kriminalfälle. Kuno Aba, Chefideologe des opportunistischen Bürgermeisters von Kandor, ist Verfechter einer neokonservativen Erneuerung Ungarns, die auf dem Boden der Traditionen aus den Zeiten der Habsburger Monarchie stattfinden soll. Konrád räumt dieser Figur breiten Raum ein, um eine nicht zu unterschätzende ideologische Konzeption zu präsentieren, die in Ungarn immer noch maßgebliche Anhänger hat. Zugleich ist Kuno Aba die graue Eminenz in der Kandorer Gesellschaft, der das Spiel auf der Klaviatur der Macht besser beherrscht als sein Vorgesetzter, der Regisseur Antal Tombor. Allerdings gibt es einen dunklen Punkt in seiner Vergangenheit, eine Episode aus dem ungarischen Volksaufstand 1956, die mit den Tod des sowjetischen Stadtkommandanten und der Ermordung von sechs Studenten endete. Dragoman war bei diesem Vorfall dabei, er ist der einzige, der Kuno Abas geschichtsverfälschende Version widerlegen kann. Als auf einem Fest die beschwipste Eminenz diesen Vorfall als seine Heldentat präsentiert, die seine Biografie aufwertet, beginnt Dragoman die Sachlage klarzustellen.Das bringt Kuno Aba in Rage, er ohrfeigt Dragoman, der sich erst beim zweiten Schlag wehrt und Kuno zu Boden stößt. Ein unglücklicher Sturz, bei dem sich Kuno das Genick bricht - Notwehr, ganz klar. Aber das eigentlich Kriminelle ist Kuno Abas Umgang mit der Geschichte, sind seine Leichen im Keller.

40 Jahre

nach dem Aufstand

Hier setzt noch eine andere Lesart an, jene vom Umgang mit der Geschichte, von ihrer Verdrängung, von ihrer Neuinterpretation. Gegen das Lügen und Vergessen, das in diesem Herbst mit dem 40. Jahrestag des Aufstands einen Höhepunkt erreichen wird, rollt Konrád die historischen Ereignisse noch einmal auf. Dragoman erinnert sich seines Engagements als junger Mann für die Revolution der Arbeiter und Intellektuellen im Herbst 1956, die von Kádár mit Hilfe der Sowjettruppen niedergeschlagen wurde. Er erzählt aus der Perspektive des Studenten, der im revolutionären Komitee der Universität aktiv wurde und bewaffneten Widerstand leistete. Er beschönigt die Ereignisse nicht: Eine Waffenspende von Otto von Habsburg deutet die Einmischung reaktionärer Kräfte an. Zugleich verteilen die Studenten Flugblätter an die sowjetischen Besatzer mit dem Marx-Wort, daß ein Volk, das andre unterdrückt, selbst nicht frei sein kann.

Konrád sieht im Aufstand eine Wendemarke des Sozialismus sowjetischer Prägung: Die Niederlage der Revolution bewirkt den Niedergang und Verlust der Utopie. Denn ihr Kern war der Aufstand der Arbeiter mit der zentralen Forderung nach Selbstverwaltung der Betriebe, also faktische Übernahme der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse. Diese Forderung implizierte die andere zentrale Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, sprich Neutralität, da den Arbeiterräten klar war, daß die Sowjets eine Selbstverwaltung niemals dulden würden.

Von der sowjetischen Führung wurde der zentrale Budapester Arbeiterrat folgerichtig als "titoistisch" verleumdet (obwohl - Ironie der Geschichte - Chruschtschow während des Aufstands nach Brijoni flog und sich mit Tito beriet ...). Der Sowjetbotschafter in Budapest, Andropow, legte schließlich die offizielle Formel für die Einschätzung dieser Revolte vor, die nach dem typischen Strickmuster stalinistischer Verschwörungstheorie lautete: Ein Bündnis von kleinbürgerlichen Elementen, klerikalen Reaktionären und Faschisten habe im Verein mit westlichen Revanchisten und Militaristen Teile der Arbeiterklasse und des Volkes verführen können usw. Tatsache ist, daß sich ein Teil der kommunistischen Parteiführung gegen die Arbeiterschaft stellte und mit Hilfe der Sowjettruppen die Arbeiterbewegung niederwarf - womit das historische Subjekt alle Illusionen in die sozialistische Utopie Marke Sowjetunion verlor. Das ist auch der Punkt, den Konrád als entscheidende Wendemarke in der Geschichte des sowjetischen Sozialismus einschätzt. Mit Budapest 1956 begann sein Niedergang.

"Von Budapest aus den Osten und den Westen miteinander versöhnen." Von Budapest aus als einer Stadt in der "Mitte Europas" - das war eine der Botschaften aus dem Geisterfest, und Konrád sieht die entscheidende Möglichkeit eines Ausgleichs in der Entfaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Diese Idee war auch die bestimmende politische Strömung in der mitteleuropäischen Opposition. Ihre Dominanz gründete auf zweierlei: Zum einen war sie das Gegenprojekt zu einer kollektivierten, vom Staat und seiner Machtelite vereinnahmten Gesellschaft; in der, aller offiziellen Propaganda zum Trotz, das Bewußtsein überwog, in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einer imperialen Macht zu stehen; zum anderen trat sie hier in Verbindung mit dem

kulturellen Mitteleuropa-Gedanken auf. Aber Konrád ist sich der Fragilität dieser für kurze Zeit sehr unterschiedliche Kräfte zusammenfassenden Utopie bewußt: "Wenn es sein muß, besinnt sich Dragoman seiner Fähigkeiten, ergreift auf Konferenzen in Krakau, Prag und Budapest das Wort, und er nimmt wahr, wie der Begriff Mitteleuropa seinen Geist aushaucht. Aus dem Reich vermochten sie sich nur mit gemeinsamer Kraftanstrengung zu lösen, jetzt meinen die neuen Größen, nicht mehr aufeinander angewiesen zu sein, dezent versichern sie sich gegenseitiger Geringschätzung, wetteifern um die Gunst des Westens, um eine möglichst schnelle Assimilation, biedern sich an, sind nicht allzu begehrt."

In diesem Budapest findet Dragoman kein Zuhause. Er erlebt schwerste Krisen, Gefängnis, Sprachlosigkeit, Psychiatrie. Doch sein Autor gesteht ihm die totale Verweigerung als Insasse einer Nervenklinik nicht zu, und Dragoman nimmt einen neuen Anlauf, stellt sich wieder der Welt, als Unfaßbarer, als moderner Nomade, immer unterwegs zwischen Frankfurt und Petersburg, ein ewig Suchender. Dem Leser aber hat sich über diese schillernde Gestalt ein breites Stück ungarischer Geschichte mitgeteilt, bis hin zur gegenwärtigen Befindlichkeit der ungarischen Gesellschaft. Es ist wohl der erste "Wenderoman", in dem dies gelungen ist.

Balduin Winter

György Konrád, Steinuhr. Roman. Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 1996. 441 Seiten. 48,- DM.

13. Daß der Mensch dem Menschen ein Freund ist. Erinnerung an Rio Reiser

Autor: kuk · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:33

Am 20.8.1996 ist Rio Reiser in Fresenhagen/Nordfriesland gestorben. Er war von 1970 bis 1985 Sänger und Kopf von Ton Steine Scherben, der wichtigsten deutschen Politrockgruppe. Zwar wird die Erinnerung an ihn immer mit der frühen Schaffensperiode der "Scherben" verbunden sein. Rio Reiser gerecht zu werden heißt jedoch, auch die vielfältigen anderen Aktivitäten seines 46jährigen Lebens zu würdigen. Die Linke hat eine ihrer bedeutendsten künstlerischen Persönlichkeiten verloren. Denn Rio stand, obwohl in kein Schema passend und manchmal unbequem, bis zu seinem Tod immer an der Seite derjenigen, die sich für eine gerechtere Welt einsetzen.

Zu meiner ersten Begegnung mit Rio Reiser kam es irgendwann Ende der 70er Jahre. Eine der ersten Demonstrationen, an denen ich teilnahm, führte mich nach Bonn. Als sich die Veranstaltung gegen Abend auflöste, stieß ich in der Altstadt auf ein Straßenfest, zu dem sich andere DemoteilnehmerInnen spontan eingefunden hatten. Aus dem Fenster einer Wohnung erklang laute Musik, die ich nie zuvor gehört hatte: hart, kämpferisch, eingängig. Sie gefiel mir auf Anhieb und ich nervte einen der Umstehenden immer wieder mit der Frage: "Und wer ist das?" Die Namen, die ich mir merkte, lauteten Cochise, BAP (damals eine nur im Kölner Raum bekannte Newcomerband) und Ton Steine Scherben. Die Lieder hatten Titel wie "Jetzt oder nie, Anarchie", "Verdampt lang her", "Die letzte Schlacht gewinnen wir", "Keine Macht für niemand" und "Rauch-Haus-Song".

Vor allem die Musik der "Scherben", damals immerhin auch schon acht oder neun Jahre alt, traf genau mein Lebensgefühl, benannte in klarer Sprache die Themen, die auch mich bewegten: Generationskonflikte im Elternhaus, Wut auf die Klassenjustiz, internationale Solidarität, Straßenschlachten mit den Bullen usw. Fremd blieben mir damals - zwischen Schule und Zivildienst und vor der Berufsausbildung - die Lieder, die sich mit dem Trott und der Ausbeutung innerhalb der Arbeitswelt beschäftigten.

"Wir müssen hier raus, das ist die Hölle

Wir leben im Zuchthaus

Wir sind geboren, um frei zu sein

Wir sind zwei von Millionen, wir sind nicht allein

Und was kann uns hindern

Kein Geld, keine Waffen

Wenn wir es wollen

Wir werden es schaffen"

Wir müssen hier raus ("Keine Macht für Niemand")

Die unverwechselbare Stimme, die diese Lieder sang, gehörte Rio Reiser. Sein bürgerlicher Name war Ralph Möbius, geboren am 9. Januar 1950 in Berlin. Der Vater arbeitete als Verpackungsingenieur und wechselte oft den Arbeitsplatz. Die Familie, zu der neben der Mutter die beiden älteren Brüder Peter und Gerd gehörten, zog daher häufig um. Stationen waren Traunreut/Bayern, Brühl, Stuttgart-Schmiden, Nürnberg, Niederroden im Rodgau/Hessen. Die Schule hat Rio selten Spaß gemacht, die Zensuren waren eher schlecht. Im Schulchor des Nürnberger Melanchthon-Gymnasiums lernte er das Singen und und verlor die Angst, vor Publikum aufzutreten. Als zwölfjähriger erhielt er Klavierunterricht.

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre begannen Rios Brüder, sich politisch zu engagieren. Rio wurde auf Politik aufmerksam. 1963 begeisterten ihn die Beatles, später die Rolling Stones. In dieser Zeit fing er an, Gitarre zu spielen. Als seine Brüder 1964 begannen, mit ihrem Wandertheater über das Nürnberger Umland zu ziehen, war Rio der Komponist der Truppe. 1965 brach er die Schule ab und begann eine Fotografenlehre in

Offenbach-Bieber. Nebenbei arbeitete er im Theater seiner Brüder mit und bekam den Künstlernamen Rio de Galaxis. Im selben Jahr sang er in Frankfurt in seiner ersten Band, den Surfriders. 1966 wechselte er zu den Beatkings, bei denen er Ralph "Lanrue" kennenlernte. Mit ihm begann eine 30jährige Freundschaft, die mit der Gruppe Ton Steine Scherben ihren musikalischen Höhepunkt fand. 1966 brach Rio die Fotografenlehre ab, da er Berufsmusiker werden wollte.

Ankunft in Berlin

1967 folgte Rio seinen Brüdern an das Berliner Forum-Theater. Sie planten die erste Beat-Oper der Welt ("Robinson 2000") und brauchten ihren Bruder als Komponisten. Zur gleichen Zeit gingen in Berlin die StudentInnen auf die Straße. Doch zur APO hatte Rio ein gespaltenes Verhältnis: "Mit den Studenten hatte ich Probleme. Was und wie die redeten, fand ich dröge. Die Flugblätter, die Sprache, das war mir alles böhmisch." Auch später, in der Ton Steine Scherben-Phase, fühlte Rio sich bei Auftritten in Diskotheken, Jugendheimen, Turn- und Stadthallen wohler als im studentischen Milieu.

1968 gründete Rio zusammen mit seinen Brüdern "Hoffmanns Comic Teater". In diesem Jahr begann auch sein Drogenkonsum. Haschisch, später LSD und Meskalin wurden zu ständigen Begleitern. 1969 zog das "Teater" nach Kreuzberg und benannte sich 1970 in "Rote Steine" um. Auf dem Spielplan stand jetzt Agitprop-Theater für Jugendliche und Auszubildende. Sie wurden mit Erfolg animiert, ihre eigenen Erfahrungen auf der Bühne nachzuspielen. In dieser Phase schrieb Rio neben dem Stück "Macht kaputt, was euch kaputt macht" weitere Songs, die später auf der ersten Scherben-LP zu hören waren. Die Emotionen des Publikums, die auf der Bühne und beim Straßentheater freigesetzt wurden, beeindruckten Rio nachhaltig. Diese Erfahrung war konstituierend für das Projekt Ton Steine Scherben.

Dem Abschied vom Agitprop-Theater ging die Erkenntnis voraus: "Ich wollte nicht länger als ‚Vehikel` für politische Programme dienen, deren Wahrhaftigkeit ich nicht überschauen konnte. Ich wollte die Welt selbst interpretieren und mit meinen musikalischen Mitteln verändern." In Anlehnung an Karl Philipp Moritz Roman "Anton Reiser" (1796) nahm er den Künstlernamen Reiser an. Seine Band, die Ton Steine Scherben, sollte eine der ersten Politgruppen werden, die Rock-Musik mit deutschen Texten verknüpfte.

Geburt einer Legende

1970 wurde die erste Single mit den Stücken "Macht kaputt, was euch kaputt macht" und "Wir streiken" aufgenommen. Innerhalb kurzer Zeit waren 6.000 Exemplare verkauft oder verschenkt. Der erste Auftritt der Band fand am 3.9.1970 auf dem "Festival der Liebe" (Hauptsponsor Beate Uhse) auf Fehmarn statt. 1971 wurde erstmals nach einem Scherben Konzert ein leerstehendes Fabrikgebäude am Kreuzberger Mariannenplatz besetzt und in ein Jugendzentrum verwandelt. In der Folge wurden Ton Steine Scherben die Hausbesetzerband. Immer wieder dienten ihre Konzerte als Initialzündungen, beispielsweise im Dezember 1971 für das ebenfalls am Mariannenplatz gelegene Bethanien-Krankenhaus (später "Georg von Rauch-Haus").

1973 geriet die Band in ihre erste tiefe Krise. Der Mythos, der sie inzwischen umgab, wurde zunehmend als Last empfunden: "Doch bei der Band machte sich unausgesprochen das Gefühl breit, daß wir nichts mehr zu sagen hätten. Wir kamen uns vor wie eine Musikbox. Die lebende Legende der ‚Scherben`, einer Band, die im kleinsten Ort noch die Revolution anzettelte. Das machte uns kaputt." Geldsorgen kamen hinzu. Für eine linke Band, die ihre Schallplatten im Eigenvertrieb vermarktete und die häufig auf politischen oder Solidaritätsveranstaltungen auftrat, war wenig Geld zu verdienen. Ein Auftritt brachte der Gruppe durchschnittlich 500 Mark. Die Frustration war schließlich zu groß: Im Frühjahr 1973 löste die Band sich erstmals auf.

1974 vereinigte sich die Band erneut und begann mit den Vorbereitungen für die dritte LP ("Wenn die Nacht am tiefsten ..."). Das Unbehagen, daß sich in den beiden Vorjahren angesammelt hatte, manifestierte sich in einer völligen Kehrtwendung der Textaussagen. Zwar fanden sich noch zwei Lieder, die den Frust des Arbeitsalltags, bzw. den Traum des Ausbruchs beschrieben, doch vorbei war es mit kämpferischer Agitation und mit klarer Freund-Feind-Benennung. Statt dessen fanden sich Titel, die Sehnsucht nach Wärme und Liebe sowie die Hoffnung auf eine andere, bessere Zukunft ausdrückten.

In vielen Texten spiegelte sich das Innenleben des Sängers Rio Reiser wieder. Die Scherben waren nicht mehr Organ einer kämpferischen, radikalen Linken, sondern sie reflektierten zunehmend die Sicht Reisers auf diese Gesellschaft, seine Verzweiflung an den Zuständen und seine Sehnsucht nach individuellem Glück. Damit entsprachen sie einer neuen Strömung innerhalb der Linken, die das Private politisch machte.

"Ich komm aus der Wüste aus Stahl und aus Glas

Ich komm aus der Wüste aus Angst und aus Haß

Wo die Menschen verdursten auf der Suche nach Liebe

Krank vor Verzweiflung und vom Warten müde

Ich komm aus dem Land der vergifteten Straßen

Wo man den Tag verkaufen muß, um sorglos zu schlafen

Wo die Liebe verkauft wird und der Haß verschenkt

Wo die Mörder belohnt werden und die Heiligen gehenkt.

Hilf mir

Zeig mir den Weg hier raus."

Durch die Wüste ("Wenn die Nacht ...")

Da sich auch die "Show" der Band immer weniger das Prädikat "politisch korrekt" verdiente, verscherzten sich die Scherben die Sympathien bei einem Teil ihres Publikums. Auf einer Tournee im Jahre 1976 zeigte sich die Enttäuschung vieler ZuhörerInnen in offener Ablehnung. Weil die Scherben nicht mehr dem Mythos harter, politisch korrekter Straßenkämpfer entsprechen wollten, sahen sie sich dem in der Szene schnell geäußerten Verratsvorwurf ausgesetzt. Solche Anfeindungen und der Wunsch, dem permanenten Trubel in ihrem Kreuzberger Wohnprojekt zu entfliehen, führten bereits 1975 zu dem Entschluß, sich einen Bauernhof im nordfriesischen Fresenhagen zu kaufen. Er wurde zum Rückzugsrevier der Band und für Rio Lebensmittelpunkt bis zu seinem Tod.

Zwischen 1976 und 1985 entstanden nur noch zwei weitere LPs. Erst 1981 wurde erneut eine Tournee mit 44 Auftritten in Angriff genommen. In Berlin landeten Stinkbomben auf der Bühne. Ton Steine Scherben mußten die bittere Erfahrung machen, daß sich weder von den Tourneen (zu niedrige Eintrittspreise) noch von den Verkaufserlösen der Plattenverkäufe (die letzten drei LPs erreichten wohl nicht mehr die Auflage der beiden "frühen Meisterwerke") leben ließ. Die Schulden wuchsen auf ca. 500.000 Mark. 1985 löste die Band sich endgültig auf.

Über die frühen Lieder von Ton Steine Scherben sagte Rio einmal: "Die meisten Texte halte ich für gelungen, für die Forderung nach Verwirklichung des Traums, daß der Mensch dem Menschen ein Freund ist. Das war der Versuch, den Soundtrack dazu zu machen, für die Bewegung, die dafür kämpft." Daß die Sehnsucht nach Liebe, die in vielen späteren Liedern sichtbar wurde, eine Sehnsucht nach schwuler Liebe war, behielt Rio Reiser lange Zeit für sich. Alle Texte waren so komponiert, daß sie auch von Heterosexuellen auf sich bezogen werden konnten. "Schwulsein war bei den Linken nicht en Vogue", sagte Rio einmal. 1976, auf einem Konzert in Hamburg, bekannte er sich erstmals öffentlich zu seiner Homosexualität. Es sollte noch bis zur fünften LP ("Scherben", 1983) dauern, bis Reiser dieses Thema auch in seine Songs aufnahm.

Rio Reiser solo

Die musikalische Solokarriere, die Rio Reiser 1986 bei dem Musikriesen Sony startete, machte ihn bundesweit bekannt. Mit Hits wie "Wenn ich König von Deutschland wär", "Alles Lüge" oder "Bye-Bye Junimond" verbesserte sich, so kann man nur hoffen, seine finanzielle Lage. Er komponierte Opern, Rockmusicals, Kinderlieder, Filmmusiken und Lieder für andere Interpreten. Nebenher schrieb er Bücher, trat als Schauspieler in Filmen und auf Bühnen auf und war Gastdozent beim Studiengang Popularmusik an der Hamburger Hochschule für Musik und Theater.

Auch als "Star" blieb Rio ein politisch denkender und handelnder Mensch. Am 11.11.1990 trat er in die PDS ein, "weil sie das einbringt, was an der DDR wichtig und gut war." Im Vereinigungstrubel wollte er etwas machen, das Signalwirkung haben würde: "Es wurde ja damals das Ende der Utopie, des Traums nach Gerechtigkeit verkündet. Nach dem Motto: Ihr seht ja, das ist nicht zu verwirklichen. Aber nur weil das, was da in der DDR war, zusammengebrochen ist, ist doch nicht die ganze Utopie gestorben."

Als sich 1992 der von der Bundesregierung geschürte Ausländerhaß gegenüber MigrantInnen entlud, trat Rio auf mehreren großen Protestveranstaltungen auf. Im Oktober 1992 stritt er sich in der Sat1-Sendung "Einspruch" mit Musikern der Neonaziband Störkraft. Wenn er nach Einflüssen gefragt wurde, nannte er Karl May und die Bibel, in der er regelmäßig las. Seine Gesundheit war schon seit längerem angeschlagen. Auftritte und Tourneen (1992/1996) mußten abgesagt bzw. abgebrochen werden. Rio wußte nicht, an welcher Krankheit er litt. Vielleicht hat der langjährige Drogenkonsum den Körper geschwächt. Als Todesursache wurden innere Blutungen angegeben.

Rio Reiser war sehr sensibel und unterlag häufigen Stimmungsschwankungen. Angesprochen darauf, daß seine Songs oft depressiv klingen, sagte er einmal: "Ich müßte lügen, wenn ich sagen würde, daß ich keine Depressionen hätte. Nicht permanent, aber ich komme eben nicht drumrum. Ich bin im Moment eher wacklig." Doch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verließ ihn trotz mancher Enttäuschung nie ganz. In einem taz-Interview von März 1995 antwortete Reiser auf die Frage, ob die Revolution noch komme: "Vielleicht nicht so, wie wir es uns vor 20 Jahren vorgestellt haben, aber in irgendeiner Form muß sie ja kommen. Uns bleibt ja gar nichts anderes übrig. Sonst geht der ganze Planet flöten, und das Schlimme ist, daß wir das noch erleben werden. ... Die Chancen stehen nicht besonders gut, aber es gibt noch eine winzige Hoffnung, zumindest das Allerschlimmste zu verhindern."

kuk

Platten:

Ton Steine Scherben:

"Macht kaputt, was Euch kaputt macht/Wir streiken", 1970, Single.

"Warum geht es mir so dreckig?", 1971.

"Keine Macht für Niemand", 1972.

"Wenn die Nacht am tiefsten ...", 1975.

"Tonsteinescherben IV", 1981.

"Rock in Deutschland", dies ist eine Art "Best of ..." der vorher erschienen LPs. Sie enthält das bisher nur auf Single erhältliche "Wir streiken".

"Scherben", 1983.

"TSS in Berlin- live", 1984.

"TSS in Berlin - live Teil II.", 1996.

TSS & Brühwarm:

"Entartet"

"Mannstoll"

Rio Reiser solo:

"Dr. Sommer", 1984, Single.

"Rio I.", 1986.

"Blinder Passagier", 1987.

"Rio", 1990.

"Durch die Wand", 1991.

"Über alles", 1993.

"Das Beste", 1994, hier wieder eine "Best of ...".

"Himmel und Hölle", 1995.

Bücher:

"In Winnetous Garagen".

"Unter Sternen".

"Der König von Deutschland", 1994, Autobiographie.

14. Karma, Ufos und Antisemitismus Antisemitische Verschwörungslegenden in der esoterischen Szene

Autor: Jens-Uwe Ries · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:02

In der Schweiz ist es schon lange verboten. Im April 1996 hat nun auch in Deutschland eine bundesweite Beschlagnahmeaktion wegen Volksverhetzung stattgefunden: Es geht um Jan van Helsings im Ewert Verlag erschienenes Buch "Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert". Die erst jetzt erfolgte Beschlagnahme wird wohl den Verschwörungsmythen neue Nahrung geben. 100.000 Exemplare dieses Buches sollen verkauft worden sein. Unter dem Ladentisch wird es in einigen esoterischen Buchläden immer noch gehandelt. Van Helsing verkündet inzwischen, daß sein Buch von Spanien aus selbstverständlich - außer nach Deutschland und die Schweiz - weiter in alle Welt verkauft wird.

Dieser Herr, der so eindeutig in faschistischer Tradition steht, daß es schwer zu begreifen ist, wie seine Bücher bis in "alternative" Kreise hinein beliebte Lektüre sein können, nennt sich van Helsing, weil er sich als Vampirjäger sehen will, gleich jenem van Helsing in dem Roman "Dracula" von Bram Stoker. Tatsächlich heißt er - wie sich inzwischen herausgestellt hat - Jan Udo Holey.

Bisher fristeten Legenden, wie sie von van Helsing vertreten werden, eher ein Schattendasein, waren besonders in Lateinamerika unter geflohenen SS-Leuten zu Hause (siehe Miguel Serranos "Esoterischer Hitlerismus", Wilhelm Landigs "Götzen gegen Thule"). Mit der Verbreitung von van Helsings Büchern erlangen solche erstmals größeren Einfluß.

Bis heute wird vorwiegend spekulativ behandelt, wie stark esoterisch-rassistische Publikationen die NS-Bewegung beeinflußt haben. Sicher ist aber, daß sie es taten. Gerade darum sollten Dinge, die heute wieder in dieselbe Richtung weisen, aufmerksam beobachtet werden. "Historisch zeigt sich, wie diverse ariosophische und neogermanistische Behauptungen einen Vorlauf für die NS-Rassenideologie und deren Umsetzung bildeten. Noch heute werden die von Heinrich Himmlers ‚Ahnenerbe` durchgeführten pseudowissenschaftlichen Untersuchungen über die Externsteine als ‚germanischer Kraftplatz` in weiten Teilen der Esoterikszene unkritisch für bare Münze genommen." (1)

Manche der vorgeblich unpolitischen esoterischen Strömungen können nicht von dem Vorwurf freigesprochen werden, das Terrain für rechte Ideologen bereitet zu haben. Erinnert sei nur an hanebüchene Erklärungen wie jene, da alles Karma (2) sei, habe z.B. das Opfer einer Vergewaltigung sich diese selbst zuzuschreiben (und zwar entweder durch eine Tat aus einem früheren Leben oder durch entsprechende Affinität im jetzigen). Gemeinsam ist weiter allen Strömungen, daß sie eine nebulöse "Intuition" weit über den kritischen Verstand setzen.

Esoterisch liebevolle Haßtiraden

Wer sind nun die "Vampire", die van Helsing bekämpft? "Menschen, die das Leben nicht bereichern, sondern Leben nehmen und auf Kosten anderer Menschen existieren, auch energetisch". ("Geheimgesellschaften, 2. Band - Interview mit Jan van Helsing", S. 40) Das Buch, so heißt es in der Vorrede zum 1. Band, erkläre das Elend der Welt - und warum der Reichtum sich in den Händen weniger befinde.

So etwa stellt sich das Weltbild des Jan van Helsing dar: Allgegenwärtige Feinde sind Freimaurer, Juden und wiederum Juden. Die Verschwörung hat laut van Helsing schon zu biblischen Zeiten begonnen. Von außerirdischen Finsterlingen wurde den Juden per "Blutbund" die Macht auf der Erde übertragen. Erleuchtete, gute Außerirdische warfen, um die finsteren Pläne zu durchkreuzen, einen durch Genmanipulation erzeugten Jesus auf den Markt (bzw. die Erde). Juden sind oder waren: Willy Brandt, Olof Palme, Fidel Castro, Lenin, Stalin, Kohl. Schockierende Neuigkeit: Die US-amerikanischen Demokraten sind eigentlich Sozialisten. Der Plan sei, die deutsche Nation auszurotten. (Band 2, S. 166)

Der Club of Rome = der Logenverbund "Schwarzer Adel" wolle 2,5 Mrd. Menschen ermorden. Dazu sei Aids entwickelt worden. Über die Pockenimpfung der WHO habe man den afrikanischen Kontinent infiziert. Inzwischen werde ein neues Virus, das schneller wirke, hergestellt. Gift werde ins Trinkwasser geschmuggelt,

Gift in Zigarettentabak. Über diesen Holocaust mit 500 Millionen Opfern in zehn Jahren spreche niemand. (Band 2, S. 187)

Der Jude Karl Marx sei Mitglied des bayrischen Illuminatenordens gewesen. Das Kommunistische Manifest stamme gar nicht von Marx, sondern von Adam Weishaupt, dem Gründer eben dieses Ordens. Trotzkis Rebellen seien auf dem Grundstück der Rockefellers für die Revolution trainiert worden. (Band 1, S. 76)

Wirtschaftskrisen würden von den Rothschilds nach Belieben hervorgerufen (übrigens auch Erdbeben und Stürme). Da Deutschland für die Illuminati eine Bedrohung gewesen sei, seien Erster und Zweiter Weltkrieg vom Zaum gebrochen worden. Keine Plattheit ist zu dumm, eingebaut zu werden: Rote Armee = Roter Schild = Rothschild. (Band 1, S. 87)

Deutschland sei das kommende Lichtreich. Rudolf Steiner habe die Kinder der Schwarzen Sonne (SS!) von der Wewelsburg zurück nach Tibet gebracht. Der reale Kern: Es wurden 1938 SS-"Wissenschaftler" nach Tibet geschickt, um dort vorgeschichtliche Forschung zu betreiben. Angeblich ein Steckenpferd besonders von Himmler. (3) Allgemein, wie auf diesem Gebiet leider üblich, gibt es hierzu wenig Gesichertes.

1773 habe man, so van Helsing weiter, in einem Haus in der Judenstraße in Frankfurt beschlossen, durch drei Weltkriege die Eine-Welt-Regierung zu schaffen. (Band 1, S. 16) Christi Lehre sei durch Beifügung des Alten Testaments in ihr Gegenteil verkehrt worden. (Band 1, S. 31) Das ist das Gedankengut der Neugermanen seit der Jahrhundertwende. Manche erklärten Jesus dementsprechend zum Arier - oder - wie es neuerdings wieder vertreten wird - zum Sohn eines germanischen Gottes.

Den schon seit Jahrzehnten als plumpe Fälschung entlarvten sogenannten "Protokollen der Weisen von Zion" wird Echtheit bescheinigt. Sie seien nur schon 1.000 Jahre zuvor geschrieben, dann allerdings neu formuliert worden. Diese "Protokolle" bilden gewissermaßen die Grundlage der beiden Bände.

Deutsche Kriegsschuld, das sei ein Tabuthema, ein absoluter Hammer. Die reichsdeutsche Führung habe keinen Krieg gewollt. Hitler sei erst in Polen einmarschiert, nachdem polnische Soldaten wiederholt Massaker an deutschen Zivilisten begangen hätten. Die von van Helsing gegebene Darstellung der angeblichen Greueltaten polnischer Soldaten erspare ich uns. Als Quelle zitiert van Helsing tatsächlich u.a. das Deutsche Weißbuch aus dem Jahre 1940! (Band 2, S. 93)

Schon 1933 sei durch die Juden Deutschland der Krieg erklärt worden. Das Zyklon-B habe ein Jude entwickelt. Und schließlich wird nahegelegt, daß die Deutschen den Krieg nicht verloren haben, da die Elite mit von Schauberger entwickelten Ufos, betrieben mit der Vril-Kraft, gen Antarktis geflogen sei. Dort leben die "Reichsdeutschen", welche keine Nazis seien, in einer unterirdischen Welt - unbesiegbar bis heute. Vril-Kraft ist ein esoterischer Spuk, der besonders rechte Esoteriker fasziniert. 1933 sei eine geheimnisvolle Loge mit diesem Namen gegründet worden. Der Ewert Verlag bietet ernsthaft Möglichkeiten zur finanziellen Beteiligung an "freien Energiemaschinen", mit "Gravitationsenergie" betrieben, an.

Mit dem Golfkrieg sei beabsichtigt gewesen, "Jerusalem zur Verwaltungsmetropole einer Weltregierung zu machen". Hussein wird hier zum Freiheitskämpfer. (Band 1, S. 203)

Eine Streitmacht von "ca. 6 Millionen Reichsdeutschen mit ihren Flugscheiben" stehe bereit, "die Illuminati von der Erde zu fegen, falls diese es wagen sollten, erneut etwas gegen Deutschland zu unternehmen". (Band 2, S. 256)

Homosexuelle, das ein weiterer Beleg für die rechte "Machart" van Helsingschen Denkens, haben, das sage er ganz wertfrei - als esoterische, nicht zu leugnende Wahrheit - eine unreine Aura, die nicht in Harmonie sei.

Dazwischen und jeweils zum Schluß der beiden Bücher wird dann ausgiebig Thorwald Dethlefsen (mit seinen Büchern "Krankheit als Weg" und "Schicksal als Chance" nahezu allen EsoterikerInnen bekannt) zitiert und einiges von Liebe und Erlösung - auch für die Feinde - gestreut. Zum Schluß retten die "Reichsdeutschen" diejenigen, welche guten Sinnes seien, vor der Apokalypse: es stünden "genügend freie Energiemaschinen zur Verfügung".

Jan van Helsing stieß offenbar auch auf jene Gruppe, die sich einmal "Europäische Arbeiterpartei" (EAP) nannte, u.a. unter dem Namen "Deutsche Patrioten" auftrat und inzwischen unter dem Deckmäntelchen "Schiller Institut" in Polen, Rußland usw. aktiv ist. (4) Sicher ist, daß sich hier "Brüder im Geiste" gefunden

haben. Für eine direkte Verbindung zwischen van Helsing und dieser Gruppe spricht, daß hier wie dort ähnlich krause antisemitische Verschwörungslegenden gesponnen werden. Außerdem van Helsings Formulierung, daß der wegen Steuerhinterziehung in den USA einsitzende Rechtsextremist und Gründer der EAP, LaRouche ein politischer Gefangener sei, den die jüdisch-freimaurerischen Finstermächte (...) daran hindern wollten, die Wahrheit zu enthüllen. (Band 1, S. 223)

Selbstverständlich streitet van Helsing ab, Antisemit zu sein. Das tut er mit der plumpen Begründung, Semiten, das seien die arabischen Völker - und gegen die habe er nichts, im Gegenteil. Folgerichtig baut er denn auch Saddam Hussein (wie übrigens manche rechtsextremistische Gruppen) in seine Verschwörungstheorie mit ein: die Iraker werden da als "die Deutschen des Orients" gesehen.

Entstehungsgeschichte des Verschwörungswahns

Es ist hier nicht möglich, die Entstehungsgeschichte der Verschwörungstheorien ausführlich zu behandeln. Sie blühten auf nach der Französischen Revolution, als "Verschwörung gegen Thron und Altar", teils, weil den Konservativen solch ein Aufruhr gegen die gottgewollte Ordnung nicht anders erklärbar erschien als von geheimen Drahtziehern gelenkt. Zum anderen Teil war es bewußte Propaganda, an welche die Urheber selbst nicht glaubten.

Sehr ausführlich beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte und mit der Verwendung von Verschwörungstheorien durch die Nationalsozialisten Johannes Rogalla von Bieberstein (5) sowie in Ansätzen George L. Mosse (Die Geschichte des Rassismus in Europa, Fischer 1990).

Bei der Suche nach Schuldigen an der Französischen Revolution sind Konservative, vor allem auch katholische Geistliche, schon 1789 auf Geheimgesellschaften gestoßen.

"Während die Französische Revolution als ein von einem Großteil der Bevölkerung getragener Prozeß anzusprechen ist, stellten deutsche Konterrevolutionäre, die durch diese Revolution und ihre Ausstrahlungskraft verängstigt waren (...) die ideologischen Ursachen der Umwälzung in einseitiger Weise heraus. Sie glaubten, die eigentlichen Drahtzieher der Revolution in aufklärerischen Kleingruppen ausmachen zu können." (5)

Besonders die Illuminaten zogen den Haß des Klerus und der Konservativen auf sich. Diese Loge wurde 1776 in Bayern gegründet und 1785 verboten. Zunächst fühlten sich die meisten Freimaurer-Logen der Aufklärung verpflichtet (Freimaurer waren z.B. Herder, Lessing oder Goethe) - dann aber entstanden auch theosophisch-esoterische Logen. Eine durchaus zwiespältige Sache war die mit der Zeit mehr und mehr verfeinerte Hierarchie, außerdem waren es reine Männerbünde.

Der Klerus und die Konservativen haßten diese Logen, weil sie darin eine Verschwörung gegen Thron und Altar sahen. So wurden die Freimaurer als Geister der Finsternis, Rädelsführer des Unglaubens und Vorläufer des Antichrist bezeichnet. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurden dann die Juden in die Verschwörungstheorien mit einbezogen, obwohl sie in die meisten Logen gar nicht aufgenommen wurden. Schließlich war dann "jüdisch" und "freimaurerisch" austauschbar geworden. Die Verschwörungsthese war integraler Bestandteil der NS-Ideologie. Eine wichtige Rolle spielten hier die sogenannten Protokolle der "Weisen von Zion".

Worin liegt die Verführung

"Immer größer wurde die Macht der öffentlichen Lüge. Es begann mit kleinen Rissen, Unstimmigkeiten, einem mikroskopischen Abstand zwischen der Welt, von der man redete, und der Welt, die tatsächlich da war." (6)

Auch in der Linken kursieren oder kursierten einige Verschwörungsmythen - zu erinnern ist da an abenteuerliche Thesen, die Entstehung von Aids betreffend - doch erreichen diese nicht den Charakter eines geschlossenen, paranoiden Weltbildes.

Wenn wir uns in die Verhältnisse geworfen fühlen - ohne echte Möglichkeiten zur Mitgestaltung - wenn die bedrohlichen Seiten der technischen Entwicklung in den Vordergrund rücken, kann es geschehen, daß Verschwörungsthesen scheinbare Aufklärung geben. Ein paar Stichworte - vieles kann hier nur angerissen werden: Entfremdung, Entwertung, feindliche Welt - und da scheint nun der Urheber all dessen was einen

beunruhigt, benannt zu sein. Das ist, in schöner Übersichtlichkeit, ein willkommener Urheber für alle Probleme dieser Welt.

Es ist sicherlich eine Mischung aus dem Versuch, man selbst - und alles was einem geschieht - möge Bedeutung erlangen (auch gegenüber unserer Vergänglichkeit), Wichtigtuerei mit angeblich besonderem Wissen, Machtgier - und dem Wunsch, Utopien jetzt schon zu leben. Zumindest die Illusion einer Gegengesellschaft geben ja nicht nur Alternativbetriebe, sondern gibt ebenfalls die "Geborgenheit" in der großen Familie jeglicher Art von Sekte.

Geheimwissen verkauft sich unter solchen Verhältnissen immer gut. Dazu kommt sicherlich, gerade in der esoterischen Szene, das erhebende Gefühl, nun zu den wahrhaft Wissenden zu gehören. Und da analytisches Denken nicht gerade zu der Stärke von EsoterikerInnen gehört, sieht mensch überall Zeichen, die in das vorher schon geformte Weltbild eingefügt werden können.

So muß auch nicht Antisemitismus im ursprünglichen Sinne in jedem Falle als der Auslöser für die makabren Karma"erklärungen" gesehen werden, sondern auch die Unmöglichkeit, mit der Gesinnung, alles sei durch das Karma bestimmt, solche Ungeheuerlichkeiten wie den Holocaust zu verstehen. Kritikfähigkeit ist in diesen Kreisen kaum noch vorhanden, wenn in einer Aussage das Wort Karma vorkommt.

Esoterischer Antisemitismus

Antisemitismus hat in der esoterischen Szene eine lange Tradition: So schob der viel gelesene und viel zitierte Cayce (auch van Helsing führt ihn in der Literaturliste an) die Schuld an dem Holocaust den Opfern selbst zu. Es gibt eine ganze Reihe von makabren Äußerungen führender Esoteriker, das Karma der Juden betreffend: sie seien verfolgt worden wegen früherer übler Taten.

In der Juni/Juli Ausgabe der esoterischen Ufo-Zeitung "Die andere Realität" stellt sich Trutz Hardo in Cayces Tradition. Von Trutz Hardo ließ sich, das sei erwähnt, um zu zeigen, daß es sich hier um einen etablierten Esoteriker handelt, Schreinemakers "live" in vergangene Leben "rückführen". "Die andere Realität" verbreitet die Inhalte der van Helsing Bücher durch Nachdrucke. Ein Interview mit Hardo über dessen neues Buch "Jedem das Seine", wird folgendermaßen eingeleitet: "Außer Edgar Cayce hat kein wissender Esoteriker solche Gedanken ‚laut` verkündet, obwohl sich alle schon mit dieser Frage beschäftigten und ‚im stillen` von der Tatsache überzeugt sind, daß der Satz Jesu: ‚Wer sein Schwert zieht, soll durch das Schwert umkommen` ebenfalls auf den Holocaust wie eigentlich auf alle Schicksalsschläge zutrifft." Schon die Überschrift des Interview macht deutlich, daß hier Law-and-order-Esoteriker am Werke sind - sie lautet: "Das Karma macht keine Ausnahme." Trutz Hardo: "Ich glaube, daß alles, was einem Menschen auf Erden passiert, einen Sinn hat und daher ‚gerecht-fertigt` ist. Ja, ich bin sogar davon überzeugt, daß das, was uns zustößt, das Bestmögliche ist, was uns geschieht, da es uns genau die Umstände, Situationen und Erfahrungen beschert, die wir für unser seelisch-spirituelles Wachstum brauchen." Das ist ausdrücklich die Antwort auf die Frage nach dem "Sinn" von Konzentrationslagern!

Der Fall Holbe

Ein weiterer Beweis dafür, daß Antisemitismus in der esoterischen Szene latent vorhanden ist, ist der Fall Holbe. Der ehemalige RTL-Starmoderator Rainer Holbe hatte ein Buch geschrieben, worin er Mitteilungen angeblicher Geistwesen "weitergab": Der 1987 an Krebs gestorbene "Dalli-Dalli" Showmaster sei in einem seiner vorherigen Leben ein Dieb gewesen, in einem anderen habe er gar zehn Menschen umgebracht. Das Krebsleiden erklärte Holbe (vermittelt über angebliche Geistwesen), sei Strafe aus früheren Inkarnationen und außerdem habe Rosenthal damit auch für sein jüdisches Volk gebüßt. (Buße für - mit dieser Aussage ganz in finsterster katholischer Tradition stehend - die Kreuzigung von Jesus Christus.) (7)

Holbe kam einer fristlosen Kündigung durch RTL zuvor und landete dann mit seiner Show "Phantastische Phänomene" bei SAT 1. Daß Holbe kein isolierter Außenseiter ist, zeigt sich auch darin, daß an von ihm mit gestalteten Kongressen u.a. auch Franz Alt und der Thorwald Dethlefsen Schüler Klaus Meyer als Referenten teilnahmen. Mechtersheimer verteidigte Holbe ausdrücklich. Es sei wohl "unser deutsches Schicksal, daß bei allen Fragen, die nur entfernt mit Israel zu tun haben, das Augenmaß verloren geht". (8) Holbe tritt weiter auf Kongressen der esoterischen UFO-Zeitung "Die andere Realität" als Moderator auf.

"Asiatische Gefahr"

"Rudolf Steiner hat darauf hingewiesen, daß, wenn Europa seine Aufgabe nicht erfüllt und sich nicht unter dem geistig-moralischen, auf dem Christusimpuls beruhenden Dach vereinigt, asiatische Kräfte nach Europa einströmen und dort Unheil stiften können." (Anthroposophische Zeitschrift "Novalis" 3/96). Die Grenzen sind fließend.

Der Ewert Verlag, in dem das Buch van Helsings erschien, veröffentlichte eine Reihe von Büchern mit verschwörungstheoretischem Hintergrund. In einem dieser Bücher schreibt der Verschwörungstheoretiker Rüggeberg: "Durch Steiner wissen wir, daß der okkulte Kampf um die Weltherrschaft in vollem Gange ist, insbesondere zwischen gewissen anglo-amerikanischen Brüderschaften auf der einen Seite und asiatischen Brüderschaften auf der anderen." Hitler sei von ersterer und einer "Gruppe tibetischer Schwarzmagier" als Medium für ihre Ziele benutzt worden. "Die Pläne gewisser Logen wurden von Steiner während des Ersten Weltkrieges ausreichend offengelegt, womit er dem drohenden Untergang Mitteleuropas entgegenwirken wollte. Leider wurden seine Warnungen bis heute von den verantwortlichen Führern nicht beachtet ...". (9) Die "Erziehung der Deutschen zum politischen Analphabetentum" zeige, daß die von Steiner genannten Pläne der Logen bei passender Gelegenheit zu Ende geführt würden, "wobei es ihnen sicherlich auf ein paar Millionen Tote mehr oder weniger nicht ankommen wird". (Ebenda)

Von gewissen führenden Kreisen sei keine Gnade zu erwarten. "Aber auch sie werden keine Gnade zu erwarten haben vor den Richtern des Saturn, den Vollstreckern der karmischen Gesetze, der kosmischen Gerechtigkeit!" (Ebenda S. 86)

Rudolf Steiner, der Begründer der Anthroposophie, äußerte sich vielfach in antisemitischer Weise über den verderblichen Einfluß der Juden in der Medizin oder über ihre angebliche Unfähigkeit, schöpferisch bildhauerisch tätig zu sein. (10)

Verschwörungstheorien kursieren seit Beginn der "Bewegung" unter Anthroposophen. Schon Rudolf Steiner verteilte Landkarten, die angeblich die Aufteilung Europas, wie sie englische und französische Freimaurerlogen von langer Hand geplant, zeigten. (Solche Karten kursieren noch heute innerhalb der Anthroposophenschaft.) Ende des 20. Jahrhunderts, so diese Legende, werde ein gewaltiger Geisteskampf toben, in dem den Anthroposophen eine tragende Rolle zugedacht sei.

Dabei steht die angebliche Mission Mitteleuropas (Deutschland, Österreich usw.) im Mittelpunkt. Von dieser Mission mag keine der verschiedenen Fraktionen lassen. Wobei der offen faschistische Teil (Haverbeck u.a.) die Schuld daran, daß diese Mission bisher nicht erfüllt werden konnte, den Feinden Deutschlands zuschiebt - dabei selbst noch die grausamsten Verbrechen rechtfertigt. Eine andere Fraktion wiederum betont, daß diese Aufgabe eine rein geistige sei und durch den Faschismus verfehlt wurde.

In der "Novalis" vom Februar 1996 beschreibt Gennadij Bondarew die Lage im jetzigen Rußland und legt dabei nahe, daß linkes wie rechtes Lager von den gleichen Kräften gesteuert würden. Die Perestroika stelle nur "die zweite Etappe jenes einheitlichen ‚sozialistischen Experiments`" dar, "das in Rußland seit 1917 durchgeführt wird und welches in den Geheimgesellschaften des Westens bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts geplant war - ein Umstand, von dem Rudolf Steiner ganz offen sprach".

Das verschwörungstheoretische Werk schlechthin - und zudem ein anthroposophischer Bestseller - ist ein Buch des häufig auch in Deutschland vortragenden Autoren Sergej O. Prokofieff: "Die geistigen Quellen Osteuropas und die künftigen Mysterien des heiligen Gral". Sogar ein "eugenischer Okkultismus", als wichtige Fähigkeit des russischen Volkes, mit dem Mitteleuropa sich zusammen tun solle, wird hier angepriesen. Im Jahr 2200 etwa werde die jetzige Herrschaftsepoche des Erzengels Michael zu Ende gehen. Dann müsse die Menschheit in der Lage sein, das Einweihungsprinzip unter die Zivilisationsprinzipien aufzunehmen.

Verschwörungswahn zieht sich durch das Buch: "Gegen eine solche Ausbreitung des Prinzips der individuellen Einweihung auf alle Bereiche des Lebens und der praktischen Anwendung kämpfen vor allem die westlichen Logen sowie die führenden Kreise der römisch-katholischen Hierarchie ..." (Prokofieff, S. 339)

Der anthroposophische Autor Karen Swassjan versucht in einem Kapitel seines Buches "Unterwegs nach Damaskus" Oswald Spengler und die "konservative Revolution", die als "geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus" (11) bezeichnet werden kann, zu beerben. Da so etwas gut eingeleitet sein will, wird zunächst beklagt, daß die Sieger die Geschichte schreiben und die deutsche Sicht der Dinge zu kurz

gekommen sei. "Tabu-Wörter, magisch-polizeiliche Mittel", unabhängiges Denken zu verhindern, werden überwunden, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß Spengler nicht dumm genug gewesen sei, ein Nazi zu sein und eigentlich etwas Richtiges gewollt habe. Versailles, so Swassjan mit Spengler im Einklang, sei ein "Sieg der farbigen Welt über Europa" gewesen. Tartarischer, asiatischer Geist habe im Bolschewismus gesteckt. Swassjan erweckt stellenweise den Eindruck, als habe sich nur ein kleiner Fehler in die Parolen der Faschisten eingeschlichen: "Heute hört uns Deutschland, morgen die ganze Welt", hätte es heißen müssen - die geistige Mission in den Vordergrund stellend - nicht "Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt". In der anthroposophischen Zeitschrift "Die Drei" wurden diese "mutigen", sich um kein Tabu scherenden Worte "gerade eines Nichtdeutschen" bejubelt.

Es besteht die Gefahr, daß Anthroposophen bei ihrer hierarchischen Denkweise (Steiner wird vielfach als - spiritueller - Menschheitsführer gesehen) auch "sanfte" Diktatoren "auf dem physischen Plan" unterstützen. So war es z.B. teilweise mit dem georgischen Diktatoren Gamsachurdia, der sich selbst für einen Anthroposophen hielt. Er wurde in einigen deutschen anthroposophischen Zeitschriften unkritisch interviewt, Spenden wurden gesammelt für Projekte in Georgien.

Der Sohn Gamsachurdias durfte in der anthroposophischen "Zeitschrift ‚Info3`" vom Juni 1996 den getöteten Dudajew als "Präsident und Freiheitskämpfer" feiern: "Er fiel wie ein Soldat auf dem Schlachtfeld." Mit Gamsachurdia habe Dudajew den Grund zur Bildung des Kaukasischen Hauses gelegt.

Kritische Reaktionen?

Der Erfolg dieser Bücher zeigt auch, wie empfänglich die esoterische Szene für Verschwörungsdenken und offenen Antisemitismus ist. Aus sich selbst heraus grenzt sie sich nur sehr mühsam gegenüber solchem ab. Ende 1993 erschien der 1. Band der "Geheimgesellschaften ..." - erst Anfang 1996 die erste Kritik aus der "esoterischen Ecke". Und zwar in dem Hamburger Magazin "Körper, Geist & Seele". Als ein Grund für den Erfolg des Buches wird doch tatsächlich genannt: "Autoren, die sich über öffentliche Denktabus, etwa hinsichtlich der Ufo-Frage, hinwegsetzen, dürfen bei manchen Lesern auf ein Sympathiekredit rechnen." So werde manches überlesen, was man in anderem Zusammenhang als unhaltbar erkenne.

In der Juli-Ausgabe der "Esotera" - inzwischen war das Buch schon verboten worden - wurde van Helsings Machwerk einer Generalkritik unterzogen. Insgesamt ist das durchaus zu begrüßen. Doch fällt auf, daß im Editorial der Inhalt der Bücher falsch dargestellt wird, wohl um einen größeren Widerspruch zu dem zu konstruieren, was in der esoterischen Szene üblich ist. (Der Wandel geschehe, wenn überhaupt, nur im Inneren eines jeden von uns, nicht von außen - dabei ist das genau die Rede des Herrn van Helsing.) "Die seriösen okkulten Traditionen werden durch solchen Mißbrauch pauschal lächerlich und unglaubwürdig gemacht", beklagt der Artikel. Das war denn wohl auch vorwiegend die Absicht: die Esoterik "an und für sich" von dem Verdacht der Nähe zu van Helsings faschistoider Ideologie reinzuwaschen. Es wird aber immerhin die richtige Feststellung getroffen, daß die Weltverschwörungsthese eine der Propagandawaffen der Nazis war und die Gefahr besteht, daß eine okkultistische Esoterik erneut Öl in ein ähnliches Feuer gießt.

In der August-Ausgabe der "Esotera" wird auszugsweise aus einem Brief zitiert, den van Helsing als Reaktion auf den Artikel der vorherigen Ausgabe an diese Zeitschrift schickte: "Somit kann ich Sie beunruhigen: Meine Bücher werden auch weiterhin von dem spanischen Verlag aus in alle Welt (außer momentan in die Schweiz und Deutschland) geliefert." Ein Leser erklärte, daß nun ja klar sei, auf welcher Seite der Bauer Verlag, der die "Esotera" herausgibt, stehe. Er habe sich entlarvt als zionistisch-illuminatisches Machtinstrument". Der Chefradakteur stellt diesem nun eine angeblich "ideologiefreie Spiritualität" entgegen. Nun ist es noch sehr die Frage, ob die geistlose esoterische Floskel des "Alles ist gut, wie es ist - in deinem Selbst liegt das Problem" nicht doch eine Ideologie transportiert. Als sicher aber darf gelten, daß der Bauer Verlag so unschuldig nicht ist. So bietet dieser Verlag auch Werke Helena Petrowna Blavatskys an, die den theosophischen Rassismus mit begründete.

Davor warnen möchte ich nach wie vor, pauschal die gesamte Szene dem rechtsextremen Lager zuzuordnen. Es ist äußerst ärgerlich, wenn immer wieder Menschen als Faschisten bezeichnet werden, die es eindeutig nicht sind. In dieser Szene gibt es durchaus widersprüchliche Ansichten. Aufklärerische Arbeit sollte durchaus bei diesen Widersprüchen ansetzen und sie zu vertiefen trachten.

Zumindest einige wenige "eher links stehende" Anthroposophen kritisieren diese Verschwörungsgeschichten als in rechtsradikaler Tradition stehend. Sie stehen allerdings auf schwankendem Boden, da sie bei Steiner wenig finden, worauf sie sich berufen können, deshalb werden viele seiner Aussagen mit verschwommenerem Inhalt entsprechend zurechtgebogen. Die beachtliche Fähigkeit mancher AnthroposophInnen, ihnen Unangenehmes im Werk Steiners zu übersehen, sollte nicht unterschätzt werden.

In den Niederlanden geschah das Wunder, daß sich - nach tumultartigen Auseinandersetzungen - die Anthroposophische Gesellschaft selbst vom Rassismus Steiners distanzierte. Der Streit dauert noch an, wird u.a. vor Gericht ausgetragen.

Selbst wenn sich unter dem Druck einer kritischen Öffentlichkeit die Anthroposophenschaft allgemein klar vom Rassismus Steiners distanzieren sollte - was ein allzu unwahrscheinlicher Fall ist - steht eine gründliche Auseinandersetzung mit heutigen anthroposophischen Verschwörungstheoretikern noch aus.

Jens-Uwe Ries

Anmerkungen:

1) Edgar Wunder in "Skeptiker" 1/96.

Die Externsteine sind eine "heilige Begegnungsstätte" von Esoterikern aller Schattierungen.

2) Karma bedeutet etwa "Folge" oder "Wirkung" - wird meist verstanden als Ergebnis aus Handlungen in früheren Leben.

3) René Freund, "Braune Magie?", Wien 1995.

4) Vergl.: Zur EAP "taz" 8.9.92, 26.4.95 und 24.9.94, sowie "ak" 330 und "ak" 379.

5) Johannes Rogalla von Bieberstein, "Die These von der Verschwörung 1776 - 1945", Flensburger Hefte Verlag 1992.

6) Lars Gustafsson, Herr Gustafsson persönlich.

7) vergl. "taz" vom 28.3.90 und 5.4.90.

8) "taz", 17.4.96.

9) Rüggeberg, "Theosophie und Anthroposophie ...", Rüggeberg Verlag 1988.

10) (R. Steiner, Marie Steiner - von Sievers, "Briefwechsel und Dokumente", 1967, S. 61-63).

11) Kurt Sontheimer in der "SZ", 9.8.96.

12) Gerüchte sagen, daß Dudajew noch leben soll.

15. Kaderschmiede und "brauner Schmelzkäse". "Rudolf-Heß-Gedenkaktionen" und die Jungen Nationaldemokraten

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:19

Er war bereits 1987, kurz nach dem Tod des Hitler-Stellvertreters Heß, an dessen Grab. Damals forderte er auf einem Transparent den "Friedensnobelpreis für Rudolf Heß", und die Bild-Zeitung berichtete darüber. 1996 hat er es als Koordinator des Heß-Gedenkmarsches zu einem zweiseitgen Bericht mit Farbfoto im "Stern" gebracht: Klaus Beier aus dem unterfränkischen Kirchzell (und nicht etwa, wie der "Stern" berichtete, aus der Kreisstadt Miltenberg). Der 30jährige Vorsitzende des NPD-Kreises Aschaffenburg-Miltenberg ist seit einiger Zeit Bundessprecher der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und wird - neben dem dickleibigen Holger Apfel - als Nachfolger von Michael Kühnen gehandelt, so jedenfalls der "Stern".

Nun irrt sich der "Stern" gerade bei Nazis erwiesenermaßen sehr gerne. Der berichtende "Stern"-Journalist Oliver Schröm zeichnete sich aber in der Vergangenheit durch zuverlässige Recherchen und Sachkenntnis aus. Daß Beier als Kühnen-Nachfolger gehandelt wird (nachdem Küssel, Worch etc. im Knast sitzen), spricht nicht unbedingt für die momentane Stärke der Nazis. Zwar besitzt Beier nicht unerhebliches Organisationstalent. Seine Reden und seine programmatischen Fähigkeiten sind aber eher dürftig. Und sein Charisma befähigt ihn sicherlich zum Stammtischphilosophen, zu mehr aber auch nicht. Daß Beier seit einiger Zeit - ohne jede journalistische Erfahrung - als stellvertretender Chef-Redakteur der im Zeitungsformat erscheinenden und sich professionell gebenden Nazi-Postille "Junges Franken" fungiert, kann über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. (1)

Kann also der "Aufstieg" Beiers als Beleg für die unzureichende Anzahl an wirklich geeigneten Nazi-Kadern gewertet werden?

"Heß-Gedenken" 1996

Zum Heß-Gedenkmarsch am 17. August 1996: Dieser war "von allen Bundesländern verboten worden" (FR), nachdem die Nazis 24 Kundgebungen angemeldet hatten. Dennoch schafften es Beier und seine Unterführer, ca. 250 Nazis an den Wormser Dom zu lotsen. Einige gingen sogar in (!) das Gotteshaus und störten dort eine Hochzeit. Was sie im Dom wirklich treiben wollten, blieb unklar. Doch ist davon auszugehen, daß selbst Beten bei diesen Hardcore-Nazis nichts mehr geholfen hätte!

Die Demonstration in Worms führte, begleitet von rund 250 BeamtInnen in Uniform, bis zu einem Kriegerdenkmal und wurde erst nach rund einer Stunde durch Einkesselung der Nazis aufgelöst. Gegen etwa 200 GegendemonstrantInnen gingen anwesende USK-Einheiten vor. (jW) Die FR titelte wahrheitsgemäß: "Polizei ließ Neonazis in Worms gewähren." Darüber empörten sich nicht nur die Grünen, die "von einer Schande" (SZ) sprachen. Auch die "Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten" kritisierte die Polizei, die "entweder unwillig oder unfähig" (SZ) gewesen sei, da sie den Nazi-Aufmarsch nicht unterband.

Am deutsch-französischen Grenzübergang in Ittersdorf/Saarland wurden 24 Rechtsextreme aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland zurückgewiesen, die nach Worms wollten. Daneben wurden weit über 100 Nazis bundesweit festgenommen oder "kamen in Gewahrsam" (WamS), weil sie versucht hatten, nach Worms zu gelangen oder an anderen Aktionen teilzunehmen.

Neben der Demonstration in Worms kam es noch zu anderen Nazi-Aktivitäten, so zum Beispiel in Merseburg (Sachsen-Anhalt). Nach Angaben der Autonomen Antifa Heidelberg fand dort eine größere Kundgebung statt. Von mindestens 120 TeilnehmerInnen muß ausgegangen werden, da es eine entsprechende Zahl von Personalienfeststellungen gab. Die Polizei will angeblich diese Zusammenrottung nach acht bis zehn Minuten aufgelöst haben, die Antifa sprach dagegen davon, daß ein Marsch durch die Polizei geduldet worden sei. Die Sammlungsorganisation "Die Nationalen e.V." war hier tonangebend. Im Anschluß begaben sich TeilnehmerInnen dieser Aktion noch nach Bad Lauchstädt, es störten "etwa 50 bis 100 Personen das dortige Brunnenfest" (ND), 34 Nazis wurden festgenommen. Der offenbar geplante Angriff auf ein besetztes Haus in Bitterfeld unterblieb, da sich dort zahlreiche AntifaschistInnen versammelt hatten.

Im südschwedischen Trollhättan zogen "mehrere hundert aus Skandinavien und Deutschland eingereiste Neonazis" (taz) auf und lieferten sich eine Straßenschlacht mit einer ebenso großen, aber nicht genehmigten Gegendemo und der Polizei. Andere Quellen sprechen von 250 TeilnehmerInnen (jW). Die Wochenzeitung "Freitag" geht davon aus, daß dies die zentrale Aktion 1996 gewesen sein soll. Das wäre allerdings sehr ungewöhnlich, spielen doch Aktivitäten in Deutschland selbst (zumal beim Gedenkmarsch für den "Stellvertreter des Führers") eine symbolisch wesentlich wichtigere Rolle. Eher ist der Vermutung der "jW" zuzustimmen, die den "zentralen Aufmarsch" der Neo-Nazis in Worms ansiedelte. Sieben schwedische Nazis, die in Trollhättan mit Hakenkreuzen und "Sieg heil"-Rufen auftraten, stehen nun vor Gericht wegen "Anstachelung zum Rassenhaß". (taz)

Bereits Anfang August kam es in Bad Harzburg (wir erinnern uns an Hitlers Bündnis mit der DNVP, Stahlhelm und vaterländischen Verbänden, die "Harzburger Front"!) zu einem Aufmarsch "von 60 Neonazis, der nach einer halben Stunde von der Polizei aufgelöst wurde". (Freitag)

Zwar hatten die Nazis nach eigenen Angaben mit 1000 TeilnehmerInnen bei ihren Heß-Aktionen gerechnet (die sie auch bei großzügigem Zusammenrechnen aller Aktionen nicht erreicht haben); dennoch waren Worms und die dezentralen Aktionen für Beier und Konsorten, auch wegen des großen Medienechos, sicherlich ein Erfolg. Nach dem Münstermann-Marsch in Aschaffenburg mit ca. 300 TeilnehmerInnen (vgl. ak 385) ist dies die zweite große Organisationsleistung von Klaus Beier in diesem Jahr.

JN - Sammelbecken von Nazis aller Art

Es muß die Frage gestellt werden, ob mit den zahlreichen dezentralen (allerdings meist sehr kleinen) Aktionen zum Heß-Gedenktag eine neue, auf Dezentralität aufgebaute Vorgehensweise eingeleitet wird oder ob dieses Nebeneinander von Aktivitäten Zufall oder gar Konkurrenz unter verschiedenen Nazi-Gruppen und Führerfiguren war.

Klar ist jedoch, daß mit diesem neunten Heß-Gedenkmarsch die Bedeutung der JN in der Nazi-Szene gefestigt werden konnte, da ihre Wormser Aktion eindeutig im Mittelpunkt stand. Bereits in dem Buch "Drahtzieher im braunen Netz" (Konkret-Literatur-Verlag, 1996) heißt es, daß die JN sich nach den Verboten diverser Gruppen "als Alternative und als Auffangbecken in der Neonazi-Szene neu etablieren konnte". Und die Antifa-Zeitschrift "Der rechte Rand" betont: "Der JN kommt im neofaschistischen Lager immer mehr eine Schlüssel- und Sammlungsfunktion zu. Innerhalb der rechten Szene nimmt die JN eine immer wichtigere Rolle für die Schulung und Organisation von Nazis ein." (Nr. 41, Juli/August 1996)

Das in Berlin erscheinende "Antifaschistische INFO-Blatt" kommt zu dem Ergebnis, daß die JN die Aufgabe übernommen hat, den "Nationalsozialismus ... auf der Straße zu repräsentieren." (Nr.35, Juli/August 1996) Immerhin, so die AutorInnen des "INFO", "hat sie es an diesem Punkt geschafft, das Erbe der ehemaligen Kühnen-Truppe - der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front; ak) - anzutreten und Nazi-Showauftritte zu organisieren." (ebd.) Davon geht wohl auch der "Stern" aus, wenn er Beier und Apfel als Kühnen-Nachfolger präsentiert (s.o.). Und so macht der Vergleich sicher auch Sinn.

Das "INFO" stellt bezüglich der JN die Frage: ",Kaderschmiede` oder brauner Schmelzkäse?" Nach allen vorliegenden Informationen kann davon ausgegangen werden, daß diese Frage falsch gestellt ist. Die JN wird zunehmend zur Kaderschmiede und zum "braunen Schmelzkäse", der aktive Teile aus den verschiedensten verbotenen Gruppen sammelt.

Michael Pläne kommt im "Freitag" zu dem Schluß, daß die JN ideologisch "in Richtung eines antiimperialistisch getarnten Ethnopluralismus" marschiert. Organisatorisch geht es - wie auch andere Quellen, die sich auf JN-Material stützen, ausführen - in Richtung aktivistischer, mobiler, entbürokratisierter und autonomer Strukturen. Dabei wird das Leitbild des "politischen Soldaten" vorgegeben, der "von seinen Idealen angetrieben wird" und "unzweideutig handelt, wenn es gilt, unseren gemeinsamen Auftrag zu verteidigen". (aus der Nazi-Postille "Einheit und Kampf", zitiert nach "Freitag") Und nochmal das Berliner "INFO": "Ideologisch versucht die JN, einen Abschied vom traditionellen Hitler-Faschismus der alten Rechten zu nehmen. Dabei setzt sie auf einen ‚Dritten Weg`, den sie jenseits von Kapitalismus und Kommunismus ansiedelt." Die JN ist also bei der nationalrevolutionären Richtung des Faschismus gelandet. Von herausragender Bedeutung sind dabei nicht mehr die üblichen Themen wie Kriegsschuld, Auschwitzlüge oder ähnliches. Viel wichtiger wird für die Nazis (nicht nur) der JN die Sozialpolitik, die sie demagogisch in den

Vordergrund rücken. Ergebnis ist dann z.B. die von Klaus Beier angemeldete 1. Mai-Kundgebung in Nürnberg (vgl. ak 391), nach deren Verbot die JN dann in Berlin-Marzahn demonstrierte.

In den vergangenen Monaten hat es die NPD-Jugend, die zunehmend einen Kurs abseits der Mutterpartei fährt, geschafft, ihre Bedeutung für die Nazi-Bewegung weiter auszubauen. Nicht intellektuelle Höhenflüge zeichnen die JN dabei aus, sondern spektakuläre (wenn auch relativ kleine) Aktionen.

Martin Bayer

Anmerkung:

1) Die Abwesenheit von journalistischen Fähigkeiten bei Klaus Beier möge ein Beispiel illustrieren: Bei einer Aktion gegen den "linken Liedermacher" (?) und "Drogensüchtigen" Konstantin Wecker in Aschaffenburg wurde ein Flugblatt verteilt, das wohl aus seiner Feder stammt (in jedem Fall aber von ihm als Chef der Aktion "Konstantin, geh uns nicht auf den WECKER" abgesegnet wurde).

Darin heißt es in recht holprigem Deutsch: "Konstantin Wecker, Musiker, aber vor allem berühmt durch seinen Drogenkonsum. Trotz seiner U-Haft, die Herr Wecker wegen illegalen Drogenbesitzes und Konsum absitzen mußte, sollte man annehmen, daß es seiner Karriere schaden müßte! NEIN! Ganz im Gegenteil, namhafte Politiker, darunter der damalige Vorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, hat ihn im Gefängnis besucht ..." und so weiter.

16. Auf den Spuren der Wehrmacht. Deutscher Besatzungsterror in Serbien 1941/42

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:04

Glaubt man Verteidigungsminister Rühe (CDU) und führenden Militärpolitikern der SPD, dann haben die in Ex-Jugoslawien stationierten Soldaten der Bundeswehr in wenigen Monaten schier Unglaubliches geleistet. Sie würden bei ihren Einsätzen in Bosnien "von allen Konfliktparteien akzeptiert" (Karsten Voigt, SPD), auch die Serben hätten sich durch die Präsenz deutscher Soldaten in Bosnien "nicht provoziert gefühlt" (Walter Kolbow, ebenfalls SPD).

So wird die leidige Vergangenheit bewältigt - nicht durch das humanitäre Gesülze von Pazifisten, sondern durch das zupackende Engagement richtiger deutscher Männer in Kampfanzügen. Warum also sollten sie wie bisher von Kroatien aus ins bosnische Krisengebiet einmarschieren? Deutsche Bodentruppen nach Bosnien! fordert die große Koalition der Militärpolitiker.

Die noch vor kurzem sorgenvoll vorgetragenen Verweise auf die "geschichtliche Erfahrung" (Kohl), die eine Entsendung deutscher Bodentruppen verbieten würde, sind Geschwätz von gestern. Da diese irgendwie unschöne "Erfahrung" nicht weiter mit Inhalt gefüllt wurde, erinnert sich kaum jemand: Ja richtig, im zweiten Weltkrieg ist die Wehrmacht auch in Jugoslawien einmarschiert. Was sie dort gemacht hat? Krieg geführt eben; dabei geht es bekanntlich nicht immer fair und ritterlich zu. Aber wenn jetzt selbst die Serben die Vergangenheit abgehakt haben..?!

Der folgende Blick in eben diese Vergangenheit ist nicht als Plädoyer mißzuverstehen, die Bundeswehr sollte sich lieber ein weniger "belastetes" Ziel für ihre Auslandseinsätze suchen. Er dient vielmehr dem Protest gegen die Politik des Schlußstrichs, die nicht nur die ideologische Aufrüstung zum Ziel hat, sondern unmittelbar militärpolitischen Zwecken dient.

Auffällig ist eine Parallele in der Demagogie der Militärs heute und vor 55 Jahren: Auch 1941 wurde von dem "hohen Ansehen" deutscher Soldaten in Serbien gelogen, damals wie heute angeblich das Ergebnis der "von der Truppe errungenen Erfolge"...

"Unternehmen Strafgericht"

Am 6. April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien und Griechenland. Der Überfall auf Jugoslawien, das "Unternehmen Strafgericht", begann ohne Kriegserklärung mit massiven Luftangriffen auf die völlig ungeschützte Hauptstadt Belgrad. Dabei wurden mehr Menschen getötet als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Warschau, Coventry und Rotterdam zusammen.

Seit dem 11. April beteiligten sich auch die italienischen, ungarischen und bulgarischen Verbündeten an der Einkreisung der jugoslawischen Armee, die am 18. April kapitulierte. Der jugoslawische Staat wurde zerschlagen. Kroatien wurde zum formal unabhängigen Satellitenstaat des Deutschen Reiches, Ante Pavelic, der Führer der faschistischen Ustascha, als Statthalter eingesetzt. Serbien blieb den Besatzungstruppen der Wehrmacht unterstellt.

Noch vor der jugoslawischen Kapitulation wütete die Wehrmacht unter der Zivilbevölkerung. Nachdem in Pancevo zwei SS-Männer erschossen worden waren, wurden zur "Sühne" 36 Zivilisten ermordet. Die Leichen von 18 Jugoslawen, die im Rahmen dieses Massakers vom Wehrmachtsregiment "Großdeutschland" an der Friedhofsmauer erschossen worden waren, blieben dort zur Abschreckung drei Tage lang ausgestellt.

Der Terror der deutschen Besatzer eskalierte im Sommer 1941, als die Kommunistische Partei den Partisanenkampf begann. Bis Ende August starben bei den Aktionen der Partisanen 32 Soldaten der Wehrmacht. Im selben Zeitraum wurden zur "Vergeltung" mehr als 1.000 jugoslawische Kommunisten und Juden ermordet, ihre Leichen in vielen Fällen öffentlich zur Schau gestellt.

"Vergeltung" im Maßstab eins zu hundert

Am 16. September 1941 erließ Feldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), seinen Befehl zur Bekämpfung der "kommunistischen Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten". Danach galt "als Sühne für ein deutsches Soldatenleben die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen". General Franz Böhme, der von Hitler am selben Tag zum Bevollmächtigten Kommandierenden General in Serbien ernannt wurde, trug Sorge, daß die Quote eingehalten wurde. In seinem Befehl vom 13. Oktober verschärfte Böhme den Befehl von oben noch. Künftig seien "für jeden gefallenen oder ermordeten Soldaten (oder Volksdeutschen) 100, für jeden Verwundeten 50 Gefangene oder Geiseln zu erschießen".

Um den Massenmord unverzüglich ausführen zu können, nahm die Wehrmacht vorsorglich Hunderte von "Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden" als Geiseln, etliche Männer aus den selben Bevölkerungsgruppen wurden "auf der Flucht erschossen". Das sollte, ebenso wie das Niederbrennen von Dörfern, die teilweise militärisch überlegenen Partisanen vom Angriff abschrecken. Schon erste Anzeichen von Widerstand wurden mit Massenmord beantwortet. So heißt es in der Tagesmeldung der 717. Infanteriedivision vom 15.10.1941: "Gegen 18.00 Uhr Schüsse aus Häusern, 300 Serben erschossen." Einen Tag später wurde für das betroffene Gebiet, die Gegend um Kraljevo, eine weitere Eskalation des Terrors angedroht: "Mit dem heutigen Tag tritt für das Volk dieses Gebietes das Gesetz schwerster Repressalien ein, d.h. es werden nicht nur 100 Serben für einen Deutschen erschossen, sondern es werden auch die Familien und der Besitz vernichtet."

Als die Partisanen und die Tschetnikverbände den Angriff auf Kraljevo begannen, schlug die Wehrmacht zurück - gegen die in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln. An einem einzigen Tag wurden "1736 Männer und 19 kommunistische Frauen" niedergemacht. General Böhme stellte die militärischen Leistungen seiner Truppen in zynischer Offenheit heraus: "Der Feind verlor mindestens 80 Tote, 1755 Geiseln wurden als Sühne für die eigenen Verluste erschossen." Diese und "weitere in der letzten Zeit von den Truppen errungenen Erfolge", resümierte der deutsche Oberbefehlshaber in Serbien, trügen "dazu bei, das Ansehen der deutschen Wehrmacht in Serbien abermals zu stärken." Allen beteiligten Soldaten sprach Böhme im Tagesbefehl vom 20.10.1941 seine "besondere Anerkennung" aus. Sein Aufruf schloß mit den Worten: "Vorwärts zu neuen Taten!"

Das Massaker

in Kragujevac

Die in ihrem "Ansehen" gestärkte Wehrmacht erlitt zur gleichen Zeit im Gebiet von Kragujevac Verluste. Durch Aktionen der Partisanen starben zehn deutsche Soldaten, 26 wurden verwundet. Nach der Quote 1:100 bzw. 1:50 waren dafür 2.300 jugoslawische Zivilisten zu ermorden. Deutsche Soldaten durchkämmten die umliegenden Dörfer und erschossen "422 männliche Personen ohne eigene Verluste an Ort und Stelle in den Dörfern", wie der Kreiskommandeur von Kragujevac, Hauptmann Bischofshausen, in seinem Bericht festhielt.

Zwei Tage nach Beginn der Aktion war das Ziel erreicht: "Insgesamt wurden 2.300 Serben verschiedenen Alters und Berufes erschossen", darunter auch Lehrlinge und Schüler, die aus Werkstätten und Schulen zusammengetrieben worden waren. Im Kriegstagebuch des Stabes wurde bilanziert, die "erfolgreichen Unternehmungen" ließen "auf eine erfreuliche Zunahme des Angriffsgeistes und der Initiative der bisher ohne Zweifel zur Passivität neigenden Truppe schließen".

Der mörderische "Angriffsgeist" ließ auch in den folgenden Monaten nicht nach. Bis Anfang Dezember 1941 wurden in Serbien zwischen 20.000 und 30.000 Zivilisten erschossen, darunter sämtliche erwachsenen männlichen Juden.

Wie Serbien

"judenfrei" wurde

Die serbischen Juden fielen aber nicht nur den "Vergeltungsaktionen" nach Partisanenangriffen zum Opfer. Um ihre Verfolgung und Ermordung zu legitimieren, wurden "Juden und Zigeuner ganz allgemein" zum "Element der Unsicherheit und Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" erklärt. Im Herbst 1941 begann die Internierung jüdischer Frauen und Kinder. Seit der Jahreswende 1941/42 wurden sie in dem neu entwickelten Gaswagen umgebracht.

Im Mai 1942, ein Jahr nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien, waren 17.000 serbische Jüdinnen und Juden erschossen oder vergast. Serbien war als zweites Land nach Estland "judenfrei". Walter Manoschek schreibt über den reibungslosen Ablauf der Vernichtung: "Die friktionslose Kooperation aller Besatzungsinstanzen in der ‚Judenfrage` - Wehrmacht, Militärverwaltung, Gesandtschaft, Polizei und Einsatzgruppe - ermöglichte eine kaum an Effizienz zu überbietende ‚Endlösung vor Ort`. Die zentrale Rolle der Wehrmacht ist dabei evident: Sie war in allen Phasen in den Vernichtungsprozeß involviert - im logistischen Sinn (Frühjahr 1941), als Kooperationspartner des SD und der Polizei (Sommer 1941), als Vollstrecker (Herbst 1941) oder durch die pseudomilitärische Legitimierung der Internierung der jüdischen Frauen und Kinder (Winter 1941/42)."

Die Gleichsetzung von Juden und Kommunisten, schreibt Manoschek, habe dem Bewußtseinsstand der Truppe entsprochen. "Erschießungsberichte, Feldpostbriefe und zahllose Privatfotos dokumentieren, daß die Massenexekutionen von Juden, Zigeunern und Kommunisten sowohl von den befehlenden Offizieren als auch von den ausführenden Soldaten unisono als ‚Erfolgsstories` gewertet wurden."

Js.

Quellen:

Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944; Hamburger Edition 1995

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 (Ausstellungskatalog); Hamburger Edition 1996

Alle hier wiedergegebenen Zitate nach o.g. Veröffentlichungen

17. Präsidiales Fallobst in Seoul. Vergangenheitsbewältigung auf koreanisch

Vergangenheitsbewältigung auf koreanisch - von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:06

Kaum waren die Tränengasschwaden verflogen, mit denen ein martialisches Großaufgebot von Riot Police Mitte August in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul aufmüpfige StudentInnen auf mehreren Universitätsgeländen einnebelte, sorgten aufsehenerregende Nachrichten aus der 10 Millionen Einwohner zählenden Metropole neuerlich für Schlagzeilen: Am 26. August verdonnerte das Bezirksgericht in Seoul gleich zwei Expräsidenten - Chun Doo-Hwan (1980-88) und Roh Tae-Woo (1988-93) -, einige hochrangige Generäle sowie Topmanager der mächtigen Chaebol (Wirtschafts- und Finanzkonglomerate, darunter Daewoo und Samsung) zu hohen Haftstrafen und Geldbußen. Im Falle des Oberschurken Chun verhängte die Staatsanwaltschaft gar die Todesstrafe. Allen Verurteilten wurden Kapitalverbrechen zur Last gelegt - ein Militärputsch, Rebellion, Hochverrat und Korruption. "Wer auf der Matte schläft", lautet ein koreanisches Sprichwort, "der fällt nicht tief". Pech für diese Spitzbuben, daß sie sich auf Kosten des Volkes - bildlich gesprochen - in Prunkbetten suhlten, um nunmehr um so tiefer zu fallen.

Unabhängig davon, ob die Urteile letztlich vollstreckt oder durch Berufungsverfahren oder qua Präsidialamnestie abgeschwächt werden, sind sie ein Politikum ersten Ranges. Als Ausdruck wiedergewonnener Zivilität rücken diese Urteile nämlich unfreiwillig die kritische Betrachtung und Bewertung der jüngsten Geschichte des "Landes der Morgenstille" ins öffentliche Bewußtsein. Dies war unter der jahrzehntelangen Militärherrschaft, die mit dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten und einstigen Oppositionellen Kim Young-Sam im Februar 1993 endete, völlig undenkbar gewesen. So markiert der - vorläufig - abgeschlossene Gerichtsprozeß gleichzeitig den Beginn eines in seinen Konsequenzen unkalkulierbaren Prozesses historischer Aufarbeitung.

Allzu lange haben die westlichen Demokratiefreunde, voran der große transpazifische Uncle Sam, großzügig weggeschaut, als der Staatsterrorismus in Seoul unfröhliche Urstände feierte. Südkorea galt als letztes schützenswertes Bollwerk des Antikommunismus auf dem asiatischen Festland. Seine Wirtschaft, die in den 50er Jahren völlig darniederlag und das Schlußlicht in der Region bildete, entwickelte sich im Schatten der Repression zu einer Erfolgsstory nachholender Entwicklung. Gern bemühte man im In- wie Ausland den positiv besetzten Slogan "Modell Südkorea", um von den sozialen Bedingungen abzulenken, unter denen dies ermöglicht wurde - die weltweit längsten Arbeitszeiten, extrem hohe Unfallquote am Arbeitsplatz, Verbot unabhängiger Gewerkschaften sowie Niedrigstlöhne unter teilweise Manchester-kapitalistischen Methoden in Klein- und Mittelbetrieben.

Ein Relikt aus den Tagen des Kalten Krieges und heißer Verfolgungen jedweder Demokratiebewegung stellt das seit 1948 existierende, wenngleich mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz (NSL) dar. Damit werden heute Oppositionelle - vor allem die Mitglieder des radikalen StudentInnenverbandes "Hanchongryon " - verfolgt, denen Befürwortung und/oder Verherrlichung des nordkoreanischen Regimes unterstellt wird. Der Anachronismus des NSL ist spätestens jetzt offenkundig: Diejenigen, die damit exzessiv ihren tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern zu Leibe rückten, entpuppten sich schließlich als die eigentlichen Kriminellen.

Das Trauma Kwangju

Mehr noch, als der in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft als verwerflich eingestufte Militärputsch Chuns und Rohs Ende 1979, ist und bleibt Kwangju (die im Südwesten gelegene Stadt in der Cholla-Provinz) Inbegriff eines ebenso tragischen wie traumatisch nachwirkenden Schlüsselerlebnisses. Die Brutalität des Militärs, darunter die von Roh befehligten und eigens von der Grenze zu Nordkorea nach Kwangju abkommandierten Eliteeinheiten, zerstörte zwei bis zum Mai 1980 systematisch geschürte Mythen. Obwohl die Armee ausschließlich der Bekämpfung eines äußeren Feindes (allenfalls noch Nordkoreas) dienen sollte, kartätschte eine entfesselte südkoreanische Soldateska Zivilisten nieder, die gegen den Ausnahmezustand demonstrierten. Engagierte Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen im Lande insistieren darauf, daß entgegen offiziellen Angaben 2.000 statt etwa 200 Menschen im Blutmai von Kwangju den Tod fanden.

Die USA, lange Zeit als Schutzpatron und Gönner Seouls angesehen und noch heute mit 38.000 GIs auf der Halbinsel präsent, gerieten dabei ins Zwielicht: Aufgrund des von ihnen dominierten Combined Forces Command (CFC) - in dem der Oberkommandierende der in Südkorea stationierten US-Truppen in Personalunion Chef der UN-Verbände sowie der südkoreanischen Armee ist - wäre ein derart drakonisches Eingreifen südkoreanischer Soldaten ohne Kenntnis Washingtons schier undenkbar gewesen. Sollten sich schließlich die Behauptungen von KritikerInnen der US-amerikanisch-südkoreanischen Militärkollaboration bewahrheiten, wonach der damalige US-Befehlshaber General Wickham den mörderischen Einsatz in Kwangju gebilligt, wenn nicht gar den Befehl dazu erteilt hat, dürfte dies nicht nur das bilaterale Verhältnis empfindlich belasten, sondern auch für innenpolitischen Zündstoff sorgen.

Vielleicht plagt die Regierung Kim Young-Sams bereits solch böse Vorahnung. Wie sonst ist es zu erklären, daß die Mächtigen in Seoul jetzt geneigt sind, für die Kwangju-Opfer zumindest ein Mahnmal, wenn nicht gar eine nationale Gedenkstätte zu errichten? Bislang hat man die alljährlich im Mai abgehaltenen Gedenkfeiern zu Ehren der Kwangju-Opfer eher mißmutig beäugt oder - aufgrund befürchteter Gewalteskalation - mit Polizeiknüppeln sprengen lassen. Die zerstückelten Leichname vom Mai 1980 blieben derweil weit außerhalb der Stadt verscharrt.

Die Büchse der Pandora

Kim Young-Sam, selbst ein Produkt alter, traditioneller Ränkepolitik, hat seine frühere Oppositionsrolle längst zugunsten von Macht und Pfründen preisgegeben. Er, der mit aktiver politischer und finanzieller Schützenhilfe von Roh Tae-Woo ins Blaue Haus, den Präsidentenpalast, gelangt ist, leidet mittlerweile unter argem Legitimitätsverlust. Bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen (im Sommer 1995 bzw. Frühjahr 1996) mußte er schwere Schlappen einstecken. Er vermochte sich nur mittels einer neuen Parteigründung und aufgrund von aberwitzigen Kooptationen (Ergänzungszahlen; ak) vormaliger parlamentarischer Gegner in Seoul über die Runden zu retten. Seine Reformpolitik gilt als halbherzig, und sein Bonus als einstiger Regimekritiker ist längst aufgezehrt. Pikant ist auch, daß Kim das Militär stets mit Glacéhandschuhen anpackte. Eine Erziehungsministerin setzte er noch im Sommer 1995 kurzerhand vor die Kabinettstür. Die forsche Dame hatte sich erdreistet, die Söldnerrolle der südkoreanischen Armeekontingente während des Vietnam-Krieges und die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes zu geißeln.

So haben die Gerichtsurteile von Seoul die Büchse der Pandora geöffnet. Dies beschert der lange Zeit von Staats wegen verwöhnten Geschäftswelt Kurseinbrüche an der Börse und dem amtierenden Präsidenten möglicherweise noch manche unerwarteten Probleme. Dem Zeitgeist entsprechend führt Kim gerne die Modewörter "Globalisierung", "Marktwirtschaft" und "Liberalisierung" im Munde; Begriffe, die bis vor kurzem noch völlig fremd waren. Vor allem die Umstellung auf eine Ökonomie jenseits von staatlichem Dirigismus, Korruption und eines abgeschotteten Binnenmarktes sowie Liberalisierung im Sinne der Förderung demokratischer Prozesse werden sich schwieriger gestalten, als dem Präsidenten lieb ist.

Last but not least dürfte der innerkoreanische Annäherungsprozeß, von ernsthaften Schritten in Richtung Wiedervereinigung ganz zu schweigen, erneut ins Stocken geraten. Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und verheerenden Dürrekatastrophen sowie Überschwemmungen ökonomisch ohnehin arg gebeutelte Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), die am 9. September den 48. Jahrestag ihrer Gründung feierte, wird sich in ihrer barschen Kritik an den Ex-Präsidenten - in Pjöngjangs Propaganda durchweg als "Söldner" und "Marionetten des US-Imperialismus" gebrandmarkt - im nachhinein bestätigt sehen. Das wiederum wird die Militanz der radikalen Studentenschaft schüren; sie sieht in den Gerichtsurteilen ebenfalls ihre langjährige Regimegegnerschaft bestätigt, die staatlichen Instanzen als desavouiert und wirft Kim vor, den Wiedervereinigungsprozeß konzeptionslos und zu langsam anzugehen.

18. Prekärer Friedensprozeß in den Südphilippinen. Schulterschluß von Präsident Ramos und Nur Misuari (MNLF)

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:16

Es war ein verblüffendes Bild, das da einer ebenso verblüfften Öffentlichkeit geboten wurde: Ein seit knapp 30 Jahren amtierender Rebellenchef (Nur Misuari) reckt Siegesfäuste und Harmoniehände in die Höhe - gemeinsam mit hohen Vertretern just jener Regierung, die er mit seinen Recken bis aufs Messer bekämpft hatte. Und mit Fidel V. Ramos ist zwischenzeitlich ein Mann ins höchste philippinische Staatsamt aufgestiegen, der auf dem Höhepunkt des Krieges gegen die Moros (1) als Chef der wegen massiver Menschenrechtsverletzungen berechtigten Philippine Constabulary / Integrated National Police (PC/INP) die Marcos-Diktatur entscheidend gestützt hatte.

Auf ihrem 8. sogenannten Mixed Committee Meeting, das vom 21.-23. Juni in der südphilippinischen Stadt Davao stattfand, erfolgte der Durchbruch: Nach knapp dreijähriger Verhandlungsführung waren schließlich die Emissäre der Republik der Philippinen (GRP) und der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) unter Teilnahme zweier Gesandter der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) übereingekommen, eine gemeinsame Friedensregelung für die seit einen Vierteljahrhundert von Krieg und Gewalt gezeichnete Region zu unterschreiben - einem Krieg mit mindestens 80.000 Toten und weit über 100.000 Flüchtlingen. Dies ist nun formell und in einem feierlichen Akt am 2. September in der indonesischen Hauptstadt Djakarta geschehen. Da die Verhandlungen von Anfang an unter der Schirmherrschaft von Präsident Suharto standen und weitgehend in Djakarta geführt worden sind, wird die Vereinbarung als Djakarta-Abkommen in die Annalen eingehen und das am 23. Dezember 1976 in Libyen unterzeichnete Tripolis-Abkommen ersetzen. (2) Wie sehr Misuari gewillt war, den Mindanao-Konflikt zu deeskalieren, zeigte allein seine Bereitschaft, in Djakarta zu verhandeln. Suharto, mittlerweile der dienstälteste Despot in Südostasien, ist der arg geschundenen indonesischen Opposition eher als Henker verhaßt denn als Friedensmakler geschätzt. In einem ak-Interview (ak 393) hat Misuari ausdrücklich Suhartos Vermittlungen begrüßt und gar darauf verwiesen, daß es in den von der MNLF kontrollierten Gebieten nicht außergewöhnlich ist, die neugeborenen Söhne "Suharto" zu nennen.

Auf den ersten Blick scheint vieles für eine frohe Botschaft zu sprechen: Mit der Beendigung eines weiteren Regionalkonflikts könnten die politischen Bedingungen geschaffen werden, die es Mindanao endlich gestatten, innerhalb der avisierten Ostasiatischen Wachstumsregion (EAGA), die neben Mindanao die indonesischen Provinzen Sulawesi und Kalimantan, die ostmalaysischen Regionen Sabah und Sarawak sowie das erdölreiche Sultanat Brunei umfaßt, zu prosperieren und so seinen Beitrag zum ambitionierten Plan "Philippines 2000" zu leisten. Demnach, so zumindest prognostizieren es die Technokraten um Ramos, soll der Archipel binnen vier Jahren zu den Erfolgsökonomien in Ostasien (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) aufrücken und das landesweite Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung auf umgerechnet 1.000 US-$ gesteigert werden. Ramos und Misuari verbindet eine Interessenidentität: Sie erhoffen aus den oben genannten und anderen islamischen Ländern beträchtliche Wirtschaftshilfen und Kapitalinvestitionen.

Kernpunkte der Friedensregelung

Die insgesamt sechs Seiten umfassende Vereinbarung (3) sieht als zentralen Punkt die Einrichtung des Südphilippinischen Rates für Frieden und Entwicklung (SPCPD) vor. Diesem fünfköpfigen Gremium, zusammengesetzt aus dem Vorsitzendem (Nur Misuari), seinem Vize sowie je einem Vertreter der muslimischen, christlichen und (indigenen) Lumad-Bevölkerungsgruppe, obliegt die politische und wirtschaftliche Verwaltung der gemäß dem Tripolis-Abkommen für Autonomie vorgesehenen 13 Provinzen (4) und neun Städte. Der SPCPD ist freilich nur ein Übergangsrat, dem eine Beratende Versammlung zur Seite gestellt wird. Diese Versammlung umfaßt ihrerseits 81 Mitglieder - Provinzgouverneure, Bürgermeister und von der MNLF vorgeschlagene Vertreter von Nichtregierungsorganisationen in den entsprechenden Regionen -, von denen die MNLF insgesamt 44 Personen stellt.

Die Hauptaufgabe der Beratenden Versammlung besteht darin, als Konsultations- und Diskussionsforum zu dienen, öffentliche Hearings durchzuführen sowie dem SPCPD mit Rat und Tat beizustehen. Drei Jahre lang

sollen der SPCPD und die Konsultativversammlung existieren, sofern nicht der Präsident des Landes ihre Dauer aufgrund öffentlichen Interesses verlängert.

Ferner wurde vereinbart, daß die OIC sämtliche Schritte in Richtung Autonomie observiert und ihrerseits für internationale Unterstützung der Friedens- und Entwicklungszone in den Südphilippinen wirbt. Derweil soll der noch unter Präsidentin Aquino geschaffene Organic Act for Muslim Mindanao (Republic Act 6734), durch den die Autonome Region in Muslim Mindanao (ARMM) ins Leben gerufen wurde, fortbestehen und erst im Rahmen eines Plebiszits abgeschafft beziehungsweise modifiziert werden, um so endgültig den Charakter der neuen Autonomieregierung sowie ihren Geltungsbereich festzulegen. Last but not least soll ein Kontingent von 7.500 Mann der Bangsa Moro Army (BMA) des bewaffneten Arms der MNLF, in die Streitkräfte (Armed Forces of the Philippines, AFP) und die Nationalpolizei integriert werden und in dem Gebiet des SPCPD als regionale Sicherheitskräfte fungieren. So weit, so gut.

Unterschiedliche Reaktionen

Eitel Freunde mochte allerdings nicht aufkommen. Ein ebenso breites wie schillerndes Spektrum von vehementen Gegnern und eloquenten Kritikern blies zum Proteststurm oder mahnte die Regierung in Manila zur Vorsicht, den Schulterschluß mit der MNLF doch noch zu überdenken.

Kein Wunder, daß die Phalanx der Unzufriedenen von einflußreichen Geschäftsleuten und Großgrundbesitzern samt ihren gedungenen, paramilitärisch ausgerüsteten Schergen angeführt wird. Sie haben handfeste materielle sowie politische Interessen abzusichern, fürchten einen Verlust ihrer Pfründe - so zum Beispiel das Versiegen der lukrativen Einkommensquelle durch den gemeinsam mit Offizieren des ebenfalls in Zamboanga ansässigen Südkommandos organisierten Barter-Handel (Tauschhandel, Kompensationsgeschäft; Anm. ak) mit den südlichen Anrainern Malaysia und Singapur. Diese einflußreichen Kreise schürten denn auch Ängste und Zorn, tolerierten die Bewaffnung von Zivilisten und organisierten massive Anti-Ramos-Demonstrationen anläßlich einer Rundreise des Präsidenten durch Mindanao. Auf dieser Goodwill-Tour wollte Ramos für das neue Abkommen mit der MNLF werben. Doch statt Begeisterung oder zumindest Zustimmung zu erfahren, hagelte es Proteste und Tomaten. Selbst die philippinische Flagge wurde verkehrt herum gehißt, was gewöhnlich nur dann praktiziert und gebilligt wird, wenn sich das Land im Kriegszustand befindet.

Die Militärs des Südkommandos haben den Barter-Handel stets als ihre Domäne betrachtet. Die neue Friedensregelung wird dieser flankierenden einkommenschaffenden Maßnahme einen Riegel vorschieben; die MNLF hat da fortan ein gewichtiges Wort mitzureden. Jeder Offizier, der einmal in der Hierarchie des Südkommandos Dienst verrichtete, ist in diesem Job um ein Vielfaches reicher geworden. Tatsächlich stammten die Granaten, die Unbekannte im Frühjahr mehrfach gegen öffentliche Einrichtungen in der im Südwesten Mindanaos gelegenen Stadt Zamboanga geschleudert und damit die Einwohner der City verunsichert hatten, aus Armeearsenalen.

Die als fundamentalistisch eingestufte Abu-Sayyaf-Gruppe und die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) unter Hashim Salamat sehen sich, da Misuari eine Metamorphose vom Kämpfer zum Kandidaten der Ramos-Partei Lakas-NUCD (5) vollzogen hat und ausgerechnet auf deren Plattform für die im September stattfindende Kommunalwahl für den Gouverneursposten in der Sulu-Region antritt, in ihrer Kritik am MNLF-Vorsitzenden bestärkt: Misuari warfen sie bereits in der Vergangenheit allzu große und unnötige Kompromißbereitschaft vor. Von ihrer Position, für einen unabhängigen Moro-Staat einzutreten, sind sie bislang offiziell nicht abgerückt. Wahrscheinlich könnten aus diesem Spektrum Elemente Aufwind bekommen, die in der jetzt vereinbarten Friedensregelung einen Ausverkauf der Moro-Interessen wittern. Unmut könnte sich auch innerhalb der MNLF regen und den Nährboden für eine neue Militanz bereiten.

Die Kirchenführer Mindanaos riefen zwar die Bevölkerung auf, guten Willen zu zeigen und dem Friedensabkommen eine Chance zu geben. Doch die Katholische Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP) appellierte an die Regierung in Manila, die Unterzeichnung des Friedensabkommens zu verschieben und vorher die christliche Bevölkerung zu konsultieren. In einem offenen Brief an Präsident Ramos und an die MNLF räumten über 80 Bischöfe ein, die Vereinbarung berge die Chance auf Frieden in der Region. Sie warnten indes vor einem neuerlichen Ausbruch von Gewalt, da der christlichen Bevölkerungsmehrheit, ohne

angemessen über die Inhalte und Konsequenzen unterrichtet worden zu sein, dieser Frieden auferlegt werde. (6) Ramos hingegen lehnte einen Aufschub der Unterzeichnung ab.

Auch in den Medien äußerten bekannte politische Kommentatoren ihren Unmut oder ihre Kritik am Friedensabkommen. "Kein anderes Thema hat in der jüngsten Geschichte", schrieb die auflagenstarke Tageszeitung Philippine Daily Inquirer, "so sehr die 16 Millionen Einwohner Mindanaos (...) entzweit wie dieser SPCPD, der ironischerweise Einheit stiften und dieser konfliktträchtigen, ressourcenreichen Insel, die immerhin 175mal größer als Singapur ist, ‚Frieden und Entwicklung` bringen soll. (...) Dear Mr. President, wenn Sie es bislang nicht vermocht hatten, daß Mindanaoans aufeinander schießen, dann haben Sie es jetzt geschafft, meine Landsleute im Süden in ‚Muslims` und ‚Christen` zu spalten, wodurch weiterhin der Mythos geschürt wird, es sei die Religion, die uns entzweit."

Amando S. Doronila, einer der scharfsinnigsten und herausragenden Köpfe der schreibenden Zunft, kritisierte vor allem die mangelnde Transparenz während der Verhandlungsführung. Dadurch sei in der nicht-muslimischen Bevölkerung der Insel der Eindruck entstanden, die Regierung betreibe eine Politik des "Ausverkaufs" und hofiere Misuari nur, um Eigeninteressen zu befördern und möglicherweise Ramos qua persönlicher Imagepflege eine Verlängerung seiner Amtszeit über das Jahr 1998 hinaus zu ermöglichen. (7)

Gegen die Kritiker des SPCPD machte Doronila freilich geltend, daß dieser Rat nur ein Provisorium, ein Referendum gegenwärtig mithin nutzlos sei. "In der Vereinbarung von Davao hat die MNLF schließlich zugestimmt, daß zu einem späteren Zeitpunkt ein Plebiszit über die provisorische Regierung und den Geltungsbereich der autonomen Region abgehalten wird. Dieses Zugeständnis trägt der politischen und demographischen Wirklichkeit Rechnung, derzufolge Christen in einigen dieser Gebiete die Mehrheit stellen und schwerlich eine muslimische Minderheitenherrschaft akzeptieren dürften. In dieser Hinsicht ist die Vereinbarung von Davao flexibel (...) und sie gibt den Muslims zurück, was ihnen in all den Jahren der ‚over-Christianization` der Zentralregierung genommen worden war". (8)

Chance oder Flop?

Zunächst einmal markiert das Friedensabkommen unter den gegebenen Bedingungen einen Durchbruch und liefert einstweilen (Teil)Antworten auf einige, wenngleich längst nicht alle drängenden Fragen. Unbeantwortet geblieben sind u.a. die genauen Modalitäten der Einbindung von Moro-Truppen in die philippinischen Streitkräfte (AFP) und woher die Gelder kommen sollen, mit denen in den SPCPD-Regionen die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Unklar bleibt auch ein in der gesamten Diskussion unbeachteter Aspekt: Droht nunmehr die Gefahr, daß "freigesetzte" AFP-Kontingente nicht nur gegen rivalisierende Moro-Gruppen, sondern auch verstärkt in Einflußgebiete der Kommunistischen Partei (CPP) und ihrer Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) zum Einsatz abkommandiert werden? Die Parteiführung hat jedenfalls der MNLF "Kapitulationismus" vorgeworfen.

Für Ramos und Misuari bedeutet die Friedensregelung eine politisch-diplomatische Aufwertung. Ob beide Gewinner mit taktischer Finesse am Ende auch als strategische Sieger die Bühne verlassen, bleibt abzuwarten. Zunächst einmal ist Misuaris Kalkül, auf die "Ramos-Karte" zu setzen, aufgegangen: Weil der Ex-General, im Vergleich zu Ex-Präsidentin Aquino und eventuell seinem Nachfolger, weitaus größeren Einfluß auf das Militär ausübt, könnte er Eskapaden aus diesem Lager noch am ehesten verhindern.

Ramos weiß, daß ein Arrangement mit der MNLF unter Misuari weitaus besser kalkulierbar ist als ein Verhandeln mit Abu Sayyaf und/oder der MILF. Natürlich hat Misuari dadurch vor allem innerhalb der einflußreichen OIC zusätzlich an politischem Gewicht gewonnen. Doch innerhalb der Moros ist seine Rolle und Stellung nicht unumstritten. Unabhängig von möglichen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der MNLF und MILF sind, wie ein Vorstandsmitglied der angesehenen Philippine News and Features zu Recht anmerkte, zwei demographische Komponenten nicht außer acht zu lassen - die Lumadnon oder nicht-muslimischen indigenen Völker sowie die christlichen Siedler und Residenten. "Der potentielle Konflikt speist sich aus Land(besitz)rechten: Die Moros betrachten Mindanao als ihre ‚Heimat`, die Lumad sehen darin ihr Stammland der Vorfahren, und die christlichen Siedler machen Besitzansprüche aufgrund des von ihnen seit Jahren kultivierten Bodens geltend". (9)

Berücksichtigt man die illustre und beileibe nicht zahnlose Schar der Kritiker des Friedensprozesses, bleibt ein grundlegendes Dilemma bestehen: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will endlich Frieden, der

Großteil der Moros Autonomie und ein zivil-militärisches Machtkartell keinerlei Gesichtsverlust. In unfreiwilliger Analogie zu den israelisch-palästinensischen Annäherungen und Friedensbemühungen deutet vieles darauf hin, daß auch in Mindanao der ausgehandelte Frieden gegen seine Gegner durchgesetzt, notfalls mit Gewalt erzwungen werden muß. Und die Zahl dieser Gegner scheint gleichzeitig mit den von ihnen geschürten Protesten eher noch zu wachsen. Fazit: Der ausgehandelte Frieden wird, wenn er denn realisiert werden sollte, nur mühsam aus den Schatten des Krieges heraustreten können.

Rainer Werning

Anmerkungen/Quellenhinweise:

1) Vgl. das Interview von Rainer Werning mit dem MNLF-Vorsitzenden Nur Misuari - "Wir geben dem Frieden die Maximum-Chance!" - in der letzten ak-Ausgabe und ders., "Der Moro-Widerstand und die Rambos von Zambo", in: Frankfurter Rundschau vom 5.8.96

2) Ausführlich in: Rainer Werning, "US-Imperialismus auf den Philippinen - Der Mindanao Konflikt", Münster 1983.

3) "The 8th GPP-MNLF Mixed Committee Meeting with the Participation of the OIC Ministerial Committee of the Six, Davao City, June 21-23, 1996", 6 pp.

4) Nachdem im Jahre 1992 die Provinz Südcotabato noch in die Provinz Sarangani unterteilt wurde, beläuft sich die Zahl der für Autonomie vorgesehenen Provinzen in den Südphilippinen nunmehr auf 14 statt - wie seinerzeit im Tripolis-Abkommen festgelegt - auf 13.

5) Lakas-NUCD = Stärke-Nationale Union der Christdemokraten

6) Siehe: "Bishops tell FVR (Fidel V. Ramos): Defer SPCPD", in: The Manila Times vom 9.7.96

7) Amando S. Doronila, "Critical document on Council held back" in seiner Kolumne "Analysis" in: Philippine Daily Inquirer vom 7.7.96

8) Ders., "Calls for plebiscite pointless", in: ebd. vom 10.7.96

9) Satur C. Ocampo, "Gov't-MNLF accord won't solve the Moro problem", in: The Manila Chronicle, 27.3.96

19. Das Ende der Autonomie? Irakische Truppen intervenieren in Südkurdistan

Autor: Thomas Uwer, WADI e.V. · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:18

Am 31. August griffen militärische Verbände der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) gemeinsam mit regulären irakischen Truppen die irakisch-kurdische Hauptstadt Arbil an, die bis dato unter der Kontrolle der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) stand. Binnen eines Tages brachten sie die Stadt unter ihre Kontrolle. Erstmals seit der Befreiung kurdischer Gebiete im Nordirak und der Einrichtung der sogenannten Schutzzone 1991 war es damit zu einer militärischen Invasion des Saddam-Regimes nördlich des 36. Breitengrades gekommen (siehe Kasten). Die Intervention wurde international verdammt, die USA führten einen Militärschlag mit Marschflugkörpern in Süd- und Zentralirak durch und forderten den sofortigen Rückzug der Truppen aus der "Schutzzone". Mit dem militärischen Eingreifen der USA verschwand auch die Situation in Arbil und den umkämpften Teilen Irakisch-Kurdistans wieder aus dem Blickfeld der Medien. Die Erweiterung der Flugverbotszone in den Süden des Iraks bis nahe an die Grenzen Bagdads wurde derweil zum Medienspektakel und motivierte die selbsternannten Nah-Ost-Experten aller Kanäle zu wilden Spekulationen über einen neuen Golfkrieg. Der aber blieb aus.

Saddam Hussein hat allen Grund, mit dem Verlauf der Dinge zufrieden zu sein. Die kurdische Autonomie, die auf die Befreiung von mehr als 3,5 Mio Menschen vom irakischen Regime aufbaute, existiert nur mehr als Leiche. Der irakische Geheimdienst kontrolliert wieder Arbil und ein Kurde hat ihn dazu eingeladen.

Mehr als ein Jahr lang herrschte Waffenruhe zwischen PDK und PUK. Auf Druck des US-amerikanischen Außenministeriums hatten sich beide kurdischen Parteien im vergangenen Sommer auf einen Waffenstillstand geeinigt, der als sehr labil eingeschätzt wurde. Zwar hatte PDK-Chef Barzani seinen Einfluß auf die Stadt Arbil verloren, dafür kontrollierte seine Partei die irakisch-türkische Grenze und verfügte dadurch über nicht unbeträchtliche Zolleinnahmen aus dem Handel mit der Türkei, die mit dem Kontrahenten PUK nicht mehr geteilt werden mußten. Die faktische Zweiteilung der Region in den PDK-kontrollierten Badinan (im Norden) und den PUK-kontrollierten Soran (im Süden) seit Ende 1994, war für beide Parteien vorübergehend von Vorteil. PDK und PUK bauten ihre administrativen Strukturen aus und verwalten seitdem die jeweilige Region quasi in Alleinherrschaft. Auf beiden Seiten entstanden Ministerien, die vom Apparat der Partei nicht zu trennen sind und mittels derer die Parteien in der Lage waren, sowohl Hilfsmittel zu akkumulieren, als auch lokale Oppositionsgruppen und Bewegungen zu vereinnahmen oder sie im Zweifelsfall auszuschalten (1). Gleichzeitig hatten beide Parteien ausreichend innere Probleme: Barzani stand unter dem militärischen Druck der PKK (2) und konnte sich eine zusätzliche Konfrontation mit Verbänden der PUK nicht erlauben. Diese wiederum arbeitete daran, ihre Fehde mit der militärisch starken Islamistischen Partei beizulegen und als Ersatz für die verlorengegangenen Einnahmen aus dem Grenzhandel mit der Türkei, den Kontakt zum Regime in Teheran auszubauen. In den Hochburgen der Parteien, in Suleymaniyah (PUK) und Dohuk (PDK), herrschte derweil eine geschlossene Normalität inmitten eines allgemeinen Ausnahmezustandes.

UN-Resolution 986

Anfang August dieses Jahres unterzeichneten die USA als letzter Staat mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat die UN-Resolution 986, die dem Irak einen begrenzten Ölverkauf ermöglicht. Für diese Einnahmen sollten im Gegenzug Nahrungsmittel, Medizin und allgemeine Hilfsgüter eingeführt werden können. Nur wenige Tage, nach der Unterschrift der USA unter diese Resolution, am 17. August, brachen die Kämpfe zwischen PDK und PUK aus. Zum ersten mal wurden bei Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien Raketenwerfer und andere schwere Waffen eingesetzt. Dieses Militärgerät war von türkischen und iranischen Truppen nach ihren militärischen Operationen im Nordirak 1995 den Parteien überlassen worden. Wieder einmal versuchte das US-amerikanische Außenministerium zu intervenieren - diesmal ohne Erfolg: Die zweimalig vereinbarte Waffenruhe hielt gerade 24 Stunden.

Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Unterzeichnung der UN-Resolution 986 und dem Ausbruch der Kämpfe ist kein Zufall. Schon im Vorfeld der abschließenden Verhandlungen zwischen UN-Sicherheitsrat und

der irakischen Regierung warnten internationale Organisationen vor den Folgen, die die Durchsetzung der UN-Resolution auf das labile Machtverhältnis im Nordirak haben würde.

Schätzungsweise 300 Millionen US-Dollar (rund 30 % der Gesamteinnahmen) wären nach Inkrafttreten der Resolution halbjährlich in den kurdischen Nordirak geflossen, ein großer Teil davon in Form von Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Vor allem bei der Verteilung der Nahrungsmittel sind die Organisationen der UN auf lokale Verwaltungsstrukturen angewiesen, die sowohl die Bedarfslisten erstellen, als auch die Verteilung auf der untersten Ebene abwickeln. Aber auch die Mittel zum Aufbau der Infrastruktur würden zu großen Teilen durch die lokale Administration und die ihr angegliederten kurdischen Hilfsorganisationen fließen, die mit der jeweiligen Partei gleichzusetzen sind. Gleichzeitig steht zu befürchten, daß die wenigen eigenständigen wirtschaftlichen Bereiche der Region und vor allem die Landwirtschaft kollabieren werden, da die meisten Hilfsgüter über Drittstaaten importiert werden sollen. In den selbstverwalteten Gebiete entstünde ein Abhängigkeitssystem, ähnlich dem des Iraks vor dem Golfkrieg, daß die Bevölkerung zur Untätigkeit zwingt und die Machtstrukturen der herrschenden Elite konsolidiert. Ein Grund vor allem für Talabanis PUK einen erneuten Vorstoß zu unternehmen und die eigenen Einflußgebiete zu erweitern. Bislang nämlich sitzt Barzanis PDK am längeren Hebel. Neben der türkisch-irakischen Grenze, über die ein Großteil der Hilfsgüter eingeführt werden, steht auch die Pipeline, die das Öl in naher Zukunft über die Tür- kei zu den Mittelmeerhäfen führen soll, unter deren Kontrolle. Im Frühjahr schon hatte das Bagdader Regime mit Einverständnis der PDK die Pipeline in dem von Barzani kontrollierten Gebiet erneuert.

Größtes Hindernis bei der Realisierung der Resolution 986 war die ungeklärte Machtfrage im kurdischen Nordirak. Jetzt wurde die Frage nach der Kontrolle über die Hauptstadt Arbil für die PDK zu mehr als nur einer Propaganda-Phrase.

Kampf um die Hauptstadt

Ohne irakische Unterstützung hätte die PDK die Hauptstadt Arbil militärisch nicht einnehmen können. Mit dem Eingreifen des irakischen Regimes wußte Barzani gleichzeitig auch die militärische Unterstützung der PUK durch den Iran ausgeschaltet. Entgegen anders lautender Agenturberichte, hat sich Teheran vollständig aus dem Konflikt herausgehalten - eine Intervention hätte nur die geschwächte anti-iranische Position der USA gestärkt (3). Durch sein Bündnis mit Saddam Hussein hat Barzani das alte Kräfteverhältnis umgekehrt; war vormals die PDK die militärisch schwächere der beiden Parteien, so befindet sich nun die PUK in einer militärischen Notlage. Entlang der Demarkationslinie befinden sich rund 40.000 irakische Soldaten, die jetzt jederzeit auch von Westen und Norden gemeinsam mit der PDK angreifen können. Von iranischer Seite ist wenig Unterstützung zu erwarten. Die USA haben gleichzeitig unmißverständlich signalisiert, daß nicht die Sorge um das Wohlergehen der irakischen Kurden, sondern strategische Interessen hinter dem Beschuß irakischer Flugabwehrstellungen standen. "Unser Hauptinteresse am Irak liegt im Süden, nicht im Norden", beeilte sich US-Verteidigungsminister William Perry zu versichern und bedeutete den irakischen Kurden, daß ihm an einer militärischen Operation zu ihrem Schutze nicht gelegen ist. "Unser Ziel ist zu allererst, unsere strategischen Interessen zu sichern, das heißt die befreundeten Staaten und Alliierten der Region - Israel, Jordanien, Kuwait, Saudi Arabien zu schützen. Zweitens den freien Ölfluß vom Golf zu gewährleisten."

Die Irak-Politik der westlichen Golfkriegs-Alliierten zielt seit 1991 nicht darauf, Saddam Hussein zu stürzen. In Ermangelung einer genehmen Alternative konsolidierte man im Gegenteil das Regime Husseins, mit der ständigen Gefahr, ihn erneut zu einer außenpolitischen Bedrohung werden zu lassen. Vor diesem Hintergrund ist auch die geplante Durchsetzung der oil for food-Resolution 986 zu sehen. Diese Resolution ist zwar nach Ausbruch der Kämpfe sofort auf Eis gelegt worden, ihre Wiedereinsetzung ist allerdings lediglich eine Frage der Zeit.

Sechs Jahre Embargo haben im Irak zur Verelendung der Bevölkerung und einer weitreichenden Zerstörung der Infrastruktur geführt, die zu einer Implosion des Regimes führen könnte. Die involvierten westlichen Staaten befürchten vor allem, die Situation im Irak könnte ihnen aus den Händen gleiten. "Die amerikanische Politik zielte darauf, den Irak unter Kontrolle zu halten und nicht, die Regierung zu ändern. Es ging nicht darum, den Irakern zu helfen, eine neue Regierung zu installieren. Sie haben Angst davor, was passieren könnte, falls Saddam nicht mehr an der Macht ist", erklärte Dr. Kubba, Gründungsmitglied des proamerikanischen Oppositionsbündnisses Irakischer National Kongreß (INC) in einem Interview am 2. September (4). Die Luftangriffe auf irakische Stellungen in Al-Kut und Bagdad und die Erweiterung der Flugverbotszone im

Süd-Irak richteten sich nicht gegen die Aggression Saddams in Irakisch-Kurdistan, sondern nahmen diese lediglich zum Anlaß, eine militärische Expansion des Regimes über seine Grenzen hinaus zu verhindern. Nach dem scheinbaren Rückzug irakischer Truppen aus den kurdischen Gebieten nördlich des 36. Breitengrades erklärte Clinton folgerichtig die amerikanische Mission als erfolgreich beendet. Große Teile des PUK kontrollierten Südens liegen unterhalb des 36. Breitengrades, darunter auch die Stadt Suleymaniyah mit knapp einer Millionen Einwohner. Eine Invasion Saddam Husseins scheint jetzt jederzeit möglich.

Den westlichen Staaten, die in das Geschäft nach der Embargolockerung involviert sind, kann eine Lösung, wie Barzani sie anbietet, nur genehm sein. Seit 1994 versuchen die USA und europäische Staaten auf diplomatischem Wege und mit finanziellem Druck, die innerkurdische Krise zu beenden. Sollte Saddam Hussein jetzt dazu beitragen, einen der beiden Anführer in die alleinige Führungsposition der Region zu heben, so kann dies den westlichen Golfkriegs-Alliierten zur Zeit nur recht sein. Gleichzeitig wäre der Einfluß Irans in der Region praktisch ausgeschaltet.

Lachender dritter ist in jedem Falle Saddam Hussein. Das Baath-Regime und seine Führungsclique haben in Irakisch-Kurdistan wieder Tritt gefaßt und das auf Einladung Massud Barzanis - dem Sohn des kurdischen und irakischen Volkshelden Mustafa Barzani. Daß die irakischen Truppen Arbil wieder verlassen mußten, dürfte Hussein kaum stören. Der hat im Gegenteil auch in den vergangenen Jahren schon gezeigt, daß er wenig Interesse daran hat, selbst die unkontrollierbare kurdische Region zu verwalten. Ein kurdischer Statthalter hingegen, der die ökonomischen und strategischen Interessen des Regimes vertritt, erspart dem Regime viel Ärger. Daß Barzani diese Rolle bekleiden wird, ist nicht schwer zu erraten: Er ist Saddam auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, denn der Verrat bindet ihn an Hussein und einen schlimmeren Verrat als Saddams Truppen nach Irakisch-Kurdistan zu führen, kann ein Kurde nicht begehen. Wie weit das geht, läßt sich daran sehen, daß Barzanis PDK am 2. September dem irakischen Geheimdienst die Erlaubnis gab, in Salahuddin - außerhalb des irakischen Interventionsgebietes - irakische Oppositionelle zu verhaften. Peshmerga der PDK drangen gemeinsam mit Mitgliedern des irakischen Geheimdienstes Mukhabarat in Häuser des Oppositionsbündnisses INC ein und verschleppten etwa 150 Menschen.

Ein Ende der innerkurdischen Auseinandersetzungen ist nicht in Sicht. Am 5. September nahmen Kämpfer der PUK Hallabja ein, die letzte PDK Enklave im südlichen Teil der Region. Die PDK greift von Westen und Norden an. Die PUK-Festung Koisanjaq ist von PDK und irakischen Truppen schon erobert worden. Die südlichsten Städte Kalar und Kifri sind von irakischen Einheiten umstellt. Die Menschen in Suleymaniyah sind seit dem 30. August von jeder Versorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln abgeschnitten. Benzin gibt es nur noch für die Wagen der Peshmerga-Verbände. Tausende sind auf der Flucht in Richtung Iran. Inzwischen ist die Einnahme von Suleymnaniyah nur noch eine Frage der Zeit, die Menschen flüchten aus der Stadt.

Saddams Terror

In Arbil wütete tagelang der Terror irakischer Truppen und Sonderkommandos. Die Zentren der irakischen Opposition waren die ersten Ziele des irakischen Staatsterrors; schon vor Einnahme der Stadt am Samstag wurde das Gebäude der Kommunistischen Partei Kurdistans von Helikoptern mehrfach bombardiert und fast vollständig zerstört. Die Büros der PUK, der Turkmenen-Partei und des INC wurden gestürmt, geplündert und niedergebrannt. Die Krankenhäuser der Stadt wurden zerstört. Der irakische Geheimdienst Mukhabarat richtete sofort nach der Eroberung seine Zentrale im ehemaligen Gebäude des kurdischen Parlamentes ein und begann mit Massenverhaftungen nach vorbereiteten Listen. Alleine während der ersten Tage sind nach Angaben des INC mindestens 1.500 Menschen verschwunden, 90 bis 100 entdeckte Deserteure wurden bereits am Samstag hingerichtet. Oppositionsparteien berichten von Massenhinrichtungen und systematischem Terror. Selbst lokale Mitarbeiter internationaler Organisationen wurden verhaftet. Ein Teil der Gefangenen wurde in von Saddam kontrollierte Gebiete, nach Kirkuk oder Mossul, verschleppt. Die Mukhabarat Zentrale Mossul hat derweil ganz öffentlich eine Außenstelle in Arbil eröffnet.

Die Menschen in den Städten und Dörfern südlich des 36. Breitengrades wissen, was sie erwartet, sollte es zu einem Einmarsch kommen. Suleymaniyah oder Kifri sind traditionelle Hochburgen des Widerstandes gegen das Baath-Regime. Jetzt sind sie eingekesselt, sollte es zu einer Invasion kommen, dann bleibt ihnen nur eine Waffe: Der massenhafte Exodus in die Berge des Iran und vielleicht eine Neuauflage der Operation provide comfort (5). Damit es nicht ein reines Remake von 1991 wird, werden die irakischen Kurden hier vorauseilend schon der Opferrolle enthoben: In der Wochenzeitung "Freitag" vom 6. September heißt es in einem Interview

auf Seite zwei auf die Frage, ob die Kurden nicht damit rechnen müßten, wieder Opfer von Repressionen zu werden: "Eigentlich nicht, da Saddam ja zuletzt bemüht war, die Kurden auf seine Seite zu ziehen (...) Er wollte die Vergangenheit sozusagen in Vergessenheit geraten lassen. Die Unterdrückung der Kurden, das ist eher Geschichte der siebziger und achtziger Jahre, aber bestimmt nicht der Jahre nach 1991" (6).

Thomas Uwer, 9.9.1996

Mitarbeiter von WADI e.V.

Anmerkungen:

1) Im August 1995 z. B. zerschlug die PUK die organisierte Bauernbewegung, verhaftete und ermordete führende Mitglieder der Bauernkomitees.

2) Im August 1995 eröffnete die PKK eine militärische Offensive gegen die PDK.

3) Das State Department hatte Ende Juli 1996 eine Studie veröffentlicht, derzufolge islamistische Terrorgruppen größtenteils finanziell nicht vom Iran, sondern von Privatleuten aus den mit den USA alliierten Golfstaaten unterstützt werden. Der amerikanische Wirtschaftsboykott und der sogenannte Domato-Act wurden von Frankreich und der BRD aus anderen Gründen schon heftig angegriffen (vgl. "The Economist", 17.8.96 und "International Herald Tribune", 16.-18.8.96).

4) Das Interview wurde von der Journalistin Helen Feinberg geführt. "WOZ", 5.9.96.

5) Operation provide comfort war die euphemistische Bezeichnung für die Einrichtung der alliierten Flugverbotszone und die Rückführung kurdischer Flüchtlinge in den Irak.

6) Lutz Herden interviewte Aziz Alkazaz vom Hamburger Orient Institut.

"Kurdenschutzzone" im Nordirak

Die sogenannte Schutzzone im kurdischen Nordirak ist eine von den westlichen Golfkriegsalliierten eingerichtete Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades. Große Teile der selbstverwalteten kurdischen Gebiete liegen außerhalb dieser Zone.

Die Golfkriegsalliierten berufen sich dabei auf die von der UN in UNSR-Resolution 688 geforderte Beendigung der Aggression gegen die kurdische Bevölkerung. Einen Schutz stellt diese Zone allerdings nicht dar: Weder sieht sie ein Mandat der involvierten Staaten bei Bodenangriffen vor, noch richtet sie sich gegen Aggressionen von Seiten der Türkei oder des Irans.

PDK und PUK

Demokratische Partei Kurdistans (PDK): älteste kurdische Partei in Irakisch-Kurdistan, 1946 unter dem Vorsitz des mittlerweile legendären Kurdenführers Molla Mustafa Barzani gegründet. Heute ist sein Sohn, Massoud Barzani, Vorsitzender der Partei. Die PDK verfügt vor allem im Norden Südkurdistans über Einfluß. In ihrem Parteiprogramm verlangt sie Demokratie für den Irak und Autonomie für Kurdistan.

Patriotische Union Kurdistans (PUK): 1975 nach der Kapitulation der kurdischen Bewegung von Celal Talabani, der auch bis heute ihr Vorsitzender ist, in Syrien gegründet. Die PUK war ein Zusammenschluß von drei verschiedenen Gruppen, zu denen auch die marxistisch orientierte Komala gehörte. Die PUK verlangte Selbstbestimmungsrecht für die Kurden im Irak. Erst auf dem Parteitag 1991 in Sülaymania wurde die Union zur Partei, ebenfalls unter dem Vorsitz Talabanis. Die PUK bezeichnet sich heute selber als sozialdemokratische Partei.

Anmerkung: Die oft zitierte Unterscheidung, die PDK verfüge über Anhängerschaft in der ländlichen Region und sei stärker feudal orientiert, während die PUK ihre Mitglieder und Wähler aus dem städtischen Kleinbürgertum rekrutiert, halte ich für unzulässig vereinfacht. Tatsache ist, daß eine große Zahl wichtiger Clanführer - neben den Barzanis, die selber einen einflußreichen Clan darstellen - zu den Kadern der PDK zählen, während einige ZK-Mitglieder der PUK in den achtziger Jahren ausgesprochen marxistische anti-feudale Inhalte vertraten.

Die Verankerung in der Bevölkerung läßt sich jedoch mit diesen Kriterien nicht greifen; vor allem die Wahlergebnisse zeigen, daß die Parteien ihre Anhängerschaft eher regional bestimmen können. Zwar sind die feudalen Strukturen im Norden Südkurdistans, wo die PDK verankert ist, wesentlich stärker als im Süden, vor allem in Talabanis Heimatprovinz Sülaymania, doch genauso wie Händler oder Beamte in der Provinzhauptstadt Duhok ihre Stimme für die PDK abgaben, genauso stimmten Bauern im Süden für die PUK.

Bei den beiden Parteien handelt es sich mit Abstand um die stärksten Parteien Südkurdistans.

Aus: "Wie teuer ist die Freiheit?", Lissy Schmidt, ISP-Verlag 1994

20. Helms-Burton-Gesetz belastet US-Außenpolitik. Verbündete ergreifen Gegenmaßnahmen - Investoren reagieren unterschiedlich

Verbündete ergreifen Gegenmaßnahmen - Investoren auf Kuba reagieren unterschiedlich

Autor: kuk · Rubrik: US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:10

Nach der Unterzeichnung des Helms-Burton Gesetzes (HBG) durch Bill Clinton am 12.3.1996 zeichnete sich bald ab, daß es die amerikanische Regierung ernst meinte. Ihr Blick richtete sich auf die ausländischen Firmen, die beschuldigt werden, mit Produktionsmitteln oder auf Grundstücken wirtschaftlich tätig zu sein, die früher US-BürgerInnen gehörten und nach 1960 von Castro enteignet worden waren.

Von den Artikeln III und IV des HBG geht die größte unmittelbare Bedrohung für Kubas Wirtschaftspartner aus. Artikel III erlaubt US-BürgerInnen, insbesondere auch eingebürgerten ExilkubanerInnen, vor amerikanischen Gerichten auf Schadensersatz gegen ausländische Firmen zu klagen, die ihr früheres Eigentum heute nutzen (siehe Kasten auf S. 19). Artikel IV ermöglicht es, den Repräsentanten besagter Firmen die Einreise in die USA zu verweigern.

Eine Delegation des State Departements, die im Mai Europa bereiste, teilte mit, daß noch in diesem Sommer eine Schwarze Liste mit Hunderten von kanadischen und europäischen Geschäftsleuten fertiggestellt werde, denen zukünftig die Einreise in die USA verboten werde. Betroffen seien Direktoren, Haupt- und Mehrheitsaktionäre, deren Ehefrauen und minderjährige Kinder sowie Anwälte der betroffenen Personen. Die Namenserhebung erfolge aufgrund öffentlich zugänglicher Informationen, aufgrund von Geheimdienstberichten und mit Hilfe exilkubanischer Gruppen. (1) Die Glaubwürdigkeit der Informationen werde genauestens überprüft. Die Betroffenen, so hieß es weiter, würden schriftlich informiert. Falls sie nicht innerhalb von 45 Tagen ihr Kubaengagement beendeten, trete das Einreiseverbot in Kraft, ihre Namen würden an alle Konsulate und Grenzstellen durchgegeben.

Am 29.5. verließen die ersten Informationsbriefe das State Departement. Zu den angeschriebenen Firmen gehörten wahrscheinlich der Bergbaukonzern Sherritt International (Kanada), der Zementkonzern Cemex (Mexiko), die Telekommunikationsfirmen STET (Italien) und Domos (Mexiko) und die Zuckerfabrik Tate & Lyle (Großbritannien). In einer zweiten Welle erhielten am 13.7. die Hotelkette Sol-Meliá (Spanien), das israelische Landwirtschaftsunternehmen BM und die Schnapsfirma Pernod Ricard (Frankreich) Post aus Washington. (2) Am 10.7. wurde es dann ernst: Sieben Topmanager von Sherritt erhielten Briefe, in denen ihnen die Entscheidung mitgeteilt wurde, daß sie - samt ihren Familienmitgliedern - nach Ablauf von 45 Tagen keine Einreisegenehmigung in die USA mehr erhalten werden. In der vorletzten Augustwoche erhielten fünf Angestellte von Domos gleichlautende Briefe.

Reaktionen der Firmen

Für das Verhalten der Unternehmen gibt es eine einfache Regel, wobei Spanien einen Sonderfall bildet. Im allgemeinen gilt: Je wichtiger die Geschäftsbeziehungen zu den USA, desto größer ist die Bereitschaft, sich dem erpresserischen Druck zu beugen. Bis Ende August haben mindestens acht Firmen aufgrund des HBG ihr Engagement auf Kuba beendet oder verringert. Besondere Aufmerksamkeit verdient der wichtigste europäische Handelspartner Spanien.

Die neue konservative Regierung unter Ministerpräsident Aznar (Partido Popular) erklärte am 25.5., daß sie jegliche Zusammenarbeit mit Kuba einstellen werde. Daraufhin kündigte das staatliche Unternehmen Paradores Nacionales de Tourismo einen im Januar dieses Jahres unterzeichneten Vorvertrag über den Bau von acht Hotelkomplexen auf Kuba. Das langfristig angelegte Engagement sollte allein in der ersten Etappe ein Volumen von über 25 Mio. DM haben. Obwohl Paradores als Grund für seine Rückzugsentscheidung das HBG nannte, darf davon ausgegangen werden, daß direkter Regierungsdruck oder vorauseilender Gehorsam mitentscheidend gewesen sind. (3)

Die zweitgrößte spanische Hotelkette Occidental Hotels hat als erstes privates Unternehmen des Landes den Rückzug aus seinem Kubaengagement bekannt gegeben. Erst im Mai dieses Jahres hatte sie einen Vertrag

mit der staatlichen kubanischen Firma Gaviota unterschrieben, wonach Occidental ab November 1996 die Verwaltung von vier Hotelneubauten in Varadero übernehmen sollte. Als Begründung für den Rückzug wurde die unsichere Rechtslage angeführt, die sich aus dem HBG ergebe. Direkter amerikanischer Druck sei bisher noch nicht auf Occidental ausgeübt worden.

Die niederländische Finanzgruppe ING erklärte am 4.7., daß sie ihre Kontrakte zur Finanzierung der Zuckerernte (30 Mio. Dollar im Jahr) nicht erneuern werde. Die Vermarktung des kubanischen Zuckers und alle weiteren Aktivitäten auf Kuba sollen jedoch fortgesetzt werden. Die kanadische Firma Roadpath beabsichtigt, ihre Zuckerkäufe auf Kuba einzustellen. Am 19.7. gab die kolumbianische Fluggesellschaft Aerorepublika bekannt, daß sie ihre Flüge nach Kuba einstellen werde, bis Klarheit darüber bestehe, ob Angestellte der Firma von Einreiseverboten betroffen sein könnten. Am 31.7. beendete der britische Reiseveranstalter Thomson Travel Group die Vermittlung von Ferienreisen nach Kuba. Der Rückzug bleibt solange bestehen, bis das Außenministerium erklärt, daß die Firma keine Nachteile durch das HBG zu erwarten hat.

Wichtigster lateinamerikanischer Handelspartner Kubas ist Mexiko. Die dort beheimatete Zementfirma Cemex, die drittgrößte in der Welt, ist besorgt um ihr USA-Geschäft. Meldungen über ein Ende ihres Kubaengagements wurden Ende Juni zwar dahingehend korrigiert, daß noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei, doch das Unternehmen hat vorerst seine Techniker aus der Zentralfabrik im kubanischen Mariel abgezogen. Die dortige Zementfabrik gehörte früher zu der nordamerikanischen Lone Star Industries. Cemex unterhält in den USA vier Fabriken und acht Verteilzentren. Der mexikanische Glashersteller Vitro soll ebenfalls beabsichtigen, sich aus Kuba zurückzuziehen.

Sorgen macht man sich in Panama, in der Cólon Free Zone, wo gut 100 Firmen angesiedelt sind, die Handel mit Kuba treiben. Sie verkaufen Elektrogeräte, Baumaterialien, Eisenwaren und mechanische Ersatzteile. Kuba gilt als beliebter Handelspartner, da es seine Rechnungen in bar bezahlt. Knapp 7% aller Verkäufe der Zone (Wert: 350 Mio. Dollar) gehen dorthin. Obwohl noch ziemliche Unklarheit herrscht, wer mit dem HBG in Konflikt geraten könnte, geht Panamas Handelsminister Nitzia de Villareal davon aus, daß etwa 100 Mio. Dollar als Folge der Embargoverschärfung verlustig gehen könnten.

Zu den bedrohten Firmen, die ihre Geschäfte mit Kuba auf jeden Fall fortsetzen oder gar ausbauen wollen, gehören Sherritt und Domos. Die letztgenannten unterhalten keine Geschäftsbeziehungen mit den USA. Sol-Meliá, die zwei Hotels in den USA betreibt, erklärte, daß sie lieber diese beiden schließen, als auf ihr Kubaengagement verzichten würde. Sie plane, ihr Engagement auf der Insel noch auszuweiten. Sol-Meliá verwaltet gegenwärtig 4.821 Betten auf Kuba und ist Miteigentümerin von drei Hotels in Varadero. Die spanische Hotelkette Tryp erklärte ebenfalls, sie werde ihre Geschäftsbeziehungen mit Kuba fortsetzen.

Demonstrativer Neuanfang im Tourismussektor: Im Juli dieses Jahres wurde das joint venture Holding Vancuba S.A. gegründet. Die kanadische Wilton Properties Limited und die kubanische Hotelkette Gran Caribe beabsichtigen, in den nächsten zehn Jahren elf neue Hotels mit einer Kapazität von 4.200 Betten zu errichten. Das 400 Mio. Dollar Projekt wird von beiden Gesellschaftern zu gleichen Teilen getragen. Es handelt sich um das größte Projekt, das im Tourismussektor jemals zwischen Kuba und einer ausländischen Firma abgeschlossen wurde. Wilton Properties ist schon seit längerem in den Bereichen Bergbau und Biotechnologie tätig.

Zusammengefaßt läßt sich bisher feststellen: Das HBG schadet Kuba, es wird aber sein Ziel - die wirtschaftliche Isolation des Landes - nicht erreichen. Wichtig wird es sein, die Vorfinanzierung für die nächstjährige Zucker- und Tabakernte mit anderen Banken hinzubekommen. Angesichts der guten Ernte dieses Jahres ist dies kein aussichtsloses Unterfangen. Gleiches könnte für die geplatzten Tourismusprojekte gelten. Hier ist Geld zu verdienen, und dies steigert die Wahrscheinlichkeit, daß andere einspringen. Ein wichtiger, aber nicht notwendig langandauernder Effekt des HBG, ist die Verunsicherung der auf Kuba tätigen Firmen, bzw. derjenigen, die in Kuba tätitg werden wollen. Kaum jemand wagt es, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Mit Journalisten wird in der Regel nur noch gesprochen, wenn Anonymität zugesichert wird. Nur nicht auffallen, heißt die Devise. Unsicherheit entsteht auch dadurch, daß die konkreten Auswirkungen des Gesetzes bis heute noch unklar sind. Werden z.B. diejenigen, die weder Gebäude noch Land nutzen, aber als Zulieferer tätig sind, ebenfalls betroffen sein?

Den entscheidenden Ausschlag wird das Verhalten der europäischen und amerikanischen Regierungen geben. Wenn sie entschieden ihre Wirtschaftsinteressen verteidigen, kann das Helms-Burton-Clinton-Gesetz scheitern.

Breite Ablehnung des HBG

Die Reaktionen des Auslandes zeigen, daß die USA mit ihrer Politik völlig isoliert dastehen. Selbst die engsten Partner, Mexiko und Kanada, mit denen sie durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) verbunden sind, drohen mit koordinierten Gegenmaßnahmen. Kanada, mit insgesamt etwa 500 Mio. Dollar einer der größten Investoren auf Kuba, beriet sich mit Mexiko, der EU sowie mit den Regierungschefs Mittelamerikas und der Karibik über Abwehrmaßnahmen. Diese sollen zunächst auf Ministerebene innerhalb der NAFTA erörtert und dann einem Schlichtungsverfahren unterworfen werden. Geplant ist außerdem eine Verschärfung des Foreign Extraterritorial Measures Act (Fema) von 1985. Das Justizministerium in Ottawa soll in die Lage versetzt werden, blockierende Maßnahmen ergreifen zu können, falls US-Behörden Sanktionen gegen kanadischen Unternehme umsetzen wollen, die auf Gerichtsurteile gemäß HBG zurückgehen. (4) Darüber hinaus werden Überlegungen angestellt, wie der Tourismus kanadischer BürgerInnen in die USA reduziert werden könnte. Für Staaten wie Florida stellen sie einen bedeutenden Anteil der BesucherInnen dar.

Mexikanische Firmen sind ebenfalls bedroht. Etwa 200 unterhalten Handelsbeziehungen mit Kuba, die Investitionssumme beläuft sich auf insgesamt 2 Mrd. Dollar. Die Regierung studiert die britischen und kanadischen Schutzgesetze, um sie als Modell für eigene Maßnahmen zu nutzen. Anfang Juni gaben Mexiko und Kanada auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten bekannt, daß sie die Angelegenheit vor den juristischen Ausschuß dieser Organisation bringen wollen. Am 4.6. verabschiedete die Generalversammlung in Panama gegen den Widerstand der USA eine Resolution, mit der der juristische Ausschuß der Organisation beauftragt wird, die Rechtmäßigkeit des HBG zu überprüfen. Außerdem soll er klären, ob das amerikanische Gesetz gegen das Völkerrecht verstößt. Die Resolution wurde von 23 Staaten gebilligt, zehn enthielten sich. Die USA standen mit ihrer Ablehnung allein da.

Harriett Babitt, amerikanische OAS-Botschafterin, verlor angesichts dieses unerwarteten Abstimmungsergebnisses die Contenance: Sie warf den anderen Mitgliedsstaaten diplomatische Feigheit vor, nannte die Resolution einen unverschämten Versuch, den juristischen Ausschuß zu politisieren und bezeichnete sie als unwürdigen Vorfall, der im Gegensatz zu der diplomatischen Höflichkeit steht, die ansonsten in der Organisation üblich sei. Gemeint ist damit, daß die OAS in der Vergangenheit allzuoft ein willfähriger Gehilfe bei der Durchsetzung imperialistischer US-Politik war. Am 23.8. erklärte der Juristische Ausschuß der OAS, daß die Grundsätze und die eventuelle Inkraftsetzung bestimmter Teile des HBG im Widerspruch zum Internationalen Recht stehen. Weiter heißt es, daß die nationalen Gerichte eines Landes nicht der richtige Ort sind, um Ansprüche durchzusetzen, die von Land zu Land geltend zu machen sind. Die Erklärung hat keinen bindenden Charakter.

Andererseits muß festgestellt werden, daß, mit Ausnahme von Mexiko, das Agieren der lateinamerikanischen Staaten äußerst vorsichtig ist. Abgesehen von verbalen Protesten hat noch niemand Schutz- oder Vergeltungsgesetze erlassen. Die Angst, ins Visier des mächtigsten Handelspartners zu geraten, erklärt die Zurückhaltung. Lediglich in Mexiko wird wahrscheinlich noch in diesem Monat ein Antiboykottgesetz erlassen, weil die Regierung nicht davon ausgeht, daß der Helms-Clinton-Spuk nach den Präsidentschaftswahlen vorbei ist.

Rußland droht laut HBG der Entzug amerikanischer Gelder (Kredite, Hilfszahlungen) in der Höhe, in der es selber Mittel nach Kuba überweist. In Betracht kommen Gelder, die von Rußland für die Fertigstellung des Atomkraftwerks Juragua vorgestreckt werden sowie die 200 Mio. Dollar, die jährlich für den Betrieb der Spionagestation Lourdes an Kuba bezahlt werden. Außenminister Primakov, der Ende Mai in Havanna weilte, verurteilte das HBG und versicherte, die Beziehungen seines Landes zu Kuba würden dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die EU erpreßt Kuba ...

EU-Kommissions-Vizepräsident Leon Brittan (Großbritannien) erklärte im April dieses Jahres, daß die EU die USA grundsätzlich in ihrem Bemühen unterstütze, Kuba in Richtung Demokratie zu drängen. In den meisten europäischen Hauptstädten geht man davon aus, daß sich durch eine zunehmende wirtschaftliche und

soziokulturelle Integration Kubas, durch eine allmähliche Ausbreitung westlicher Konsum- und Verhaltensmuster, das Problem des kubanischen Sozialismus in ein paar Jahren erledigt haben wird. Die Politik des "Wandels durch Annäherung" hat den zusätzlichen Vorteil, daß einige europäische Unternehmen auf einem expandierenden Markt Geschäfte machen können, ohne US-amerikanische Konkurrenz fürchten zu müssen.

Andererseits steht die EU wegen des Vorwurfs, Geschäfte mit einer kommunistischen Diktatur zu betreiben, unter dem Legitimationsdruck, kurzfristig Erfolge ihrer Politik nachweisen zu müssen. Dies zeigte sich an der erpresserischen Politik gegenüber Kuba, die in den seit Ende 1995 laufenden Gesprächen über den Abschluß eines Kooperationsabkommens angewandt wurde. Als Gegenleistung wurde gefordert: weitere politische und ökonomische Reformen, insbesondere eine Änderung der Paragraphen des Strafgesetzbuches, mit denen Oppositionelle bedroht werden; ein Ende der Repression gegen Mitglieder des Concilio Cubano; die Freilassung von 500 politischen Gefangenen.

Da sich Kuba aber weder von den USA noch von der EU erpressen läßt, kam prompt die Retourkutsche aus Brüssel. Der für die Gespräche mit Kuba zuständige EU-Kommissar Manuel Marin (Spanien) entschied, den Dialog zwischen Kuba und der EU vorläufig einzufrieren. Die Kommission sehe sich nicht in der Lage, dem Ministerrat einen Verhandlungsvorschlag für ein Kooperationsabkommen vorzulegen. In einer Erklärung der EU-Regierungschefs in Florenz (22.6.) hieß es: "Der Europäische Rat bedauert es, daß die Zustände auf Kuba es nicht erlauben, Fortschritte in der Beziehung zwischen der EU und Kuba zu erreichen. Es wird darauf vertraut, daß die Entwicklung der politischen Situation auf Kuba die notwendigen Voraussetzungen schaffen wird, diese Fortschritte zu erreichen."

... und droht den USA

Doch selbst die europäischen PolitikerInnen, die Castro die Pest an den Hals wünschen, agieren augenblicklich - zumindest ein Stück weit - wie seine Verbündeten. Denn es besteht Einigkeit in Europa, daß die amerikanischen Gesetze, mit denen europäische Unternehmen bedroht und in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt werden, abzulehnen und zu bekämpfen sind. Am 22.4. drohten die EU-Außenminister den USA mit Vergeltungsmaßnahmen. Die EU-Regierungschefs bekräftigten ihre Drohungen gegen das HBG am 22.6. in Florenz.

Am 15.7. einigten sich die 15 Außenminister der EU auf einen Strafkatalog, der in Kraft treten soll, falls Clinton nicht zumindest Artikel III aussetzt. Als Vergeltungsmaßnahmen wurden beschlossen: eine Beschwerde bei der WTO (World Trade Organisation), eine Schwarze Liste mit Namen nordamerikanischer Firmen, die gegen europäische Firmen klagen, die Zustimmung zu nationalen Entschädigungsgesetzen für die vom HBG betroffenen Firmen, veränderte Visagesetze für nordamerikanische Geschäftsleute. Die Schwarze Liste soll nur erstellt werden, falls Artikel III in Kraft tritt. Am 24.7. billigte die Europäische Kommission den Antiboykottmaßnahmen-Katalog. In den offiziellen Mitteilungsblättern der EU wurde dazu aufgefordert, Namen aller US-Firmen zu nennen, die mit Hilfe des HBG gegen die Interessen europäischer Unternehmen vorgehen. Das Maßnahmenpaket soll nicht nur für das HBG gelten, sondern automatisch auch auf das D`Amato-Gesetz (siehe Kasten) angewendet werden.

Die Entscheidung fiel einstimmig und ohne längere Diskussion. Die europäischen Regierungen werden ermächtigt, Geldstrafen gegen Firmen zu verhängen, die sich amerikanischen Urteilen unterwerfen oder die eine Verständigung mit den Klägern versuchen. In der angloamerikanischen Rechtsprechung wird sehr oft von der Möglichkeit einer Einigung der Kontrahenten Gebrauch gemacht. Dies würde aber eine Anerkennung der Ansprüche bedeuten. Das K-4 Komitee, das für juristische und innenpolitische Fragen zuständig ist, wurde beauftragt, unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, wie amerikanischen Geschäftsleuten mit Einreiseverboten begegnet werden könne.

Die EU-Kommission beauftragte weiterhin das Komitee 113 mit der Anklageerhebung vor der WTO. Sie basiert auf drei Vorwürfen: das HBG beschneide die Mobilität von Geschäftsleuten, es verstoße gegen die Bestimmung, wonach Exportrestriktionen unzulässig sind und die extraterritoriale Wirkung des Artikel III verletze die europäischen Interessen empfindlich. (5) Von besonderem Interesse ist die Regelung zur Schadensersatzklage. Falls beispielsweise eine spanische Firma in den USA von einer US-Firma verklagt wird und die US-Firma eine Filiale in der BRD hat, so kann die spanische auf Schadensersatz klagen, der dann in

der BRD vollstreckt wird. Dieses Beispiel und die geplante Schwarze Liste machen deutlich, daß die EU versucht, den ganz großen Krach zu vermeiden und den Konflikt auf Unternehmensebene zu verlagern. Man erhofft sich davon Zurückhaltung bei den US-Betrieben, die auf ihre internationalen Interessen achten müssen. Dies wird jedoch keine Wirkung bei den zahlreichen kleinen und mittelgroßen exilkubanischen KlägerInnen haben.

Die Versuche der Alliierten, das HBG durch WTO und NAFTA verurteilen zu lassen, sind trotz scheinbar eindeutiger Rechtslage keineswegs aussichtsreich. Sicherheitshalber haben sich die USA bei Eintritt in diese Organisationen Sonderrechte einräumen lassen. So behalten sie sich das Recht vor, mit eigenen Gesetzen in Widerspruch zu den Vereinbarungen der WTO treten zu dürfen, sofern die nationale Sicherheit dies gebietet. Bei den NAFTA-Verhandlungen sicherten die USA sich Ausnahmerechte bezüglich des Kubaembargos. Außerdem haben die USA schon angekündigt, eine Streitschlichtung durch die WTO nicht anzuerkennen und das HBG voll anzuwenden. Das ist nicht überraschend, da die USA eine lange Tradition darin besitzen, gegen sie gerichtete Beschlüsse internationaler Institutionen entweder mit ihrem Veto zu Fall zu bringen oder einfach zu ignorieren.

Sechs Monate Galgenfrist

Die weltweiten Proteste verfehlten ihre Wirkung nicht. Nach einigem Hin und Her entschloß sich Clinton am 16.7., den Artikel III bis zum 1.2.1997 auszusetzen. (6) Gleichzeitig sprach er eine deutliche Erpressung in Richtung EU aus: "Es gibt eine klare Alternative. Die Alliierten können damit aufhören, Profite aus (amerikanischem) Eigentum zu schlagen. Sie können sich unseren Bemühungen anschließen, einen demokratischen Wandel auf Kuba zu bewerkstelligen. Oder sie müssen das Risiko einer vollständigen Anwendung des Gesetzes in Kauf nehmen."

Am 18.7. erklärte Außenamtssprecher Nicholas Burns, daß Clinton einen Unterhändler einsetzen werde, der in Gesprächen mit den europäischen Regierungen versuchen solle, sie auf einen Konfrontationskurs mit Kuba einzuschwören. Man erwarte, daß die EU den USA auf halbem Wege entgegenkomme. Jegliche nicht-humanitäre Hilfe für den Karibikstaat solle eingestellt werden, bis die Regierung Castro in demokratische Reformen einwillige und ihre Menschenrechtspolitik ändere. Humanitäre Hilfe solle nur noch an Nichtregierungsorganisationen geleistet werden. Außerdem wünscht man sich in Washington, daß sich die auf Kuba tätigen Firmen verpflichten, - ähnlich wie im Südafrika der Apartheid - bestimmte Standards in ihren joint ventures einzuhalten. Die sollten dann so beschaffen sein, daß sie zu dem gewünschten Wandel auf Kuba beitragen.

Kubanische Reaktionen

Am 23.7. erklärte Carlos Lage, Verantwortlicher für die wirtschaftliche Entwicklung, daß das HBG zwar negative Auswirkungen habe, andererseits werde der Kapitalfluß nach Kuba dadurch keineswegs gestoppt und der wirtschaftliche Reformprozeß weder beeinflußt noch beendet werde. (7) Seit Unterzeichnung des HBG seien 25 neue joint ventures abgeschlossen worden, über 146 weitere Projekte werde gerade verhandelt. Viele Firmen würden intelligente Wege beschreiten, um sich den Auswirkungen des Gesetzes zu entziehen. Andere würden verstärkt darauf achten, ihre Investitionen auf nicht-enteignetem Grund und Boden zu tätigen.

Potentiellen Interessenten wird versichert, daß zusätzliche Kontrollmechanismen entworfen werden, mit denen die traditionell diskrete Abwicklung der Geschäfte noch konspirativer verlaufen wird. Bei Verhandlungen mit neuen Interessenten werde man noch mehr Flexibilität an den Tag legen als bisher. In bezug auf "aussteigende" Firmen lautet die Sprachregelung, daß man nicht den Opfern von Drohungen Vorwürfe mache, sondern denjenigen, die die Drohungen aussprechen.

Was die Zahl der ausländischen Firmen angeht, die auf oder mit enteignetem Besitz aktiv sind, so muß unterschieden werden: Geht man von Besitzern aus, die die US-Staatsbürgerschaft vor 1960 besaßen, dann sind nach Angaben von Ibrahim Ferrada, Minister für Entwicklung und ausländische Investitionen, etwa ein halbes Dutzend betroffen. Nimmt man die ExilkubanerInnen hinzu, die nach 1960 die US-Staatsbürgerschaft erworben haben, dann liegt die Zahl der betroffenen Firmen erheblich höher.

Wie geht es nun weiter mit Helms-Clinton und Kennedy-D'Amato? Bis zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November wird es bei dem bisherigen Geplänkel bleiben. Danach werden

entweder diejenigen Recht behalten, die Clintons wahnwitziges Agieren vorrangig mit dem Wahlkampf erklären. Oder - was ich für wahrscheinlicher halte - Clinton setzt den Kampf gegen das Reich des Bösen (d.i. Kommunisten und Terroristen) fort. (8) Dann bleiben der übrigen Welt nur zwei Alternativen: Entweder sie beugt sich dem amerikanischen Imperialismus, oder es wird zu einem absurden Wirtschaftskrieg auf mittlerem Niveau kommen, wie er unter den westlichen Staaten seit Ende des Zweiten Weltkrieges eigentlich nicht mehr vorstellbar war.

kuk

Forderungen

an Kuba

Bezüglich der 1960 durchgeführten Enteignungen geht Kuba davon aus, daß sie im Einklang mit nationalem und internationalem Recht durchgeführt wurden. Eine Entschädigungsregelung sei der US-Regierung wiederholt angeboten, jedoch von dieser prinzipiell abgelehnt worden. Entsprechende Vereinbarungen sind mit der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Mexiko und Spanien bereits vor längerer Zeit abgeschlossen worden.

In den USA sind bei der "Foreign Claims Settlement Commission" 5.911 Anträge enteigneter amerikanischer Bürger und Firmen erfaßt, von denen etwa 800 Ansprüche gemäß des Helms-Burton-Gesetz geltend machen können. Die größten Forderungen (Wert in Mio. Dollar im Jahr 1960) werden erhoben von: American Brands (10,5), Amstar (81), Coca-Cola (27,5), Colgate-Palmolive (14,4), General Dynamics (10,4), ITT (47,6), Moa Bay Mining (88,3), Standard Oil (71,6), Texaco (50,1), Woolworth (9,2). Nach US-Recht haben sie nicht nur Anrecht auf Erstattung des 1960er Wertes, sondern auch auf eine jährliche Wertsteigerung um 6%. Damit haben sich die Ausgangswerte jeweils auf 683% gesteigert. Allein für Moa Bay Mining wären das 603 Mio. Dollar.

Während diese Ansprüche in den USA niemals angezweifelt wurden, sah es für ExilkubanerInnen anders aus. Erst das Helms-Burton-Gesetz gibt auch ihnen jetzt das einklagbare Recht auf Entschädigung. Die Zahl der möglichen Klageführer wird zwischen ein paar Dutzend und zehntausenden angegeben. Eine Klage ist nur möglich, wenn der Wert des enteigneten Eigentums mindestens 50.000 Dollar beträgt. Allerdings bleibt in zeitlicher Hinsicht eine Zweiklassengesellschaft bestehen. Die ExilkubanerInnen können erst vor Gericht gehen, wenn die "echten" Amerikaner mit ihren Klagen "durch" sind. Dies soll in zwei Jahren soweit sein.

Das Kennedy-D`Amato-Gesetz

Hiervon sind vor allem die europäischen Staaten betroffen. Clinton hat das Gesetz in seiner schärfsten Version unterzeichnet, aber noch nicht in Kraft gesetzt. Es sieht zwingend Strafmaßnahmen gegen ausländische Firmen vor, die mehr als 40 Mio. Dollar pro Jahr in die Öl- oder Gasindustrie des Irans, bzw. Libyens investieren. Konkret droht ihnen der Abbruch von Geschäftsbeziehungen mit der US-Regierung, ein Importverbot in die USA, ein Verbot, Güter in den USA zu erwerben, für die eine Exportlizenz erforderlich ist und eine Kreditobergrenze von 10 Mio. Dollar bei amerikanischen Banken. (HB, 18. und 20.7.96) Die Staaten der EU importieren ca. 20% ihres Rohölbedarfs aus dem Iran und aus Libyen. Zahlreiche Firmen sind direkt in der Öl- bzw. Gasförderung tätig.

21. Verlorene Erwartungen und Hoffnungen. Interview mit Mitgliedern des Forums für die Demokratie, Chile

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:22

Unser Autor Bernhard Schmid hatte am 2.9.1996 Gelegenheit, in Santiago de Chile mit folgenden Mitgliedern des "Foro por la Democracia" (Forum für die Demokratie) über die Situation in Chile zu sprechen: Sergio Gonzalez, Architekt; Liliana Gaete, Gewerkschafterin; Bruno Gomez, Arbeiter; Manuel Hidalgo, Ökonom.

Frage: Können Sie bitte zunächst erklären, wer das "Forum für die Demokratie" bildet?

Sergio Gonzalez: Wir sind eine Basisinitiative, ein Personenbündnis mit heute rund 4.000 Mitgliedern. Wir haben uns um die Jahreswende 1994/1995 gegründet und seither fünf Kongresse durchgeführt. Unsere gemeinsame Basis bilden zwei Kernpunkte: erstens das "Nein" zum neoliberalen ökonomischen Modell, das die Pinochet-Diktatur hinterlassen hat. Und zweitens das "Nein" zur geltenden Verfassung, die aus dem Jahr 1980, also der Hochzeit der Diktatur stammt und von der neuen Demokratie nicht angetastet worden ist.

Ihre Mitglieder dürften demnach aus der chilenischen Linken kommen?

Sergio Gonzalez: Wir haben tatsächlich viele Mitglieder, die als Individuen entweder in der Sozialistischen oder Kommunistischen Partei sind oder auch ehemalige Angehörige der Linksparteien. Ich selbst war aktives Mitglied der KP, kommunistischer Abgeordneter im Jahr 1953 und bin 1988 wegen der Bündnispolitik der Partei ausgetreten. Die KP hatte damals m.E. eine enge, sektiererische Politik gemacht, die nicht über den Tellerrand hinausblickte und beispielsweise die progressive christliche Bewegung nicht wahrnahm. Daneben haben wir Ehemalige des MIR (Bewegung der revolutionären Linken, Stadtguerilla-Bewegung der 70er und 80er Jahre, B.S.) in unseren Reihen, aber auch parteipolitisch Unorganisierte und auch aufrechte Mitglieder, etwa der christdemokratischen Partei DC.

Liliana Gaete: Ich selbst bin aktives Mitglied der sozialistischen Partei PS und daneben Gewerkschaftsvorsitzende innerhalb des Gewerkschaftsbundes GUT.

Sergio Gonzalez: Wir interessieren uns sehr für die Zusammenarbeit mit den sozialen Organisationen und Bewegungen, etwa mit dem Gewerkschaftsbund CUT oder der ökologischen Bewegung, die in Chile sehr im Erstarken ist.

Sie nennen sich "Forum für die Demokratie". Nun ist Chile ja offiziell im Jahr 1990 - nach 17 Jahren Pinochet-Diktatur - zur Demokratie zurückgekehrt ...

Sergio Gonzalez: Wir leben in einer sehr defekten, "kontrollierten" Demokratie. Das beginnt bereits beim Wahlrecht: in Chile haben wir das Mehrheitswahlrecht. In jedem Wahlkreis werden zwei Abgeordnete gewählt, und die beiden Kandidaten mit dem größten Stimmenanteil gelangen ins Parlament. Alle anderen fallen unter den Tisch. Hier in Santiago haben wir Wahlkreise mit 80 bis 200.000 Personen. In den konservativeren ländlichen Gebieten gibt es Wahlkreise, in denen nur 30 bis 40.000 Personen wohnen - und jeder Wahlkreis wählt zwei Abgeordnete. Meistens wird einer von der "Concertación" gewählt und einer von der Rechten, den Pinochet-Anhängern. Die Linksparteien bleiben meistens außen vor. Somit wird die Stabilität des politischen Systems auf lange Sicht hin gewährleistet. Hinzu kommen die "designierten Senatoren". Vor seinem Abgang hat Diktator Pinochet neun Senatoren ernannt, die gemäß der geltenden Verfassung noch bis zum Jahr 1999 amtieren. Sie kontrollieren im Oberhaus gewissermaßen die Mehrheitsbildung, in wichtigen Fragen bilden sie eine Sperrminorität.

Sie sprachen vorher von den sozialen Bewegungen, von den Gewerkschaften. Können Sie etwas zum Zustand der organisierten Arbeiterbewegung in Chile sagen?

Sergio Gonzalez: In Chile existiert heute eine einheitliche Gewerkschaftszentrale, die CUT (Central Unitaria de Trabajadores). Sie wurde 1988 gegründet und hat große Probleme wegen ihrer geringen Mitgliederzahl und fehlender Organisationserfahrung.

Manuel Hidalgo: 80% der Gewerkschaftsorganisationen sind jünger als 10 Jahre, und viele Einzelgewerkschaften in der CUT haben nur etwa 75 bis 80 Mitglieder. Der Organisierungsgrad der Arbeiter

beträgt heute ein Drittel im Vergleich zur Zeit der Allende-Regierung (1970-73). Zu jener Zeit hatten wir 32,3% der Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert. Heutzutage sind es nur noch 12,4%. In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der organisierten Arbeiter weiter gesunken. Die höchste Zahl hatten wir im Jahr 1992 mit 724.000 Organisierten; heute sind es 640.000, bei einer Arbeiterschaft von insgesamt 5,3 Mio.

Welche Gründe sehen Sie für diese Entwicklung?

Manuel Hidalgo: Ich glaube, daß dies den Verlust an Erwartungen und Hoffnungen der Arbeiter widerspiegelt, daß ihre Organisationen ihre Lage verbessern können - auch im Kontext der neuen Demokratie. Ohne eine Änderung der Verfassung, des ökonomischen Modells, ist beispielsweise nicht auf eine Änderung der Arbeitsgesetze zu hoffen. Verschiedene soziale Sektoren haben in der Praxis die Erfahrung gemacht, daß ohne tiefe Veränderungen am ökonomischen Modell, ohne einen Wechsel der Verfassung, keine demokratischen Reformen - weder bei den Menschenrechten, noch in der Arbeit, in der Ökonomie - zu erreichen sind. Daher die Notwendigkeit einer breiten Bürgerbewegung zur Änderung dieses Modells, dieser Verfassung.

Aber muß man nicht sagen, daß die neue Demokratie gewissermaßen effektiver ist in der Niederhaltung sozialer Basisbewegungen als die Diktatur, welche alle Kräfte gegen sich zusammenschloß? Demonstrationen in den Straßen haben heute weniger Teilnehmer als unter der Repression der Diktatur.

Manuel Hidalgo: Der wichtigste Bestandteil dieser "kontrollierten Demokratie" ist das Funktionieren des ökonomischen Modells, das die Diktatur hinterlassen hat und die Spaltung der Arbeiter, die Atomisierung der Personen. Die Leute werden auf ihren Individualismus zurückgeworfen. Um so mehr, als das ökonomische Modell permanent das Ergebnis hervorbringt, daß Fortschritt nicht kollektiv, organisiert, über die Solidarität gesucht wird, sondern durch individuelles Vorankommen.

Sergio Gonzalez: Die großen Unternehmen beschäftigen zunehmend Arbeiter in sogenannten Subverträgen. Das heißt, der Unternehmer lagert bestimmte Tätigkeiten aus seinem Betrieb aus und delegiert sie an einen Subvertragspartner, der entsprechend spezialisierte Arbeitskräfte beschäftigt. Dieses System von Subverträgen hat dazu beigetragen, die gewerkschaftliche Basis zu zerstören.

Liliana Gaete: Gleichzeitig wirkt die Angst aus den Jahren der Diktatur, aufgrund der Erfahrungen mit der Repression, fort. Jüngst war ich auf einer größeren Versammlung im Gewerkschaftshaus der Stadt Concepción. Ich wunderte mich darüber, daß die ersten beiden Stuhlreihen die ganze Zeit über frei blieben. Daraufhin erfuhr ich, daß alle Anwesenden Angst hatten, sich in die ersten Reihen zu setzen - weil die Polizei die Angewohnheit hat, immer die erste Reihe zu fotografieren und die dort befindlichen Leute dann im Bedarfsfall zu verhaften.

Das neoliberale Modell beruht vor allem auf dem Export von Rohstoffen und dem Ausverkauf der Reichtümer des Landes, der öffentlichen Dienste an multinationale Konzerne. Gleichzeitig wird Chile mit seiner für Südamerika sehr fortgeschrittenen Modernisierung als ökonomisches Erfolgsmodell gefeiert, man spricht von einem "Tiger" unter Anspielung auf die ostasiatischen Länder.

Sergio Gonzalez: Chilenische Unternehmen tätigen heute große Investitionen in Nachbarländern wie Peru oder Bolivien. Chile ist daneben ein bedeutender Waffenexporteur, etwa in mittelamerikanische Staaten wie Honduras, aber auch in den Irak, der Splitterbomben aus Chile bezieht.

Liliana Gaete: Ein anderes Beispiel: unter der Diktatur wurden 1980 die Rentenfonds der Arbeiter privatisiert. Über diese privaten Fonds wird mit dem Geld der Arbeiter im lateinamerikanischen Ausland investiert und spekuliert. Spekulationsverluste werden dann von den einzahlenden Lohnabhängigen beglichen - das ganze Jahr 1995 über war die Bilanz negativ. Andere südamerikanische Länder wie Peru, Ecuador, Argentinien und Venezuela eifern nunmehr diesem Modell nach und sind dabei, ihre Rentenfonds ebenfalls zu privatisieren.

Bruno Gomez: Man könnte Chile als ein "Laboratorium" der Yankees bezeichnen, in dem unter der Diktatur all das erprobt wurde, was heute auf dem ganzen Kontinent eingeführt wird. So sieht es aus, das "Modell".

Wir danken für das Gespräch.

22. 25 Jahre nach dem Sieg der Unidad Popular. Chile heute: Kontrollierte Demokratie im Schatten Pinochets

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:21

Vor 23 Jahren, am 11.9.1973, setzte das chilenische Militär mit einem blutigen Schlag dem drei Jahre zuvor begonnenen Experiment eines "friedlichen Übergangs zum Sozialismus", der auf parlamentarischem Wege und unter Vermeidung revolutionärer Gewalt angestrebt wurde, ein blutiges Ende.

Am 4.9.1970, war der Sozialist Salvador Allende mit 1.075.616 Stimmen gegen seine Mitbewerber von der Rechten, Jorge Alessandri (1.036.278 Stimmen) und den Christdemokraten Radomiro Tomic (824.849) zum Präsidenten gewählt worden. Er führte fortan die Regierung der Unidad Popular ("Volkseinheit"), die aus einer Koalition der Kommunistischen Partei und Sozialisten bestand. Die KP spielte zusammen mit dem rechten Flügel der Sozialisten den Bremser für radikale Reformen, um nicht länger ein rotes Tuch für das Bürgertum darzustellen.

Sturz der Unidad Popular

Der US-Konzern ITT arbeitete indes detaillierte Strategien zum Sturz der mißliebigen Regierung aus. US-Außenminister Henry Kissinger erklärte, es gelte zu "verhindern, daß ein Land durch die Unverantwortlichkeit seiner Bevölkerung kommunistisch wird". Die CIA wurde subversiv in Chile tätig. Sie ließ Gelder an unzufriedene reaktionäre Kleinhändler und Lkw-Fahrer fließen, um ein Klima des Chaos zu erzeugen. Die ökonomische Talfahrt, die alsbald einsetzte, tat das ihre zur Schwächung der Allende-Regierung. Die Wirtschaftskrise brach indes nicht zufällig herein. Die Weltbank gewährte Chile unter der bürgerlichen Regierung Frei regelmäßig Kredite: 1967 (60 Millionen Dollar), 1969 (10 Mio.) und 1970 (20 Mio.). Während der gesamten Allende-Ära flossen keine Kredite. Sie wurden aber nach ihrem Sturz durch die Militärs sogleich wieder aufgenommen: 1974 (10 Mio.), 1975 (20 Mio.), 1976 (30 Mio.), 1977 (60 Mio.).

Die USA und ihre Verbündeten taten alles, um den Preis für Kupfer - das Hauptexportprodukt, von dem Chile weitgehend abhängt - auf dem Weltmarkt zu drücken. Im Hamburger Hafen wurden monatelang die Schiffsladungen Kupfer aus Chile nicht gelöscht. Die USA griffen später noch direkter ins Geschehen ein: Die ersten Schüsse am frühen Morgen des 11.9.1973 in der Hafenstadt Valparaiso wurden von Marineeinheiten abgefeuert, die sich gerade inmitten eines gemeinsamen Manövers mit der US-Army befanden.

Nach dem Putsch zeigten die Diktatorenfreunde deutlich ihre Freude. Die Hoechst-Niederlassung in Chile schrieb in einem Telegramm an ihre Zentrale: "Das langersehnte Eingreifen der Militärs hat endlich stattgefunden ... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdient." Während im Stadion von Santiago tausende von Gefangenen der Militärs festgehalten und in den unterirdischen Umkleidekabinen gefoltert wurden, reiste der damalige CDU-Generalsekretär Bruno Keck nach Chile, um anschließend zu erklären: "Bei sonnigem Wetter ist der Aufenthalt im Stadion recht angenehm."

Vier Jahre später, im Oktober 1977, erklärte der bayerische CSU-Chef Franz Josef Strauß dem Zentralorgan der chilenischen Rechten, El Mercurio: "Ich habe keinen Zweifel daran, daß Chile ein freiheitliches und demokratisches Land ist. Vor allem, seit der chilenischen Demokratie die Grundprinzipien der deutschen hinzugefügt wurden: Disziplin, Respekt und Arbeitseifer." Die Freundschaft war so groß, daß zwei deutsche Professoren, der Jurist Dieter Blumenwitz und der Soziologe und CSU-Spezi Lothar Bossle von der Universität Würzburg, neben einigen Nordamerikanern die Verfassung der Militärdiktatur aus dem Jahr 1980 erarbeiteten.

Das Modell Chile

Wichtige Unterstützer der Diktatur waren ferner die sogenannten "Chicago-Boys", neoliberale US-Ökonomen aus der Schule des Monetarismus-Propheten Milton Friedman. Friedman selbst besuchte im April 1975 erstmals Chile, und seine Schüler stellten fortan das Personal für die Wirtschaftspolitik ihres kapitalistischen "Musterlands". In den 80er Jahren flog die Diktatur als Wirtschaftsminister den Schweizer Hernan Büchi ein, der nicht einmal die Landessprache Spanisch beherrschte. Dieses Team führte durch Privatisierung sämtlicher öffentlichen Dienste (Strom, Wasser, Gas usw.) und rücksichtlosen Ausverkauf von Rohstoffen (Holzbestände, Meeresfauna) eine Radikalsanierung der chilenischen Ökonomie durch.

Obwohl der Diktator General Augusto Pinochet im April 1990 nach 17 Jahren die Macht an einen demokratisch gewählten Präsidenten übergab, den Christdemokraten Patricio Aylwin, sind das institutionelle Grundgerüst der Diktatur und ihr ökonomisches Modell nach wie vor völlig intakt. Der Übergang vollzog sich nämlich nicht durch einen Bruch, gar eine revolutionäre Veränderung, sondern gemäß eines durch die Verfassung von 1980 vorgesehenen Mechanismus; Pinochet bleibt bis 1997 Chef des Heeres und wacht darüber, daß der Demokratisierungsprozeß nicht "über die Ufer tritt". So führen die Parteien der extremen Rechten, wie z.B. die "Renovación Nacional" (RN) oder die "Unabhängige Demokratische Union" (UDI), derzeit eine "Terrorkampagne" (Bezeichnung durch die Sozialisten) gegen einen möglichen sozialistischen Präsidentschaftskandidaten im Jahr 1999. Bereits heute droht RN-Chef Andres Allamand, in einem solchen Fall drohe sich eine bereits bekannte Situation, eine "im Land bereits gescheiterte Formel", zu wiederholen.

Heereschef Pinochet erklärte am 3.9.1995 im Fernsehen, er und die Seinen seien "auf eine solche Situation vorbereitet". Die Sozialisten regieren derzeit in einer großen Koalition ("Concertación") unter dem christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei, zusammen mit Christdemokraten und Liberalen. Dieses Bündnis, das unter dem Druck der Christdemokratischen bzw. Sozialistischen Internationale in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zustandegekommen war, garantiert der "kontrollierten Demokratie" eine enorme Stabilität. Die konkurrierende pinochetistische Rechte ist keineswegs schwach: Bei den letzten Wahlen vor gut zwei Jahren erhielt die "Concertación" 59 %, die Rechtsparteien zusammen 33 %. Die allein kandidierende KP blieb schwach.

Überlebt hat leider auch ein anderes Relikt der Diktatur: die Folter. Über das jüngste Beispiel berichtete die linke Wochenzeitung Punto Final (1.-14.9.1996): Die Polizei der Hafenstadt Vina del Mar wußte bei einer Raubserie nur, daß ein Taxi beim Abtransport der Beute geholfen hatte. Also verhaftete sie kurzerhand mehrere Taxifahrer sowie Familienabgehörige (darunter ein Pastor), um sie solange zu mißhandeln, bis sie "gestehen". Also alles (oder beinahe alles) beim alten in Chile ...

Bernhard Schmid

23. Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko? EPR ruft zum Sturz der Regierung auf

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:12

In Santa Cruz Huatulco mußten am 31.8.1996 Parolen auf den Wänden des Rathauses übertüncht werden. Experten inspizierten gleichzeitig Einschußlöcher in den Wänden der Polizeistation. "Sie standen hier auf dem Marktplatz mit ihren Maschinenpistolen", stammelte ein erschrockener Tourist aus den USA einigen Reportern ins Mikrofon. Die Polizeiwache des noblen Badeortes Huatulco an der Pazifikküste des mexikanischen Bundesstaat Oaxaca war zum Ziel einer Attacke des Ejército Popular Revolucionario (EPR, Revolutionäre Volksarmee) geworden. Diese sorgt nicht nur in Huatulco für Aufregung. Insgesamt fielen den Angriffen des EPR auf Polizeistationen und Militärcamps Ende August mindestens 17 Soldaten und Militärs zum Opfer, 20 wurden verletzt.

Präsident Ernesto Zedillo sah sich in seiner zweiten Regierungserklärung seit seinem Amtsantritt im Dezember 1994 zu einer Reaktion gezwungen: "Wir werden jeden terroristischen Akt mit allen unseren Möglichkeiten und der Härte des Gesetzes verfolgen." Seine Erregung konnte er nicht verbergen, denn der Angriff der EPR Ende August war nicht der erste. Seit Ende Juni operiert die EPR bereits und hat bei Überfällen auf Polizei- und Militäreinheiten in fünf mexikanischen Bundesstaaten über 70 Sicherheitskräfte getötet oder verletzt.

Spektakulärer EPR-Auftritt

Am 28.6. tauchten auf einer Gedenkkundgebung in Aguas Blancas im Bundesstaat Guerrero plötzlich etwa 80 Überraschungsgäste aus dem dichten Gestrüpp auf. Auf den Schultern trugen die Guerilleros AK-47, besser bekannt als Kalaschnikow oder R-15 Sturmgewehre. Auf einer grünen Fahne, die die martialischen Kämpfer mit sich führten, prankte ein roter fünfzackiger Stern, von einer Machete und einem Hammer gekreuzt, und darüber die Initialien "EPR".

Etwa 2.000 Teilnehmer, hauptsächlich Bauern aus der Umgebung, aber auch oppositionelle Politprominenz aus der Hauptstadt und Bischof Samuel Ruiz aus dem chiapanekischen San Cristóbal, hatten die Gedenkveranstaltung in Aguas Blancas, knappe hundert Kilometer nördlich von Acapulco, besucht. Genau vor einem Jahr waren hier 17 oppositionelle Bauern auf dem Weg zu einer Demonstration in einen Polizeihinterhalt geraten und ohne Vorwarnung brutal erschossen worden. Alles deutet darauf hin, daß der damalige Gouverneur von Guerrero, Rubén Figueroa Alcocer, als Drahtzieher des Massakers agierte. In den knapp drei Jahren seiner Amtszeit bis zum März 1996 wurden über 200 Aktivisten von Oppositionsorganisationen in Guerrero erschossen. Hochrangige Regierungsfunktionäre waren am Tatort in Aguas Blancas anwesend und die Polizei drehte sogar ein Video von ihrer grausamen Tat. Gouverneur Figueroa mußte im März dieses Jahres zurücktreten. Doch weder die Mörder von Aguas Blancas noch ihre Auftraggeber wurden bisher vor Gericht gestellt. Im Gegenteil: Figueroa zieht von Mexiko-Stadt aus die Strippen, an denen als Marionette sein Amtsnachfolger Angel Heladio Aguirre Rivero hängt. In Guerrero spricht man deshalb zynisch vom "Figueroismo sin Figueroa". Entsprechend wütend sind die Angehörigen der vor einem Jahr ermordeten Bauern.

Zurück zur Gedenkkundgebung: Der gescheiterte Präsidentschaftskandidat der linksorientierten Oppositionspartei PRD (Partei der Demokratischen Revolution) Cuauthémoc Cárdenas hatte um 15.30 Uhr soeben seine Rede beendet, als die EPR-Guerilleros ohne jegliche Hektik die Bühne einnahmen. Sie feuerten siebzehn Salutschüsse für die ermordeten OCSS-Anhänger ab und verlasen zuerst auf Castellano und dann auf Nahuatl das "Manifest von Aguas Blancas": "Heute am 28. Juni, ein Jahr nach dem Massaker von Aguas Blancas, das von den Unterdrückungsorganen der Oligarchie und der volksfeindlichen Regierung an 17 wehrlosen Bauern der Berge von Guerrero begangen wurde, ist die Lage unverändert. Unterdrückung, Verfolgung, Verhaftung, Morde, Massaker, Folter und Verschwindenlassen, das ist weiterhin die Politik der Regierung."

Im weiteren Text versucht das Manifest, die Legitimität des bewaffneten Kampfes zu begründen und fordert "den Sturz der volksfeindlichen, antidemokratischen, de-magogischen und widerrechtlichen Regierung, die im Dienst des nationalen und ausländischen Kapitals steht", die "Errichtung einer demokratischen Volksrepublik", die "Erfüllung der unmittelbaren Forderungen und Notwendigkeiten des Volkes" und die "Bestrafung der

Schuldigen von politischer Unterdrückung, Repression, Korruption, Elend, Hunger und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die am Volk begangen wurden." Zu diesem Zweck ruft das Manifest schließlich unter anderem zur Bildung von "Volksgerichten" auf, "um die Feinde des Volkes zu verurteilen."

"Keine Pantomime sondern Wirklichkeit"

Während ein Teil der Bauern in Aguas Blancas den EPR-Kämpfern für ihr Manifest und die Salutschüsse munteren Beifall zollten, packte Cuauthémoc Cárdenas in aller Eile seine Sachen, stotterte ein "ich wußte von nichts" und verließ mit seinen Beratern in Windeseile die Kundgebung. Zuvor verurteilte er die spektakulären Geschehnisse vor den ebenfalls überraschten Journalisten als "unverantwortlich" und als "groteske Pantomime".

Cárdenas vermutete, daß es sich bei der EPR gar nicht um eine authentische Bewegung handele, sondern um eine Provokation der Hardliner im Staatsapparat. Ziel sei es, die Repressionspolitik gegenüber der Opposition zu rechtfertigen, das innenpolitische Klima weiter zu polarisieren und somit den Dialogprozeß in Chiapas zu torpedieren. Ein großer Teil der politischen Kommentatoren in Mexiko teilte seine Einschätzung. Mittlerweile dürfte aber deutlich geworden sein, daß die EPR "keine Pantomime, sondern Wirklichkeit" ist, wie EPR-Kommandant José Arturo auf einer Pressekonferenz in der Sierra Huasteca im Bundesstaat Veracruz am 7.8. sagte.

Nach vertraulichen Geheimdienstdossiers, die der Presse zugespielt wurden, ist die EPR gut bewaffnet, verfügt über einen gewissen sozialen Rückhalt und hat auch in anderen Bundesstaaten eine Struktur aufgebaut. Dieser Quelle zufolge liegt der Schwerpunkt der EPR nicht in Guerrero, sondern in der Selva Negra des angrenzenden Bundesstaat Puebla. Nach eigenen Angaben verfügt die EPR über 500 bewaffnete Mitglieder und finanziert sich durch "Enteignungen" sowie durch "Entführungen von Angehörigen der Oligarchie." Die Aktionen der letzten Tage beweisen, daß die EPR mit diesen Angaben nicht übertreibt.

Wer die jüngere Geschichte Guerreros, die sozialen und politischen Verhältnisse und die Geographie des Bundesstaates kennt, wundert sich nicht über das Auftauchen einer Guerilla. Im Gegenteil: "Das Merkwürdige ist, daß es nur eine bewaffnete Gruppe sein soll. Natürlich wäre, wenn es mehrere gäbe, denn die Bauern sind dazu gezwungen, ständig an ihre Selbstverteidigung zu denken", kommentiert Carlos Montemayor, anerkannter Experte in Sachen Guerrero, das Geschehen.

"Narcopoliticos"

und "Narcopolicia"

Nach Chiapas und Oaxaca ist Guerrero einer der mexikanischen Bundesstaaten mit dem größten Prozentsatz von Indígenas an der Bevölkerung. Ein guter Teil der etwa drei Millionen Guerrerenser sind Mixtecos, Tlapanecos, Amuzgos und Nahuas. Die meisten von ihnen überleben unter katastrophalen sozialen Bedingungen in den bis über dreitausend Meter hoch aufragenden Gebirgszügen der Sierra Madre, die den gesamten Bundesstaat durchziehen. Auf erodiertem, unfruchtbarem Land versuchen sie, den lebensnotwendigen Mais, Bohnen und etwas Gemüse anzubauen. Mehr steht meist nicht auf dem Speiseplan der Indígenas. Im Gegensatz zu Chiapas sind die Böden in Guerrero über weite Flächen hinweg fast unfruchtbar, weil es an Wasser mangelt und die Wälder in den letzten zweihundert Jahren abgeholzt wurden. Nur an der Pazifikküste sieht es etwas besser aus. Hier wird auf Plantagen Kaffee und Kokos angebaut. Außerdem ziehen sich an der Küste einige Badeorte entlang, die etwas Geld nach Guerrero bringen, vor allem natürlich das ehemals mondäne Strandbad Acapulco, das heute allerdings zu einer dreckigen, gewalttätigen Metropole des internationalen Drogenhandels verkommen ist.

Überhaupt zählt der Drogenhandel (narcotrafico) zu den wichtigsten Einnahmequellen in Guerrero. Produziert werden hauptsächlich Marihuana und Mohn für die Heroinherstellung. Aus Südamerika kommt außerdem Kokain, das über Guerrero in Richtung USA weitertransportiert wird. Es ist kein Geheimnis, daß wichtige Funktionäre der Staatspartei PRI, des Militärs und der Polizei an prominenter, wenn auch meist verdeckter Stelle im Drogenhandel mitmischen. Francisco Ruíz Massieu etwa, der bis 1993 Gouverneur in Guerrero war, mußte 1994 nach dem Mord an seinem Bruder, dem damaligen Generalsekretär der PRI, in die USA fliehen. Bis heute sind die Hintergründe des Mordes nicht aufgeklärt. Sicher ist aber, daß Francisco Ruíz Massieu während seiner Amtszeit in Guerrero Beträge in Höhe von mehreren Millionen Dollar, die aus dem

Drogenhandel stammen, auf schwarzen Konten in der Schweiz deponiert hat. Unerschrockene Bauern in den Bergdörfern bestätigen es jedem Besucher: Polizei und Militär sind in Guerrero die Schutzpatrone der Drogenproduzenten.

Wachsender Widerstand

Gegen die Korruption der Staatspartei PRI, die Manipulationen der Wahlergebnisse, die wachsende Armut und die kulturelle Diskriminierung der Indígenas, hat sich in Guerrero gerade in den letzten Jahren wachsender Widerstand entwickelt. Einerseits ist die linke Oppositionspartei PRD stärker geworden, andererseits sind eine Reihe von unabhängigen radikalen Campesino- und Indígenaorganisationen entstanden, so beispielsweise die OCSS, deren Mitglieder seit ihrer Gründung vor zwei Jahren permanent bedroht werden. Nach dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas Anfang 1994 schlug der knapp ein Jahr zuvor "gewählte" Gouverneur Rubén Figueroa Alcocer einen verschärften repressiven Kurs gegen die Opposition ein. Figueroa stellte einen Stab von Militärs und Aufstandsbekämpfungsexperten zusammen, die ihr blutiges Handwerk bei der Niederschlagung der Guerilla in den 70er Jahren gelernt hatten. Damals arbeiteten sie für seinen Vater Rubén Figueroa Figueroa, der Mitte der 70er Jahre ebenfalls Gouverneur Guerreros war. Zu ihnen zählen beispielsweise Alfredo Mendiola und der Brigadegeneral Mario Acosta Chaparro, die für die von ihnen begangenen grausamen Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Chaparro wurde vor einem Jahr auch beim Massaker in Aguas Blancas gesichtet.

Doch die Repressionspolitik führte nicht zum Ziel. Im Januar dieses Jahres kamen in Acapulco Vertreter zahlreicher Oppositionsorganisationen zusammen und gründeten die FAC-MLN, die "Breite Front für den Aufbau der Nationalen Befreiungsbewegung". Cuauthémoc Cár-denas von der PRD und Zapatista-Subcomandante Marcos schickten Grußworte. Eigentlich war die Idee einer MLN von den Zapatistas ausgegangen. Eine breite Bewegung gegen den Neoliberalismus und für den Sturz der Staatspartei sollte sie werden. Doch es stellte sich bald heraus, daß es vor allem die sogenannten "ultras" waren, die sich der FAC-MLN bemächtigten. Statt zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis wurde die FAC-MLN, etwas vereinfacht dargestellt, zur Koordination von Gruppen der radikalen, maoistisch oder marxistisch-leninistisch inspirierten Linken.

In Guerrero verfügen diese Gruppen über eine relativ breite soziale und politische Basis, und so wundert es nicht, daß das FAC-MLN in Guerrero besonders stark ist. Und es ist angesichts dieser Tatsache ebenfalls nicht verwunderlich, daß zwischen FAC-MLN und EZLN erhebliche Spannungen bestehen. Zwischen dem Bezug der Zapatistas auf Zivilgesellschaft und direkte Demokratie und den Forderungen der FAC-MLN nach einer Arbeiter- und Bauernregierung liegen Welten. Obwohl weder die EPR noch die FAC-MLN sich bisher öffentlich aufeinander bezogen haben, kann doch zweifelsfrei festgestellt werden, daß beide über eine ähnliche Programmatik verfügen und in den gleichen Regionen ihren organisatorischen Schwerpunkt haben.

"Mit Gedichten gewinnt man keine Kriege"

Auf einer Pressekonferenz der EPR am 7.8. wurde die Differenz zwischen EZLN und EPR deutlich: "Wir kämpfen um die Macht und werden nicht mit einer mörderischen Regierung verhandeln", erklärte EPR-Kommandant José Arturo mit deutlichen Seitenhieben auf die Zapatistas. Und für diejenigen, die es immer noch nicht verstanden hatten, fügte er hinzu: "Mit Gedichten gewinnt man keine Kriege." Subcomandante Marcos, der damit offensichtlich angegriffen wurde, hatte sich bereits in den Tagen nach dem 28.6. von der EPR distanziert und ihre Aktion in Aguas Blancas als "propagandistischen Hinterhalt" bezeichnet.

Welche Auswirkungen werden die militärischen Operationen der EPR haben? Eine der unmittelbaren Konsequenzen ist die fortschreitende Militarisierung des südlichen Mexikos. In Guerrero sollen in den letzten Wochen zu den bereits stationierten 5.000 Soldaten weitere 12.500 dazugekommen sein. Besonders betroffen von der Militarisierung sind auch potentielle Unruheregionen in anderen Bundesstaaten: die Sierra Negra in Puebla, die Huasteca in Veracruz - hier hielt die EPR ihre Pressekonferenz ab -, der Bundesstaat Oaxaca und selbst die Sierra Tarahumara im an die USA angrenzenden Chihuahua. In all den genannten Regionen werden schon seit längerer Zeit Guerillagruppen vermutet. Teilweise haben sie sich auch schon zu Wort gemeldet. So etwa die ELSS (Befreiungsarmee der südlichen Berge), die MPR (Revolutionäre Volksbewegung), die FAC (Geheime Streitkräfte), die PROCUP-Pdlp (Partei der revolutionären Arbeiter und Bauern Volksunion - Partei der Armen) und noch etliche mehr. Die Frage ist nur, wie stark und wie koordiniert diese Gruppen sind. Die

EPR behauptet, daß sich im Mai dieses Jahres 14 Guerillagruppen zusammengeschlossen hätten, um eine klandestin (geheim) arbeitende Partei aufzubauen, die Demokratische Revolutionäre Volkspartei (PDPR).

Die Militarisierung geht einher mit einer deutlichen Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Meist fährt die Armee mit ihren leichten Panzerwagen und LKWs unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels in die Berge, tatsächlich aber schüchtern die Soldaten die Zivilbevölkerung ein und versuchen, mögliche Operationsgebiete der sich entwickelnden Guerillaorganisationen auszumachen. Eine besorgniserregende Konsequenz der intensiven Militarisierung ist, daß Polizei und Militär immer enger zusammenarbeiten und sich ihre Aktivitäten vermischen. In Guerrero operiert beispielsweise bereits seit einiger Zeit die BOM (Brigada de Operaciones Múltiples), eine aus Armee und Polizeieinheiten zusammengesetzte Aufstandsbekämpfungsgruppe. So gerät nach und nach immer mehr politische Macht in die Hände der Kommandeure der Streitkräfte, sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Der ohnehin schwache Präsident Zedillo wird stetig abhängiger von der Unterstützung durch die Generäle - schlechte Voraussetzungen für die weitere politische Entwicklung Mexikos.

Das Auftreten der EPR auf der politischen Bühne könnte zum Stolperstein für den Dialogprozeß zwischen EZLN und Regierung in Chiapas werden. Einerseits stärkt die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft den Hardlinern innerhalb der Staatspartei und des Staatsapparates den Rücken, die die Zapatistas lieber heute als morgen ausräuchern wollen. Andererseits erschwert das Auftauchen der EPR den Prozeß der Einigung der mexikanischen Linken, den die EZLN konstant und vehement - aber bisher nicht sonderlich erfolgreich - anstrebt. Doch eine zersplitterte und verfeindete Linke wird nicht den Druck entfalten können, der notwendig ist, die PRI überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen, geschweige denn wirksamen Reformen, zu bewegen.

Die EZLN hat mittlerweile den Dialog mit der Regierung unterbrochen. Solange achtzehn angebliche Zapatistas nicht aus der Haft entlassen seien, könne er nicht fortgeführt werden, heißt es aus dem Lakandonen-Dschungel. Das "Klima der Verfolgung und militärischer und polizeilicher Bedrohung" in Chiapas müsse beendet werden. Doch dazu dürfte sich die Regierung angesichts der Zuspitzung der Lage kaum bereit erklären. Die Zeichen in Mexiko stehen auf Sturm.

Boris Kanzleiter, 4. 9. 1996

24. Guerillas in Guerrero. Kurze Geschichte des bewaffneten Widerstands in Guerrero

Kurze Geschichte des bewaffneten Widerstandes in Guerrero

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:13

Die Geschichte Guerreros ist geprägt von außerordentlicher politischer Gewalttätigkeit. In den Bergen Guerreros kämpften die revolutionären Unabhängigkeitskämpfer gegen die spanische Kolonialmacht (1810-1820). Der Bundesstaat war ein Zentrum des bewaffneten Wi-derstandes gegen die Diktatur des General Santa Anas (1854) und gegen die französische Intervention (1864-67). Und in Guerrero entwickelte sich während der Mexikanischen Revolution (1910-1919) ei-ne Bastion des Zapatismus.

In dieser Tradition des bewaffneten Widerstandes in Guerrero sieht sich auch die erst vor kurzem in Erscheinung getretene EPR (Revolutionäre Volksarmee): "Die Situation ist ähnlich wie die, die 1967 und 1968 die Kommandanten Lucio Cabañas Barrientos und Genaro Vázquez Rojas gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu den Waffen greifen ließ; diese Erfahrung, die gegenwärtige ungerechte Lage und der revolutionäre Geist, der sie beseelte, inspiriert von neuem den Kampf des mexikanischen Volkes." So begründete die EPR im "Manifest von Aguas Blancas", der ersten programmatischen Erklärung der neuen Guerilla, ihren Griff zur Waffe.

Lucio Cabañas Barrientos und Genaro Vázquez Rojas: nicht nur die EPR bezieht sich auf die beiden Begründer der Guerilla der 70er Jahre. In Guerrero ist das Konterfei der beiden Guerilleros auf jeder Bauerndemonstration und auf Plakaten in tausenden der aus Lehmziegeln gebauten Hütten im Gebirge der Sierra zu sehen. Dem obligatorischen Hochruf auf Emiliano Zapata folgt auf den Veranstaltungen der oppositionellen Bauernverbände in Guerrero immer auch ein "Genaro vive!" und "Cabañas vive!" Doch wer waren Lucio Cabañas und Genaro Vázquez?

Vorläufer der Guerilla

1959 feierten die kubanischen Guerilleros den Sturz der Batista-Diktatur. Im selben Jahr wurde in Guerrero von einer Handvoll Oppositioneller die Asociación Cívica Guerrerense (ACG) aus der Taufe gehoben. Die ACG sollte der Vorläufer der Guerillabewegung in Guerrero werden, doch bis es zum bewaffneten Kampf kam, verging noch ein Jahrzehnt. In Mexiko regierte damals Präsident Adolfo Ruíz Cortinez. Zu dieser Zeit zeigte das ökonomische Modell der Importsubstitution erste Krisensymptome. Eine breite Streikbewegung der Eisenbahner wurde blutig zerschlagen. Es gab kaum demokratische Spielräume, das Einparteiensystem der PRI (Partei der Institutionalierten Revolution) erdrückte jede Oppositionsregung und Guerrero wurde Ende der 50er Jahre mit harter Hand von Gouverneur Caballero Aburto beherrscht. Aber der ACG gelang es, die demokratischen Forderungen der Studenten mit den sozialen Forderungen der Kleinbauern zu einer breiten Bewegung zu bündeln, die 1960 die Absetzung des verhaßten Gouverneurs erreichte.

Doch jetzt schlug die Repressionsmaschine zu. Die Führungsmitglieder und Anhänger der ACG wurden in den folgenden Jahren Opfer von Folter, Mord und zahlreichen Anschlägen. Genaro Vázquez, die zentrale Führungspersönlichkeit der ACG, wurde von der PRI zum Desperado erklärt. Im November 1966 wurde er verhaftet und im Gefängnis von Iguala festgehalten. Ende der 60er Jahre radikalisierten sich auf internationaler Ebene die politischen Bewegungen der Linken. Auch in Guerrero diskutierten die Anhänger der ACG neue Strategien. Nach wie vor setzte die ACG auf die zivile politische Mobilisierung und nahm sogar an Kommunalwahlen teil. Aber um sich gegen die konstante Repressionspolitik der Regierung zur Wehr zu setzen, wurde der "Consejo de Autodefensa del Pueblo", der "Rat der Selbstverteidigung des Volkes", als bewaffnete Organisation der ACG aufgebaut.

Die Guerilla um Vázques

Am 22.4.1968 entschloß sich die ACG, ihr Führungsmitglied Genaro Vázquez aus dem Gefängnis zu befreien, nachdem dieser beinahe Opfer eines Attentates geworden war. Die ACG benannte sich in "Asociación Cívica Nacional Revolucionaria" (ACNR) um. In Mexiko-Stadt richtete das Militär am 2.10.1968 ein Massaker unter friedlich demonstrierenden Studenten an und ermordete mindestens 400 TeilnehmerInnen. Die Gruppe um

Genaro Vázquez sah keine andere Möglichkeit mehr, als im Untergrund und bewaffnet weiterzukämpfen. Als programmatische Forderungen formulierte die ACNR: "1. Sturz der Oligarchie, 2. Errichtung einer Regierung aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, 3. vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Mexikos und 4. eine neue soziale Ordnung zugunsten der Mehrheit der Arbeiter."

Bereits 1967 hatte sich Genaro Vázquez zum Ziel einer "demokratischen Revolution" bekannt, "die zum Sozialismus führt" und die die "nationale Befreiung Mexikos" aus den Händen des US-Imperialismus ermöglichen sollte. Die Absicht der Gruppe um Vázquez war es zunächst, bewaffnete Aktionen kleiner Gruppen durchzuführen, um "das Bewußtsein des Volkes zu wecken." Schließlich sollte der bewaffnete Volkskrieg einer ländlichen und städtischen Guerilla zum Ziel führen.

In den folgenden Monaten überfielen Kommandos der ACNR Banken und entführten Repräsentanten von Regierungsinstitutionen. Die Guerilleros erreichten damit u.a. die Freilassung einer Reihe politischer Gefangener, die anschließend nach Kuba emigrieren konnten. Während die ACG noch über beträchtlichen Masseneinfluß verfügte, isolierte sich die ACNR mit ihren bewaffneten Aktionen zunehmend. Das Militär durchkämmte die Berge der Sierra auf der Suche nach den Guerilleros und verhaftete, folterte und ermordete hunderte von Sympathisanten der ACNR. Im Februar 1972 starb Genaro Vázquez bei einem Autounfall während einer Verfolgungsjagd, die ACNR wurde weitgehend zerschlagen.

Lucio Cabañas, ein Dorflehrer aus Atoyac de Alvarez, einer Kreisstadt etwa hundert Kilometer nördlich von Acapulco, konnte sich mit seiner Guerillagruppe noch zwei Jahre länger halten. Er führte in den 60er Jahren eine Reihe von zivilen Oppositionsbewegungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Kleinbauern in Guerrero an. Auch seine Gruppe wurde durch die Repressionspolitik der Regierung in den Untergrund und zum Guerillakampf gezwungen. Am 18.5.1967 eröffnete das Militär das Feuer auf eine friedliche Kundgebung in Atoyac, die von Lucio Cabañas organisiert worden war. Sieben Demonstranten starben im Kugelhagel, 20 wurden verletzt. Cabañas konnte flüchten und sich im Gebirge verstecken.

Die "Partei der Armen"

In den folgenden Monaten begann er, mit einigen Mitstreitern eine bewaffnete Guerillagruppe aufzubauen, die sich "Partei der Armen" (PDLP) nannte und Anfang der 70er Jahre etwa 400 bewaffnete Mitglieder zählte. In den Jahren zwischen 1967 und 1974 entführte die PDLP eine Reihe von Regierungsvertretern und örtlichen Grundbesitzern, verübte mehrere Banküberfälle und unternahm Angriffe auf Militärkonvois. Die spektakulärste ihrer Aktionen war gleichzeitig auch die letzte. 1974 kidnappte die Gruppe den PRI-Gouverneurskandidaten Rubén Figueroa Figueroa. Sie forderte die Freilassung von politischen Gefangenen, Lösegeld, Waffen, die Veröffentlichung revolutionärer Propaganda in den Medien und die Schlichtung verschiedener Streiks und Landkonflikte. Doch das Militär konnte Figueroa befreien und die Guerilla um Lucio Cabañas zerschlagen.

Beide Guerillagruppen entstanden aus zivilen Bewegungen, verfügten über ein beträchtliches politisches Gewicht und konnten auf die Unterstützung durch einige hundert Aktivisten zählen. Viele tausend Bauern und Studenten sympathisierten mit der Guerilla in Guerrero. Die Repressionspolitik des Staates zielte einerseits auf die zivilen Oppositionsorganisationen, um die Guerilla politisch zu isolieren und andererseits auf die Zerschlagung der bewaffneten Gruppen selbst. 16.000 Bundessoldaten waren damals mit Unterstützung US-amerikanischer Experten im Einsatz. In der ersten Hälfte der 70er Jahre sollen in Guerrero mindestens 400 Menschen von Polizei und Militär ermordet worden sein. Zeitzeugen berichten, daß viele Leichen mit Hubschraubern über dem Pazifik abgeworfen wurden. Tausende wurden inhaftiert und gefoltert.

Als Rubén Figueroa Figueroa nach der Entführung 1974 Gouverneur wurde, baute er einen brutal arbeitenden Militär- und Polizeiapparat auf, der die Neuformierung von Guerillagruppen in Guerrero ersticken sollte. Das gelang ihm aber nicht vollständig. Seit dem Tod Genaro Vázquez und Lucio Cabañas operierten in Guerrero zwar offiziell keine bewaffneten Gruppen mehr - abgesehen von einem zersplitterten Rest der PDLP, der sich mit der PROCUP fusionierte -, aber einige Bauernorganisationen schufen sich bewaffnete Selbstverteidigungskomitees gegen die Übergriffe von Polizei, Militär und Weißen Garden. Guerrero blieb der konfliktreichste Bundesstaat Mexikos, bis 1994 in Chiapas die EZLN den bewaffneten Aufstand wagte. Dies hatte Auswirkungen auf Guerrero, wo die Bauernorganisationen an Stärke gewannen und sich radikalisierten. Sichtbarer Ausdruck dessen ist das Auftauchen der EPR (siehe Artikel "Bewaffneter Volkskrieg in Mexiko?" in dieser Ausgabe).

Die EPR stellt sich zwar in die Tradition von Genaro Vázques und Lucio Cabañas, dennoch besteht ein großer Unterschied zu den Guerilleros der 70er Jahre: jene traten ohne militärische Erfahrung und Vorbereitung in den bewaffneten Kampf. Sie hatten die Hoffnung auf eine schnelle Revolution, der nur der Zündfunke zu fehlen schien, wie das kubanische Beispiel demonstrierte. Die EPR-Aktivisten haben sich hingegen für die Guerilla entschieden, obwohl die Auseinandersetzungen seit Ende der 60er Jahre in Guerrero weit über tausend Todesopfer gefordert haben und die Erfahrungen mit dem bewaffneten Kampf in Zentralamerika nicht gerade ermutigend sind. Die EPR weiß um die tödliche Konsequenz, die der bewaffnete Kampf in den letzten dreißig Jahren für zehntausende Bauern in Zentralamerika hatte. Genaro Vázquez Solís, der Sohn des damaligen Anführers der ACNR, bemerkte kürzlich zu Recht: "Guerrero unterscheidet sich stark von Chiapas. Wenn es hier eine Guerilla gäbe, wäre sie viel gewalttätiger, und das hätte viel tiefere Konsequenzen für die Nation. Hier hat das Volk bereits Erfahrungen mit dem Krieg. Es gäbe hier einen wirklichen Guerillakrieg."

Boris Kanzleiter, 4.9.1996

25. Libanon nach dem Bürgerkrieg. Teil 2: Vom Taef-Abkommen zu den Parlamentswahlen 1992

Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:15

Im ersten Teil wurde geschildert, wie die formale staatliche Autorität in zwei konkurrierende Regierungen zerfiel. Die Versuche einer Kommission der Arabischen Liga, die Einheit des Libanon wiederherzustellen, führten schließlich zu einem Abkommen zur Befriedung des Landes, das die libanesischen Parlamentarier im saudi-arabischen Ort Taef unterzeichneten. Die Durchsetzung der Beschlüsse von Taef schien den Sturz der Regierung unter General Michel Aoun vorauszusetzen, die das Abkommen strikt ablehnte. Die Entmachtung Aouns erfolgte im Oktober 1990 durch eine Offensive syrischer und einiger libanesischer Militäreinheiten.

Mit der Ratifizierung des Taef-Abkommens und den entsprechenden Verfassungsänderungen begann die Sechs-Monatsfrist, innerhalb derer sich die "libanesischen und nicht-libanesischen" Milizen (1) aufzulösen und ihre Waffen der libanesischen Armee zu übergeben hatten.

Nach dem Sturz General Aouns im Oktober 1990 war die Regierung in der Lage, einen Sicherheitsplan für den Großraum Beirut zu präsentieren, der mit der Kommission der Arabischen Liga und dem syrischen Präsidenten Assad abgesprochen war. 8000 libanesische und 20.000 syrische Soldaten standen bereit, diesen Plan durchzusetzen. (2)

Rückzug der Milizen aus Groß-Beirut

Von dem Sicherheitsplan für Groß-Beirut waren insbesondere Amal, Hizbullah, die Sozialistische Fortschrittspartei (PSP) und mit ihr verbündete palästinensische Organisationen sowie die Forces Libanaises (FL) betroffen. Die Kommunistische Partei Libanon, die das Taef-Abkommen vorbehaltlos unterstützte, hatte schon Ende 1989 damit begonnen, ihre Basen in der Hauptstadt zu entmilitarisieren.

Alle libanesischen Organisationen waren vor die Alternative gestellt, ihre Waffen und Kämpfer aus Beirut abzuziehen, dafür aber eventuell mit einer Beteiligung an der Regierungsmacht kompensiert zu werden oder aber sich auf eine Schlacht mit der syrischen Armee einzulassen.

Bis Mitte November 1990 hatten Amal, Hizbullah und die PSP schwere Waffen und einige Kämpfer aus Groß-Beirut abgezogen. (3) Auch die größte und am besten ausgerüstete Miliz, die Forces Libanaises (4), wollte keine Schlacht mit der syrischen Armee riskieren. Anfang Dezember hatten auch sie ihren Rückzug aus Groß-Beirut abgeschlossen und den Beiruter Hafen der Armee übergeben.

Alle Checkpoints und Zollstationen wurden von der libanesischen und syrischen Armee übernommen. Die leichten Waffen waren den Organisationen geblieben, durften aber nicht auf der Straße getragen werden. Ein Teil der mittelschweren Waffen und Munition war vermutlich versteckt worden. Die Kämpfer tauschten ihre Uniformen gegen zivile Kleidung, viele von ihnen blieben in der Stadt. Auf 350 Quadratkilometern hatte der Staat Ende 1990 seine noch schwache Autorität wiederhergestellt.

Das Kabinett der nationalen Versöhnung

Die nächste Aufgabe der Regierung bestand darin, das Kabinett zu erweitern, die Zahl der Parlamentsabgeordneten auf 108 zu erhöhen und die Ausbreitung der Armee über Groß-Beirut hinaus fortzusetzen.

Im Dezember stellte Omar Karameh ein neues Kabinett mit 30 Ministern zusammen. Vertreten waren darin traditionelle politische Führer und die Repräsentanten der wichtigsten Milizen (5), ausgenommen Hizbullah und KPL. Nicht berücksichtigt wurden ferner diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die sich während des Krieges bemüht hatten, eine neutrale oder auf Dialog orientierte Haltung zu bewahren, wie z.B. die Gewerkschaften.

Im Juni 1991 ernannte der Ministerrat 40 Parlamentsabgeordnete, um ihre Zahl auf 108 zu erhöhen und die vakant gewordenen und neuen Sitze im Parlament gemäß dem Taef-Abkommen paritätisch auf Muslime und Christen verteilen zu können. Die Zusammensetzung der ernannten Abgeordneten entsprach der des Kabinetts: Mitglieder der FL und der Kataeb sowie der PSP, Amal, der Syrisch-Nationalen-Sozialen Partei (SNSP) und der Baath-Partei überwogen. Eine Generalamnestie für Kriegsverbrechen unterstützte den Schritt

der Milizionäre ins zivile Leben. (6) Fünf Abgeordnete übernahmen die Positionen von Verwandten, was der Einführung eines Erbrechts auf politische Mandate gleich kam. (7)

Die Prozedur der Ernennung und der politische Hintergrund der Abgeordneten und der Minister waren nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsorgane zu heben, so sehr diese auch nach einem funktionierenden Staatswesen verlangte.

Selbstentwaffnung der Milizen

Im Februar 1991 rückten Armeeheiten in den Süden vor. Im März erklärte die Regierung alle bewaffneten Organisationen für aufgelöst und gab ihnen einen Monat Zeit, die schweren und mittleren Waffen an die Armee abzugeben. Jeder Person, die nach diesem Zeitpunkt noch illegal Waffen tragen sollte, wurde mit Gefängnisstrafen von fünf Jahren bis lebenslänglich gedroht. Das Eintreiben von Zöllen und Steuern wurde verboten.

20.000 libanesische Milizionäre sollten in die reguläre Armee aufgenommen werden. Hiermit sollten zum einen soziale Probleme, die sich mit der Auflösung der Milizen ergaben, abgeschwächt werden, zum anderen konnte so der Armee zu neuen Rekruten verholfen werden.

Syrien und die USA gaben den Milizenführern in zahlreichen Treffen ihre Unterstützung für den Entwaffnungsplan zu verstehen. Keine Organisation hätte bei einer Weigerung, die Waffen abzugeben, auf Rückendeckung hoffen können. Ohne die Einnahme von Steuern und Zöllen waren die Milizen ohnehin nicht mehr in der Lage, ihre Apparate auf Dauer zu finanzieren. (8)

Die FL verschifften einen Teil ihrer Waffen in den von Israel besetzten Süden. Waffenbestände im Wert von 280 Millionen US-Dollar verkauften sie nach Armenien, den Südsudan und Somalia. (9) Die PSP und einige kleinere Milizen übergaben ihre Waffen der syrischen Armee.

Wesentliche Widersprüche gab es und gibt es bis heute um die Waffen des Widerstandes gegen die israelische Besatzung im Süden des Landes. Während Hizbullah und Amal ihre bewaffnete Präsenz im Süden als legitimen Befreiungskampf behaupten konnten, stieg der Druck gegen die palästinensischen Organisationen, die militärische Basen in der Nähe der Flüchtlingslager bei Saida und Sur unterhielten.

Entwaffnung der palästinensischen Organisationen

Die PLO erklärte ihre Unterstützung für die Wiederherstellung der libanesischen Staatsautorität und forderte ein Abkommen mit dem libanesischen Staat über die zukünftige palästinensische Präsenz, das das Recht auf den Befreiungskampf vom libanesischen Boden aus, Bewaffnung zum Schutz der Lager vor Überfällen sowie die Klärung sozialer Fragen beinhalten sollte. Dieser Forderung wurde nicht entsprochen, doch gaben der Regierungsbeauftragten Mohsen Ibrahim und Minister Mohsen Dallul den palästinensischen Organisationen zu verstehen, daß eine Entwaffnung nicht in Frage käme, solange der Südlibanon durch israelische Truppen besetzt bliebe. Präsident Hrawi und Verteidigungsminister Murr sprachen sich dagegen vehement für eine Entwaffnung der palästinensischen Organisationen aus.

Widersprüchlich blieben auch die Anweisungen der PLO-Führung, deren Hauptinteresse der Intifada in Palästina galt und für die die Belange der PalästinenserInnen im Libanon zweitrangig geworden waren: Vor dem geplanten Einmarsch der Armee in die Region Saida gab sie Order, die Ausbreitung der Armee nicht zu behindern, die palästinensischen Militärbasen aber weiterhin zu behalten. Während PLO-Vertreter Wehbe vor Ort erklärte, die Waffen erst abzuliefern, wenn es ein Abkommen mit der libanesischen Regierung gäbe, begannen andere Arafat-loyale Kräfte mit dem Abbau ihrer an der Frontlinie zum besetzten Streifen gelegenen Positionen.

So gab es am 1. Juli 1991, dem Tag des Vorrückens der libanesischen Armee, palästinensische Einheiten, die sich und ihre Waffen kampflos der Armee übergaben und andere, die bewaffneten Widerstand leisteten.

Nach drei Tagen gelang es der Armee, die palästinensischen Kräfte in den Lagern Ain al-Heluah und Mieh-Mieh einzukreisen. Die Basen außerhalb der Lager wurden von der Armee geräumt und über 500 Kämpfer festgenommen. (10) Auch ein Teil der Waffen, die sich in den Lagern befanden, mußten an die Armee übergeben werden. Die Flüchtlingslager bei Sur wurden zehn Tage später von der Armee umzingelt, schwere und mittelschwere Waffen nach einer einwöchigen Belagerung kampflos abgegeben.

Die Forderungen nach Absicherung von zivilen und sozialen Rechten der palästinensischen Bevölkerung im Libanon blieben bis heute unberücksichtigt.

Ökonomische Talfahrt

Ab Sommer 1991 waren die Checkpoints der Milizen von den Straßen verschwunden. (11) Noch immer gab es viele Kontrollpunkte, diese waren aber nunmehr von der libanesischen oder syrischen Armee besetzt. Bei Razzien wurde eine Reihe von Waffenverstecken ausgehoben. Großangelegte Verkehrskontrollen, bei denen jedes militärisch aussehende Objekt konfisziert wurde, schränkten das Mitführen von Pistolen, Revolvern und Kleinkalibergewehren "zum persönlichen Schutz" drastisch ein, obwohl die Regierung ein generelles Verbot von leichten Waffen nicht hatte durchsetzen können.

Alle ausländischen Geiseln wurden bis zum Sommer 1992 durch syrische und iranische Vermittlung freigelassen. Die Freilassung der Geiseln stellte eine Vorbedingung für die Bereitstellung von westlichen Hilfsgeldern für den Wiederaufbau des Landes dar. (12)

Die ökonomische Entwicklung hatte unter der Regierung Karameh einen Tiefpunkt erreicht. Im Februar 1992 erklärte die Zentralbank, die Libanesische Lira nicht mehr stützen zu können. Der Wert der Lira fiel drastisch, was sich direkt auf das Preisniveau und damit auf die Lebensbedingungen auswirkte, da etwa 80% des libanesischen Konsums durch Importwaren gedeckt wurden. Die von der Regierung beschlossene Anhebung des Lohnniveaus war damit real wertlos geworden. (13)

Zahlreiche Streiks, darunter ein dreitägiger Generalstreik, wurden in allen Teilen des Landes durchgeführt. Demonstranten demolierten Banken, Wechselstuben und Geschäfte, die dem Streikaufruf nicht gefolgt waren. Ministerpräsident Karameh mußte zurücktreten, an seine Stelle trat Raschid as-Sulh, dessen Regierung die ökonomische Krise jedoch nicht aufhalten konnte.

Eine Wende zeichnete sich erst nach den Parlamentswahlen im August 1992 ab.

Die Parlamentswahlen von 1992

Die öffentliche Debatte um die Abhaltung von Parlamentswahlen war aufs engste verknüpft mit der Diskussion um den Rückzug der syrischen Truppen.

Laut Taef-Abkommen sollte sich die syrische Armee nach einer Frist von zwei Jahren, gerechnet ab der Ratifizierung des Taef-Abkommens, der Wahl des Staatspräsidenten und nach Aufnahme der politischen Reformen in die Verfassung, in die Beqaa zurückziehen. Diese Frist lief im September 1992 ab.

Der in der Zwischenzeit abgeschlossenen syrisch-libanesische "Bruderschaftsvertrag" vom 22.5.1991 las sich anders. (14) Er legte fest, daß beide Regierungen erst nach Ablauf der Frist über den Rückzug entscheiden sollten. Damit war der syrische Abzug aus Groß-Beirut und anderen Teilen des Landes auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Dies bildete den zentralen Punkt, an dem sich eine Opposition gegen die Abhaltung von Wahlen formierte. Die Opposition, bestehend aus den Forces Libanaises, der National-Liberalen Partei, AnhängerInnen des im Exil befindlichen General Aoun, dem maronitischen Patriarchen Sfeir und der Kataeb, die nicht in Widerspruch mit dem Trend im maronitischen Lager geraten wollte, vertrat die Auffassung, es könne keine freien Wahlen geben, solange sich ausländische Armeen im Land befänden.

Tatsächlich hätte es in dieser Situation keine offen anti-syrisch auftretende KandidatInnen gegeben, und die Opposition befürchtete, daß der syrische Rückzug mit einem unter syrischer Kontrolle gewählten Parlament nicht allzubald stattfinden würde.

Aber auch andere, nicht nur maronitische Politiker machten Bedenken geltend. Das im Juli verabschiedete Wahlgesetz schien vielen unausgewogen zu sein. Die Anhebung der Zahl der Sitze von 108 auf 128 und die Einteilung des Landes in sehr unterschiedlich große Wahlbezirke begünstigte einige Kandidaten und benachteiligte andere. Die WählerInnenlisten waren veraltet. Das führte später zu einem von vielen Karikaturisten aufgegriffenen Phänomen: Tote gaben ihre Stimme ab!

Die Regierung setzte die Wahlen - die ersten seit 1972 - gegen alle Proteste durch. Sie fanden an drei Sonntagen (15) statt, an denen die Opposition zu Generalstreiks aufrief. In überwiegend christlichen Gebieten

wurde dieser eingehalten, die Wahlbeteiligung lag dort zwischen 0,7% und 20% In den muslimischen und gemischten Gebieten betrug sie zwischen 16% und 50%. (16) Insgesamt gab es für die 128 Sitze 628 KandidatInnen, von denen die Kandidaten Amals und Hizbullahs besonderen Erfolg hatten. Die geringe Wahlbeteiligung war nicht nur auf den Boykott zurückzuführen. Die Tatsache, daß WählerInnen in der Regel in ihren Geburtsorten wählen müssen, verhinderte eine starke Beteiligung, außerdem war ein großer Teil der Wahlberechtigten aufgrund des Krieges emigriert.

Manipulationen und Fälschungen gab es zweifellos, u.a. wurden im Namen nicht anwesender Personen Stimmen abgegeben, Wahlurnen unversiegelt transportiert oder Stimmen ganzer Familien gegen Bargeld gekauft. Ob sie sich wesentlich auf das Wahlergebnis auswirkten, ist eher fraglich.

Im Oktober wählte das neue Parlament den Amal-Chef Nabih Berri zu seinem Präsidenten; zum Ministerpräsidenten wurde der Unternehmer Rafiq al-Hariri ernannt.

Hoffnungsträger Hariri

Der neue Premier stammte weder aus einer der traditionellen Notabeln-Familien wie Omar Karameh, noch hatte er sich im Bürgerkrieg einen Namen gemacht. Aus Saida stammend, in einfachen Familienverhältnissen aufgewachsen, hatte er es in Saudi-Arabien zu einem Vermögen gebracht. Bekannt über Saida hinaus wurde er in erster Linie durch die "Hariri Foundation", seine private Stiftung, die an tausende libanesischer StudentInnen Stipendien für das In- und Ausland vergab. Daß die Bevölkerung diesen Mann, dessen Privatvermögen etwa dem fünffachen des Staatshaushaltes entsprach, für kompetent hielt, die ökonomische Krise in den Griff zu bekommen, zeigte sich deutlich an dem schon vor seiner Ernennung einsetzenden Ansturm auf die Banken. Dort tauschten die LibanesInnen ihre Dollarnoten in Lira um, deren Kurs erst rapide, dann langsam, aber stetig stieg.

In sein Kabinett nahm er die zu parlamentarischen Politikern gewandelten ehemaligen Milizenführer auf, besetzte aber die wichtigsten wirtschaftlichen Ressorts mit Leuten seiner Wahl, einige von ihnen Angestellte seiner Unternehmensgruppe.

Auch in diesem Teil der Welt schien einer Mehrheit der Weg aus der Krise nur noch über eine rein marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik möglich.

In Teil 3:

Probleme des Wiederaufbaus -

Wirtschaftsplan Horizon 2000.

26. "Arafat ist unsere Identität". Vorabdruck aus "Yassir Arafat - Vom Guerillkämpfer zum Staatsmann" von Danny Rubinstein

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:14

Unumstritten war Yassir Arafat zu keinem Zeitpunkt seiner politischen Tätigkeit: Staatsfeind Nr. 1 in Israel, mit Mordanschlägen verfolgt von arabischen "Brüdern", scharfer Kritik ausgesetzt auch in der palästinensischen Gesellschaft und ihren Organisationen, hat er dennoch alle Krisen und Anschläge auch politisch überlebt. Der israelische Publizist Danny Rubinstein unternimmt in seiner Studie über Arafats Weg vom Guerillakämpfer zum Staatsmann den Versuch, "die scheinbar mysteriöse und widersprüchliche Persönlichkeit Yassir Arafats offenzulegen." Wir publizieren als Vorabdruck aus dieser Studie das Kapitel, in dem Rubinstein seine These "Arafats Hauptfunktion ist diejenige eines Symbols" entfaltet.

Danny Rubinstein, 1937 in Jerusalem geboren, studierte an der dortigen Universität Soziologie sowie Geschichte und Sprachen der arabischen Welt. Seit dreißig Jahren schreibt er als Journalist über den israelisch-palästinensischen Konflikt, von 1968 bis 1988 für die Gewerkschaftszeitung "Davar", seit 1989 für die angesehene Tageszeitung "Haaretz".

VORSPANN ZU 14.txt

Unumstritten war Yassir Arafat zu keinem Zeitpunkt seiner politischen Tätigkeit: Staatsfeind Nr. 1 in Israel, mit Mordanschlägen verfolgt von arabischen "Brüdern", scharfer Kritik ausgesetzt auch in der palästinensischen Gesellschaft und ihren Organisationen, hat er dennoch alle Krisen und Anschläge auch politisch überlebt. Der israelische Publizist Danny Rubinstein unternimmt in seiner Studie über Arafats Weg vom Guerillakämpfer zum Staatsmann den Versuch, "die scheinbar mysteriöse und widersprüchliche Persönlichkeit Yassir Arafats offenzulegen." Wir publizieren als Vorabdruck aus dieser Studie das Kapitel, in dem Rubinstein seine These "Arafats Hauptfunktion ist diejenige eines Symbols" entfaltet.

Danny Rubinstein, 1937 in Jerusalem geboren, studierte an der dortigen Universität Soziologie sowie Geschichte und Sprachen der arabischen Welt. Seit dreißig Jahren schreibt er als Journalist über den israelisch-palästinensischen Konflikt, von 1968 bis 1988 für die Gewerkschaftszeitung "Davar", seit 1989 für die angesehene Tageszeitung "Haaretz".

NEUFASSUNG DES 1. ABSATZES VON 14.txt

Yassir Arafat hat das Leid und die Bedürfnisse der palästinensischen Öffentlichkeit in der Phase nach der demütigenden Niederlage von 1948 treffend und konsequent verkörpert. Und genau darin liegt der Schlüssel zu seinem Erfolg. Eine Reihe von Eigenschaften, die fester Bestandteil seiner Persönlichkeit sind, haben ihn zu einem Mythos gemacht und die Schattenseiten seiner Person in den Hintergrund gedrängt.

Yassir Arafat hat das Leid und die Bedürfnisse der palästinensischen Öffentlichkeit in der Phase nach der demütigenden Niederlage von 1948 treffend und konsequent verkörpert. Und genau darin liegt der Schlüssel zu seinem Erfolg. Eine Reihe von Eigenschaften, die fester Bestandteil seiner Persönlichkeit sind, haben ihn zu einem Mythos gemacht und die Schattenseiten seiner Person in den Hintergrund gedrängt.

Der Verlust von Boden und Heimat, von Achtung und Identität wurde von den Palästinensern in den fünfziger Jahren als unerträgliche Demütigung empfunden. Vertrieben aus dem "verlorenen Paradies", wie der palästinensische Historiker Araf al-Araf es nannte, wurden sie in alle Himmelsrichtungen versprengt. Nur eine Minderheit blieb im Staat Israel zurück, wo ihr eine militärische Verwaltung aufgezwungen und ihre Bürgerrechte beschnitten wurden. Die übrigen Palästinenser unterwarfen sich der Staatsgewalt benachbarter arabischer Länder: Jordanien herrschte über das Westjordanland, Ägypten über den Gazastreifen. Hunderttausende wurden in vorläufigen Flüchtlingslagern im Libanon und in Syrien untergebracht.

Der Schmerz über den Verlust der Herrschaft über das eigene Land nahm noch zu, als Israel 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen eroberte und die palästinensische Bevölkerung zu Untertanen einer fremden, repressiven Militärherrschaft machte. Das gemeinsame Leid einte die verschiedenen Schichten des

auseinandergerissenen Volkes in einem Punkt, setzte ihnen ein konkretes, gemeinsames Ziel: die Rückkehr in die Heimat. Dies bedeutete nicht nur im wörtlichen Sinne die Heimkehr zu einem bestimmten Haus in Haifa oder zu einem Orangenhain in Jaffa, sondern ein Zurück zu einem Leben als Herren des eigenen Schicksals, ein Ende der Existenz als "Volk des Nirgendwo", die Wiedererlangung der Souveränität über den Ort, an dem man lebte. Es hieß, einen Platz auf der Landkarte, einen Platz in der Geschichte zu haben.

Symbolfigur

Viele Palästinenser hatten das Gefühl, "von einer Person in eine Situation" verwandelt worden zu sein. Von Individuen mit Namen und sozialem Status waren sie als Kollektiv zu einem unbestimmten, allgemeinen Begriff geworden. Man nahm sie weniger als Menschen denn als "Problem" wahr. Ein Mann ohne Heimat war nicht mehr ein gewisser Abu Daoud aus dem Dorf Mansoura in Galiläa oder Abu Ahmed aus Breir im Süden, sondern ein problematischer "Flüchtling" im Gazastreifen, ein lästiger "Palästinenser" im Libanon oder ein "dauerhaft Ortsansässiger", der sich den israelischen Behörden im Westjordanland widersetzte. Die Identität des einzelnen schien ausgelöscht. "Geh' mal schnell zum Einkaufen in den Palästinenserladen", baten Eltern in Damaskus, Kuwait oder Beirut ihre Kinder; "der Palästinenser" hatte weder Namen noch Gesicht. In den Augen der Exilanten fanden ihr Leid und die "Palästinensische Frage" in ihrem arabischen Umfeld nicht das Echo oder die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt hätten. Die Not des palästinensischen Volkes bedurfte einer repräsentativen Symbolfigur.

Yassir Arafat hat diese Rolle mit beachtlichem Erfolg übernommen. "Die PLO ist unsere Heimat, Abu Ammar unsere Identität", lautete in den siebziger und achtziger Jahren eine bekannte Parole unter den Palästinensern. Die Frage, wie Arafat seine Ziele erreichte und welche Mittel er dazu wählte, war von untergeordneter Bedeutung. Seine Übertreibungen und Erfindungen waren nicht von Belang, solange sie dem verfolgten Zweck zuarbeiteten. Der Einsatz terroristischer Methoden, seine Theatralik und seine absurde Metaphorik fielen in erster Linie außenstehenden Beobachtern, ausländischen Politikern sowie einer ablehnenden Öffentlichkeit im Westen und in Israel auf. Die palästinensische Bevölkerung und, bedingt, auch die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern ließen sich von dem neuen Mythos um die Person Arafats gefangennehmen.

Wenn Arafat Bezüge zur Vergangenheit herstellt, verbindet er das Leid der Palästinenser mit dem Mythos von der Not der Unterdrückten. "Wußten Sie, daß auch Spartakus Palästinenser war?", fragte der PLO-Vorsitzende einmal einen Interviewpartner, womit er offenbar eine historische Kontinuität zwischen den vor 2000 Jahren gegen Rom aufbegehrenden Sklaven und den Palästinensern andeuten wollte, die sich in den besetzten Gebieten gegen Israel zur Wehr setzten. Eine weitere bekannte Opferfigur, Jesus von Nazareth, bezeichnet der Palästinenserführer gelegentlich als den "palästinensischen Messias".

Als Held der palästinensischen Nationalmythologie konnte sich Arafat bei der Auslegung vergangener und gegenwärtiger Ereignisse große Freiheiten herausnehmen. Die palästinensische Geschichte ist vom Kampf gegen jene fremde und tyrannische zionistische Macht geprägt, welche die Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben hat. Der Vermittlung dieser Botschaft dienten alle Übertreibungen und Mißdeutungen, mit denen Arafat im Bewußtsein der Palästinenser sein Bild des Feindes zeichnete. Natürlich mußte am Parlamentsgebäude dieses zionistischen Israels eine Landkarte hängen, auf der die Israelis ihre Eroberungsgelüste vom Nil in Ägypten bis zum Euphrat im Irak verrieten. Selbstverständlich gab es diese Karte, und das nicht nur nach Ansicht vieler Palästinenser - die gesamte arabische Welt ist davon überzeugt, daß es sich dabei nicht um eine Erfindung, sondern um eine verbürgte Tatsache handelt.

Arafats Ideal-Jude

Dem Übel des Zionismus mit seinen expansionistischen Ambitionen setzte der Palästinenserführer das Idealbild des antizionistischen religiösen Juden entgegen. Diesem entspricht Rabbi Moshe Hirsch von der ultraorthodoxen Neturei Karta, der zum Bruder und Partner Arafats beim Entwurf der Vision eines demokratischen Palästinenserstaates wurde, in dem Angehörige aller Religionen in Gleichheit und Harmonie würden leben können. In der Realität gilt Rabbi Moshe Hirsch seinen israelischen Landsleuten als politische Witzfigur. Unter Palästinensern und arabischen Muslimen hingegen wurde er lange als Inbegriff des idealen Juden angesehen. Mit ihm und seinesgleichen hätte man in Frieden leben können, da er sich in Ermangelung jedweden nationalpolitischen Ehrgeizes notfalls auch damit zufrieden gäbe, Angehöriger einer offiziell geduldeten religiösen Minderheit innerhalb eines arabischen Staates zu sein.

Als der PLO-Vorsitzende dem Rabbi in einer symbolischen Geste einen Ministerposten im palästinensischen Kabinett anbot, faßte man dies in Israel als einen weiteren kindischen Scherz eines unseriösen Politikers auf. Die Palästinenser aber zuckten nicht einmal mit der Wimper. Den Treueeid des Rabbi hängte Arafat sogar in seinem Büro in Gaza an die Wand. Kein einziger Palästinenser hatte irgend etwas dagegen einzuwenden, und niemand forderte den Vorsitzenden auf, die eigenartige Beziehung zu dieser seltsamen Person zu beenden.

Die beiden Beispiele - das Märchen von der "Landkarte" an der Knesset und die Freundschaft zu Rabbi Moshe Hirsch -, sind für Arafats Verhalten in der Tat bezeichnend. Stets geht es ihm darum, die palästinensische Revolution, deren Dreh- und Angelpunkt er ist, zu legitimieren. Für ihn und für die palästinensische Öffentlichkeit verdeutlichen diese Beispiele, wo der Gegner zu suchen ist und warum man ihn bekämpfen muß, und wer als Freund und Verbündeter gelten kann.

Das Bild Yassir Arafats als eines Teils des palästinensischen Nationalmythos dient einem klar definierten Zweck: Es wurde von ihm und seinem Umfeld als Katalysator für die Mobilisierung des Volkes zum politischen Engagement geschaffen. Ein Mythos ist nicht unbedingt mit einer Lüge gleichzusetzen; er beruht auf einer Reihe von Tatsachen, die angepaßt, erweitert und zusammengefaßt werden. Arafats Lebenslauf, seine persönlichen Eigenheiten und seine tatsächlichen Leistungen sind im Dienste der palästinensischen Sache verwertet worden. Sein jahrelanges Junggesellendasein, sein Äußeres, seine Tatkraft, seine militärische Vergangenheit, seine fortwährende Wanderschaft als Heimatloser, sein nachgerade wunderbares Überleben, seine bescheidene Lebensführung - dies alles basiert auf Wahrheiten, die später umgegossen wurden, um sie dem Mythos vom "Mister Palästina" als der Verkörperung der Palästinensischen Frage dienstbar zu machen.

Moralische Überlegenheit

Als erster hat Arafat selbst - und mit ihm die Gründer der Al-Fatah - begonnen, an den so geschaffenen Mythos zu glauben. Sie empfanden sich als Prügelknaben der gesamten übrigen Welt, als Opfer ihrer Feinde, und das hieß vor allem, als Opfer Israels und des Westens, aber auch der arabischen Regierungen, die sie verraten hatten. Ihre tiefe Überzeugung von der Rechtmäßigkeit ihrer Sache gab ihnen und ihren Anhängern ein Gefühl moralischer Überlegenheit.

Die von Arafat verkörperte palästinensische Revolution war in ihren Augen so aufrichtig und über jeden Einwand erhaben, daß sie es sogar mit dem moralischen Anspruch des nach dem Holocaust an den europäischen Juden entstandenen jüdischen Staates aufnehmen konnte. Mit Blick auf den Libanonkrieg hat Arafat seinem wohlwollenden Biographen Alan Hart gegenüber geäußert: "Es entspricht eigentlich nicht meiner Art, die Israelis - oder: einige Israelis - mit den Nationalsozialisten zu vergleichen. So etwas führt meiner Ansicht nach zu nichts. [...] Trotzdem möchte ich Ihnen etwas sehr Persönliches anvertrauen. Wenn ich mir überlege [...], welche Feuerkraft die Israelis bei dem Versuch eingesetzt haben, mein schlecht bewaffnetes, ja weitgehend unbewaffnetes Flüchtlingsvolk zu beseitigen, das zudem das Recht auf seiner Seite hat, dann finde ich es durchaus gerechtfertigt zu behaupten, daß sich zumindest einige Israelis wie die Nazis aufgeführt haben."

Nach dieser Formel konnte Arafat den Juden vorhalten, die Besetzung fremder Gebiete und die Herrschaft über ein anderes Volk liefen der jüdischen Tradition, Geschichte und Moral zuwider. "Heute sind wir die Opfer", so der PLO-Chef immer wieder, wenn er über den Tod von Kindern, Säuglingen und Müttern während der Intifada sprach.

Der Mythos von den Opfern und von der moralischen Überlegenheit wurde von Arafat und seinen Anhängern nicht zuletzt gehegt und gepflegt, um in der arabischen Welt Schuldgefühle zu erzeugen. Stellvertretend für sein Volk hat der Palästinenserführer mehr als einmal erklärt: "Ich bin das Gewissen der arabischen Nation." Und als solches ist er der Inbegriff der Lauterkeit. Weder setzt er sein Vertrauen in die arabischen Staatsoberhäupter, noch bedarf er ihrer überhaupt. Er ist sich der Unterstützung durch die arabischen Massen gewiß, da diese die Rechtmäßigkeit der von ihm vertretenen Sache erkennen.

Selbstüberschätzung

Schon häufig sind Arafat und seine Mitstreiter zu Gefangenen des Mythos von ihrer eigenen moralischen Überlegenheit geworden und haben dadurch ihre Macht überschätzt und Fehler begangen, die sie teuer zu stehen kamen. Der Palästinenserführer war sich 1970 in Jordanien sicher, daß König Hussein niemals wagen

würde, der PLO, der Vertretung der gerechten palästinensischen Sache, den Krieg zu erklären. Die palästinensische Führung war davon überzeugt, daß die arabischen Massen in Jordanien und andernorts einen Militärschlag, welcher der Vertreibung der Organisation aus dem Königreich Jordanien dienen sollte, verhindern und jordanische Soldaten den Befehl zum Marsch gegen die Palästinenser verweigern würden. Infolge dieser Fehleinschätzung erlitten die Palästinenser eine empfindliche militärische Niederlage. Mehrere tausend von ihnen starben, die Infrastruktur der palästinensischen Bewegung in Jordanien wurde zerschlagen, und Arafat war gezwungen, im Libanon von neuem anzufangen.

Ebenso sicher war sich der Palästinenserführer, daß er als das "Gewissen der arabischen Nation" den ägyptischen Staatspräsidenten Sadat von der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Israel würde abhalten können. Auch hier irrte er. Fünfzehn Jahre später nahm er im Oslo-Abkommen von 1993 einen Plan für eine palästinensische Teilautonomie in den besetzten Gebieten an, die weit hinter dem zurückblieb, was er im Rahmen des 1978 in Camp David geschlossenen israelisch-ägyptischen Übereinkommens hätte durchsetzen können.

Und doch wurden Arafat diese Irrtümer verziehen, wie schon vorher Dutzende von gefälschten Meldungen von vermeintlichen Siegen über den israelischen Gegner aus der Zeit vor und nach dem Krieg von 1967 bald vergessen waren. Schließlich verkörperte der PLO-Chef die gerechte palästinensische Sache, die letzten Endes über eine hilflose und geschlagene arabische Welt triumphieren mußte. Nach Ansicht Yassir Arafats haben die Palästinenser jahrzehntelang als Fußabtreter der arabischen Staaten herhalten müssen. Als junger Mann hatte er sich während des Krieges von 1948 gezwungen gesehen, in der Wüste alte Waffen einzusammeln, da die arabischen Streitkräfte sich weigerten, die Palästinenser offiziell zu bewaffnen. Später wurden er und andere Palästinenser sogar von Arabern entwaffnet und daran gehindert, für die Befreiung ihres eigenen Heimatlandes am Krieg teilzunehmen.

Als Arafat und seine Mitstreiter den Beginn des "bewaffneten Kampfes" ankündigten, ging es ihnen mithin nicht darum, über den Verlauf ihrer militärischen Operationen wahrheitsgetreu Bericht zu erstatten. In ihren Augen zählte vor allem die Bereitschaft der Palästinenser, in den Krieg zu ziehen; denn damit war ein Durchbruch erreicht und ein Präzedenzfall geschaffen. Der Hang zu patriotisch-romantischer Verklärung verlieh den unter Arafats Kommando durchgeführten militärischen Aktionen der PLO eine heroische Dimension, die eine nüchterne Beobachtung der Geschehnisse unmöglich machte. Das Imponiergehabe der PLO-Kämpfer vor den Fernsehkameras, die Aufmärsche, die Gesänge und Flaggen waren ebenso wie die militärischen Erklärungen der Al-Fatah für Arafat und die Palästinenser von immensem taktischen Wert.

Der "edle Wilde"

Aus heutiger Sicht scheint Arafat richtig gehandelt zu haben. Der Mythos um seine Person hat erstaunliche Erfolge gezeitigt. Der Palästinenserführer und die von ihm vertretene Sache haben aus aller Welt Unterstützung erfahren. Unter Yassir Arafat hat die PLO die politische Anerkennung durch 120 Staaten errungen - ein beispielloser Triumph für eine Nationalbewegung ohne Land. Natürlich kamen ihr dabei die politischen Umstände zugute. Erez Israel oder Palästina, das Heilige Land, um dessentwillen diese Bewegung existiert, ist für Millionen von Gläubigen nach wie vor ein Brennpunkt von internationalem Interesse. Yassir Arafat hat seinen Kampf gegen den jüdischen Staat auf dem weiten Schauplatz des Nahen und Mittleren Ostens geführt, der einen strategischen Knotenpunkt darstellt und die weltweit größten Ölvorräte birgt, und dies alles vor dem Hintergrund weitverbreiteter Schuldgefühle angesichts der Schrecken des Zweiten Weltkriegs.

Daß sich Arafat und die palästinensische Bewegung so nachhaltig im Bewußtsein der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit festsetzen konnten, lag auch an der gesellschaftlichen und ideologischen Krise, die sich im Westen Ende der sechziger und während der siebziger Jahre bemerkbar machte. Studenten und Jugendliche sagten dem bürgerlich-konservativen Establishment in ihren Ländern den Kampf an. Den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Studenten und Ordnungskräften in Frankreich folgten überall in West- und Mitteleuropa ähnliche Auseinandersetzungen. Es bildeten sich städtische Untergrundbewegungen, wie die italienischen Roten Brigaden, die deutsche Baader-Meinhof-Gruppe oder verschiedene Farbigenorganisationen in den Vereinigten Staaten. Der Protest gegen den Vietnamkrieg wurde zum zentralen Anliegen der neuen amerikanischen Linken.

In diesem politischen Klima fand das Image Yassir Arafats mit seinem hohen Symbolwert großen Anklang, bestätigte es doch die Vorwürfe der Linken, welche die westlichen Demokratien, die sich auf die Seite Israels stellten, der Unaufrichtigkeit und der Heuchelei bezichtigten. Der Palästinenserführer wurde zum "edlen Wilden" stilisiert, zum Symbol des Opfers, welches im Dienst der korrupten Wirtschaftsinteressen der westlichen Länder ausgebeutet und versklavt wurde.

Arafats Kampf half dem Westen aber auch, sein schlechtes Gewissen ob des Holocausts zu beruhigen. Die antike Rollenverteilung zwischen David und Goliath schien sich umgekehrt zu haben: Die arabischen Palästinenser waren nun das unterdrückte Volk, das gegen eine schlagkräftige und bestens gewappnete jüdische Armee um ihre Freiheit rang. "Die Juden", so der PLO-Chef, "sind in der Tat Opfer, und das macht uns Palästinenser zu Opfern der Opfer." Diese neue Sicht führte auch dazu, daß in den westlichen Demokratien latente antisemitische Ressentiments wiedererwachten und bestehende Tendenzen, Schuldgefühle angesichts des Holocausts abzuschütteln, Auftrieb erhielten.

Alle diese Faktoren trugen dazu bei, daß sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Nahen Osten richtete. Die Palästinenser, Israel und der Nahostkonflikt sind seit Jahrzehnten in der Berichterstattung der Medien ungewöhnlich stark vertreten. In bestimmten Jahren, in der heißen Phase der Intifada etwa, waren über Monate hinweg andauernd Bilder der Ereignisse im Westjordanland und im Gazastreifen auf den Fernsehschirmen der Welt zu sehen. Der Israeli Meron Benvenisti, der sich seit langem mit dem Konflikt befaßt, meinte einmal, um ein Echo zu erhalten, das ihrem Leiden entspräche, bräuchten die Palästinenser nicht nur schwere Trommelstöcke, sondern auch eine Trommel, die groß genug sei, um eine mächtige Resonanz zu erzeugen. Das Heilige Land stellt eine solche Trommel dar. Werden nicht in vielen abgelegenen Teilen der Welt, in verschiedenen Regionen Afrikas oder Asiens etwa, Kriege und lokale Auseinandersetzungen, Stammesfehden, ethnische und nationale Konflikte ausgetragen, in denen Grausamkeiten begangen werden, von denen die Medien keine Notiz nehmen? Welches Schicksal wäre den Palästinensern widerfahren, wenn sie beispielsweise der türkischen Gewaltherrschaft in Ostanatolien unterworfen gewesen wären? Hätte man je etwas über sie erfahren?

Steuermann

Inwieweit die politischen Umstände dafür gesorgt haben, daß Arafat zur Galionsfigur des palästinensischen Mythos wurde, ist eine jener Fragen der Geschichtsschreibung, die sich nicht beantworten lassen. Hauptgegenstand der Auswertung müssen daher die politische Intuition des Menschen Yassir Arafat sowie der von ihm gewählte Ansatz für die Aufgabe sein, "die Palästinenser von Objekten der Weltgeschichte, deren eigene Historie von anderen geschrieben wird, zu Subjekten der Geschichte zu machen, die an dieser mitschreiben". Obwohl manche Beobachter ihn für eine negative, unglaubwürdige, nicht selten groteske Person halten, ist Arafat für seine Landsleute zu einem Quell der Inspiration geworden, zu einem Anführer, der im Gegensatz zu vielen heutigen Politikern nicht von seinem Volk gelenkt wird, sondern es selbst lenkt.

Arafat hat die Palästinenser auf einem genau festgelegten Kurs gehalten, dessen Verlauf von Anfang an abzusehen war. Der Nachdruck, mit dem er schon früh die Existenz einer eigenständigen palästinensischen Nationalidentität sowie deren Vorrang vor anderen Identitätskomponenten vertreten hat, hat die Schaffung einer neuen Wirklichkeit im Nahen Osten entscheidend mitbestimmt. Kategorien des Selbstverständnisses wie "Araber", "Muslim", "Sozialist", oder welcher Ideologie man auch immer anhängen mochte, hat er von Anfang an zugunsten der Kategorie "Palästinenser" beiseite geschoben.

Gleichzeitig verriet ihm sein scharfes politisches Gespür, daß zwischen der Festigung dieser Identität und der Hoffnung, die Kontrolle über ganz Palästina zu erlangen, ein Spannungsverhältnis bestand. Arafat wußte, daß die starke Betonung des palästinensischen Partikularismus ihren Preis haben würde. Je nachdrücklicher die Palästinenser auf ihrer Eigenständigkeit gegenüber den anderen arabischen Völkern beharrten, desto schwieriger würde es sich gestalten, den Staat Israel zu überwinden. Das palästinensische Volk ist verhältnismäßig klein und schwach; auf sich gestellt, würde es Israel niemals in dessen territorialer Gesamtheit verdrängen und durch einen palästinensischen Staat ersetzen können.

"Ich träumte in der Tat von der Gründung eines demokratischen Staates in Gesamtpalästina", so Arafat 1983, "aber ich bin mir bewußt, daß dieses Ziel schwer zu erreichen ist. Selbst die Errichtung eines Palästinenserstaates in den vom Teilungsplan von 1947 vorgesehenen Grenzen könnte sich als

undurchführbar erweisen. Die Gründung eines palästinensischen Staates in den Gebieten des Westjordanlands und des Gazastreifens ist jedoch möglich." Dies ist ein realistischer und pragmatischer Ansatz, vergleicht man ihn mit dem, was den Befürwortern einer Einbeziehung in die panarabische Gesamtnation - anstelle eines palästinensischen Sonderwegs - machbar erscheint. Aus ihrem Blickwinkel könnte man durchaus an die Möglichkeit der Schaffung eines "Großpalästinas" glauben. Allerdings würde nur eine gegenwärtig nicht gegebene Einheit und Zusammenarbeit der gesamten arabischen Welt die Mobilisierung der Ressourcen ermöglichen, die für eine siegreiche Auseinandersetzung gegen Israel erforderlich wäre.

Pragmatiker

Von daher konnte Arafat einen beachtlichen Wandel in der palästinensischen Haltung dem israelischen Staat gegenüber herbeiführen und eine Richtung einschlagen, die aus heutiger Sicht praktisch von Anfang an absehbar gewesen war. Durch kompliziertes und undurchsichtiges politisches Taktieren ist es ihm gelungen, den Kurs der palästinensischen Nationalbewegung zu ändern. Von der "totalitären" Forderung nach Rückerlangung des gesamten israelischen Staatsgebiets und nach Eliminierung Israels rückte man zugunsten einer "relativen" Position und der Bereitschaft zu Kompromissen hinsichtlich des Westjordanlands und des Gazastreifens - die zusammen nur etwa ein Viertel des Landes ausmachen - ab. Kraft seines hohen Ansehens als Vater der Wiedergeburt des palästinensischen Volkes hat Arafat die Forderungen der Palästinenser von den Höhenflügen einer starren und kompromißlosen Ideologie allmählich auf den Boden des unter den gegebenen Umständen Pragmatischen und Machbaren zurückgeholt.

Diese historische Leistung hat er dank seiner Fähigkeit zuwege gebracht, seine Anhänger um jene Symbole der Legitimität zu scharen, auf die sie unter den besonderen geschichtlichen Bedingungen ihres Engagements verzweifelt gewartet hatten. Arafat war ein Produkt des Schmerzes und der Demütigung, unter denen sie zu leiden hatten, und er drückte dies in allen Aspekten seiner Persönlichkeit aus, so schroff und widersinnig diese auch erscheinen mochten. Insofern gibt das persönliche Profil Yassir Arafats vielleicht doch nicht so viele Rätsel auf, wie man zunächst vermuten könnte. Zwar greift er ausgiebig auf rhetorische Phrasen, Verdrehungen und allerlei geschickte Täuschungsmanöver zurück, doch dient dies alles dem übergeordneten Ziel, das palästinensische Volk politisch zu mobilisieren. Wie die Palästinenser, so mußten sich nach und nach auch die arabischen Staaten, die Weltöffentlichkeit und schließlich sogar die israelische Regierung davon überzeugen lassen, daß Arafat und die Palästinensische Frage eines waren und daß folglich nur er sie einer Lösung zuführen konnte.

(Die Zwischenüberschriften wurden von der ak-Redaktion eingefügt.)

Danny Rubinstein: Yassir Arafat. Vom Guerillakämpfer zum Staatsmann. Aus dem Englischen von Torsten Waack. Heidelberg (Palmyra Verlag) 1996. 200 S., 34 DM. - Erscheint Ende September.

27. Von der Bedeutung abseitiger Fragen. Ein neues Buch über den 20. Juli 1944

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:09

Auf wievielen Böcken lag am 20. Juli 1944 der sechs Meter lange Kartentisch in Hitlers ostpreußischem Hauptquartier bei Rastenburg? Waren es zwei oder waren es drei? Warum nahm der Attentäter Stauffenberg nur ein Sprengstoffpäckchen mit in die Besprechung, obwohl er anscheinend zwei zur Verfügung gehabt hatte? Wie funktionierte ein englischer Bleistiftzünder? Warum hing in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand jahrelang ein seitenverkehrtes Foto von der Situation nach dem Bombenanschlag?

Diese Fragen klingen nicht gerade sehr spannend, und doch ist zu befürchten, daß demnächst einem breiteren Publikum wieder einmal mitgeteilt wird, die deutsche Geschichte müsse ganz neu geschrieben werden.

Der Anfang ist jedenfalls gemacht: Am 19. Juli dieses Jahres widmete die "Zeit" fast eine ganze Seite der Besprechung eines schmalen Büchleins, das kürzlich von einem Autor "ohne Namen" im auch nicht gerade marktbeherrschenden Berliner Frieling-Verlag veröffentlicht wurde: "20. Juli 1944 - Das ‚gescheiterte` Attentat. Untersuchung eines geplanten Fehlschlags". Der Autor, Dietrich Schmidt-Hackenberg, Jahrgang 1925, ist Soziologe, war laut Buchrücken viele Jahre im Bundesinstitut für Berufsbildung tätig und ist offenbar bisher als Autor zu geschichtswissenschaftlichen Fragen nicht in Erscheinung getreten. Die These seiner Schrift ist dem Titel abzulesen: Der Anschlag auf Hitler, das heilige Alibi der Bundesrepublik, ist nicht etwa - wie bisher unbestritten angenommen - mißglückt, sondern die Tötung Hitlers war vom Attentäter überhaupt nicht mehr beabsichtigt.

Das Problem ist seit langem bekannt; die bisherigen Erklärungsversuche sind weder beweisbar noch hundertprozentig plausibel. Als Stauffenberg am 20. Juli 1944 kurz nach 12.30 Uhr unter einem Vorwand die Lagebesprechung im Führerhauptquartier verließ, ließ er seine Aktentasche zurück, in der sich ein Päckchen Plastiksprengstoff von annähernd einem Kilo Gewicht befand. Als dieser ungefähr zehn Minuten später durch einen Zeitzünder zur Explosion kam, wurden mehrere der zunächst - d.h. rechts außen am Kartentisch - stehenden Personen schwer verletzt; drei von ihnen starben kurz darauf an den Folgen. Hitler, der etwa an der Mitte des Tisches gestanden hatte, erlitt zwar einen Totalschaden seiner Hose, blieb aber so gut wie unverletzt.

Ein zweites Sprengstoffpäckchen, vermutlich dem zur Explosion gebrachten genau gleich, wurde später von der Sonderkommission der Kriminalpolizei auf dem Gelände des Hauptquartiers entdeckt. Augenzeugenberichten zufolge war es von Stauffenberg oder seinem Adjutanten Haeften während der Flucht aus dem Auto geworfen worden. Der Attentäter hätte demnach insgesamt zwei Kilo Sprengstoff zur Verfügung gehabt. Unter den Experten gilt als sicher, daß bei einer Explosion dieser Stärke keiner der im Lageraum Anwesenden überlebt hätte.

Warum befand sich dann nur eines der Päckchen in der Aktentasche, oder warum war nicht gleich der gesamte Sprengstoff zu einer größeren Masse geformt worden? Letzteres läßt sich vermutlich plausibel damit erklären, daß ein vier Kilo schwerer Brocken von der Größe zweier Halbpfundstücke Butter nicht gut in der Kleidung ins Hauptquartier eingeschmuggelt werden konnte.

Zur ersten Frage lautet die bisher allgemein akzeptierte Version etwa so: Stauffenberg mußte zunächst die Bombenpakete vorbereiten, indem er in jedes zwei Stiftzünder drückte. Danach mußte er die chemische Zeitzündung in Gang setzen. Das geschah, indem die oberen, aus der Sprengstoffmasse herausragende Enden der Zünder mit einer Flachzange eingedrückt wurden. Dadurch zerbrach im Inneren der Stifte eine Glasröhre und setzte Säure frei, die nach Ablauf von etwa zehn Minuten zur Zündung führte. Um diesen mehrere Minuten dauernden Vorgang zu bewerkstelligen, bat Stauffenberg darum, ihm einen Raum zur Verfügung zu stellen, in dem er angeblich mit Hilfe seines Adjutanten das Oberhemd wechseln wollte. (Er hatte im Krieg eine Hand ganz verloren und hatte an der anderen nur noch drei Finger).

Nachweislich wurden die beiden während der Arbeit gestört, erstens weil ein Anruf für Stauffenberg gemeldet wurde, und zweitens, weil man im Lageraum bereits ungeduldig auf sein Erscheinen drängte. Da in dem

Sprengstoffpäckchen, das später auf dem Gelände gefunden wurde, nur ein, zudem intakter, Stiftzünder steckte, ist es wahrscheinlich, daß die Störung genau an diesem Punkt erfolgte.

Nun hätte es, worauf Schmidt-Hackenberg verweist, auch ausgereicht, das noch nicht fertig präparierte Päckchen neben das erste in die Aktentasche zu legen. Dann hätte die erste Explosion auch den übrigen Sprengstoff hochgehen lassen. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß die Störung so unerwartet und abrupt erfolgte, daß es nicht mehr möglich war, das zweite Päckchen (an dem vielleicht Haeften gerade noch arbeitete) unbemerkt in der Aktentasche (die sich vermutlich bei Stauffenberg befand) verschwinden zu lassen. Anscheinend war die Situation tatsächlich so, daß schon jemand in der plötzlich aufgestoßenen Tür stand, um Stauffenberg in den Lageraum zu führen.

Die Gegenthese von Schmidt-Hackenberg ist, daß Stauffenberg ganz bewußt nur eine Bombe in die Aktentasche packte, da er sich innerhalb weniger Stunden entschlossen hätte, einen nur "symbolischen" Anschlag durchzuführen, bei dem Hitler nicht getötet werden sollte. Diese Entscheidung habe er aufgrund des eindringlichen Zuredens eines Mitverschworenen, des Generals Stieff, getroffen. Stieff war am Morgen des 20. Juli zusammen mit Stauffenberg und Haeften von Berlin nach Rastenburg geflogen. Sie waren die einzigen Passagiere in der kleinen Maschine. Den gut zwei Stunden dauernden Flug habe Stieff dazu benutzt, Einwände gegen die Tötung Hitlers vorzubringen. Stauffenberg habe sich schließlich von den politischen Argumenten Stieffs überzeugen lassen.

Lassen wir die Politik, die eigentlich interessante Seite an Schmidt-Hackenbergs Vermutung, zunächst beiseite und betrachten die praktische Plausibilität. Dann sehen wir erstens, daß das zweite, später weggeworfene Sprengstoffpaket schon zur Hälfte präpariert worden war: Jemand hatte einen Zünder hineingesteckt, was sicher erst während des angeblichen Hemdwechsels geschah. Das ergibt jedoch keinen Sinn, falls die drei Verschwörer bereits im Flugzeug übereingekommen waren, nur eine der Bomben einzusetzen, wie Schmidt-Hackenberg annimmt. Allenfalls müßte es sich um eine Entscheidung in allerletzter Sekunde, mitten beim Basteln an der zweiten Bombe, gehandelt haben. Das aber ist sehr viel unwahrscheinlicher als die gängige Hypothese der Störung.

Zweitens: Es war keineswegs sicher, daß nicht auch die halbierte Sprengstoffmenge den Tod Hitlers zur Folge haben würde. Die Wirkung von Explosionen ist allgemein nicht exakt im voraus berechenbar. Sodann war absolut nicht vorauszusehen, an welcher Stelle des Raums sich Hitler genau im Moment der Explosion befinden würde. Es war damit zu rechnen, daß er am Kartentisch auf und ab gehen würde, jeweils zu verschiedenen gerade besprochenen Schauplätzen. Außerdem hatte Stauffenberg keine endgültige Kontrolle über die Plazierung seiner Aktentasche im Raum. Tatsächlich wurde ihm - dem Kriegskrüppel mit nur drei Fingern einer Hand - die Tasche noch unterwegs abgenommen, und sie wurde anscheinend später - nachdem Stauffenberg bereits den Lageraum unter einem Vorwand wieder verlassen hatte - noch einmal versetzt, weil sie im Wege stand. Am Ende befand sie sich, was Stauffenberg unmöglich voraussehen konnte, am rechten Ende des Tisches, hinter dem äußeren tragenden Bock. Es scheint, daß dieser die Wirkung der Explosion in Richtung Tischmitte, wo Hitler sich gerade befand, entscheidend abbremste.

Nichts davon war aber exakt und zuverlässig vorauszuberechnen. Eine bewußte Halbierung des Sprengstoffs wäre also nur ein Spiel mit dem Zufall, sozusagen die Anrufung eines "Gottesurteils", gewesen. Hundertprozentig auszuschließen wäre das angesichts der konfusen Vorstellungen vieler Widerständler nicht. Eine andere Frage ist aber, ob diese Hypothese wahrscheinlich ist. Beweisbar ist sie selbstverständlich von vornherein nicht.

Unstrittig ist, daß Stauffenberg hochgradig entschlossen war, am 20. Juli die immer wieder hinausgezögerte, aufgrund von Pannen und Uneinigkeit aufgeschobene Tötung Hitlers endlich durchzuführen. Auch Schmidt-Hackenberg stellt nicht in Frage, daß Stauffenberg mit genau diesem Vorsatz am Morgen aus Berlin abflog. Warum also hätte er innerhalb von zwei Stunden total "umfallen" sollen? Zumal ihm doch alle Gegenargumente, die Stieff vielleicht wirklich vorgetragen hat, aus den endlosen Diskussionen der Widerstandskreise längst hinreichend bekannt waren.

Außerdem: Der Bombenanschlag auf Hitler war ja nur der geplante Auftakt zu einem großangelegten Putschversuch, vor allem in Berlin. Die ohnehin schon geringe Erfolgssaussicht dieses Versuchs hing aber völlig davon ab, daß Hitler wirklich getötet wurde. Stauffenberg hätte also, wäre er in allerletzter Minute noch

"umgefallen", Dutzende oder Hunderte seiner Mitverschworenen dem fast sicheren Verderben in einem von vornherein aussichtslosen Unternehmen preisgegeben. Das kann mit seinen strengen Vorstellungen über Ehre, Zuverlässigkeit usw. kaum in Einklang gestanden haben.

Da Schmidt-Hackenberg für seine a priori unbeweisbare - allerdings auch nicht definitiv zu widerlegende - Hypothese keine bisher unbekannten oder nicht beachteten Fakten vortragen kann, bleibt die entscheidende Frage nach dem politischen Zweck seiner Annahme. Die Logik seiner politischen Ausführungen ist, wohlgemerkt, nur seine eigene, denn es gibt keine Belege, daß Stauffenberg oder auch Stieff in dieser Weise gedacht haben.

Seit Anfang 1943 hatten sich die alliierten Kriegsgegner Deutschlands auf das Prinzip der "bedingungslosen Kapitulation" verständigt. Kontakte der verschiedenen Widerstandskreise zu den Alliierten ergaben, daß von diesem Prinzip nichts herunterzuhandeln war. Wäre es also diesen Kreisen gelungen, das NS-Regime zu stürzen und selbst mit irgendeiner Art von provisorischer Koalitionsregierung die Macht zu übernehmen, so wären ihnen auch keine anderen Optionen als die "bedingungslose Kapitulation" angeboten worden. Die Tötung Hitlers hätte demnach, argumentiert Schmidt-Hackenberg, einer neuen Dolchstoß-Legende den Weg geöffnet. Notwendig sei daher gerade gewesen, daß das NS-Regime selbst und insbesondere auch Hitler in völlig eindeutiger Weise für die totale militärische Niederlage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, einschließlich der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde, verantwortlich blieb.

Andererseits war aber - es spricht immer noch Schmidt-Hackenberg - ein sichtbares Symbol des Widerstands und der Existenz eines "anderen Deutschland" für die Sicherung der Nachkriegsentwicklung unbedingt erforderlich. Indem Stauffenberg die mitgebrachte Sprengstoffmenge halbierte, habe er also ganz genau das politisch Zweckmäßige getan.

Das mag mehr als 50 Jahre nach Kriegsende tatsächlich so erscheinen. Der Rezensent Karl-Heinz Janßen hat jedenfalls in der "Zeit" vom 19. Juli diese Deutung äußerst bereitwillig übernommen. Janßen unterstreicht das noch mit dem Hinweis, der Historiker Eberhard Jaeckel habe schon 1974 in der "Süddeutschen Zeitung" geschrieben, daß die Tötung Hitlers und die daraus folgende Dolchstoßlegende "vielleicht die Wiederbegründung der Demokratie zutiefst erschwert und vergiftet hätte".

Unmittelbar war die Wirkung des gescheiterten (oder angeblich absichtlich verpatzten) Anschlags auf Hitler jedenfalls fatal. Entsprechend benutzt von der NS-Propaganda blieb auf Massenebene - und vermutlich auch bei den Alliierten - der Eindruck zurück, die Leute des Widerstands seien nicht nur Dilettanten und Stümper, sondern seien auch zu feige zum vollen persönlichen Einsatz. Denn, so meinte man, wenn Stauffenberg mit seiner Aktentasche in nächster Nähe Hitlers geblieben wäre, statt den Raum zu verlassen, hätte er den "Führer" mit Gewißheit töten können. Im gar nicht so kleinen "harten Kern" der fanatischen NS-Anhänger verstärkte sich der Eindruck, der Führer sei offensichtlich wirklich mit der Vorsehung im Bunde, so daß ihm eigentlich auch noch jedes andere Wunder, beispielsweise der Endsieg, zuzutrauen wäre. So gesehen war die Wirkung des gescheiterten Attentats (und Putschversuchs) möglicherweise sogar kriegsverlängernd.

Die Hypothese Schmidt-Hackenbergs ist eine reine Glaubenssache. Die dahinter stehende politische Logik ist der wirklich interessante Punkt, denn aus dieser Sicht erscheint die ganze insgesamt eher peinliche und unerfreuliche Geschichte der bürgerlichen und adligen deutschen Widerstandskreise als Ergebnis höherer Einsicht und eines über 50 Jahre reichenden genialen strategischen Weitblicks: Man durfte Hitler gar nicht töten, durfte das NS-Regime gar nicht stürzen, sonst würden wir heute noch unter den politischen Folgen leiden.

"Das war freilich nicht die Schuld der deutschen Opposition gegen Hitler. Die Kriegsgegner verweigerten ja (...) der deutschen Opposition auch nur die leiseste Andeutung, im Falle eines erfolgreichen Staatsstreichs werde man auf 'total victory', den vollständigen Sieg über Deutschland verzichten und über die Zukunft Deutschlands mit sich verhandeln lassen." (Schmidt-Hackenberg, S. 134)

Wieder einmal zeigt sich: wir sind es nicht gewesen, die Anderen waren es! Schmidt-Hackenbergs Hypothese zum 20. Juli, absolut unbeweisbar, aber eben auch nicht eindeutig zu widerlegen, hat gute Zukunftsaussichten.

Kt.

Dietrich Schmidt-Hackenberg: 20. Juli 1944 - Das "gescheiterte" Attentat. Untersuchung eines geplanten Fehlschlags. Frieling & Partner Berlin, 1996, 143 Seiten, DM 17.80

28. Der Faschismus in Italien. Zwei Buchvorstellungen

Autor: Gerd Bedszent, Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:05

Der Begriff Faschismus geht zurück auf die 1914/15 in Italien entstandenen "Fasci d'Azione Rivoluzionaria", deren vorrangiges Ziel der Kriegseintritt Italiens war. In ihnen sammelten sich viele ehemalige Linke, darunter Benito Mussolini, bis zu seinem Ausschluß einer der Führer der sozialistischen Partei. In Italien kam der Faschismus 1922 an die Macht - Hoffnung und Vorbild für die Faschisten in anderen europäischen Ländern, allen voran die deutschen Nationalsozialisten. Die Autoren der hier vorgestellten Bücher verzichten auf verallgemeinernde "Faschismustheorien". Sie vermitteln ihren LeserInnen unverzichtbare Kenntnisse für die Auseinandersetzung mit diesem nicht abgeschlossenen schrecklichsten Kapitel der europäischen Geschichte.

Der Aufstieg des Faschismus

Die erste Ausgabe von Angelo Tascas Buch "Glauben, gehorchen, kämpfen" erschien - weitgehend unbeachtet - im Jahre 1938. Der Autor - Mitbegründer der KPI, die sich 1921 von der Sozialistischen Partei abspaltete, Weggefährte von Antonio Gramsci, Mitarbeiter der Komintern und eines der ersten Opfer Stalinscher Säuberungen - ist Zeit seines Lebens Sozialist geblieben. Er schrieb dieses Buch in den 30er Jahren im Pariser Exil, als der von ihm als Zeitzeuge beobachtete Aufstieg der Faschisten zu einer ernsten Bedrohung des Weltfriedens geworden war.

Tasca spart nicht mit bitterer Kritik, sowohl an den verschiedenen Strömungen der italienischen Sozialisten, als auch an den Kommunisten, die den Vormarsch der Faschisten zwar deutlich wahrnahmen, jedoch nicht in der Lage waren, ihm nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen. Zwischen allen Stühlen sitzend, wurde Tasca logischerweise auch von allen Seiten ignoriert. Erst heute - nach dem weitgehenden Zerfall der kommunistischen und dem politischen Bankrott der sozialdemokratischen Bewegung - ist es wohl möglich, sein Buch vorurteilsfrei zu studieren.

Tasca zeigt, daß die Entstehung des italienischen Faschismus untrennbar mit Italiens Eintritt in den 1. Weltkrieg verbunden ist. Im Gegensatz zu den meisten Parteien der 2. Internationale waren die italienischen Sozialisten bei ihrer antimilitaristischen Haltung geblieben. Befürworter des Kriegseintrittes sowie später Kriegsteilnehmer wurden sofort ausgeschlossen. Einer dieser Kriegsbefürworter war sogar Mitglied des Parteivorstandes. Sein Name: Benito Mussolini. Aus Dissidenten der sozialistischen Partei sowie Teilen der anarchistischen Bewegung rekrutierte sich 1914-16 jener "Faschismus der ersten Stunde" - ehemalige Linke, die die damalige bürgerliche Regierung zum Kriegseintritt drängten.

Das Ende des 1. Weltkrieges hätte für jenen "Faschismus der ersten Stunde" eigentlich das Ende bedeuten müssen. Tatsächlich aber erreichte die nationalistische Bewegung in Italien damals erst einen ihrer frühen Höhepunkte. Extreme Rechte und gewesene Linke aller Schattierungen forderten gemeinsam ein italienisches Großreich, das im antiken Rom sein historisches Vorbild fand. Tausende ehemaliger Kriegsteilnehmer, die ihre z.T. miserable soziale Lage verbessern wollten, strömten in die Fasci, die dadurch zur rechten Massenbewegung wurden.

Die Linke war in großen Teilen Italiens Anfang dieses Jahrhunderts in einer Position, die sie in Deutschland nie hatte (und wohl auch nie haben wird). Viele Gemeinden waren fest in sozialistischer Hand, hatten linke Bürgermeister und Gemeinderäte. Die Gewerkschaften besaßen in ihren Hochburgen eine solche Macht, daß sie die Tarife diktierten und Unternehmer die notwendigen Arbeitskräfte nur über von der Gewerkschaft verwaltete Vermittlungsbüros einstellen konnten. Für das industrielle Bürgertum und vor allem für die Großagrarier war dies auf Dauer ein unhaltbarer Zustand. Die Faschisten - bei Wahlen regelmäßig deutlich geschlagen, jedoch willens, die Macht mit Gewalt zu erobern - boten sich als Lösung an.

Den Großteil von Tascas Buch nimmt eine schier unendliche Aufzählung von militärischen, bürgerkriegsähnlichen Übergriffen der faschistischen Stoßtrupps ein, mittels derer sie sich eine Machtbasis schufen und sie schrittweise ausweiteten. Dies ging im allgemeinen so vor sich, daß auswärtige Schwarzhemden auf mehreren Lastwagen in einer Stadt oder einem Dorf eintrafen, bekannte Linke entweder sofort erschossen oder krankenhausreif prügelten, Partei- und Gewerkschaftsbüros niederbrannten, Bürgermeister und Gemeinderat unter Gewaltandrohung zum Rücktritt zwangen und nach Einsetzung einer

faschistischen Gemeindeverwaltung wieder abzogen. Bei Neuwahlen wurde eine Kandidatur der Linken dann gewaltsam unterdrückt. Polizei und Militär hinderten in den weitaus meisten Fällen die Faschisten nicht an ihren Überfällen, sondern unterstützten sie in vielen Fällen sogar.

Tasca zeigt auch, daß die von den Faschisten immer behauptete Machtergreifung durch den "Marsch auf Rom" gar nicht stattgefunden hat. Erst nach erfolgter Einsetzung der Regierung Mussolini waren einige Abteilungen Schwarzhemden in die Hauptstadt dirigiert worden, um eine nicht stattgefundene Eroberung der Macht vorzuspielen.

Tascas Buch birgt Unmengen von Detailinformationen und Insiderwissen, jedoch nur wenige politische Schlußfolgerungen. Eine der wichtigsten ist, daß Mussolinis Schwarzhemden nicht durch Niederschlagung einer starken Linken zur Macht aufstiegen, sondern von einem bereits stattfindenden Niedergang der Linken profitierten. Die italienischen Sozialisten waren nicht auf dem Wege zur Macht, sondern konnten mit den bereits eroberten Machtpositionen in der Gesellschaft nichts anfangen. In das entstehende politische Vakuum stießen die Faschisten hinein, machten mit ihren Gegnern jeder politischen Ausrichtung, von Kommunisten bis hin zu rechten Gewerkschaftlern, kurzen Prozeß.

Eine weitere Schlußfolgerung ist, daß die traditionellen Methoden der Arbeiterbewegung - Generalstreik und Demonstrationen - gegenüber dem Terror der Schwarzhemden komplett versagten. Niederlagen erlitten die Faschisten nur in Orten, wo ihnen bewaffneter Widerstand entgegengesetzt wurde und das Militär den Schwarzhemden nicht zu Hilfe kam. So in Parma, wo im August 1921 anarchistisch gesinnte Arbeiter Barrikaden bauten und die Schwarzhemden wieder und wieder zurückschlugen. Anrückendes Militär verbrüderte sich mit der Bevölkerung und konnte daraufhin nicht mehr eingesetzt werden. Erst nach Mussolinis Machtergreifung wurde die Stadt von den Schwarzhemden erobert. Doch solche Beispiele waren Ausnahmen. Im allgemeinen setzte die Bevölkerung den faschistischen Kolonnen keinen Widerstand entgegen. Wo es doch zu bewaffneter Gegenwehr kam, machten Armee-Einheiten auf Seiten der Schwarzhemden mit den "Insurgenten" schnell kurzen Prozeß.

Tascas Darstellung endet mit dem Machtantritt der Faschisten. Die von ihm zusammengetragenen Fakten reichen aus, um Mussolinis Herrschaft als brutal, mörderisch und menschenverachtend zu charakterisieren. Tascas Werk sollte gelesen werden.

Gerd Bedszent

Angelo Tasca: Glauben, gehorchen, kämpfen - Aufstieg des Faschismus in Italien; PROMEDIA-Verlag, Wien, 448 Seiten, 39,80 DM/ 280,- ÖS

Mussolinis langer Schatten

Das im März dieses Jahres vom Neuen ISP Verlag herausgegebene Buch erschien erstmals bereits 1985. Die Neufassung wurde vom Autor, dem 1915 in Wien geborenen antifaschistischen Historiker Georg Scheuer, völlig neu überarbeitet und um ein aktuelles Kapitel ergänzt. Darin wird die Entwicklung des italienischen Neofaschismus seit 1945 nachgezeichnet bis hin zu seiner vorerst letzten Wende, dem Kongreß von Fiuggi 1995.

An einem 176 Seiten starken Buch die Auslassungen und Lücken zu kritisieren, wäre dumm und ungerecht. Scheuer setzt in seiner Darstellung Akzente. So weist er immer wieder auf die "revolutionäre" Demagogie des italienischen Faschismus hin. Dieser wesentliche Unterschied zum Nationalsozialismus ist keineswegs nur für die Anfangsjahre kennzeichnend. Noch den imperialistischen Raubzug gegen Äthiopien 1935 verkaufte Mussolini als "proletarischen" und "revolutionären" Krieg.

Wichtig ist auch die Richtigstellung der immer noch verbreiteten Ansicht, der Faschismus sei die Antwort auf die bolschewistische Gefahr gewesen: Die ersten Fasci entstanden schon 1914/15; die kommunistische Partei, der PCI, wurde dagegen erst 1921 gegründet. Während der zwei "roten Jahre" 1919/20 versuchten der ehemalige Sozialist Mussolini und seine Kampfgefährten sogar, auf der Woge revolutionärer Stimmungen mitzuschwimmen. Faschisten beteiligten sich an den damals verbreiteten Betriebsbesetzungen. Die Agitation und Propaganda der Partei war durch scheinrevolutionären Populismus geprägt. Gleichzeitig terrorisierten die Faschisten die Linke und ermordeten viele ihrer Wortführer.

Besonderes Augenmerk richtet Scheuer auf Mussolinis strategische Kursänderungen: vor allem auf den Bruch mit den Sozialisten 1914, als Mussolini den Kriegseintritt Italiens befürwortete, und auf seinen Schwenk nach dem Abebben der revolutionären Bewegung von 1919/20. Ohne auf revolutionäre Phraseologie zu verzichten, sprach Mussolini nun von der notwendigen Restauration gegen die "Orgie der Disziplinlosigkeit". Offen bot er sich den Kapitalisten als starker Mann an, der in Italien "aufräumen" werde. Die Kapitalisten akzeptierten das Angebot - nicht aus Furcht vor der Revolution, sondern weil ihnen schon der 1920 erzielte Klassenkompromiß, der den Arbeitern einige Verbesserungen gebracht hatte, zu weit ging.

Die Ereignisse des Oktober 1922, die Scheuer in einem gesonderten Kapitel darstellt, belegen, daß von einer faschistischen "Machtergreifung" (so die Kapitelüberschrift) streng genommen nicht gesprochen werden kann. Der in den Jahren der Diktatur zum Mythos erhobene "Marsch auf Rom" hätte militärisch leicht verhindert werden können - wenn die herrschende Klasse dazu bereit gewesen wäre. Sie war es - aus den genannten Gründen - nicht. König Vittorio Emanuele III. übertrug Mussolini die Regierungsgewalt. Später versuchte er sich damit herauszureden, er sei über die tatsächliche Stärke der faschistischen Milizen "falsch unterrichtet" gewesen.

Scheuers Darstellung der Ereignisse ist flüssig geschrieben und mit eindrucksvollen Zitaten angereichert. Teilweise ärgerlich ist seine offensichtliche Abneigung gegen die kommunistische Partei. So unterschlägt er die bedeutende Rolle der Kommunisten während der Matteotti-Krise von 1924. PCI-Führer Antonio Gramsci kommt nur in zwei Randbemerkungen vor; seine analytischen Arbeiten über das Wesen des Faschismus werden mit keinem Wort erwähnt. Häufiger genannt wird dagegen der langjährige PCI-Sekretär Palmiro Togliatti, dem in der Tat schwerwiegende politische Fehler im Umgang mit den Faschisten angelastet werden müssen: u.a. seine opportunistische Annäherung an das faschistische Programm von 1919 (in einer Erklärung des ZK der PCI von 1936) und seine duldsame Haltung gegenüber faschistischen "Mitläufern" nach 1945, als er in der Funktion des Justizministers eine Teilamnestie erließ und sich auch der Neugründung der faschistischen Partei nicht widersetzte.

Der Anhang des Buches umfaßt allein 40 Seiten mit einem allzu umfangreichen Anmerkungsapparat (bei nur 136 Seiten Text ein Mißverhältnis). Neben Hinweisen auf wesentliche Literatur zum Thema ist vor allem das Personenregister von Nutzen. Nicht zufriedenstellen kann die Zeittafel. Hier fehlen wesentliche Daten wie der Erlaß der antisemitischen "Rassengesetze" (1938) und der Beginn der Deportationen von Juden aus Italien (1943).

Gesamturteil: Empfehlenswert, mit den genannten Einschränkungen.

Js.

Georg Scheuer: Mussolinis langer Schatten. Marsch auf Rom im Nadelstreif; Köln (Neuer ISP Verlag) März 1996, 176 Seiten, DM 29,80

29. Wo bleibt die (öko-)sozialistische Perspektive? Ein Diskussionsbeitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte

Autor: Hans-Hermann Hirschelmann · Rubrik: Umweltpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:28

"Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als blinde Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist eine Grundbedingung."

Karl Marx, MEW 25, S. 828.

Zurück zu Marx? Das bisherige Ringen um den richtigen linken Standpunkt zur Frage einer "Nachhaltigen Entwicklung" scheint mir eher dafür zu sprechen, daß die Linke sich zu den fundamentalen Ein- und Aussichten eines Karl Marx (und eines Friedrich Engels) erst wieder vorarbeiten müßte, um in den heutigen Auseinandersetzungen Zukunftsfähigkeit erlangen zu können. "Mit der Krise der fordistischen Naturverhältnisse" schrieb Peter Döge in ak 393, "geriet eine ihrer wesentlichen ideologischen Grundlagen ins Wanken: der Glaube an einen unendlichen Fortschritt sowie die - auch von der ArbeiterInnenbewegung mehrheitlich vertretene - Gleichsetzung von technischem und sozialem Fortschritt. Industrialismuskritik, Technikkritik und Ökofeminismus markieren hier einen wesentlichen Einschnitt im Diskurs der Linken."

Im Unterschied zu anderen Ländern würde "der SD-Diskurs in der Bundesrepublik" an diesem "Fortschritt" aber nicht positiv anknüpfen, sondern sich einem "gesellschaftstheoretischen Mainstream anschließen". Leider läßt Döge offen, worin der große Fortschritt besteht, den "Industrialismuskritik, Technikkritik und Ökofeminismus" seiner Meinung nach markieren und belegt auch nicht seine Behauptung der spezifisch bundesdeutschen Ignoranz gegenüber diesen "Marksteinen der Gesellschaftstheorie".

Fortschrittsgläubigkeit

So wird nicht deutlich, ob sich das Wuppertalinstitut in seiner Studie Zukunftsfähiges Deutschland (ZD) der eher rückwärtsgewandten, mit Naturvolkromantik und wissenschaftsfeindlicher Mütterlichkeitsideologie gespickten "Industrialismuskritik" eines Rudolf Bahro oder einer Maria Mies verweigert, oder welchem anderen "wesentlichen Einschnitt im Diskurs der Linken" die kalte "Technokratenschulter" gezeigt wird. Niemand wird die Technik- und Fortschrittsgläubigkeit innerhalb der ArbeiterInnenbewegung leugnen und den Fortschritt, den die Forderung "Kein AKW in Brockdorf und auch nicht anderswo" bedeutete. Aber es sollte nicht vergessen werden, daß bei der erwähnten "Fortschrittskritik" oft das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Die große Bedeutung, die der Produktivkraftentwicklung für die soziale Emanzipation zukommt, ist evident. Wer die nicht sehen will, möge seine fortschrittlichen Ansichten bitteschön in Stein meißeln und per Ochsenkarren unter die Leute bringen.

Schon vor der Industrialisierung hat es ökologische Katastrophen riesigen Ausmaßes gegeben. Aber ein globaler Entwicklungsplan zu deren Vermeidung war vor der Industrialisierung, und war sogar noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar. Die heutige Situation ist nicht nur durch die ungeheuer gewachsene Fähigkeit gekennzeichnet, die Lebensbedingungen zu zerstören, sondern ebenso davon, daß in relativ kurzer Zeit die gesellschaftlichen Mittel entwickelt werden könnten, sie dauerhaft zu bewahren. Beides ist eine Konsequenz der Produktivkraftentwicklung.

Anders als in zahlreichen industrie- und fortschrittskritischen, bzw. ökofeministischen Texten behauptet, erwartete Marx keine gradlinige Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Er ging nicht davon aus, daß eines Tages das "Reich der Freiheit" vom Himmel falle, in dem die gleichen Menschen mit den gleichen brutalen, bzw. risikoreichen Methoden (nur besser) den gleichen (nur mehr) Reichtum produzieren. Die sozialistische Erwartung ist, daß sich die Produktivkraftentwicklung solange an den Produktionsverhältnissen reibt, bis sie diese schließlich umwälzt und eine ganz neuen Form der Reichtumsproduktion und des Reichtums entsteht.

Die von Döge angedeuteten "Fortschrittskritiken" haben gewiß auch positive Spuren im linken Bewußtsein hinterlassen. Die aus der ökofeministischen Ecke (z.B. Bielefelder Schule) vorgetragene Verteidigung bäuerlicher oder gemeineigentümlicher Subsistenzwirtschaften gegen die Entwicklung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse ist verdienstvoll. Doch nach meinem Eindruck reichen deren Perspektiven in der Regel über eine konservative Abwehr gegen den alles überwuchernden Imperialismus des Kapitals nicht hinaus.

Hilfloser Dogmatismus

Nicht selten geht das mit einem kruden Dualismus einher, der die Welt in "die" (die Herrschenden) und "wir" (Opfer und Widerstand) einteilt. Wer nicht zu dem "wir" gehört, zählt entweder zu den bösen Hirten, den doofen Lämmern oder zu den korrumpierten Hunden "der Herrschenden". Die Hauptaktivität besteht dann vordringlich aus der "Entlarvung" angeblich korrumpierender oder doofmachender "Herrschaftsdiskurse". Diese Art der Analyse und Kritik muß natürlich gerade das emanzipatorische, nach Verantwortlichkeit strebende Potential der bürgerlichen Gesellschaft als "Gefahr" für die "revolutionäre" oder die "Opferidentität" auffassen und mündet deshalb oft in ebenso wütendem wie hilflosem Dogmatismus.

Gerade bei vielen Kritiken des "Nachhaltigkeit-Diskurses" kann das m.E. beobachtet werden. Döge selbst grenzt sich von den dabei zum Ausdruck kommenden Verschwörungstheorien ab, aber nicht von deren ideologischen Grundlagen. Das "Täter-Opfer-Schema" kritisierte auch Ingrid Röder in ihrem in ak 390 erschienenen Kommentar zum BUKO-Frauenpapier zur Nachhaltigkeitsdebatte: "Die in dem Frauenpapier vorgenommene Zuschreibung Männer = Täter, Frauen = Opfer, ist so eindimensional, wie sie falsch ist." Die BUKO-Frauen hatten die Wuppertalstudie als "Blaupause für eine Modernisierung, ‚Verschlankung` und ‚Legitimierung` angestammter Unterdrückungs- und gesellschaftlicher Diskriminierungsverhältnis-se" enttarnt und behauptet, sie sei ein "Angriff auf die Lebenssituation von Frauen".

Konkret erwähnten die Autorinnen eine Passage über energiebewußtes Verhalten, das nach Meinung des Wuppertalinstituts u.a. "den Verzicht auf immer neue elektrische Anwendungen (z.B. elektrische Dosenöffner) genauso einschließt, wie die Rückbesinnung auf energiesparende Verhaltensweisen, die an die natürlichen Möglichkeiten angepaßt sind, (z.B. Wäschetrocknen an der Leine, anstatt im Wäschetrockner)" Nach Meinung der BUKO-Frauen beweise dies, daß "konkrete Einsparmöglichkeiten sich aufgrund des individualistischen Ansatzes der Studie in erster Linie an die Haushalte" richten. Forderungen nach Abschaffung von Küchengeräten, Energieeinsparungen, Ernährungsumstellung würden in erster Linie Frauen erhebliche Mehrarbeit abverlangen.

Nun gehört in den Entwurf eines sozial-ökologischen, nationalen Entwicklungsplans (als das sollte die Studie ZD verstanden werden) notwendig eine Analyse der besonderen Lage von Frauen. Die Aussagen zum Weg und die Zielvorgaben müssen dem Leitbild "Egalisierung der Geschlechterverhältnisse" angepaßt werden. ZD weist diesbezüglich in der Tat schwerwiegende Defizite auf, die behoben werden müssen. Die Tatsache, daß an der Erstellung der Studie 14 Männer und eine Frau, deren Beitrag auch noch aus der Endfassung flog, beteiligt waren, spricht Bände. Die Verteidigung von elektrischen Dosenöffnern, Waschtrocknern oder Industriefood im Namen der geschundenen Frauen kann aber nur als unfreiwillige Satire verstanden werden. Soll die Welt doch untergehen, sollen Landstriche erodieren und verdorren oder der eigene Nachwuchs durch belastete Lebensmitteln krank werden - Hauptsache die vom BUKO anvisierte "Abwicklung des Nordens" verschont "frauenfreundliche" Technologien wie Waschtrockner, elektrische Dosenöffner, chemiesierte Landwirtschaft oder tierquälerische Massentierhaltung.

Autonomie vs. Umwelt

Darauf, die fundamentalen "Frauenbedürfnisse" in eine feministisch veränderte Entwicklungsplanung einzubringen, möchten die BUKO-Frauen aber verzichten, wie den "Bausteinen für Perspektiven" (Forum 204/205, 1996) zu entnehmen ist: "Nachdem weder die hemmungslose Ressourcenverschwendung, noch die artige Sparvariante eine akzeptable Handlungsperspektive für eine lebbare Zukunft sein kann, stellt sich die Frage nach der anderen Lösung. Die häufig erhobene Forderung, die herrschenden Studien und Strategien demnächst unter breiter Mitwirkung von Frauen entstehen zu lassen, nimmt sich zum Ziel, die Gleichberechtigung in der nachhaltigen Herrschaft verwirklichen zu wollen. Das ist aber weder realistisch noch

wünschenswert. Das Effizienz/Suffizienz-Konzept (‚intelligente Leistung` für die einen - ‚neue Bescheidenheit` für die anderen) wird durch weibliche Verzierungen nicht herrschaftsfreier."

Und wie sehen die "Perspektiven" des BUKO aus? "Wir müssen das sich wandelnde Techno-Patriarchat real einschätzen, es nicht aus dem Auge lassen und es selbstverständlich schädigen, wo es geht und gleichzeitig das höchste Maß an Unabhängigkeit herausschlagen. Solange es funktioniert, Staatsgelder für Projekte, Initiativen oder Kommunen zu bekommen, her damit ..."

Diese angebliche "Perspektive" ist politisch ein Armutszeugnis. Der BUKO scheint sich damit begnügen zu wollen, mit seinen furchterregenden ideologischen "Alternativspießen" seine vermeintlich "ganz antiherrschaftliche" Nische innerhalb der Räubergesellschaft zu verteidigen. Daß das "antipatriarchale" Auge des BUKO sich nach einer solchen polit-ideologischen Ortsbestimmung sogleich gegen "eingeschliffene Mythen der sozialen, alternativen oder linken Bewegungen" richtet und "auch die unausrottbare Südfixierung ins Wanken bringen" will, wundert kaum noch.

Gegen Ende des "Bausteine-Papiers" kommt es dann noch einmal knüppeldick: "Ein weiterer Bestandteil des alternativen Dogmas ist das Öko-Diktat. Auch in der linken Bewegung hat die Ökologie andere Unterdrückungsstrukturen in den Hintergrund treten lassen - wofür nicht nur eine verkürzte Auffassung der Ökologie verantwortlich ist, sondern die heimliche Sehnsucht vieler, die unbequeme Beschäftigung mit Rassismus, Patriarchat und Eurozentrismus (es fehlt hier allerdings die "unausrottbare Südfixierung") endlich loswerden zu können und sich statt dessen lieber den ‚ganz wichtigen`, ‚globalen` Fragen zuzuwenden." Und im Schlußwort der "Perspektiv-Bausteine" heißt es: "In Anbetracht der aktuellen Lage und der Indoktrination durch den geführten Diskurs um die Ökologie ist die bestimmende Leitlinie nicht die Umwelt, an der die Entscheidungen auszurichten sind, sondern die Autonomie. Gerade im Zusammenhang mit dem Geschlechterverhältnis sollten sich Frauen dagegen verwahren, sich jetzt mittels der öko-patriarchalischen Variante reduzieren zu lassen. Das ist der absolut zentrale Punkt, denn eine herrschaftsarme Gesellschaft, die von relativ freier selbstbestimmter Gestaltung getragen wird und die Unterdrückungsstrukturen abbaut, kann dieses Ausmaß an Umweltzerstörung gar nicht bewerkstelligen."

Wer für einen Moment seiner "unausrottbaren Südfixierung" nachgibt und in Richtung Nigeria, Papua oder Amazonasregion schaut, mag die Heilsversprechungen für den Fall, daß "der Ökologie" abgeschworen und die "herrschaftsarme Autonomie" (inklusive Wäschetrockner, Chemiefraß und elektrische Dosenöffner) gelebt würde, zu schätzen wissen.

Gesellschaftliche Arbeitsteilung

"Autonomie" ist immer relativ und ihre Verabsolutierung Ausdruck einer typisch bürgerlichen Illusion. Doch "es gibt kein richtiges Leben im falschen." (Adorno) Wie es auch kein absolutes Zurück aus der globalen Vergesellschaftung geben kann. Auch eine Teilregionalisierung der "Produktion-Konsum-Kreisläufe" kann nur durchgesetzt werden, wenn sie durch global wirksame Regularien abgesichert wird, die wiederum ein gewisses Maß an globaler Vergesellschaftung voraussetzen. Eine im linken Diskurs jüngst in Mode gekommene Variante der bürgerlichen Illusion eines autonomen "richtigen Lebens" innerhalb der kapitalistischen Weltvergesellschaftung gilt ausgerechnet der häuslichen "Reproduktionsarbeit", die zu allem Überfluß auch noch als "aufzuwertende", weil schließlich "weibliche" Sphäre fixiert wird.

So kritisiert Peter Döge den angeblich "androzentrischen" (männerzentrierten) Arbeitsbegriff des Wuppertalinstituts, als ob Lohn- und Gehaltsarbeit reine Männersache wäre und als ob nicht ein Kampf um die geschlechtliche Neutralisierung der Erwerbsarbeit und der unbezahlten häuslichen Arbeit auf der ungeschriebenen Agenda der Linken stünde. Und zwar unabhängig davon, was diesbezügliche Fortschritte für eine ökologische "Zukunftsfähigkeit" bedeuten! So richtig Döges Vorwurf an die Wuppertaler ist, daß im ethischen Fundament ihres Zukunftsentwurfes das Leitbild "Veränderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung" fehlt (warum nicht "Egalisierung"?), so bedenklich ist m.E. seine Behauptung, daß dies die "wesentliche Voraussetzung einer umweltverträglichen Produktionsweise sei.

Macht häusliche Reproduktionsarbeit etwa "naturnah"? Der von Döge geforderte Blick auf die "Einheit von Produktions- und Reproduktionsarbeit" hieße eben auch, die ökologischen und sozialen Implikationen der gesamten (globalen) Stoffströme mit wissenschaftlichen Methoden nachzuvollziehen und durch ethisch, wie auch natur- und gesellschaftschaftswissenschaftlich begründete Übereinkünfte umzusteuern.

"Unentfremdetes" Babywickeln ideologisch "aufzuwerten", ohne sich darum zu kümmern, ob für das Windelpapier in Kanada 1.500 Jahre alte Zedern gefällt und traditionell "nachhaltig wirtschaftende" indigene Waldkulturen zerstört werden, kann ja wohl nicht Ziel linker Politik sein.

Nie war das sozialistische Projekt der kollektiven Selbstbeherrschung, der bewußten und gemeinschaftlichen Gestaltung aller (globalen wie lokalen) Produktionsbeziehungen so notwendig wie heute. Wer das, wie die BUKO-Frauen als "männliche Omnipotenzphantasie" oder "Planungswut" denunziert, spricht Frauen damit indirekt die Fähigkeit strategischen Denkens in (öko-) sozialistischen Perspektiven ab. Für was das eine "Blaupause" ist, liegt auf der Hand.

Hans-Hermann Hirschelmann,

Berlin

30. Self Fulfilling-Prophecy. Popmoderne Politik, Retro-Moden und radikale Linke - Teil 1

Autor: Günther Jacob · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:11

Dieser Beitrag möchte den vielen Besprechungen des Buches "Die Offenbarung der Propheten" von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (E/T) keine weitere hinzufügen. Indem er auch von Codierungen und Images spricht, bezieht er sich auf andere Weise auf diesesBuch und seine bisherige Rezeption. Dieser Beitrag ist vor allem eine Polemik, deren Ausgangspunkt die Irritation darüber ist, daß ein linkes Buch, das ich für schrecklich schlecht halte, im etablierten Feuilleton wie auch in der Restlinken gleichermaßen positiv rezipiert wurde.

Meine These ist, daß die freundliche Aufnahme des Buches mit dem, was in einer bestimmten Tradition als "Inhalt" verstanden wird, alleine nicht zu erklären ist. Wenn dem so wäre, müßten auch gebundene Flugblattsammlungen linker Aktivistengruppen oder ein Nachdruck des letzten Jahrgangs der Zeitschrift "Bahamas" zu kleinen Bestsellern in Universitäts- und Szenebuchhandlungen werden können.

In Buchbesprechungen wird normalerweise so getan, als habe man sich an den "puren Text" gehalten und sich von Kon-Texten und Images nicht weiter beeindrucken lassen. Die ideale Buchbesprechung gibt vor, über Autoren und ihre Situierung (Ort) im sozialen Raum nichts zu wissen bzw. davon bewußt abgesehen zu haben. "Text", "Ausdruck" und "Bedeutung" werden auf diese Weise als unproblematische Begriffe gehandhabt. Indem man die symbolischen Codierungen sowie die scheinbar zufälligen Momente der psychosozialen "Kundgabe", die in jedem "Text" enthalten sind, von einer denkerisch zu erfassenden "idealen Bedeutung" ablöst, konstruiert man diese als "rein" und kontextunabhängig.

Nach dieser Lesart gibt es weder einen blinden Fleck - denjenigen Punkt, von dem aus "der Autor" sieht und den er gerade deshalb selbst nicht sehen kann - , noch ein Problem des Verstehens. Verschriftliche Sprache erscheint dann als transparentes Medium vorgängiger Gedanken, statt als Markierung, die vom Urheber und dessen Intentionen abgelöst werden kann. Damit wird schließlich auch bestritten, daß Texte immer schon codiert sind und daß wir diese Codes ganz selbstverständlich "mitlesen".

Weil alle mir vorliegenden Besprechungen den Anspruch erheben, nur vom "Inhalt" des E/T-Buches zu handeln, gelingt es ihnen nicht, seine Position deutlich zu machen. Die Regel ist, daß lediglich aufgezählt wird, welche Themen in "Die Offenbarung der Propheten" angesprochen werden. Auf detaillierte Kommentare läßt sich dabei kaum jemand ein. Statt dessen finden sich häufige Hinweise auf die politische Biographie der Autoren, sowie auf ihren Humor und ihren Stil.

Die "Zeit" spricht von einer "knappen, anschaulich geschriebene Studie", die "nirgendwo schlecht gelaunt geschrieben ist", der "Freitag" von "radikaler Unterhaltung" und einem "vor allem schönen Buch", der "Rolling Stone" betont, daß hier, bei aller Kritik, "nichts in Melancholie versinkt" und die "Taz" meint: "Ebermann, der sich Kommunist nennt, ist nie um einen guten Spruch verlegen."

Kapitalismus- und/oder Zeitgeistkritik?

Auffallend ist, daß außer Heiner Möller, der das Buch für "Konkret" besprochen hat, niemand behauptet, "die Kritik der politischen Ökonomie" stehe hier "im Mittelpunkt" und das Interessanteste an dem Buch sei seine Analyse der "allmählich sinkenden Profitraten der letzten 20 Jahre". Georg Fülberth kommt im "Freitag" sogar zu einem ganz entgegengesetzten Urteil: Das Thema des Buches ist seiner Meinung nach "nicht, wie die Verfasser wohl manchmal selbst annehmen, der Kapitalismus, sondern der von ihnen begründet verabscheute Zeitgeist".

Das scheint nicht nur Fülberth erkannt zu haben. Daß den Autoren einen Freundschaftsdienst erweist, wer die "ersten beiden Kapitel, die sich angeblich mit Ökonomie beschäftigen", ignoriert, scheint, wenn auch von unterschiedlichen Positionen aus, allgemeine Überzeugung zu sein: Die meisten Rezensionen beginnen erst auf Seite 109; niemand interessiert sich ernsthaft für das, was E/T über Aufstieg und Fall der Profitrate zu erzählen haben. Das größere Interesse gilt den vergnüglicheren Abschnitten, in denen es um den FC St. Pauli oder Gameshows geht, also um all das, was die Autoren den alten Gebräuchen gemäß (und unter beifälligem Nicken der bodenständigen "Frankfurter Rundschau") einem "Überbau" zuschlagen.

Dafür, daß man die "Ökonomiekapitel" wirklich überblättern kann, ohne Gefahr zu laufen, das Folgende nicht mehr zu verstehen, haben die Autoren Sorge getragen. Obwohl sie einen derart rigorosen Determinismus propagieren, daß man, würde man ihrer Logik folgen, auch sagen könnte: "Der Kapitalismus hat das Buch ‚Die Offenbarung der Propheten` veröffentlicht", fällt hier alles auseinander. Was als Determinismus auftritt, ist in Wirklichkeit nur eine Strategie der Vereinfachung. Die Ableitungsrhetorik kann die collagenhafte Anordnung des Materials nicht verbergen. Doch das ist mehr als nur methodische Unbeholfenheit.

Über den politischen Nutzen ihres deskriptiven Verfahrens geben die Autoren freimütig Auskunft. In einem Interview mit der "jungen Welt" (1.11.95) erläutern sie am Beispiel ihres 1984 unter dem prophetischen (!) Titel "Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei" erschienenen ersten Buches, wie man politisch beweglich bleibt: "Bei dem alten Buch ist es so, daß man alle Teile noch mit Gewinn lesen kann - außer die, die sich mit der Partei beschäftigen." Mit anderen Worten: Die apokalyptischen und "kulturpessimistischen" Szenarien, die damals die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft bei den Grünen "veranschaulichen" sollten, waren nur "Beispiele", die sich in den Dienst beliebiger politischer Strategien stellen lassen. Sie sind an das, was sie "zeigen" sollen, überhaupt nicht gebunden, weil sie einen schon vorher fertigen "Standpunkt" nur illustrieren sollen und niemals das Material waren, aus dem die Analyse erst entwickelt werden sollte.

Wenn ich mich nicht täusche, liegt hier eine erste Erklärung dafür, daß bei Medien wie NDR, "Zeit", "FR", "Woche", "taz", "Freitag", "Rolling Stone", "Spex" etc. nicht der Verdacht aufkommt, sie hätten es hier mit einem unversöhnlich linksradikalen Titel zu tun: Die zusammenhangslose Präsentation diverser Urteile nötigt niemand eine Kapitalismuskritik auf, und das wird honoriert: Im Unterschied etwa zu dem "K-Gruppen-Theoretiker Robert Kurz" ("Zeit"), ist bei E/T "von reiner Lehre, etwa marxistisch-leninistischer Doktrin, wenig zu finden" ("Woche").

Die abgrenzende Bemerkung gegen Kurz, der hier stellvertretend für alle "Dogmatiker der Marxschen Werttheorie" steht, hat nicht nur damit zu tun, daß ihm in dem Buch ein längerer Abschnitt gewidmet ist. Sie spricht auch einen "Stilunterschied" an: Während Kurz sein Publikum immerhin mit den Marxschen Begriffen traktiert und diese bei ihm als komplex und schwer verständlich erscheinen, sind E/T darauf bedacht, diesen Kategorien eine alltagssprachliche Dimension zu geben und sie so als problemlos erscheinen zu lassen. Die Auseinandersetzung mit ihren Ausführungen über "Kapitalentwertung" und "Korrekturen der organischen Zusammensetzung des Kapitals" kommt gerade deshalb nicht zustande, weil sie vor allem aus Pressemeldungen über die Lage der deutschen Polstermöbelindustrie bestehen. Das ist rasch überblättert und hinterläßt dennoch bei Leuten, die es so genau gar nicht wissen wollen, den Eindruck, alles schon zu wissen und mit den Autoren einer Meinung zu sein. (1)

Tendenzieller Fall (!) ...

Ich möchte zudem behaupten, daß "Die Offenbarung der Propheten" auch eine gute Presse hat, weil das Buch "dem Kapital" vor allem "Verwertungsschwierigkeiten", also ein strukturelles Nichtfunktionieren bzw. ein Gleichgewichtsproblem vorwirft und sich zur Produktion des Mehrwertes nicht näher äußert. Es arbeitet mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Profitbegriff, der die Gesamtheit der Austauschverhältnisse auf bloße Marktbeziehungen reduziert.

Daß einer Redakteurin der "Woche", wenn sie sich zu diesem Buch äußert, der Unterschied zwischen der Marxschen Definition der Profitrate - eine Kategorie, die den Ursprung des Mehrwerts verdunkelt - und der VWL-Version völlig gleichgültig ist, kann nicht verwundern. Daß man sich aber auch in der heutigen Restlinken, die ohnehin schon davon geprägt ist, daß die ihr Zugehörigen selten aus jenen Gruppierungen kommen, in denen die "blauen Bände" wirklich gelesen wurden, mit solchen apologetischen Begriffen wie "Wertschöpfung" zufriedenstellen läßt, ist doch bedauerlich. Um "politisch" weitermachen zu können, reicht vielen offensichtlich der Eindruck, daß es um die Profitrate viel Ärger gibt: "Besonders solide (sic!) kann dieser Casino-Kapitalismus wohl nicht sein." (Besprechung in der "jungen Welt" vom 12.3.96)

Ob sie sich mit Kurz auf den Standpunkt stellen, daß das, was sie für die Profitrate halten, ziemlich steil abstürzt, oder mit E/T, daß die "Rate" sich wieder aufgrund neuer kapitalistischer Gemeinheiten halbwegs gefangen hat, ist eine Frage des Geschmacks. Oder besser gesagt, davon abhängig, mit welchen politischen Positionen die eine oder andere Behauptung einhergeht. Die politischen Orientierungen stehen in linken

Gruppenzusammenhängen immer am Anfang. Jede halbwegs dazu passende "Theorie" ist willkommen, wenn sie der Sache - in diesem Fall der antinationalen - mehr Autorität verleiht.

Deswegen hat sich bisher auch noch kein/e Rezensent/in an Sätzen wie diesen gestört: "Seit etwa zwei Jahrzehnten deutete sich in den Metropolen das allmähliche Sinken der Profitrate an - in sinkenden Wachstumsraten ... ." (S. 24) "Der tendenzielle Fall der Profitrate macht es aber immer schwerer, die angesammelten Staatsdefizite (?) zu finanzieren ... ." (S. 47) "Wenn das Wachstum aufgrund einer gesunkenen Profitrate stagniert ... muß etwas geschehen." (S. 47) "Die Wiederherstellung einer für die Investitionsbereitschaft ausreichend (?) hohen Profitrate verlangt in der Krise eine Umkehrung der kapitalismuswidrigen (?) Tendenzen." (S. 47)

Wer nicht nur "Lohn, Preis & Profit" gelesen und wer seine Zeit nicht in deutschen Rathäusern und Parlamenten verbummelt hat, wird sofort bemerken, daß E/T die einfache Profitrate p`= m/C (die eine Unterscheidung zwischen variablem und konstantem Kapital bereits unmöglich macht), mit der allgemeinen Profitrate, die durch die Wirkung der Konkurrenz als Durchschnitt der einzelnen Profitraten entsteht, verwechseln. Das müssen sie auch, weil sie sich, wahrscheinlich ohne es zu wissen, in die Tradition einer Linken (Sost, Prokla, Memorandum etc.) stellen, die schon in den 70er Jahren versuchte, in der bürgerlichen Statistik die Entsprechungen zu den Marxschen Kategorien zu finden.

Wie damals, so hat man auch heute das Gefühl, daß Marx beim Publikum irgendwie unglaubwürdig wirkt, wenn es nicht gelingt, seine Äußerungen über den tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate zu "veranschaulichen". Während die einfache Profitrate in den Firmenbilanzen auftaucht, läßt sich die allgemeine Profitrate jedoch dummerweise in den von E/T konsumierten Zeitungen nicht finden: Sie existiert nur als Tendenz, als Ausgleichsbewegung; empirisch ist sie nicht faßbar.

... der Profitrate

Woher also wollen E/T wissen, daß ihre Profitrate "seit etwa zwei Jahrzehnten" sinkt? Weil sie glauben, in der VWL-Kategorie "Wachstum" etwas gefunden zu haben, was der von Marx erwähnten Rate irgendwie "quantitativ" entspricht. Daher der Hinweis auf das "sinkende Wachstum", der besonders unglücklich gewählt ist, weil der Profit, den sie meinen, auch bei sinkendem Wachstum steigen kann. Für E/T ist "Wachstum" ein Indikator der Profitrate, also ein beweiskräftiges Ersatzding, das als Hinweis auf das gesellschaftliche Verhältnis gelten soll, das Marx "allgemeine Profitrate" nennt.

Um das Unsichtbare sichtbar zu machen, greifen sie auf verdinglichende Begriffe zurück, die durch die Verbindung von VWL und Revisionismus in den 70er Jahren in verschiedene linke Schriften eingegangen sind: "Kapitalrentabilität", "Grenzprofitabilität", "Verzinsung", "Wertschöpfung", "Volkseinkommen" etc. Im Unterschied zu den damaligen Linken, die noch einen gewissen Anspruch hatten, verzichten E/T gleich ganz darauf, diese Begriffe einzuführen und ihre zwielichtige Herkunft zu erläutern.

Auch eine Definition von "Profitrate" wird man in diesem Buch vergeblich suchen. Das schmälert allerdings nicht die unverbrüchliche Gewißheit, daß sie normalerweise "ausreichend hoch" sein sollte (sagt angeblich auch Mattick) und daß sie "seit etwa zwei Jahrzehnten" fällt. Wer will da noch so kleinlich sein und danach fragen, worin denn die Analogie von "Wachstum" und "Profitrate" bestehen soll? Oder auch: Warum Marx den Fall der Profirate theoretisch (!) begründet und ihn mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beginnen läßt, also nicht erst 1976? Zur Verteidigung von Paul Mattick sei noch bemerkt, daß E/T sich zu Unrecht auf ihn berufen. In seiner 1973 erschienenen Kritik an der deutschen Ausgabe von Joseph M. Gillmans Buch "Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate" hat er sich sehr schön über Gillmans Versuch lustig gemacht, Marx Theorie anhand von Statistiken über Marktvorgänge "empirisch testen" und "quantifizieren" zu wollen.

E/T sind bei ihrem Philosophieren über das "Wachstum" auf Marx überhaupt nicht angewiesen - den sie, wie ihre der "Taz" entnommenen Baudrillard-Zitate ahnen lassen, wahrscheinlich nach alten "AK"-Ausgaben zitieren. Ich will damit nicht sagen, daß nur ein Rederecht haben sollte, wer das "Kapital" gelesen hat, wohl aber, daß diesen Text kennen sollte, wer beansprucht, im Namen der dort entwickelten Kritik zu sprechen.

Bei E/T aber, die sich auf Marx ausdrücklich berufen, ist "Profitrate" nur eine kundenfreundliche Metapher für "Zuspitzung der Widersprüche" oder "Die Geschichte ist auf unserer Seite" oder für eine "Tendenz", deren

Richtung sie immer schon vorab entlang ihrer jeweiligen politischen Präferenzen festgelegt hatten. Selbst, wenn sie sagen, im Kapitalismus drehe sich alles um den Profit, so darf man sicher sein, daß sie damit mehr an den Alltagssinn dieses Begriffes (Geldgier, Egoismus, Werteverfall) denken.

Die Differenz zwischen Wert und Kostpreis, die es z.B. ermöglicht, Waren mit Profit unter ihrem Wert zu verkaufen und die die Grundlage der kapitalistischen Konkurrenz bildet, taucht bei ihnen niemals auf. Dafür aber das "Volkseinkommen", das in der Statistik dem "Nettosozialprodukt zu Faktorkosten" gleichgesetzt wird, wodurch, zusammen mit den Abschreibungen, der Wert der abgenutzten und ersetzten Produktionsmittel verschwindet und somit bestimmte produktive Arbeit unsichtbar gemacht wird. So geht bürgerliche Ökonomie.

Der "Ökonomie-Teil" dieses Buches ist ein kompletter Unsinn, den man einfach ignorieren könnte, wenn er einem nicht so penetrant aufgedrängt würde. Erst der Umstand, daß auch keine einzige linke Rezension sich bisher daran gestört hat, nötigt einen, zur Kenntnis zu nehmen, daß man sich 1996 mit einer antinationalen Orientierung in einem politischen Rahmen bewegt, in dem Positionen, die vor über zwei Jahrzehnten schon abschließend kritisiert wurden, mit einem geradezu Proll-Talkshow-mäßigen Selbstbewußtsein und in behäbiger Verkennung der Defizite, die 25 Jahre bündnispolitischer Aktionismus hinterlassen haben, wieder diskussionswürdig werden können.

Nicht weniger unangenehm ist, daß diese "politisch-ökonomischen Dia- und Prognosen" ("FR") wochenlang von etablierten Medien unbesehen zum Konsum empfohlen werden und daß das auch Linken imponiert, denen klar sein könnte, daß diese Medien selbstverständlich "orthodoxen" Repliken kein Forum bieten werden. Die linke Kritik an E/T wird nur in radikalen Kleinstzeitungen zu lesen sein.

Sprechen Tatsachen für sich?

Trotz ihrer - durch gelegentliche Zitate demonstrierten - Inanspruchnahme von Adorno, arbeiten E/T mit dem von Adorno nachdrücklich kritisierten Ursprungsdenken, das in diesem Buch zudem mit dem im Journalismus üblichen positivistisch-deduktionistischen Stil einhergeht. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Autoren positiv auf "Stern"- oder "FR"-Artikel beziehen, ist wirklich verblüffend. Aber in der hyper-empiristischen Aneinanderreihung vereinzelter, nicht aufeinanderbezogener "Fakten", können sich offensichtlich viele Rezensenten wiedererkennen.

Allein die ersten 23 Seiten dieses Buches bestehen hauptsächlich aus 23 Zitaten aus "FR", "SZ", "Wirtschaftswoche", "Focus", "Tango" und "Zeit". Es kommen u.a. zu Wort: ein Ex-BMW-Chef, ein Ex-VW-Chef, ein Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, ein ehemaliger und ein amtierender Chef des BDI, ein US-Präsident, der Herausgeber der Wirtschaftswoche, Kanzler Kohl, Altkanzler Schmidt, Lothar Späth, Heide Simonis, DGB-Chef Schulte. Zitiert werden sie mit Aussagen wie: "Europa wird im 21. Jh. wieder zum wirtschaftlichen und geistigen Zentrum der Welt." "Osteuropa wird jetzt aufgeteilt; wer nicht dabei ist, verliert." "Deutschstämmige aus Osteuropa sind hochmotivierte Leute." "Für die Kosten eines deutschen Arbeiters bekommt man 70 Russen." "Wir wollen die Zukunft der Welt für die nächsten 100 Jahre gestalten." "Die Bundeswehr verteidigt deutsche Interessen." "Wir sollten alle wieder mehr schwitzen."

Im "Rolling Stone" nennt man das "materialreich", in der "jungen Welt" "materialistisch" und in der "Zeit" "aufschlußreiches Material". Dabei ist diese Auflistung nur aufschlußreich hinsichtlich der Autoren. Sie wollen uns auf diesem Weg zeigen, daß der Zweck der ergangenen Reden darin bestand, die Arbeitsproduktivität in Deutschland zu erhöhen. Der Abschnitt endet daher - man ahnt es bereits - mit dem lapidaren Kommentar: "Soweit die Tatsachen."

E/T verstehen ihre Zeitschriftenausbeute nicht etwa als Basis für eine Analyse - was schon fragwürdig genug wäre; für sie ist die Analyse mit den "vielen Zitaten" schon beendet. Das anschließende Kapitel beginnt mit den Worten: "Offenkundig war der Kapitalismus ... da angekommen, wohin ihn seine Akkumulation immer wieder treibt". All das, so glauben die Autoren, hätte ihre Zettelsammlung "offenkundig" gezeigt.

Die Reden von Politikern und BDI-Chefs gelten ihnen wahlweise als authentische und repräsentative Infos über deren "Interessen" (meistens), oder als deren "ideologische" Verbrämung (an zwei Stellen werden Zitate als "Propaganda" bezeichnet: "Der Zweck der Lüge war leicht zu durchschauen. Die Menschen sollten die Wahrheit nicht erkennen ... ."). Und darin folgen ihnen auch alle Besprechungen, was dann - zumal, wenn die zitierten Zitate abermals zu Beweiszwecken zitiert werden - einen interessanten self-fulfilling prophecy-Effekt

ergibt: "Ebermann/Trampert erläutern, wie sich der Kapitalismus saniert: ‚Wir müssen die Krise jetzt nützen ... .` zitieren sie den Präsidenten des BDI ... . Die Autoren belegen ihre Aussagen mit vielen Zitaten." (Baumann/Landgraf in der "jungen Welt") Fragen nach Sinnproduktion, Kontexten und Bedeutungshorizonten werden nicht aufgeworfen; statt dessen konstruiert man Wirklichkeit auf der Basis der Vorstellung rationaler Kommunikation. Da die Autoren nicht über einen Diskursbegriff verfügen, erkennen sie auch nicht die kulturalistische Konstruktion in dem Satz: "Deutschstämmige aus Osteuropa sind hochmotivierte Leute."

Des Pudels Kern?

Die Überzeugung, Marx habe alle gesellschaftlichen Phänomene metaphysisch auf einen Ursprung bzw. auf eine einzige Logik reduziert, zieht seit jeher die Denkfaulen an, die die Modellbildung der Marxschen strukturalen Analyse mit Strukturdeterminismus und Substantialismus verwechseln.

In den wirklichen Verhältnissen können die Autoren nur die Fleischwerdung eines ewig gleichen Kapitalismus erkennen. In der Reihung von Aussagen wie: "Subventionen sind dem Kapitalismus ein Dorn im Auge", "der Kapitalismus braucht Verunsicherung, die er für die Durchführung seiner Programme (!) nutzen kann", "die Endlösung war eine Leistung des hochentwickelten Kapitalismus", "der Kapitalismus expandiert durch Krieg" etc., erscheint das gesellschaftliche Verhältnis "Wert" nur noch als geschichtslose und versubjektivierte Welt, worin "Monsieur le Capital" (Marx) als fixierter sozialer Charakter seinen Spuk treibt.

Nach dieser (fetischisierten) Vorstellung von einem unveränderlichen kapitalistischen "Kern" einerseits und dynamischer aktueller Gestalt andererseits, läßt sich jedes aktuelle Phänomen auf eine einfache Gleichung reduzieren: Krieg = Kapitalismus, Friede = Kapitalismus, Sozialversicherung = Kapitalismus, keine Sozialversicherung = Kapitalismus, Techno = Kapitalismus, Talk Show = Kapitalismus. Eigentlich gibt es nur drei Ausnahmen: Opern, handgemachten Rock und linke Taschenbücher.

Selbst zwischen Herrschaft und Ausbeutung muß nicht mehr unterschieden werden, denn wir wissen ja, daß die Regierung der "politische Ausschuß der Kapitalistenklasse ist". (S.79) Nicht anhand der realen Souveränität des konkreten Staates wird gezeigt, wie er sich in den Inhalten seiner Tätigkeit seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen unterordnet. Diese Unterordnung wird vielmehr bis zur Leugnung der Notwendigkeit einer Macht, die über den konkurrierenden Bürgern steht, abstrakt mit Hilfe enthistorisierter Marxscher Kategorien behauptet.

Selbst eine einzelne Schlagerrevue auf der Hamburger Reeperbahn führen die Autoren schnurstracks auf "Ursachen" zurück, die für sie "klar auf der Hand liegen". Dort, wo eine Beziehung zwischen einer bestimmten politischen Maßnahme und einem bestimmten ökonomischen Nutzen für bestimmte Leute empirisch nachweisbar ist, behaupten sie, daß dieser doch nur post festum festgestellte Zusammenhang die "Ursache" für die konkrete Politik gewesen sei, diese also theoretisch erkläre. Doch die wirkliche Entwicklung ist nicht der "Ausdruck" einer Logik, sondern die Marxsche "Logik" beansprucht, ein Ausdruck für die historische Entwicklung der Produktionsverhältnisse zu sein. Sobald diese Kategorien ("Krise" etc.) nicht mehr als Begriffe für etwas verstanden werden, erscheinen sie wie geschichtsphilosophische Metaphern, die zeitlos "angewendet" werden können. Aber Begriffe sind veränderlich und verändern sich im Kontext der Rezeption, die immer mehrere Bedeutungshorizonte zuläßt.

Bekanntlich sind selbst so scheinbar feste und verläßliche Bedeutungssysteme wie die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie schon in völlig andere Deutungshorizonte (Reformismus, Revisionismus) versetzt worden.

Marx hingegen wollte gerade weg von den Überdeterminierungen und hin zum Studium der "wirklichen Individuen (!), ihrer Aktionen und ihrer materiellen Lebensbedingungen". Er hat bekanntlich nicht nur auf die zentrale Stellung von Ausbeutungsmacht (Ökonomie) und Herrschaftsmacht (Politik) insistiert, sondern auch - vor allem im Band 3 von "Das Kapital" - gezeigt, daß zwischen dem System objektiver Regelmäßigkeiten und dem System der direkt wahrnehmbaren Verhaltensformen eine strukturierte und strukturierende Vermittlung existiert, die z.B. von Bourdieu als Habitus bezeichnet wird. Wie sonst auch will man das - nicht nur von "Ökonomisten" verleugnete - Feld der symbolischen Macht analysieren, auf dem die sozialen Unterschiede als symbolisch-kulturelle Differenzen (u.a. als Rassismus, Kulturalismus, "Geschmack") ausgetragen werden?

Die Rezensenten haben sich vom "Ursprungsdogmatismus" dieses Buches allerdings nicht verwirren lassen, sondern darin eine Stilgeste erkannt. Diese enthält eine doppelte Täuschung: Zum einen stimmt es, das wo immer es zwei Möglichkeiten einer Erklärung gibt, E/T sich für die vulgär-deterministische entscheiden. Problemlösung durch Komplizierung ist ihre Sache nicht. Andererseits strukturiert diese Substantialisierung, die bei einigen Leuten sicher das Image einer "Prinzipienfestigkeit" einbringt, nicht wirklich ihr praktisches Handeln. Die Öffentlichkeit kennt sie als bewegliche Zeit-Genossen, die es im Zweifelsfall doch lieber mit Kafka halten werden: "Die Logik ist zwar unerschütterlich, aber einem Menschen, der leben will, widersteht sie nicht." Trotz der in dem Buch vorherrschenden "unversöhnlichen" Sprache, wird niemand den Autoren ernsthaft Dogmatismus vorwerfen.

Günther Jacob

Anmerkung:

1) In dem Streit Kurz vs. E/T bin ich ansonsten keine Partei. Obwohl dem Bemühen der Zeitschrift "Krisis" um eine Kritik des "Arbeiterbewegungsmarxismus" zuzustimmen ist, kann der "kulturkonservative" Charakter der dort vorherrschenden "Zeitgeistkritik" nicht ignoriert werden. Soweit ich das sehe, arbeiten beide Seiten zudem mit einer werttheoretisch gestylten Geschichtsphilosophie, die mit raum-zeitlich invarianten historischen Entwicklungsgesetzen arbeitet. In die Zukunft verlängert, vermischt sich solcher Strukturdeterminismus mit einer fragwürdigen "Kulturkritik" und wird zur Wahrsagerei.

Ansonsten halte ich eine frühere Mitgliedschaft in K-Gruppen (selbst in der MLPD, der Kurz übrigens niemals angehörte) für ein kleineres und weniger folgenreiches Mißgeschick als eine in der Partei der Grünen oder gar eine Mitarbeit im Deutschen Bundestag. Die Polemik von Autoren, die ihre öffentliche Beachtung weiterhin vor allem ihren spektakulären und häufig machtzentrumsnahen "Irrtümern" verdanken (also nicht einem stringentem theoretischen Entwurf), gegen den "Stalinisten" Kurz, wird in den Medien verstanden. Das stört mich.

Fällt sie oder fällt sie nicht?

Gillman geht davon aus, daß Marx' Gesetz der fallenden Profitrate wie jedes wissenschaftliche Gesetz nur quantitativ aufgestellt werden kann. Andernfalls würde das Gesetz eine bloße Abstraktion ohne eine konkrete Anwendung auf die Trends der kapitalistischen Entwicklung sein. Er gibt allerdings zu, daß weder Marx noch ein anderer nach ihm "das Gesetz weder empirisch noch historisch jemals ernsthaft getestet haben". Im Falle von Marx wäre das verständlich, da ihm "keine geeigneten Fakten zur Verfügung standen, mit denen die Realität dieses Gesetzes getestet werden konnte". So blieb es der Gegenwart und Gillman überlassen, herauszufinden "ob die empirisch bestimmten quantitativen Daten in Übereinstimmung mit den theoretischen Erwartungen des Gesetzes stehen".

Gillman versucht das Gesetz zahlenmäßig zu überprüfen. Er ist überzeugt, daß die hinter den Marxschen Ausdrücken - konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert - stehenden realen Größen statistisch faßbar sind, und versucht dies an Hand vorliegender statistischer Angaben über die wesentlichen Teile der amerikanischen Wirtschaft aufzuzeigen. Meiner Ansicht nach lassen die vorgelegten Daten keine Aussagen über die Bewegung der Profitraten mit Bezug auf den Wandel der organischen Zusammensetzung des Kapitals im allgemeinen oder der des amerikanischen Kapitals im besonderen zu. Die existierenden statistischen Erhebungen beziehen sich nicht auf die Marxschen Kategorien, sondern auf äußerst unzuverlässige Berechnungen, wie sie aus den prinzipiell unübersichtlichen Marktvorgängen hervorgehen.

Diese Zahlen bringen die aktuellen Profitraten nicht in direkten Zusammenhang mit der aktuellen organischen Zusammensetzung des Kapitals. So wie ein Einzelkapital, unabhängig von seiner organischen Zusammensetzung, Extraprofite oder Verluste aufzuweisen vermag, sind die einem nationalen Kapital zufließenden oder abfließenden Profite nicht notwendigerweise an dessen organische Zusammensetzung gebunden, sondern können durch Weltmarktbeziehungen mitbestimmt sein. Da aber das Gesamtkapital im Weltmaßstabe sowie dessen organische Zusammensetzungen und Mehrwertraten unbekannte Größen sind, bleibt auch der Fall der Profitrate für ein bestimmtes Land statistisch nicht nachweisbar.

Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft, die die statistischen Erhebungen bestimmt, geht nicht von der Produktion, sondern vom Markt aus, und die dort gewonnenen Daten sind nur in einem sehr begrenzten Sinn

Analogien für die Vorgänge im Produktionsprozeß, auf die sich die Marxschen Kategorien beziehen. Aber davon abgesehen: die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist auch ohne statistischen Nachweis offensichtlich. Daß damit auch die Profitrate tendenziell gefallen ist, ergibt sich aus der Tatsache der Akkumulation selbst, ohne daß damit etwas über die aktuelle Profitabilität des Kapitals ausgesagt wäre.

Anmerkung:

Auszug aus Paul Matticks Kritik an Joseph M. Gillman. Mattick schrieb diesen Text 1973 als Nachtrag zu seinem Aufsatz "Werttheorie und Kapitalakkumulation", der 1974 in dem Buch "Kritik der Neomarxisten" erschien.

Sichtbare Bewegung in postmodernen Strukturen:

"Die Zwei-Zimmer-Wohnung im Schanzenviertel hat Ebermann zusammen mit seiner Freundin - einer GALierin versteht sich - für monatlich 450 Mark inklusive gemietet. Im Schlafzimmer ist die Decke nachtblau gemalt und mit goldenen Pappsternen beklebt. An der Wand hängt ein Wirtschaftsdiagramm über Die Internationale Einkommensstruktur, eine Darstellung der Verelendung in der Dritten Welt." (Reportage des Spiegel 2/1983)

In ak 385 war über das Buch "Die Offenbarung der Propheten" von Thomas Ebermann und Rainer Trampert zu lesen: " ... es ist eins der wichtigen Bücher dieses Jahres."

Wie dem auch sei; wir werden nun in zwei Teilen einen Artikel von Günther Jacob im ak dokumentieren, der sich ebenfalls mit den "Offenbarungen der Propheten" beschäftigt. Dabei handelt es sich um eine der wenigen kritischen Auseinandersetzungen mit den Thesen des Buches. Günther Jacob kontrastiert parteilich und anschaulich theoretische Ansätze, die seit einigen Jahren vor allem durch den Einfluß der Diskurstheorie und des Poststrukturalismus in Teilen der Linken formuliert werden, mit den Positionen von Ebermann und Trampert.

Dabei kommt er u.a. zu dem Ergebnis, daß wir es hier mit den Prototypen "postmoderner Polit-Popstars" zu tun haben.

31. Berechnung und Beschwörung. Zur Debatte um Ökologie und "Überbevölkerung"

Von Susanne Heim und Ulrike Schaz

Autor: Susanne Heim, Ulrike Schaz · Rubrik: Umweltpolitik; Frauen; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:20

Bevölkerungsoptimum, Bevölkerungsüberschüsse, überzählige Esser, Bevölkerungsexplosion, Überfremdung, Raumnot, Migrantenflut, explodierende Fruchtbarkeit ... dies ist nur eine Auswahl von Begriffen, die in der Debatte um "Überbevölkerung" Verwendung finden. "Überbevölkerung" ist ein Passepartout-Begriff, mit dem vermeintliche oder tatsächliche Mißstände benannt werden, die sich jeweils auch anders definieren ließen: beispielsweise als Arbeitslosigkeit, Hunger oder Flucht, als Konkurrenz um Ressourcen, als Wasserknappheit oder als Wohnungsmangel. Letztlich läßt sich jede politische oder ökonomische Krise in ein Bevölkerungsproblem umdefinieren.

Entsprechend den variierenden Kriterien sind es jeweils unterschiedliche Gruppen von Menschen, die in bestimmten historischen Situationen als "überzählig" galten und zu Objekten bevölkerungspolitischer Maßnahmen gemacht wurden. Auch heute noch gilt: Je dramatischer die drohende Gefahr ausgemalt wird, desto legitimer scheinen Notstandsmaßnahmen und auch Menschenrechtsverletzungen.

Doch im Spektrum möglicher "Lösungen" sind Zwangsmaßnahmen nur eine Option, und die Grenzen zwischen Zwang und Freiwilligkeit sind oft fließend. Während zu Beginn des Jahrhunderts Migrations- und Siedlungspolitik die wichtigsten Mittel waren, um einer "Übervölkerung" entgegenzuwirken, so hat sich diese Situation mit der Erfindung der Massenverhütungsmittel verändert. Seitdem Pille und Spirale und neuerdings auch Hormonimplantate weltweit vermarktet werden, ist das Spektrum der Eingriffsmöglichkeiten zwar theoretisch breiter geworden, real jedoch hat es sich verengt: Sie konzentrieren sich auf Frauen.

Seit den frühen 70er Jahren trat an die Stelle der Auffassung, die "Dritte Welt" sei Erziehungsobjekt der "Ersten" schrittweise das Paradigma der "globalen Verantwortung". Dieser Wandel vollzog sich vor dem Hintergrund eines wachsenden Umweltbewußtseins in Westeuropa und den USA. Die Ökologie wurde zu einer neuen Leitwissenschaft, die den Anspruch erhob, die Probleme der Welt ebenso zu definieren wie Wege zu deren Lösung anzubieten oder zumindest "eine verbindliche Orientierung für die vielfältigen Krisen des ausgehenden Jahrhunderts, die in der ökologischen Krise zu kulminieren scheinen". (1) Damit einher ging der Trend zu einer globalen Betrachtungsweise nicht nur der ökologischen, sondern auch der Bevölkerungsfrage. Vom "Raumschiff Erde" war die Rede, derzufolge die Erde ein geschlossenes ökologisches System ist, das sowohl in bezug auf die Ressourcen, als auch hinsichtlich der Fähigkeit zur Regeneration bei ökologischer Belastung begrenzt ist. Die Metapher vom "Raumschiff Erde" brachte die Vorstellung einer "Zwangs-Interessensgemeinschaft aller Menschen der Welt" zum Ausdruck.

Vor dem Hintergrund solcher Vorstellungen hat sich erst vor kurzem eine große Koalition vom Journalisten Franz Alt über Joschka Fischer bis zur Deutschen Stiftung Weltbevölkerung zusammengefunden, um mittels eines ökologischen Marshallplans die Erde vor Klimakatastrophe, Artensterben und Bevölkerungswachstum gleichermaßen zu retten. (2)

Im Jahr 1972 erschien das Buch von Paul und Anne Ehrlich "Bevölkerungswachstum und Umweltkrise" in deutscher Übersetzung. Das Biologenpaar warnte vor einem ganzen Konglomerat von Katastrophen: vor den Folgen der Umweltverschmutzung ebenso wie vor einer drastischen Reduzierung der Artenvielfalt; die Erschöpfung der Energiequellen sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen entziehe künftigen Generationen die Existenzgrundlage. Hungerkatastrophen seien zu befürchten, Aufstände und vor allem Kriege, wahrscheinlich sogar ein Atomkrieg. Die Ursachen für diese Katastrophen seien vielfältig miteinander verknüpft; die größte Bedrohung allen irdischen Lebens gehe jedoch vom "explosiven" Bevölkerungswachstum aus. Trotz dramatischer Weltuntergangsprophezeiungen endeten die Ehrlichs mit dem, was sie "ein positives Programm" nannten. Sie forderten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Verantwortung wahrnimmt und das Wachstum der amerikanischen Bevölkerung stoppt." Sobald die USA damit begonnen (!) hätten, "im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, können sie dazu übergehen, die Probleme der Rückentwicklung

(de-development) der übrigen Industrieländer, der Bevölkerungskontrolle und des ökologisch begrenzten partiellen industriellen Aufbaus in den Entwicklungsländern ins Auge zu fassen." (3)

Die US-Regierung, so Paul Ehrlich in einem Interview mit der Zeitschrift Playboy, müsse propagieren, daß jede amerikanische Familie, die patriotisch gesinnt sei, nicht mehr als zwei Kinder haben dürfe. "Heute kontrollieren die Gesetze bereits die Zahl der Ehefrauen, die man haben darf, und wenn es notwendig ist, werden sie auch die Zahl der Kinder festlegen." (4) Er hoffe zwar, so Ehrlich weiter, daß die Senkung der Geburtenzahlen auf freiwilliger Basis möglich sein werde, der Tenor seiner Ausführungen ist jedoch ein anderer: Zur Not müsse eben Gewalt angewandt werden. Auf jeden Appell an Freiwilligkeit und Aufklärung folgten immer wieder neue Katastrophenszenarien und anschließend das Inbetrachtziehen von Zwangsprogrammen. (...)

Wanderratten, Stubenfliegen ...

Paul Ehrlich hatte seit jeher eine intime Nähe zur US-amerikanischen Bevölkerungslobby. Bei allem wissenschaftlichen Anspruch war er sich für keine noch so platte bevölkerungspolitische Propaganda zu schade. Sein Buch "Die Bevölkerungsbombe" ist eine abenteuerliche Mischung aus ökologischen Erkenntnissen, politischen Schlußfolgerungen und einer Projektion der eigenen Ängste auf den ganzen Planeten und die Zukunft der Menschheit. Als Populationsbiologe läßt er seinen Blick von den Wanderratten über die Stubenfliegen zu den Kolumbianern schweifen. So erfährt man von Ehrlich, daß in Kolumbien "jedes Kind die unerträgliche finanzielle Last der Familie und die Verzweiflung der Mutter" vergrößert. "Das Verhängnis beginnt mit wirkungslosen einheimischen Mitteln zur Empfängnisverhütung, es folgen Abtreibungen durch Quacksalber und Kurpfuscher, Kindsmord, Frigidität, und am Ende steht nur allzuoft der Selbstmord." (5)

Die Darstellung von Menschen (insbesondere denen außerhalb Westeuropas und Nordamerikas) als wimmelndes Getier fördert den Fatalismus. Obwohl bisweilen ins Groteske übertrieben, enthalten die Schreckensszenarien immer auch Versatzstücke einer realen Problembeschreibung, und nicht jede Katastrophenprognose, die zu (bevölkerungs-)politischen Zwecken funktionalisiert wird, ist deswegen frei erfunden. Das Problem liegt gerade in dem Sammelsurium von Fakten, Meinungen und politischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden sowie in der Anmaßung, biologische Antworten auf gesellschaftliche Fragen geben zu können.

Hans Magnus Enzensberger hat das Programm der Ehrlichs 1973 einer Kritik unterzogen, die sinngemäß auch auf die unzähligen anderen Studien zutrifft, die die ökologische und die Bevölkerungsfrage miteinander verknüpfen. Die Ökologie als Teildisziplin der Biologie, so Enzensberger, sei angetreten, um die wechselseitige Abhängigkeit und Balance zwischen verschiedenen Bewohnern eines Ökosystems zu analysieren. Erst als sie den Menschen in ihre Betrachtungen mit einbezog, mit Entstehung der "Humanökologie" also, sei "dieser Wissenschaft ein Totalitätsanspruch zugewachsen (...), dem sie in keiner Hinsicht gewachsen ist. Je größer die Tragweite ihrer Ergebnisse, desto geringer ihre Zuverlässigkeit." Indem die Humanökologie komplexe, gesellschaftlich vermittelte Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt auf Biologisches reduziere, werde sie dem eigenen Hegemonieanspruch nicht gerecht und kapituliere vor der Größe der Probleme, die sie selbst aufgeworfen habe. (6) Natur- und sozialwissenschaftliche Kategorien und Methoden würden unreflektiert nebeneinanderher angewandt. Unter dem Druck der öffentlichen Diskussion und unter Verweis auf die Dringlichkeit des Ziels erlangten die Aussagen der Ökologen trotz des methodischen Wirrwarrs mehr und mehr prognostische Züge. Der Mensch als Gegenstand der Humanökologie wird nicht als gesellschaftlich geprägtes Wesen begriffen, sondern Erkenntnisse aus der Forschung an Ameisen, Ratten oder Fruchtfliegen auf ihn übertragen. "Die gesellschaftliche Neutralität", so Enzensberger weiter, "welche die ökologische Argumentation für sich in Anspruch nimmt, indem sie auf naturwissenschaftliche Beweisstrategie rekurriert, ist eine Fiktion". Gerade die Metapher vom Raumschiff Erde aber verfestigt die Vorstellung des "Wir sitzen alle in einem Boot" und verleugnet so den "Unterschied zwischen erster Klasse und Zwischendeck, Kommandobrücke und Maschinenraum."

... und wimmelndes Getier

Die ökologischen "Sofortprogramme", wie Anne und Paul Ehrlich sie aufstellen, charakterisiert Enzensberger als ein "Abziehbild politischer Idiotie": Zunächst werde akribisch der Untergang ausgemalt, so "daß man sich nach der Lektüre (...) darüber wundert, mit welcher Beharrlichkeit nach wie vor Kinder geboren und

Pensionsregelungen entworfen werden. An das Ende ihrer Traktate, in denen die Unvermeidlichkeit des Endes (der Industrialiseriung, der Zivilisation, des Menschen, des Lebens auf dem Planeten) überzeugend dargetan, wenn nicht bewiesen wird, hängen sie jedoch ein Kapitel an, in dem sie betonen, daß es auch anders geht. (...) Dabei steht die Entsetzlichkeit der angekündigten Katastrophe in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Harmlosigkeit der Ermahnungen, mit denen wir entlassen werden. (...) Sie bleiben folgenlos wie das Wort zum Sonntag." Obwohl gigantische Veränderungen prognostiziert würden, erscheine jeder fundamentale Eingriff ins politische System der USA undenkbar. "Dieses System wird vielmehr als konstanter, unwandelbarer Faktor in seine (Ehrlichs) Kalkulationen eingebracht, und zwar nicht so wie es ist, sondern so, wie es dem weißen Angehörigen der Mittelklasse erscheint, also in seiner bis zur Unkenntlichkeit ideologisierten Gestalt. Klassenwidersprüche und Klasseninteressen werden durchweg verleugnet. Der parlamentarische Mechanismus der Wahlen wird ohne weiteres als funktionstüchtiges Mittel betrachtet, mit dem alle denkbaren Konflikte gelöst werden können; es handelt sich nur darum, die richtigen Kandidaten ausfindig zu machen." Soweit Enzensberger im Jahr 1973.

Zwar gilt das System der parlamentarischen Demokratie als unveränderlich; dennoch werden immer wieder autoritäre "Lösungen" für die vielbeschworenen Krisen nahegelegt oder auch gefordert, in deren Zentrum die "Überbevölkerung" steht. Das rigide "Durchgreifen" gilt als "Notwehr", mittels derer die Menschheit - unabhängig vom konkreten Gesellschaftssystem - ihren zukünftigen Bestand sichern muß. Vor diesem Hintergrund erscheint schließlich alles erlaubt und umfaßt der "Konsens der Demokraten" (im industrialisierten Norden) auch diktatorische Maßnahmen (meist auf der anderen Halbkugel). (...)

Umweltzerstörung

und "Überbevölkerung"

Fünfundzwanzig Jahre nach den Schreckensszenarien der Eheleute Ehrlich sind deren Ansichten weitgehend zum Gemeinplatz in der Diskussion um Ökologie und Bevölkerung geworden. In den USA hat die Überzeugungskraft der Katastrophenszenarien ausgereicht, um 1985 ein breites Bündnis zwischen Umweltgruppen und Bevölkerungslobby entstehen zu lassen, das sich die Bekämpfung von Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum zum Ziel gesetzt hat. (7)

Trotz aller scharfsinnigen Kritik hat sich der Biologismus in der Gesellschaftswissenschaft ebenso wie in der Politikberatung einen festen Platz erobert. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die zahlreichen Globalstudien über die Begrenztheit der Ressourcenvorräte, die zunehmende Umweltverschmutzung und das Bevölkerungswachstum, die seit den 70er Jahren entstanden sind und von denen hier nur die bekanntesten genannt werden können: Der Club of Rome, ein Verein illustrer Männer aus Industrie und Wissenschaft, gab 1972 den vom Massachusetts Institute of Technology erarbeiteten Bericht "Die Grenzen des Wachstums" heraus; im Jahr 1979 erschien die Studie "Global 2000: Bericht an den Präsidenten", zwei Jahre später der sogenannte Brandt-Report "Das Überleben sichern" als Bericht der Nord-Süd-Kommission. Der Brundtland-Report führte 1987 eine neue Komponente in die Debatte um Ressourcen und Bevölkerung ein: Die Idee der "nachhaltigen Entwicklung" ist seither zum festen Bestandteil ökologischer und ökonomischer Entwicklungsmodelle geworden. Ziel ist eine Entwicklung, so der Brundtland-Report, "die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können". Dazu sei eine umweltschonende Technologie und ein moderates Wirtschaftswachstum ebenso erforderlich wie die Reduzierung des Bevölkerungswachstums mittels Armutsbekämpfung und Familienplanung. Armut wird als Ursache für das Bevölkerungswachstum im Süden angesehen, das ebenso zur ökologischen Krise beitrage wie der verschwenderische Umgang mit den Ressourcen im reichen Norden. Zwar werden Reichtum im Norden und Armut im Süden als wechselseitig bedingt angesehen, doch: "die Rhetorik löst sich auf", so eine Kritikerin, "sobald Lösungsansätze diskutiert werden. Moralische Maßhalteappelle und vage Formulierungen dessen, was tragfähiges Wachstum sein soll, ersetzen definitive Aussagen zum grundsätzlichen ‚Umbau der Industriegesellschaft`. So bietet das Tragfähigkeitskonzept seinen Rezipienten - der Weltbank, den Vereinten Nationen oder zum Beispiel den Nichtregierungsorganisationen (NROs) - eine Auslegung nach Maßgabe des jeweiligen politischen Standpunkts."(8) Sowohl die Definition von "nachhaltiger Entwicklung" als auch die Antwort auf die Frage, was zu deren Realisierung zu tun sei, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. So variieren die Positionen, welche Ressourcen als knapp und lebenswichtig für künftige Generationen angesehen werden ebenso wie die Ansichten darüber, ob die Veränderung der Umwelt nicht auch unter dem Gesichtspunkt ihrer sozialen Konsequenzen betrachtet werden

müßte. Wenn zum Beispiel Abholzungen zugunsten eines Staudammprojekts durch Anpflanzungen an anderer Stelle kompensiert werden, so könnten sie - unter ökologischen Gesichtspunkten - als "neutral" gelten. Unbedenklich sind sie deswegen noch lange nicht: Wenn die Frauen in den angrenzenden Dörfern aufgrund der Abholzungen gezwungen werden, zum Feuerholzsammeln einen wesentlich weiteren Weg zurückzulegen, so kann von "Neutralität" keine Rede mehr sein.

Bevölkerung als veränderbare Variable

Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß die Globalanalysen "Entwicklung" ebenso wie Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch als meßbare Größen behandeln. Sie haben so zu der Erkenntnis beigetragen, daß die Menschen in den Industrieländern die Ressourcen im Pro-Kopf-Durchschnitt weit mehr beanspruchen, als diejenigen in den Ländern des Südens. Auf diese Weise werden aber nicht nur die Unterschiede zwischen arm und reich innerhalb der westlichen Metropolen ignoriert, vielmehr werden die verschiedenen "Maßeinheiten" als kompatibel angesehen: Demnach wäre also eine Verordnung zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes im privaten Autoverkehr gleichermaßen ein Beitrag zur "Nachhaltigkeit" wie eine Familienplanungskampagne oder die Einführung von Langzeitverhütungsmitteln in einem asiatischen Land. Eben dies aber müßte eigentlich dazu führen, die Frage nach den Machtverhältnissen zu stellen, die in fast allen Globalstudien ausgeblendet bleibt: Wer hat die ökonomische oder politische Macht, wem welche Vorschriften zur Rettung des Planeten zu machen? Die Kritik trifft nicht nur auf die Globalstudien, sondern auch auf Studien über nachhaltiges Wirtschaften in einzelnen Industriestaaten zu. Die Szenarien abstrahieren in der Regel ebenso von den politischen Machtverhältnissen wie von den Geschlechterverhältnissen und den Unterschieden zwischen Frauen und Männern im Umgang mit den Ressourcen.

Das Denken in Globalkategorien hat die Vorstellung gefördert, daß "Bevölkerung" ein Faktor sei, der in die Welt-Ressourcen- und Verschmutzungsgleichung mit einbezogen werden müsse. Daraus ist meist im nächsten Schritt abgeleitet worden, daß Bevölkerungspolitik im Zentrum aller Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Zukunft stehen müsse - in erster Linie selbstverständlich in denjenigen Ländern, in denen das Bevölkerungswachstum besonders hoch ist.

Diese Sichtweise hat sich auch in der neueren bevölkerungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik durchgesetzt. Von Ende 1991 bis zur Jahresmitte 1992 hat das Deutsche Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen in seiner populären Funkkolleg-Reihe einen Kurs über Humanökologie, Weltbevölkerung, Ernährung und Umwelt angeboten. Die HörerInnen konnten das Pensum der 30 Radiosendungen zu Hause mit Hilfe von "Studienbriefen" vertiefen, bei denen am Ende jeder Lektion die Essentials und zentralen Begriffe noch einmal abgefragt wurden (...). Zum wissenschaftlichen Team, das die Studienunterlagen erstellte, gehörte Herwig Birg. Von seiner Ausbildung her Maschinenbauer und Volkswirt war Birg in den 70er Jahren zeitweilig am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beschäftigt und ist seit 1981 Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung der Universität Bielefeld. Er ist ordentliches Mitglied der Akademie für Raumordnung und Landesplanung sowie in verschiedenen wissenschaftichen Gesellschaften, darunter auch der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, vertreten; vorübergehend engagierte er sich auch in der bevölkerungspolitischen Lobby-Arbeit, bei der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. (9)

Zwar widerspricht Birg manchen in der Überbevölkerungspropaganda gängigen Glaubensgrundsätzen wie etwa der immer wieder hartnäckig wiederholten Behauptung, daß die "landwirtschaftliche Tragfähigkeit" (also die Möglichkeiten zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion) erschöpft sei. Er geht davon aus, daß eine Reduzierung des Energieverbrauchs etwa um ein Prozent in den Industrieländern "eine viermal größere Energieeinsparung in der Weltenergiebilanz für 1990 zur Folge hätte als eine Verringerung des Bevölkerungszuwachses in den Entwicklungsländern z.B. von 2% auf 1%". Dennoch ist auch für Birg wie für die meisten Funkkolleg-AutorInnen klar, daß es der "demographische Problemdruck" ist, der in den "Entwicklungsländern" Mangel- und Unterernährung ebenso verursacht wie Landflucht, Massenarbeitslosigkeit, Kriminalität, Prostitution, politische Instabilität und Kriege sowie "Problemdruck in den Industrieländern durch massenhafte Einwanderungen". (10)

"Unterbevölkerung"

und "Entfremdung"

Bedroht sind nach Birgs Ansicht die Industrieländer jedoch nicht nur von den Bevölkerungsentwicklungen in anderen Ländern, sondern auch von denjenigen innerhalb der eigenen Grenzen: Die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland gefährde nicht nur die Renten, sondern werde auch zur Folge haben, daß die Deutschen in absehbarer Zeit in vielen Großstädten ihres Landes zur Minderheit unter der großen Zahl von Ausländern und Asylbewerbern würden. (11) Mit anderen Worten: Deutschland ist nach Ansicht eines seiner führenden Demographen von Über- und Untervölkerung gleichermaßen bedroht. Enzensberger hat für dieses Phänomen den Begriff der "demographischen Bulimie" geprägt und dazu ausgeführt: "Mit dem logischen Status von Wahnvorstellungen ist es so, daß zwei Phobien, die einander ausschließen, ohne weiteres in ein und demselben Gehirn Platz finden." (12)

Es liegt auf der Hand, daß die Tragfähigkeit des Planeten davon abhängt, wie die Menschen leben, wie sie mit der Erde, den Ressourcen umgehen, die ihnen zur Verfügung stehen. Fraglich ist zudem, ob die Tragfähigkeit der Erde - selbst mit differenzierten Computerprogrammen - überhaupt berechnet werden kann. (Die widersprüchlichen Rechenergebnisse legen eine negative Antwort nahe.)

Obwohl in vielen Schriften zum Thema Bevölkerung und Umwelt davon ausgegangen wird, daß selbst geringfügige Veränderungen von Konsumgewohnheiten und Produktionsmethoden im Norden weit mehr zum ökologischen Schutz der Erde beitragen würden, steht am Ende der meisten Betrachtungen immer wieder die Forderung nach einer Einschränkung des Bevölkerungswachstums in den Ländern des Südens. Der logische Bruch in der Argumentation wird mit folgendem argumentativen Hilfsmittel überwunden, auf das schon die deutschen Ökonomen der frühen 40er Jahre im besetzten Osteuropa zurückgriffen, um Mord mit ökonomischer Rationalität zu rechtfertigen: Zum entscheidenden Kriterium für die "Überbevölkerung" wird das Pro-Kopf-Einkommen gemacht. Ist es niedrig, so die Annahme, müsse alles für die Grundbedürfnisse aufgewendet werden; es könne kein Kapital akkumuliert werden und die Wirtschaft stagniere oder rotiere im "Zirkel der Armut", den Birg auch "malthusianische Falle" nennt. Schon der Maßstab des "Pro-Kopf-Einkommens" ist problematisch, denn er suggeriert, daß sich Wohlergehen (und damit wird ein hoher Lebensstandard oder ein hohes Pro-Kopf-Einkommen im westlichen Entwicklungsmodell gleichgesetzt) quantifizieren ließe und so alle verschiedenen Lebensweisen auf der Erde nach einem universal gültigen Maßstab miteinander verglichen werden könnten. Zudem basiert die Argumentation auf sogenannten aggregierten makro-ökonomischen Größen: Das Pro-Kopf-Einkommen wird (ebenso wie die Nachfrage und andere Größen) im jeweiligen Landesdurchschnitt errechnet, wobei dann die erheblichen Unterschiede zwischen Angehörigen einer superreichen Oberschicht und Besitzlosen in der Statistik zu einem niedrigen Durchschnitt zusammengerechnet werden. "Der Begriff niedrige Nachfrage umfaßt z.B. für ein zentralafrikanisches Land die Nachfrage nach Mercedes-Luxus-Limousinen ebenso wie die Nachfrage einer Bauersfrau auf dem Markt nach Salz." (13) Auch die Annahme, daß die Kapitalbildung in den "Entwicklungsländern" dadurch verhindert wird, daß alle Überschüsse von einer wachsenden Bevölkerung konsumiert werden, ist eher fraglich. Häufig werden die Überschüsse zwar erwirtschaftet, nur nicht im Lande selbst produktiv investiert, sondern ins Ausland transferiert oder von Angehörigen der Oberschicht in Luxuskonsumgüter umgesetzt. Zudem bleiben wichtige Bereiche der Volkswirtschaft wie etwa die Selbstversorgungslandwirtschaft ganz aus der Analyse ausgeklammert, weil die dort geschaffenen Werte nicht in Geld oder "Pro-Kopf-Einkommen" umgerechnet in die Statistik eingehen. "Den Anspruch, die Ursachen fortwährender Unterentwicklung aufgespürt zu haben und zu benennen, kann die 'Teufelskreis'-Argumentation nicht einlösen." (14)

Reiche Länder können nach dieser Logik gar nicht "überbevölkert" sein. Die Identifikation von Armut mit "Überbevölkerung" läßt die Forderung nach weitreichenden Eingriffen gegenüber den "überbevölkerten" Ländern um so gerechtfertigter erscheinen, weil ihre "Unfähigkeit", mit den Problemen des eigenen Landes fertig zu werden, scheinbar offenkundig ist. Bevormundung braucht daher nicht erst legitimiert zu werden, sondern wird von denen, die sie ausüben, als Hilfe verstanden. Ein Leser der FAZ dachte diese autoritäre Logik wie folgt weiter: "Können die 960 Millionen Analphabeten wirklich gleichberechtigt dazugehören? Muß nicht auch für die weiteren fünf Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern (...) Vormundschaft übernommen werden? Es wird Zeit, daß die demokratisch regierten Industrienationen ihre Skrupel beiseite legen und sich zu einer Weltregierung aufschwingen, die sich von Wissen und Vernunft leiten läßt, um das Leben auf dem erreichten Niveau zu retten." (15)

Im Kontext der Ökologiedebatte ist auch das herkömmliche Verständnis vom Menschen, der sich die Erde untertan macht, hinterfragt worden. Die Kritik am anthropozentrischen Weltbild und die Anerkennung der Tatsache, daß der Mensch nur eine unter vielen Spezies sei, die die Erde bewohnen, gingen bisweilen seltsame Wege. So ist in ökobewegten Kreisen mitunter von "Bruder Igel" und "Schwester Linde" die Rede, die von der "Biomasse Mensch" bedroht würden. Manche UmweltschützerInnen begreifen sich als Anwälte der Natur und glauben, diese gegen den Aggressor "Mensch" in Schutz nehmen zu müssen. Dabei wird der Mensch in Gegensatz zur Natur gestellt und - unabhängig von sozialen Verhältnissen und individuellem Verhalten - als wandelndes Zerstörungspotential begriffen. Seine Vermehrung, das Bevölkerungswachstum, gilt als unnatürlich und als Gefahr für die Natur; und so erscheint jeder Eingriff - auch der in den Körper von Frauen in den Ländern des Südens - gerechtfertigt, um diese Gefahr abzuwenden.

Der hier abgedruckte Artikel erscheint im September 1996 als ein Unterkapitel in dem Buch "Berechnung und Beschwörung: Überbevölkerung - Kritik einer Debatte". Der Text ist leicht gekürzt, die Zwischenüberschriften wurden von der ak-Redaktion eingefügt. Die Autorinnen Susanne Heim und Ulrike Schaz geben in dem Buch einen Überblick über die unterschiedlichsten Aspekte im Diskurs "Überbevölkerung". Es geht hier sowohl um historische Analysen (Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus, oder auch in der Sowjetunion) wie auch um aktuelle Auseinandersetzungen z.B. innerhalb der internationalen Frauen(gesundheits)bewegung anläßlich der Weltfrauenkonferenz in Kairo.

Susanne Heim, Ulrike Schaz: "Berechnung und Beschwörung: Überbevölkerung - Kritik einer Debatte", Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, 248 Seiten, ISBN 3-924737-33-9, Preis ca. 30 DM

Anmerkungen:

1) Mechthild Oechsle, Der ökologische Naturalismus, Frankfurt am Main/New York 1988, S. 37, zit. nach: Cornelia Schlebusch, Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument, Frankfurt am Main 1994, S. 49

2) Der "Ökologische Marshallplan" ist dokumentiert in: Frankfurter Rundschau 30.8.1993

3) Paul Ehrlich/Anne Ehrlich, Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, Frankfurt 1972, S. 428f, zitiert nach: H. M. Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33, Berlin 1973 S. 30

4) Paul Ehrlich in einem Interview mit dem "Playboy", August 1970, nachgedruckt in: Edward Pohlman (Hg.) Population: A Clash of Prophets, New York/Scarborough/London 1973, S. 13-28, hier: S. 19

5) Paul Ehrlich, Die Bevölkerungsbombe, Frankfurt am Main 1973, S. 31

6) Vgl. Enzensberger, Kritik der politischen Ökologie, S. 20

7) Die Initiative trägt die Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Ideologie schon im Namen: Making Common Cause. Etwa 100 Gruppen und Organisationen, von Friends of the Earth und World Wildlife Fund über den Pathfinder Fund, das Population Crisis Committee (heute Population Action International) und das World Women in Defense of the Environment bis hin zur Umweltabteilung der Weltbank gehören dem Bündnis an. Vgl. Ute Sprenger, Wer hat Angst vor schwarzen Frauen? Internationale Zusammenarbeit an der neuen Familienplanungsfront in Afrika, in: ak (Analyse und Kritik, vormals "Arbeiterkampf") Nr. 315, 5.2.1990

8) Schlebusch, S. 60

9) Zu den wissenschaftlichen Beratern des Funkkollegs gehörten außer Birg der Ökonom und Agrarexperte Walter Schug sowie der Zoologe und Botaniker Hartmut Bick. Darüber hinaus kam in den einzelnen Studieneinheiten die alte Garde der deutschen Bevölkerungswissenschaft zu Wort: Hermann Schubnell, Karl Schwarz und Hilde Wander, außerdem der Schweizer Demograph Jürg Hauser.

10) Herwig Birg, Müll, Moral und die Macht der Masse. Bevölkerungsökologie des Menschen, in: Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (Hg.), Funkkolleg Humanökologie - Weltbevölkerung, Ernährung, Umwelt, Studienbrief 1, Weinheim, Basel, S. 47-84, hier, S. 67. und S. 79

11) Herwig Birg, Die Leistung der Politik besteht im Verdrängen. Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung werden Deutschland bald vor gewaltige Schwierigkeiten stellen, in: FAZ vom 10.5.1996.

12) Hans Magnus Enzensberger, Die Große Wanderung. 33 Markierungen, Frankfurt a. M. 1992, S. 30. In vielen seiner "Markierungen" demontiert Enzensberger in anregender Weise demographische Zirkelschlüsse und damit zusammenhängende Phobien und Verblendungen. In manche der von ihm beschriebenen Sackgassen manövriert er sich allerdings auch selbst hinein - indem er das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft für per se konfliktträchtig hält und Fremdenhaß somit zur antropologischen Konstante erklärt.

13) Christian Glaß, Bevölkerungswachstum als Katastrophe. Die ideologische Kontinuität der demographischen und ökologischen Diskussion, Frankfurt/ New York, 1978, S. 25.

14) Glaß, S. 28

15) Das Raumschiff Erde retten, in: FAZ vom 22.7.1995. Der FAZ-Leser war nicht der erste, der auf diese Idee gekommen ist. Bereits zwanzig Jahre vorher hatte die "Wirtschaftswoche" einen Vorschlag zur personellen Besetzung einer solchen Weltregierung veröffentlicht, in der neben Henry Ford II die damaligen Chefs von Siemens, ITT, der First National City Bank und des Nestlé-Konzerns vertreten sein sollten. Vgl. Glaß, S. 75.

32. Totaler Theorieverzicht? Bilanz der entwicklungspolitischen Diskussion der 90er Jahre

Bilanz der entwicklungstheoretischen und politischen Diskussion der 90er Jahre

Autor: Christian Stock, aus: iz3w · Rubrik: Diskussion; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:03

Die entwicklungspolitische Debatte der 90er Jahre begann mit Paukenschlägen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde kurz und bündig das "Ende der Dritten Welt" und das "Ende des Nord-Süd-Konflikts" erklärt. Gleichzeitig wurden Modernisierungs und Dependenztheorie - die beiden wichtigsten "Großtheorien" - auf den Müllhaufen der Ideologiegeschichte geworfen. Was blieb, sind "Theorieruinen" (Ziebura), "latente Theoriemüdigkeit" (Hein) und verbreitete Orientierungslosigkeit.

Was waren die Ursachen für die Theoriekrise? Stark vereinfacht lassen sich vier Gründe anführen. Erstens warf man sowohl Modernisierungs- wie Dependenztheorien vor, die Differenzierungsprozesse in der Dritten Welt weder erfaßt noch aufgearbeitet zu haben. Zwischen aufsteigenden Exportländern wie den vier (süd-)ostasiatischen Tigern, stagnierenden rentenkapitalistischen Erdölförderländern und absteigenden agrarisch geprägten Staaten in Afrika sei ein derartig himmelweiter Unterschied, daß man kaum von einer einheitlichen "Dritten Welt" sprechen könne. Frühere Annahmen von identischen wirtschaftlichen und sozialen Tiefenstrukturen in der Peripherie werden verneint und die jeweils konkreten Bedingungen für (Unter-)Entwicklung herausgestrichen.

Zweitens mußte in der sogenannten Schwellenländerdebatte festgestellt werden, daß beispielsweise der Aufstieg Südkoreas von einer Kolonie zu einem der konkurrenzfähigsten Industrieländer innerhalb von nur 30 Jahren mit allen bis dahin gängigen Theorien nicht erklärt werden konnte. Nach dependenztheoretischer Auffassung hätte die praktizierte Weltmarktintegration nur die "Entwicklung der Unterentwicklung" vorantreiben können. Trotz massiver negativer Erscheinungen, wie Billiglöhne und Umweltzerstörung, kann davon im Falle Südkoreas keine Rede sein. Aber auch die Modernisierungstheorien, die erst die "konfuzianische Ethik" als Entwicklungshemmnis diffamierten, um sie später als Erfolgsbedingung hochzustilisieren, versagten. Ebenso erging es der klassischen Entwicklungsökonomie, die Staatsabstinenz im Wirtschaftsleben propagierte und erstaunt zur Kenntnis nehmen mußte, wie Staatsinterventionismus erheblich schneller zum Wachstumsziel kam.

Dieses anvisierte Ziel des Wirtschaftswachstums ist der dritte Grund für die Theoriekrise. Lange Zeit war man sich einig im Ziel der nachholenden Industrialisierung. Lediglich über den Weg dahin - ob sozialistisch in der Tradition von Marx und Lenin, neoklassisch nach Smith und Ricardo oder neokeynesianisch nach Keynes - wurde gestritten. Die ökologischen Krisenerscheinungen wiesen jedoch unübersehbar auf die Begrenztheit des industriellen Entwicklungsmodells und seiner Übertragbarkeit hin. In den 90ern wurde dann nicht nur das Ziel des Entwicklungsprozesses, sondern sogar die Idee an sich, etwas "entwickeln" zu wollen, von Fundamentalkritikern wie Gustavo Esteva zurückgewiesen. Nur logisch, daß mit dem Ende des "Entwicklungsmythos" auch die Theorien verstummen, die ihn zum Inhalt haben. Die Einsicht mancher, daß Entwicklung "eine unbegrabene Leiche (ist), die gefährlich die Luft verpestet" (1), bedeutet aber leider nicht, daß wachstumsorientierte Industrialisierung in der entwicklungspolitischen Praxis als führendes Leitmotiv aufgegeben wurde.

Als vierter Grund für das Theorieversagen wird das Scheitern aller Utopien und Entwicklungsmodelle genannt. Entwicklungstheorien versuchten ja nicht nur (Unter-)Entwicklung zu erklären, sondern waren zugleich auch gesellschaftspolitische Entwürfe und gaben Strategien für den anzustrebenden Entwicklungsweg vor. Aber weder sozialistische Modelle à la Kuba oder Nicaragua, weder neoklassische à la Chile noch "dritte Wege" wie Ujamaa in Tanzania hätten für die Bevölkerung reale Verbesserungen gebracht, wurde von Theoriekritikern wie Ulrich Menzel konstatiert.

Überall alles anders?

Die Theoriekrise und die Behauptung vom "Ende der Dritten Welt" hat die entwicklungspolitische Diskussion der 90er stark beeinflußt. Dazu muß zwischen zwei Ebenen unterschieden werden, einer theoretischen und

einer praktisch-politischen. Auf der theoretischen Ebene ist zu konstatieren, daß der in den 70er Jahren gepflegte Dogmatismus aufgegeben wurde. Kaum jemand behauptet heute noch, im Besitz der allein gültigen Wahrheit zu sein, von neoklassisch orientierten Entwicklungsökonomen und ihren Wahnvorstellungen vom "freien Markt" und seiner alles regulierenden Kraft abgesehen. War man früher in einem statischen dichotomischen Weltbild gefangen, in dem nur Metropole und Peripherie oder moderne und traditionale Gesellschaften als simple Koordinaten dienten, sind heute wesentlich differenziertere Analysen möglich. Erst wenn die konkrete Kolonialgeschichte eines Landes oder einer Region, die heutigen Weltmarkteinflüsse und die jeweiligen endogenen Faktoren zusammengebracht werden, kann die Komplexität von (Un-ter-)Entwicklung erfaßt werden. Ein heute in vielen Länderstudien praktizierter Theorienpluralismus ermöglicht eine der Realität eher nahekommende Einschätzung der Situation oder gesellschaftlicher Gruppen. Problematisch wird es nur, wenn solche Studien nur noch zeigen, daß überall alles anders ist, weil sie überhaupt nicht mehr vom Einzelfall abstrahieren wollen oder können.

Neue, längst überfällige Themen wurden aufgegriffen oder vertieft. Nachdem viel zu lange rein ökonomistisch gedacht und an den "Hauptwidersprüchen" Kapital-Arbeit und Metropole-Peripherie festgehalten worden war, konnte die Ökologiedebatte endlich an Einfluß gewinnen. Elmar Altvater unternahm 1992 einen anspruchsvollen Versuch, ökologische und ökonomische Krisen und Ausbeutungserscheinungen in einen systematischen Zusammenhang zu bringen. Für ihn waren Kapitalismus und das industrielle Modell unvereinbar mit den Forderungen nach "sustainable development", weswegen er für eine "solare Revolution" plädierte. Im weiteren Verlauf der Ökologiedebatte, die nach dem Umweltgipfel in Rio immer mehr von den Mächtigen dieser Welt vereinnahmt wurde, wurden die Forderungen nach einem radikalen Umbau der Industriegesellschaften übertönt. Heute geht es mehr um die Frage, wie der bestehende Kapitalismus "nachhaltig" konsolidiert werden kann.

Ein weiterer "Nebenwiderspruch", nämlich das Geschlechterverhältnis, wird in der sogenannten Gender-Diskussion aufgegriffen. Unter dem schwer zu übersetzenden Begriff "gender" wird Geschlecht nicht als biologisches Kriterium, sondern im Sinne von sozial geprägten Rollen verstanden. Frauen werden in der gender-Perspektive nicht isoliert, sondern in ihren gesellschaftlichen Beziehungen zu Männern betrachtet. Dieser Forschungszweig steht zumindest im deutschsprachigen Raum erst am Beginn und wird noch mehr Aufmerksamkeit als bisher auf sich ziehen.

In der Kulturdebatte gibt es neue Akzente. In der pessimistisch-kriegstreiberischen Variante wird der "clash of civilisations" (Samuel Huntington) und die Verdrängung der kulturellen Hegemonie des Westens insbesondere durch die Herausforderungen des islamischen Kulturkreises befürchtet. Die optimistisch-liberale Variante sieht "Entwicklung als Wettbewerb der Kulturen" (Dieter Weiss) an, und gesteht auch außereuropäischen Wertesystemen erfolgreiche kapitalistische und politische Entwicklung zu. Ob damit eurozentrische Überlegenheitsvorstellungen, wie sie durch Max Weber bzw. seine Rezeption geprägt wurden, aufgelöst sind, ist fraglich. Denn der Maßstab, nach dem "Entwicklung" gemessen wird, sind europäische Ideen von wirtschaftlicher Effizienz und universellen Werten.

Globalisierung heißt schließlich das Stichwort eines weiteren an Bedeutung zunehmenden Diskussionsstranges. (2) Unter Einbeziehung regulationstheoretischer Annahmen werden hier die Entwicklungen der "entgrenzten Weltwirtschaft" untersucht.

Fähnlein im

"wind of change"

Schöne neue Welt also in der Entwicklungstheorie? Mitnichten! Der heute übliche Theorienverzicht oder Pluralismus birgt die Gefahr der Beliebigkeit. Man gibt sich auf- und abgeklärt, verweist auf den ideologischen Charakter früherer Bekenntnisse und vergißt, daß man keinen eigenen Standpunkt mehr hat, sondern nur sein Fähnlein in den "wind of change" hält. Dieser Wind weht aus neoliberaler Richtung. Über den ideologischen Charakter des Neoliberalismus und seiner Konzepte von Markt und parlamentarischer Demokratie geht der mainstream stillschweigend hinweg. Statt ständig geschärfter analytischer Instrumente werden nur noch theoretische Versatzstücke ohne jeglichen Zusammenhang feilgeboten. In vielen Veranstaltungen ist zu beobachten, daß die Vortragenden zu Beginn vom "Scheitern der Theorien" sprechen, um dann im weiteren Verlauf deren Schlüsselbegriffe und -konzepte wie "Modernisierung", "Peripherie" oder "Abhängigkeit"

heranzuziehen. Die Paradoxie ihres Vorgehens ist dabei den wenigsten bewußt! Andere verlegen sich in ihren Dissertationen etc. von vornherein auf reine Deskription oder denken theoretische Grundlagen nur noch implizit mit, anstatt sie offenzulegen.

Neben den überflüssigen und falschen Bestandteilen der gescholtenen Theorien wurden die sinnvollen gleich mitentsorgt. Die Theoriekritik verfuhr genauso pauschal mit ihrem Gegenstand, wie dieser mit der Dritten Welt. Konzepte wie etwa strukturelle Heterogenität bleiben aber gerade im Zeitalter der Globalisierung wichtig für das Verständnis von Unterentwicklung. Sie können z.B. erklären, warum Dritte-Welt-Metropolen wie Bangkok stärker mit dem Weltmarkt als mit ihrem Hinterland verflochten sind. Ebenso können wohlverstandene Modernisierungskonzepte, die zum Beispiel Landreformen als Bedingung für Entwicklung thematisieren, hohen Erklärungswert haben. Man muß sich nur die Mühe machen, diese Theoreme und Strategien den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und sie nicht plump den Theoriepäpsten nachzubeten. Das scheint den vielen ehemaligen Apologeten von Dependencia und Modernisierungstheorie zuviel intellektueller Aufwand gewesen zu sein.

Als Folge der grassierenden Konturenlosigkeit ist der offene, konservative backlash gegen alle Abhängigkeitstheoreme in Mode gekommen. Natürlich war es falsch, die Schuld für alle Probleme der Dritten Welt ausschließlich in den Industrieländern zu suchen. Der pauschalen Behauptung von Abhängigkeit liegt ja nicht zuletzt eine fatale Omnipotenzvorstellung vom Norden und eine paternalistische Haltung zugrunde, die die Dritte Welt nur auf eine Opferrolle reduziert. Aber wie zum Beispiel Siegfried Kohlhammer (3) den Ländern des Südens die alleinige Verantwortung für ihre Misere anlastet und Verschuldung, Protektionismus, Billiglöhne, Menschenhandel, Rüstungsexporte, Zerstörung der Atmosphäre durch exzessiven Energieverbrauch im Norden etc. wegdiskutiert, ist schlichtweg dreist. Derartige Verdrehungen der Realität sind von einer gänzlich anderen Qualität als etwa die (Selbst-)Kritik von Axelle Kabou (4) aus Kamerun, die die Eliten in Afrika von der Verantwortung für das Entwicklungsdilemma nicht freisprechen will.

Politik im Theorievakuum

Die praktische Entwicklungspolitik füllte das entstandene theoretische Vakuum mit einer Anzahl von fortschrittlich klingenden Schlagwörtern und Modediskursen auf, deren inhaltlicher Gehalt bei näherer Betrachtung beliebig interpretierbar ist. Partizipation, soziale Sicherheit, good governance und sustainability, um nur die wichtigsten zu nennen, klingen innovativ und retten die in den 80ern massiv kritisierte Entwicklungshilfe, die jetzt in bester pädagogischer Absicht Entwicklungszusammenarbeit heißt, über die Runden.

Am Beispiel "Partizipation" wird ihre Fragwürdigkeit deutlich. Früher verlangte man herrschaftskritisch, daß "Entwicklung von unten" kommen muß. Heute soll das Zauberwort "Partizipation" die Beteiligung der "Zielgruppen" an den Entwicklungsprojekten sichern. Die Verwendung des Begriffes unterschlägt, daß freiwillige, spontane Formen und ferngesteuerte, manipulierte Formen der Partizipation zu unterscheiden sind. Nicht der Vorgang der Partizipation an sich, sondern vor allem die Frage, an was und zu welchem Zweck partizipiert werden soll, ist hierbei bedeutsam. Um ein krasses Beispiel zu nennen: Nationalsozialismus war ein durchaus partizipatives System. Ebenso kann an den idiotischsten Entwicklungsprojekten fleißig partzipiert werden. Partizipation erhöht die Legitimation im Geberland und ermöglicht nebenbei auch, die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern weiterzureichen. Wehe aber, die Bevölkerung verlangt Partizipation am Wohlstand der Welt und begehrt Einlaß zu seinen Hochburgen!

"Eine Welt" statt drei

Die Entwicklungspolitik entledigte sich nur allzugerne des theoretischen Ballastes. Das Stichwort vom "Ende der Dritten Welt" allerdings griff sie begierig auf. Zunächst wurde die Entwicklungshilfe geographisch erweitert auf jene Länder, die früher der zweiten Welt angehörten. In einem zweiten Schritt sprach man von der "Einen Welt" und mahnte "Globale Strukturpolitik" an. Entwicklungspolitik wird darin nicht nur in Deutschland zunehmend als präventives Krisenmanagement begriffen, das zur Sicherung eigener Interessen überall eingreift, wo dies für nötig erachtet wird. Auch hier hat sich Menzel mit seiner Forderung nach Interventionen und "Treuhandschaft" des Nordens über einzelne Länder des Südens als erfolgreicher Stichwortgeber profiliert.

Ergänzend ist von einem "erweiterten Sicherheitsbegriff" die Rede, denn: "Sicherheit bei uns ist politisch, wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich enger denn je mit dem Schicksal der Entwicklungsländer verbunden", so der BMZ-Abteilungsleiter van de Sand bei einem Vortrag vor der Führungsakademie der Bundeswehr. (5) Was folgt daraus? "Entwicklungszusammenarbeit (muß) Hand in Hand gehen mit Instrumenten der Außenpolitik und der Diplomatie und den militärischen Instrumenten der Friedenssicherung und der Friedensbewahrung". Entwicklungshilfe unterscheidet sich nur noch durch ihre Methoden von militärischer "Sicherheitspolitik", nicht mehr aber im Ziel.

Wer geglaubt hat, daß "Globale Strukturpolitik" auch Veränderung bei uns heißt, wird von Entwicklungshilfeminister Spranger eines Besseren belehrt: "... die Veränderung der Strukturen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich nicht meine Aufgabe". (6) Statt dessen soll einseitig auf die Dritte Welt bezogen über das Instrument der Konditionalität massiv in politische Entscheidungsbereiche eingegriffen werden, die früher als die inneren Angelegenheiten von Staaten angesehen wurden. Dazu bekennt sich nicht nur Spranger, sondern auch z.B. grüne Entwicklungspolitik. Viele (ex-)linke Vordenker opfern bereitwillig die politische Autonomie und Souveränität der Dritte-Welt-Staaten den vermeintlichen Erfordernissen engagierter Menschenrechtspolitik, anstatt alle Anstrengungen auf die Verhinderung von Waffenexporten zu richten.

Kaum weniger fragwürdig ist die Degradierung des Selbsthilfeprinzips in der Entwicklungspolitik zur "Internationalen Sozialhilfe". Wer einmal selbst Sozialhilfe bekommen hat, weiß wie entwürdigend und ständiges Wohlverhalten voraussetzend ein derartiges Konzept der Armutsbekämpfung ist.

Konsens statt Konflikt

Heute herrscht im Norden ein konsensualer Diskurs, der fortschrittliche Begrifflichkeiten problemlos einbezieht und alle bestehenden Konflikte zwischen Nord und Süd kaschiert. Wo früher noch ein "Sturm der Entrüstung" bei Dritte-Welt-Gruppen über die Betonung deutscher Eigeninteressen losgebrochen wäre, werden heute "ähnliche Argumente" für die Aufwertung der Entwicklungshilfe ins Feld geführt. (7)

Lediglich unterschiedliche Akzente werden gesetzt: Betonen die einen die Segnungen der "sozialen Marktwirtschaft", vertrauen die anderen auf die Solidarität der "internationalen Zivilgesellschaft", die als "Widerpart gegenüber dem jeweiligen Staatsapparat auftreten" (8) kann. Es ist eine seit Elsenhans' Abrechnung mit den bürokratischen Staatsklassen beliebte Argumentationsfigur, in den Staaten der Dritten Welt nur korrupte, aufgeblähte und entwicklungshemmende Monstren zu sehen. Auf der innenpolitischen Ebene mag dieses Urteil in vielen Fällen zutreffen. Auf der außenpolitischen Ebene aber gibt es bislang leider keine überzeugende Alternative zu Staaten oder Staatengruppen. Diese können im Nord-Süd-Konflikt trotz aller Defizite noch am ehesten Süd-Interessen organisieren und gegen internationale Regime, Multis und Industrieländer durchsetzen. Die über NGOs zu organisierende "internationale Zivilgesellschaft" hingegen bleibt ein Trugbild, das gesellschaftliche Macht vorgaukelt, wo politische und ökonomische Interessen der Herrschenden sich brutal ihren Weg bahnen.

Es ist bezeichnend für die Doppelbödigkeit der Diskussion um Zivilgesellschaft, daß die Souveränität von Dritte-Welt-Staaten gerade dann als hinderlich für "global governance" und die universelle Gültigkeit der Menschenrechte angesehen wird, wenn die deutsche Souveränität neuen Höhepunkten entgegenstrebt und durch einen Sitz im UN-Sicherheitsrat gekrönt werden soll.

Wie im Westen ...

Auch wenn es die Verfechter einer kritischen Zivilgesellschaft wie Kößler/ Melber nicht wahrhaben wollen: Letztendlich sind Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft nur zwei Seiten derselben Medaille, nämlich des absoluten Gültigkeitsanspruches des westlichen Zivilisationsmodells. Wolfgang Sachs bringt dies mit dem Buchtitel "Wie im Westen so auf Erden" auf den Punkt. Neuerdings gibt es sogar Versuche, die universelle Gültigkeit westlicher Zivilisation entwicklungstheoretisch abzusichern. Entwicklung wird z.B. bei Rainer Tetzlaff als Prozeß konzipiert, der auf zwei Endziele zusteuert: "Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaates" und "Institutionalisierung einer pluralistischen marktwirtschaftlichen Ordnung unter dem mäßigendem Einfluß eines sozialen und umweltfreundlichen politischen Regimes". (9)

Die derart aufgepeppte "Eine-Welt"-Ideologie entlarvt sich als wahrhaft totalitär. Auf den natürlichen Lebensraum Erde bezogen mag die "Eine Welt" tatsächlich existent sein, als politisches Konstrukt aber ist sie

furchterregend. Die "Eine-Welt"-Gruppen werden hier dagegen halten, daß mit dem Begriff die Utopie einer egalitären Weltgesellschaft gemeint ist. Aber ist diese Utopie nicht arg versöhnlerisch, verharmlost sie nicht bestehende Interessensgegensätze? Auch die Dependenztheoretiker kannten Utopien, aber ihr Ausgangspunkt waren die Konflikte zwischen Metropolen und Peripherien. Nur die herrschaftskritische Analyse der Konflikte kann den Weg zu ihrer Überwindung weisen, nicht die Vertuschung. Die "Eine-Welt"-Ideologie läßt sich trefflich von den Mächtigen zur Durchsetzung ihrer Interessen instrumentalisieren.

Die linke entwicklungspolitische Diskussion hat dem außer Indifferenz und Zynismus wenig entgegenzusetzen. Die "Weltsystem"-Theoretiker um Immanuel Wallerstein halten zwar bei ihren regelmäßigen Veteranentreffen als "one of the last leftist gangs" (10) die Fahne der Kapitalismuskritik hoch, argumentieren aber nur noch aus einer Defensivposition heraus gegen die konstatierten Krisenerscheinungen der Weltökonomie. Andere ehemalige Dependenztheoretiker wie F. H. Cardoso, der nun Präsident Brasiliens ist, fahren heute einen pragmatisch-neoliberalen Kurs mit leicht sozialdemokratischen Akzenten. Wiederum andere wie Menzel stehen stellvertretend für eine 68er-Generation, die den "emanzipatorischen Ansatz vorerst hintan stellen" (11) will und bevorzugt alle Positionen bekämpft, die sie vor einigen Jahren selbst vertreten hat.

Warum mit dem Scheitern staatssozialistischer Modelle ein Theorie- und Utopieverlust auch in der nichtorthodoxen Linken einhergehen muß, ist bislang noch von niemandem befriedigend erklärt worden. Demokratischer Sozialismus, anarchistische Utopien oder Gandhis Vorstellungen von autarken Ökonomien sind keineswegs diskreditiert. Daß sich die falschen Alternativen zur kapitalistischen Verwertungslogik von selbst erübrigt haben, ist eher Grund zur Hoffnung als zur Resignation. Genauso muß auch Zwangsabkoppelung von der Weltökonomie nicht nur negative Folgen haben. Sie eröffnet die Chance, eigenständige Entwicklungswege einzuschlagen und sich von "weltwirtschaftlichen Sachzwängen zu verabschieden". (12)

Christian Stock

Anmerkungen:

1) Esteva, Gustavo, Entwicklung, in: W. Sachs, Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993, S. 89-121, hier: 89

2) Siehe Peripherie 59/60 (1995) mit dem Schwerpunkt "Globalisierung"

3) Kohlhammer, Siegfried, Auf Kosten der Dritten Welt?, Göttingen 1993

4) Kabou, Axelle, Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze und weiße Helfer, Basel 1993

5) zit. nach: epd-Entwicklungspolitik 2/3, 1995

6) zit. nach: Zeit 23.6.1995

7) So der Germanwatch-Vorsitzende Baum, in: Das Sonntagsblatt 18.8.1995.

8) Kößler, Reinhart/ Melber, Henning, Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M. 1993, S. 93 f.

9) Tetzlaff, Rainer, Demokratische Transition und Marktorientierung, in E+Z Jg. 37, 1996, S. 36-39, hier: 39

10) WoZ Nr. 49, Dez. 1995

11) Menzel in: Frankfurter Rundschau, 3.6.1991

12) Altvater, Elmar, Von möglichen Wirklichkeiten, in E+Z Jg. 37, S. 44-49 (1996), hier: 49

Der Artikel erschien in den " Blättern des iz3w" Nr. 213, 1996. Christian Stock ist Geograph und Mitarbeiter des iz3w.

Leitbilder der Entwicklungspolitik von 1949 bis 1996

Nachholende Modernisierung: In den 60er Jahren fand Entwicklungspolitik vor allem vor modernisierungstheoretischem Hintergrund statt. Entwicklung wurde als Aufbrechen der angeblich

traditionalen und statischen Gesellschaftsordnungen in den zu entwickelnden Ländern betrachtet. Die US-Gesellschaft diente dabei zumindest implizit als Vorbild. Entwicklungshilfe wurde vor allem ökonomisch-utilitaristisch begründet. Die Weltwohlfahrt sollte durch optimale Kapitalverteilung und dadurch ausgelöste Industrialisierung erreicht werden.

Befreiung von der Abhängigkeit: Die Ende der 60er Jahre in Lateinamerika aufkommenden Dependenztheorien kritisierten die Modernisierungstheorien als a-historisch und neoimperialistisch. Gegen die Abhängigkeit von den Industrieländern sollte der "Trikont" auf eigenständige, "autozentrierte" Entwicklung bauen. Es kam vor allem in den Gremien der UNO zu einer organisierten Interessenpolitik der sich zusammenschließenden Dritte-Welt-Länder, die sich als dritte, unabhängige Kraft zwischen den beiden Großmächten begriffen. Die Entwicklungshilfe wurde von der entstehenden Solidaritätsbewegung im Norden politisch (Wiedergutmachung für die Schäden des Kolonialismus) und ethisch (internationale Solidarität) begründet.

Strukturanpassung und Nichtregierungsorganisationen (NGO): Die 80er Jahre entpuppen sich als "verlorenes Jahrzehnt der Entwicklung", wofür Zwangsabkoppelung vom Weltmarkt, Schwäche des Staates in der Dritten Welt und korrupte Eliten verantwortlich gemacht werden. Als Retter in der Not werden die NGOs entdeckt. Sie sollen "Hilfe zur Selbsthilfe" erfolgreicher gewährleisten als die bisherige staatliche Entwicklungshilfe. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank diktieren den verschuldeten Staaten des Südens "Strukturanpassung", womit der Abbau der ohnehin schon schwachen Sozialleistungen und die Orientierung am Neoliberalismus gemeint sind.

Globalisierung und internationale Zivilgesellschaft: In den 90er Jahren wird verstärkt auf "globale Strukturpolitik" und transnationale Kooperation gesetzt, wie etwa bei den großen UN-Konferenzen zu Umwelt-, Sozial-, Frauen- und Bevölkerungspolitik. Die Einhaltung von Menschenrechten soll von einer globalen Zivilgesellschaft gewährleistet werden.

33. Rechter Presseoffizier zum Fronteinsatz

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Bundeswehr; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak394/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:34

In seiner Ausgabe vom 24. August 1996 vermeldet das revanchistische Ostpreußenblatt kurz und knapp:

"Joachim F. Weber hat mit Wirkung vom 19. August 1996 die Redaktion des Ostpreußenblattes verlassen, um als Presseoffizier für das deutsche Kontingent der ... IFOR in Kroatien tätig zu werden. Joachim F. Weber gehörte der Redaktion unserer Zeitung seit September 1991 an und arbeitete im Ressort Politik für die Bereiche Zeitgeschehen und ‚Politisches Buch`".

Die Bundeswehrführung hat für den zu vergebenden Posten ihre Wahl getroffen. Man muß davon ausgehen, daß die Entscheidung für diese hochsensible Funktion mit Bedacht gefallen ist.

Wofür steht das Ostpreußenblatt und dessen Redakteur Weber?

Das Ostpreußenblatt als zentrales und offizielles Blatt der Landsmannschaft Ostpreußen hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß es sich zur Umsetzung seiner revanchistischen Ziele, der "Heimholung der deutschen Ostgebiete", auch der Hilfe des bundesdeutschen Neofaschismus bedient. Diese enge Zusammenarbeit zwischen Vertriebenen und Neofaschisten ist im Ostpreußenblatt breit dokumentiert. Hier finden Neofaschisten, Vertreter der "Neuen Rechten" und Konservative ein Sprachrohr,

- um Rassismus und Nationalismus zu propagieren,

- um den Hitler-Faschismus von seinen Verbrechen zu entlasten,

- um die rechtsextreme These der "Kriegsschuld-Lüge" zu verbreiten und nach dem "Anteil der anderen Mächte" am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu suchen,

- um auch den Holocaust zu leugnen,

- um rechtsextreme Politik, wie die der REP, zu rechtfertigen und zu unterstützen,

- um neofaschistische Verlage und Literatur anzupreisen.

Das Ostpreußenblatt hat mittlerweile einen AutorInnenkreis, der sich stark mit dem der Jungen Freiheit überschneidet. In seinem politischen Teil hat das Ostpreußenblatt die Junge Freiheit teilweise rechts überholt. Nicht umsonst schreiben Redakteure, die die Redaktion der Jungen Freiheit wegen einer angeblich zu gemäßigten Linie verlassen haben, wie Andreas Molau, jetzt beim Ostpreußenblatt. Und nicht umsonst wird der Herausgeber dieser Zeitung, die Landsmannschaft Ostpreußen, von der neofaschistischen Zeitung Nation und Europa gelobt, weil sie sich aus der einseitigen Umklammerung der Unionsparteien gelöst habe.

In den letzten Jahren hat das Ostpreußenblatt zu den kriegerischen Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien immer wieder scharfmacherische Kommentare gebracht. Schon frühzeitig wurde einer Eskalation des Konflikts das Wort geredet. Garanten für eine derartige Linie des Blattes waren Personen aus der rechtsextremen Szene wie Hans Peter Rullmann (außerdem Autor in Europa vorn) und Karl-Heinz Spiess.

Das Ostpreußenblatt bewegt sich auch hier auf "traditionsreichem Boden". Immer wieder hat es in geschichtsrevisionistischer Manier die "Verbrechen der jugoslawischen Partisanen" gegen die deutschen Soldaten der Nazi-Wehrmacht thematisiert. Ein Ostpreußenblatt-Redakteur als Presseoffizier der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien weist somit auch auf diese deutschen Kontinuitäten hin.

Joachim F. Weber hat in seinen Artikeln keinen Hehl daraus gemacht, welcher politischen Richtung er angehört. Immer wieder offenbart er dort seine geschichtsrevisionistische Grundhaltung. Selbst im Ostpreußenblatt bewegt er sich eher am rechten Rand:

- So stützt sich Weber beispielsweise in seinem Artikel "Rußlandfeldzug: Präventivschlag oder Überfall? Thesen der deutschen Aggression sind widerlegt" (Ostpreußenblatt, 25.8.90 und 1.9.90) auf die Positionen berüchtigter Rechtsextremisten wie Max Klüver, Ernst Topitsch u.a. Weber beklagt, daß diese Personen "jahrzehntelang als NS-verharmlosende Außenseiter abgestempelt" worden sind. Mit ihnen leugnet er die Kriegsschuld Nazi-Deutschlands.

- So preist er beispielsweise auch in einer Rezension den Reprint der Jahrgänge 1924-1943 der "Altpreußischen Forschungen" an. Gerade weil diese Forschungen während der NS-Zeit betrieben wurden, ist dies für ihn ein Grund, sie zur Lektüre zu empfehlen. Weber führt damit einen Schlag gegen "die pauschale Verurteilung von Forschung und Lehre der deutschen Geistes- und Humanwissenschaften in der Zeit des Dritten Reiches". Die Ausführungen von 1940 - "Der Korridor, diese unseligste aller geschichtswidrigen Erfindungen des Diktatsfriedens von 1919 ist nicht mehr..." - kommentiert Weber heute: "Eine Einschätzung, die von vielen namhaften ausländischen Politikern geteilt wurde und die auch dem Rezensenten vor dem geschichtlichen Hintergrund zumindest verstehbar erscheint" (Ostpreußenblatt, 5.1.91).

Kein Wunder also, daß Weber, der soviel Verständnis für die NS-Politik aufbringt, im Ostpreußenblatt nicht nur Werbung für die Junge Freiheit ("Ohne Blatt vorm Mund. Jetzt wöchentlich - der Aufstieg der Jungen Freiheit") machte (Ostpreußenblatt, 15.1.94), sondern auch in der neurechten Zeitung Criticón schrieb. In der rechtsextrem durchsetzten "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" bekleidete Weber eine führende Funktion. Man weiß nicht, welche Artikelproben Weber seinem Bewerbungsschreiben an die Bundeswehr beigefügt hat - neben den oben genannten vielleicht: "Im Felde unbesiegt geblieben. Vor dreißig Jahren starb General Paul v. Lettow-Vorbeck, der ‚Löwe von Afrika`" (Ostpreußenblatt, 5.3.94) oder: "Etikettenschwindel um die vernachlässigte Geopolitik" (Ostpreußenblatt, 26.1.91). Fest steht: Die Bundeswehr fühlt sich durch ihren neuen Presseoffizier würdig vertreten. Die "willigen Helfer" der Geschichtsrevisionisten sitzen eben auch in den Führungsetagen der Bundeswehr.

Ulla Jelpke

34. Quelldatei 20bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak394/20bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:20bu

1968/69

Ganzseitige Anzeige und Plakat

Kampagne zur Kontrolle

der Bevölkerungsexplosion

Während Sie heute zu Abend essen, sterben 417 Menschen an Hunger.

Ein nettes, gemütliches Abendessen dauert ungefähr eine Stunde. Von dem Zeitpunkt der Vorspeise bis zur Beendigung des Nachtischs sind 417 Menschen verhungert. Sehen Sie, die Weltbevölkerung hat bereits die Nahrungsmittelvorräte überholt. Alle 8,6 Sekunden stirbt jemand in einem unterentwickelten Land aufgrund von Krankheiten, die auf Fehlernährung zurückzuführen sind. Das bedeutet: 7 Todesfälle je Minute. 417 Tote jede Stunde. 10.000 Tote jeden Tag. Die meisten sind Kinder.

Dies ist nur ein Vorgeschmack auf die Dinge, die auf uns zukommen. Experten sagen voraus, daß -zig Millionen - sogar hunderte von Millionen - in den Jahren, die vor uns liegen, an Hunger sterben werden, wenn wir nicht etwas dagegen tun.

Aber was können wir tun? Zwei Dinge. Wir können versuchen, die Nahrungsmittelversorgung zu erhöhen. Und wir können das Wachstum der Bevölkerung kontrollieren.

Einige Fortschritte sind bereits erzielt worden, um die Nahrungsmittelvorräte zu erhöhen, aber nichts wurde getan, um das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

Wir brauchen ein Sofortprogramm, um das Bevölkerungswachstum in den hungrigen, überbevölkerten Gebieten der Welt zu kontrollieren. Wir müssen jetzt beginnen, während noch Zeit ist...

Wir müssen jetzt handeln. Je länger wir warten, umso mehr Menschen werden an Hunger sterben. Darüber sollten sie nachdenken, während sie heute zu Abend essen.

35. Quelldatei 20bus.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak394/20bus.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:20bus

10. Oktober 1994

Ganzseitige Anzeige der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung

Der Spiegel, Heft 41.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit war unser Planet so bevölkert.

Heute zählen wir 5.6 Milliarden Menschen.

Noch nie kamen Jahr für Jahr so viele Erdenbürger hinzu. Allein 1994 werden es über 95 Millionen sein. Das sind über 260.000 pro Tag, über 10.000 in jeder Stunde, 3 pro Sekunde.

Helfen Sie mit! Spenden Sie mit!

Dieses Problem geht uns alle an.

MENSCH, TU WAS!

1968/69

Ganzseitige Anzeige und Plakat

Kampagne zur Kontrolle der Bevölkerungsexplosion

Während Sie heute zu Abend essen, sterben 417 Menschen an Hunger.

Ein nettes, gemütliches Abendessen dauert ungefähr eine Stunde. Von dem Zeitpunkt der Vorspeise bis zur Beendigung des Nachtischs sind 417 Menschen verhungert.

Sehen Sie, die Weltbevölkerung hat bereits die Nahrungsmittelvorräte überholt. Alle 8,6 Sekunden stirbt jemand in einem unterentwickelten Land aufgrund von Krankheiten, die auf Fehlernährung zurückzuführen sind. Das bedeutet: 7 Todesfälle je Minute. 417 Tote jede Stunde. 10.000 Tote jeden Tag. Die meisten sind Kinder.

Dies ist nur ein Vorgeschmack auf die Dinge, die auf uns zukommen. Experten sagen voraus, daß -zig Millionen - sogar hunderte von Millionen - in den Jahren, die vor uns liegen, an Hunger sterben werden, wenn wir nicht etwas dagegen tun.

Aber was können wir tun? Zwei Dinge. Wir können versuchen, die Nahrungsmittelversorgung zu erhöhen. Und wir können das Wachstum der Bevölkerung kontrollieren.

Einige Fortschritte sind bereits erzielt worden, um die Nahrungsmittelvorräte zu erhöhen, aber nichts wurde getan, um das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

Wir brauchen ein Sofortprogramm, um das Bevölkerungswachstum in den hungrigen, überbevölkerten Gebieten der Welt zu kontrollieren. Wir müssen jetzt beginnen, während noch Zeit ist...

Wir müssen jetzt handeln. Je länger wir warten, umso mehr Menschen werden an Hunger sterben. Darüber sollten sie nachdenken, während sie heute zu Abend essen.

13. Mai 1968

Ganzseitige Anzeige

Washington Post

Die Bevölkerungsbombe

gefährdet den Weltfrieden

Was sollen wir tun?

Präsident Johnson hat gesagt, daß die Bevölkerungskrise das größte Problem der Menschheit sei. Und die "National Academy of Sciences" hat gesagt, die Bevölkerungsbombe "könne durch die Entwicklung neuer Methoden der Fruchtbarkeitsregulierung sowie durch die unverzügliche, weltweite Einrichtung von Programmen zur Familienplanung erfolgreich angegriffen werden."

Wir können es uns nicht leisten, länger zu warten.

Jeder verlorene Tag verschlimmert das Problem nur.

Kampagne zur Kontrolle der Bevölkerungsexplosion

36. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak394/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:25

Kalender - Kalender - Kalender

Theresienstadt

Martha Glass, eine Hamburger Jüdin, wurde im September 1942 nach Theresienstadt deportiert. Sie überlebte das Konzentrationslager; über die Zeit im KZ hat sie Tagebuch geführt. Ihr Tagebuch ist nun unter dem Titel "Jeder Tag in Theresin ist ein Geschenk" im Ergebnisse-Verlag herausgegeben worden. Nach einem Einführungsvortrag und der Vorführung des Theresienstadt-Films von Kurt Gerron wird Beate Kiupel ausgewählte Teile des Tagebuchs vortragen.

22.9.1996, 11.00 Uhr, Logensaal der Kammerspiele, Hartungstr.9, Hamburg.

Antifa (M)

Das Lüneburger Solidaritäts Komitee (LSK), das sich während des Prozesses gegen Mitglieder der Autonomen Göttinger Antifa (M) gegründet hat, versucht mit einigen Veranstaltungen, den Prozeß bzw. die Zeit danach kritisch zu begleiten.

24.09. Verfahren gegen Autonome Antifa (M)

7.-12.10.: Ausstellung VERBOTENE KUNST

8.10.: Verfolgung linker Medien am Beispiel der Zeitung RADIKAL

Alle Veranstaltungen finden im Vortragssaal der Musikschule , An der Münze 7, Lüneburg um 19.00 Uhr statt.

KZ Ravensbrück

Der Impuls-Verein aus Frankfurt richtet eine Studienfahrt zur Gedenkstätte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück aus. Eine ehemalige Gefangene wird die Besichtigung der Gedenkstätte begleiten. Übernachtet wird in Mehrbettzimmern.

27.-29.9.1996, Info und Anmeldung: Impuls - Verein für Bildung und Kultur e.V., Sindlinger Str. 12, 60326 Frankfurt a.M.

Weltmarktfabriken

Die Ev. Akademie Bad Boll sowie mehrere Lateinamerika-Initiativen laden ein zu einer Tagung über Weltmarktfabriken der Textilbranche. U.a. gibt es Referate über den Kampf der Adler-Textilarbeiterinnen in Südkorea, Strukturen des Welttextilhandels und soziale Organisation in den Weltmarktfabriken sowie Arbeitsgruppen zum Thema.

27.-29.9.1996, Bauernschule Stuttgart-Hohenheim; Anmeldung (bis spätestens gestern!): Ev. Akademie Bad Boll, Büro

Stuttgart, Kniebisstr.29, 70188 Stuttgart, Tel. 0711/282068, Fax 0711/267450.

Jerusalem

Uri Avnery stellt in einer Lesereise das von ihm und Azmi Bishara herausgegebene Buch "Jerusalem - Hauptstadt zweier Staaten?" vor. Das Buch enthält eine Sammlung von Gesprächen mit palästinensischen und israelischen PolitikerInnen und SchriftstellerInnen zur Zukunft Jerusalems. Das Gespräch mit Hanan Ashrawi erschien als Vorabdruck in ak 390.

30.9.96, 20.00 Uhr, Heidelberg Kulturzentrum Karlstorbahnhof; 1.10.96,20.00 Uhr, Saarbrücken, Festsaal Rathaus St. Johann; 2.10.96, 20.00 Uhr, Stadtbücherei Fellbach bei Stuttgart; 3.10., 20.00 Uhr, Club Manufaktur in Schorndorf bei Stuttgart; 4.10., 20.00 Uhr, VHS Weinheim; 5.10., 20.00 Uhr, Christuskirche/Ökumenisches Zentrum am Beethovenplatz in Frankfurt; 7.10., 19.30 Uhr, Kassel, Gemeindezentrum am Lutherplatz; 8.10., 19.00 Uhr, Berlin, Heiligkreuzkirche in Kreuzberg; 9.10., 20.00 Uhr,

VHS Köln; 10.10., 20.00 Uhr, VHS Hagen; 11.10., 19.30 Uhr, Rathaus Bielefeld; 13.10., 14.00 Uhr, Heidelberg, Spiegelzelt auf dem Universitätsplatz; 14.10., 19.30 Uhr, Stuttgart, Lindenmuseum; 15.10., 20.00 Uhr, VHS Baden-Baden.

Bundesweite Frauen-Lesben-Demo

Das autonome Frauenhaus Kassel ruft zu einer bundesweiten Frauen- und Lesben-Demo auf. Hintergrund ist die drohende Übernahme der zwei autonom arbeitenden Frauenhäuser in Kassel und Homberg durch die AWO und eine damit einhergehende Zerstörung der gewachsenen autonomen Strukturen. Die Demo soll aber auch Anlaß und Auftakt für neue Diskussionen über feministische Politik sein.

28.9.1996 in Kassel. Auftakt: 11 Uhr Holländischer Platz; Infotelefon/fax beim Frauenhaus Kassel: dienstags u. donnerstags 10-13 Uhr, 0561/84313.

Filme im Antifa-Café Essen

Das Essener Antifa Café zeigt im Herbst mehrere Filme mit anschließender Diskussion, Beginn jeweils 19 Uhr. Die Termine:

30.09. Land and Freedom von Ken Loach. Film über den spanischen Bürgerkrieg.

14.10.: Heimliche Menschen. Der Film zeigt Menschen, die aufgrund des Asylgesetzes gezwungen sind, unterzutauchen.

21.10.: Zaunkämpfe - der Geschmack von Freiheit und CS-Gas. Film und Videoclip über die Kämpfe mit der Polizei an der WAA Wackersdorf.

28.10.: NIXn - Der dritte Castor kommt bestimmt - Fotos und Filmmaterial vom Tag X2, aktuelles aus Gorleben.

Antifa Aktiv Essen,c/o Falkenheim Frohnhausen, Thiesbürgerweg 24, 45144 Essen, Tel: 0201/767670.

Erlebte Geschichte

Der Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. bietet mehrere Seminare und Vorträge an, die sich sowohl mit der DDR-Vergangenheit als auch mit den internationalen politischen Verhältnissen der Gegenwart auseinandersetzen.

1.10.96, 19 Uhr, Potsdam, Benzstr. 18/19: "DDR-Geschichte im Diskurs: Entnazifizierung in der SBZ"

10.10.96, 18 Uhr Falkensee, Stadthalle: "Was bedeutet Internationalismus heute?"

10.10.96,19 Uhr, Potsdam, Benzstr. 18/19: "Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Prozessen"

17.10.96,19 Uhr, Potsdam, Benzstr. 18/19: Erlebte Geschichte. Zu Gast ist Markus Wolf.

3. Oktober

"Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand!". Unter diesem Motto ruft das Münchener Bündnis gegen Rassismus zur Demonstration auf.

3.10.1996, ab 11 Uhr, Stachus, München. Info: c/o Claus Schreer, Johann-von-Werth-Str.3, 80639 München, Tel.: 089/ 169519, Fax: 089/ 1689415.

Gegen die schleichende Militarisierung der Gesellschaft und gegen die verstärkte Bundeswehrpräsenz in Berlin (z.B. durch die angekündigten Militärparaden) will das Antimilitärische Oberjubel-K.o.m.i.t.e.e. (AMOK) unter dem Motto "Das Volk lacht das Militär aus" am 3.10. unterm Brandenburger Tor demonstrieren.

Infos zur "Jubelparade" unter: 030/4485464.

Leben nach Auschwitz

Gerhard Durlacher, Yehuda Bacon und Ruth Klüger wurden als Kinder nach Auuschwitz deportiert. In Thomas Mitscherlichs Film "Reisen ins Leben - Weiterleben nach einer Kindheit in Auschwitz" berichten sie über ihre Existenz im Vernichtungslager, ihre Befreiung, ihre weitere Ausgrenzung in den Gesellschaften, in denen sie

heute leben und ihren Umgang mit ihren Erinnerungen. Der Film verbindet die ausführlichen Berichte mit Originalaufnahmen, die ein US-Sergeant nach der Befreiung gedreht hat. Der Besuch dieses Films ist ausdrücklich zu empfehlen! (Besprechung des Films und des begleitenden Buches von Barbara Johr in ak 395).

Zeughauskino im Deutschen Historischen Museum in Berlin, 3.10.96, 20.30 Uhr; 4.10. um 21.00 Uhr; 5.10. und 9.10. jeweils um 19.00 Uhr

Antirassismus

Ein internationales Symposium gegen Rassismus, veranstaltet von Regenbogen Bayern, will untersuchen, wie gesellschaftlich mit den neuen nationalistischen Strömungen und Tendenzen umzugehen und eine Vernetzung der antifaschistischen Aktivitäten zu erreichen ist.

4.-6.10.96, Nürnberg; Infos und Anmeldung: Regenbogen Bayern, Adlzreiterstr. 23, 80337 München, Tel: 089-7112878

Migrantinnenkongreß

In Worpswede bei Bremen findet Anfang Oktober ein bundesweiter Kongreß von Migrantinnen statt. U.a. soll über Migration in globalen Zusammenhängen und Vernetzungsstrukturen von Migrantinnen diskutiert, aber auch in Arbeitsgruppen zur Gleichberechtigung von Migrantinnen gearbeitet werden. Einen Tag vor Beginn des Kongresses findet im Bürgerhaus Weserterrassen in Bremen eine Anhörung statt zu den Themen Gleichberechtigung und Bürgerrechte für Migrantinnen, rechtliche Situation von Flüchtlingen in Bremen und zum Antidiskriminierungsgesetz. Diese Veranstaltung ist offen für alle, der Kongreß jedoch nur für Frauen, insbesondere natürlich Migrantinnen.

4.-6.10.96, Jugendherberge, Hammeweg 2, 27726 Worpswede; Anmeldung/Info: Arbeitsgruppe Antirassismus, Humboldtstr. 116/118, 28203 Bremen, Tel.: 0421/ 704744.

Brokdorf Demo

Der Aktionskreis Stillegen führt eine Demonstration durch unter dem Motto: "10 Jahre in Betrieb - Ausstieg sofort! - 23 Jahre Widerstand gegen das AKW".

5.10.96, 11 Uhr Itzehoe/ Bhf., 14 Uhr am AKW Brokdorf. (Es wird gebeten, mit Fahrrad oder Trecker nach Itzehoe zu kommen).

Frauenschicksale im KZ Fuhlsbüttel

Versuch einer Annäherung durch literarische Berichte. Eine Lesuung mit Sabine Homann und Michael Grill.

6.10.1996,14.00 Uhr, Gedenkstätte Fuhlsbüttel

Neonazi- und Skinmusik

In diesem Seminar soll nicht nur die Neonazi/Skin-Musik und deren Verbreitung untersucht werden, sondern auch deren zunehmender Einfluß auf Musikszenen wie Dark Wave und Gothic. Ferner werden avantgardistische Gruppen wie Laibach diskutiert.

11.-12.10.96 Jugendhof Vlotho (NRW); Info u. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Burgstr. 1., 32602 Vlotho, Tel./ Fax: 05733/18154

Dokument Holocaust

Ein Dokumentarspiel über die Geschichte zweier Familien im Nationasozialismus, die auf verschiedenen Seiten stehen. Die eine wird Opfer, die andere zum Henker.

13.10., 15.00 Uhr, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Linke Literaturmesse in Nürnberg

Im KOMM (Selbstverwaltetes Kommunikationszentrum) in Nürnberg findet vom 18.10.-20.10.96 eine Linke Literaturmesse statt. Es soll, laut Veranstalter, keine "alternative" Messe werden (nix Esoterik!) oder

Konkurrenz zu bestehenden Messen, sondern linken Verlagen und Kleinstverlagen die Möglichkeit zur Präsentation geben. Parallel zur Messe finden im KOMM Lesungen und Podiumsdiskussionen statt sowie eine Verkaufsausstellung mit Bildern kurdischer Künstler-Innen. Der ak wird auch auf der Messe vertreten sein.

18.10.96, 17 Uhr Eröffnung mit Liedern von Walter Mehring und Hanns Eisler; 19.30 Uhr Lesung und Diskussion "Lübecker Brandanschlag. Das Verfahren gegen Safwan Eid - ein Justizskandal?" (Autor anwesend)

19.10., 14.00 Uhr, Podiumsdiskussion über "die allgegenwärtige Zensur in Deutschland". U.a. mit Oliver Tolmein und VertreterInnen der deutschen Jugendpresse e.V. und der IG-Medien.

20.10., 11.00 Uhr "Hitler war kein Betriebsunfall". Lesung mit Emil Carlebach aus seinem gleichnamigen Buch. Zur gleichen Zeit liest der kurdisch-syrische Schriftsteller Ghassan Naasan im Arrarat aus seinem Buch "Die Äste der Träume hören nicht auf zu wachsen". 14.00 Uhr Lesung "Ein ganz normales Verfahren...", Texte von Birgit Hogefeld (Edition ID- Archiv).

KOMM, Königstr. 93, 90402 Nürnberg, Tel: 0911/223647.

Vernichtungskrieg

Parallel zur Linken Literaturmesse zeigt die Nürnberger Kunsthalle die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Die Ausstellung dokumentiert, daß die deutsche Wehrmacht keinen "normalen" Angriffskrieg führte, sondern planmäßig Juden, Kriegsgefangene, Partisanen und Zivilisten tötete.

11.-17.10., Noris-Halle Nürnberg, Lorenzer Str. 32.

Migrantinnen mischen sich ein

Zwei Seminare sollen Migrantinnen helfen, ihre passive Rolle in der Politik zu verlassen bzw. überhaupt den Sprung in die Politik zu wagen. Im Seminar "Migrantinnen in der deutschen Politik" sollen sich die Teilnehmerinnen mit ihrem Verhältnis zur realen Politik und ihrer Beziehung zu Politikerinnen auseinandersetzen. Das Seminar "Jetzt rede ich! Migrantinnen ergreifen das Wort in Politik und Öffentlichkeit" bietet die Chance, grundlegende methodische Hilfsmittel zum freien und öffentlichen Reden zu erlernen und in Rollenspielen auszuprobieren. So sollen Ängste abgebaut werden, die politische Einmischung behindern können.

Migrantinnen in der deutschen Politik (nur für Frauen), 18.-20.10.96, Haus Husen, Syburger Dorfstr. 116, 44265 Dortmund, Info/Anmeldung: Jae Bok Meyerholz, Tel.: 0531/794555.

Jetzt rede ich!, 25.-27.10.96 in Hattingen, Info/Anmeldung: Huckarderstr. 10, 44147 Dortmund; Tel: 0231-7214084

Wie rechts ist der Zeitgeist?

In diesem Seminar sollen Beobachtungen, Erfahrungen und Analysen in der Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus ausgetauscht und diskutiert werden.

25. und 26.10.1996 in Salzgitter-Lebenstedt, Gewerkschaftshaus, Chemnitzer Str. 33; Info: AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel: 030-24009215.

37. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak394/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:32

Hier gibt's ak:

Aachen

* Buchladen 39, Pontstr. 39

Berlin

* Antiquariatsbuchhandlung, Oranienstr. 45

* Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

* Buchhandlung am Savignyplatz,

Carmerstr. 12, B 12

* Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

* Buchhandlung Schwarze Risse,

Gneisenaustr. 2, B 61

* Buchladen N.N., Raumer Str. 38

* Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

* Infoladen, Sparrstr. 21

* Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

* Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96

* O-Buchhladen, Oranienstr. 21, B 36

* Zeitungsladen, Adalbertstr. 97

* Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

* Zeitungsladen, Karl-Marx-Platz 1

* Zeitungsladen, Leonhardtstr. 13

* Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

* Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

* Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

* Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

* Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

* Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum

* Notstand, Universitätsstr. 150

* im Mensafoyer der Uni Mo-Fr 11-14 Uhr

* Buchladen Ubu, Universitätsstr. 16

Bonn

* Buchladen 46, Kaiserstr. 46

* Le sabot, Breitestr. 76

* Che & Chandler, Breitestr. 47

Braunschweig

* Magni Buchladen, Langdammstr.

* Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen

* Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

* Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

* BBA Laden/Umschlagplatz St. Pauli Str. 10-12

Bremerhaven

* Der andere Buchladen,

Bürgermeister-Smidt-Str. 198

Darmstadt

* Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dessau

* Infoladen, Schlachthofstr. 25

Dortmund

* Antiquariat Lesbar, Schillerstr. 58

* Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

* Infoladen Osterholzstraße 88

Dresden

* Der kleine Buchladen, Naumannstr. 8

* Infoladen "Schlagloch", Kamenzer Str. 17

Düsseldorf

* Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

* AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Duisburg

* Antiquariat, Pulverweg 33

Essen

* Karl Liebknecht Buchhandlung,

Viehofer Platz 15

* H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg

* Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.

* Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4

* Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

* Uni Buch, Jügelstr. 1

* Land in Sicht, Rotteckstr. 13

* Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Freiburg i.Br.

* Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Gelsenkirchen

* Buch im Revier, Klosterstr. 21

Göttingen

* Buchladen Rote Strasse, Rote Str. 10

Hagen

* Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Halle

* Infoladen Glimpflich, Kellnerstr. 10a

Hamburg

* Cafe und Buch, Marktstr. 114

* Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

* Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156

* Buchhandlung Nautilus, In den Zeisehallen

* Heinrich-Heine-Buchhandlung,

Schlüterstr. 1

* Tabakladen, Spritzenplatz

* Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Hanau

* Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

* Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

* Buchladen Annabee, Gerberstr. 5

Heidelberg

* Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 46a

Herford

* Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Hildesheim

* Ameis Buchladen, Goschenstr. 31

Karlsruhe

* Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

* Der Rabe, Zunftstr. 8

* Kassiopeia, Augartenstr. 49

Kassel

* Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

* Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln

* Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

* Der Andere, Wahlenstr. 1

* Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36

Konstanz

* Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg

* Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

* Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Lübeck

* Pressezentrum, Breite Str. 79

Mainz

* Cardabela, Frauenlobstr. 40

Mannheim

* Buchladen M2, M 2,6

Marburg

* Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

Moers

* Buchladen Aragon, Hombergerstr. 30

Mönchengladbach

* Prolibri, Regentstr. 120

München

* Buchhandlung, Amalienstr. 67

* Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster

* Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

* Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg

* Bücherkiste, Schlehengasse 6

* Libresso, Peter-Vischer-Str. 25

Offenbach

* Tucholsky Buchhandlung, Mittelseestr. 14

Oldenburg

* Buchhandlung Carl von Ossietzky, Bergstr. 1

* Alhambra, Hermannstr. 83

Osnabrück

* Infoladen Zett, Alte Münze 12

Potsdam

* Der kleine Buchladen, Alleestr. 3

Recklinghausen

* Attatroll, Paulusstr. 2

Regensburg

* Buchhandlung U. Dombrowsky, Wollwirkergasse 4

Reutlingen

* Café Nepomuk, Foyer Unter den Linden 3

* Buchhandlung Fetzer, Weingärtnerstr. 7

Saarbrücken

* Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

* Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Speyer

* Lese-Laube, Ludwigstr. 15

Stuttgart

* Buchhandlung Niedlich, Schmale Str. 8

* Infoladen Heslach, Mörikestr. 69

Trier

* Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

* Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15

* Buchladen Die Gruppe, Marktgasse 13

Wiesbaden

* Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

* Otto Harrassowitz, Taunusstr. 5

Würzburg

* Buchladen Neuer Weg, Sandenstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

* Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,

Postfach 173, Wielandgasse 2-4

* Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

Basel

* Theaterpassage, Theaterstr. 7

St. Gallen

* Comedia, Katharinengasse 20

Zürich

* Pinkusgenossenschaft, Froschaugasse 7

BELGIEN, Antwerpen

De Groene Watermann, Woolstraat 7

NIEDERLANDE

Amsterdam

* Het Fort von Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage

* Buitenom 215 a

Groningen

* Buchladen Rosa, Folkingdwarstraat 16

Utrecht

* De Rooie Rat, Oudegracht 65

SCHWEDEN, Lund

* Aufrechter Gang, Box 10008

38. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak394/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:394:37

"Zigeuner"

Die vom Humanismus entworfene und von der Aufklärung vollendete rassistische Konstruktion des Zigeuners hat sich bis heute behauptet. Ihre Besonderheit besteht in der Verknüpfung ethnischer und sozialer Elemente. Diese rassistische Konstruktion zielt wesentlich "auf sozial bestimmte Lebensweisen, die sie entlang der Wendekreise der Arbeit trennt, innerhalb derer das Licht der Zivilisation leuchte, während außerhalb die Nacht der Primitivität herrsche", wie Wolf D. Hund, Herausgeber der Aufsatzsammlung Zigeuner - Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion formuliert. Hund eröffnet die Sammlung mit seinem Beitrag über "Rassistische Ethik und der Geist des Kapitalismus". Iris Wigger beschreibt die "Ethnisierung des Zigeunerstereotyps im Spiegel von Enzyklopädien und Lexika"; Katrin Ufen stellt das "Zigeunerbild der Aufklärung" dar; Heike Walter bezieht sich auf den Carmen-Mythos: "Die schöne Zigeunerin als politische Versuchung"; Maria Meuser hat den "Zigeunerbegriff der Polizei als soziale Kategorie" untersucht. Erich Schmidt beschließt den Band mit seinem Aufsatz über "Robert Ritter und die Zigeunerforschung als Rassenhygiene". Die Beiträge dieses Bandes zeigen, daß sich hinter der Kategorie "Zigeuner" eine ideologische Konstruktion verbirgt, die die Durchsetzung des bürgerlichen Arbeitsethos durch die Diskriminierung all jener unterstützt, die sich diesem Prozeß widersetzen oder ihm zum Opfer fallen.

Wolf D. Hund (Hg.): Zigeuner - Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion. Duisburg (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) 1996. 153 S., 18 DM. ISBN 3- 927388-53-X.

Naher Osten

Mit dem Beginn der Intifada Ende 1987 lebten die fast entschlafenen Gruppierungen, die sich auf eine - wie auch immer verstandene - Solidarität mit den Palästinensern bezogen, wieder auf. Mit dem allmählichen und unvermeidlichen Erlahmen des Volksaufstands in den besetzten Gebieten erlahmte auch die Solidaritätsbewegung, nahm zur Zeit des Zweiten Golfkriegs nochmals einen Aufschwung und versank mit der beginnenden Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern in gänzliche Ratlosigkeit. Ihre Publikationstätigkeit gab sie - ebenso wie die bundesdeutsche PLO-Niederlassung - völlig auf. Wer weiterhin ausreichend über das Geschehen in der Region informiert sein wollte, mußte zu englischsprachigen Publikationen greifen. - Mit den seit 1995 publizierten inamo-Beiträgen ("inamo" steht für: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten) liegt nun jedoch eine neue, bisher mit fünf Ausgaben erschienene deutschsprachige Nahost-Zeitschrift vor. Im Editorial der inamo-Beiträge heißt es u.a., die Zeitschrift wolle "als Brücke zwischen Journalismus und Wissenschaft jedem interessierten Leser die Möglichkeit geben, sich fundiert über den Nahen und Mittleren Osten zu informieren."

Die Beiträge der Zeitschrift sind, was sie von den meisten der ehemaligen Soli-Blätter positiv abhebt, durchweg von hoher Qualität. Bei AutorInnen wie Helga Baumgarten, Friedemann Büttner, Alexander Flores und Norbert Mattes (um nur einige zu nennen) ist das allerdings auch selbstverständlich. Der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe ist der "Konfliktstoff Wasser". Die Verfügung über ausreichende Wasserressourcen ist eines der bedeutendsten Probleme in dieser Region und hat auch bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eine kaum zu überschätzende Bedeutung, die von Presse und Fernsehen jedoch kaum beachtet wird. (Die "mediengerechte" Aufbereitung erfordert allerdings auch etwas mehr Denkarbeit als die siebenhundertste Ablichtung eines "orthodoxen" Juden oder eines maskierten Palästinensers ...)

inamo-Beiträge, Nr. 5/6 (Frühjahr/Sommer 1996). A4, 100 S., 15 DM. ISSN 0946-0721. - Abonnement für vier Ausgaben (Jahresabo) 40 DM. Bestellung bei: inamo, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen.

Goldhagen-Debatte

Gleichzeitig mit der deutschsprachigen Ausgabe des Goldhagen-Opus erschien das Buch zum Buch: Eine Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Sollte auf diese Dokumentation mit Beiträgen über ein Buch nun tatsächlich noch hingewiesen werden - angesichts der Situation, daß mittlerweile einige hunderttausend Deutsche eine ziemlich bestimmte Meinung über Daniel Goldhagens Hitlers willige Vollstrecker äußern, ohne eben dieses Buch zu kennen? (Allerdings: Wieviele der

80.000 Käufer können überhaupt in den gut vier Wochen seit Erscheinen die 730 Seiten gelesen, geschweige denn verarbeitet haben?!) Nun, die zur Rede stehende Dokumentation ist von Julius H. Schoeps zusammengestellt - was für Seriosität bürgt, und die 32 Rezensionen in diesem Band (aus den USA und Großbritannien aus den Monaten März und April und der BRD aus den Monaten April bis Juni) können sowohl als Einführung in Goldhagens Werk wie als parallele Lektüre hilfreich sein.

Julius H. Schoeps: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg (Hoffmann und Campe = campe paperback) 1996. 252 S., 25 DM. ISBN 3-455-10362-6.

Einen anderen Zugriff auf die Debatte um Goldhagens Werk bietet die August/September-Ausgabe der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Matthias Heyl zeichnet auf 15 Seiten die von Februar bis Juli in englisch- und deutschsprachigen Publikationen erschienenen Rezensionen nach. In der rund 70 Titel enthaltenden Liste der Quellen sind auch eine Anzahl niederländischer Rezensionen angeführt, die Heyl jedoch leider nicht in sein Referat einbezieht.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Heyl-Beitrag S. 41-56). H. 4, August/September 1996. 96 S., 18 DM. ISSN 0941- 6382.

Video: Frauenprojekte in Zimbabwe

In dem Videofilm "Unabhängigkeit durch's Nadelöhr" werden vier einkommenschaffende Frauen-Textilprojekte in Zimbabwe gezeigt. Vier Frauen schildern ihren Arbeits- und Erwerbsalltag, ihre Vermarktungsprobleme und ihre Motivation, sich zusammenzuschließen. Zwei zimbabwische Frauenorganisationen geben eine Einschätzung der Projekte. Erörtert wird der Gegensatz von Selbstgründung und Förderung, von zunehmender Arbeitsbelastung und Zugang zu ökonomischer Macht. Die heutigen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Landes werden mit einem Rückblick auf die Kolonialgeschichte erläutert: Landraub, Zwangsumsiedlung auf schlechte Böden, Zwang zur Lohnarbeit für Männer und die sich daraus ergebende Mehrfachbelastung der Landfrauen.

Unabhängigkeit durch's Nadelöhr. Textilprojekte in Zimbabwe. Videofilm von Heike Poggensee und Janne Schüler, Zimbabwe 1994, 30 Min. Der Film kann für öffentliche nichtkommerzielle Vorführungen entliehen (40 DM) oder gekauft (149 DM) werden beim Dortmunder Medienzentrum, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel. 0231-835350.

Video: Frauenprojekte in Zimbabwe

In dem Videofilm "Unabhängigkeit durch's Nadelöhr" werden vier einkommenschaffende Frauen-Textilprojekte in Zimbabwe gezeigt. Vier Frauen schildern ihren Arbeits- und Erwerbsalltag, ihre Vermarktungsprobleme und ihre Motivation, sich zusammenzuschließen. Zwei zimbabwische Frauenorganisationen geben eine Einschätzung der Projekte. Erörtert wird der Gegensatz von Selbstgründung und Förderung, von zunehmender Arbeitsbelastung und Zugang zu ökonomischer Macht. Die heutigen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Landes werden mit einem Rückblick auf die Kolonialgeschichte erläutert: Landraub, Zwangsumsiedlung auf schlechte Böden, Zwang zur Lohnarbeit für Männer und die sich daraus ergebende Mehrfachbelastung der Landfrauen.

Unabhängigkeit durch's Nadelöhr. Textilprojekte in Zimbabwe. Videofilm von Heike Poggensee und Janne Schüler, Zimbabwe 1994, 30 Min. Der Film kann für öffentliche nichtkommerzielle Vorführungen entliehen (40 DM) oder gekauft (149 DM) werden beim Dortmunder Medienzentrum, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel. 0231-835350.